



Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 13. September 2023, um 7:32 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)	5
4.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)	6
5.	Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023	6
6.	Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022	7
7.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft.....	11
8.	Ratsschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023	13
9.	Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur».....	24
10.	Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022	29



Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 13. September 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[13.09.23 09:00:12]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Ich begrüsse Sie zur Septembersession und der heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Gabriel Nigon, LDP nimmt den Platz des zurückgetretenen Jeremy Stephenson ein. Ich bitte Gabriel Nigon, sich kurz vor seinem Sitz zu erheben. [Applaus]

Ich wünsche Gabriel Nigon für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Rücktritt aus dem Erziehungsrat

Silvia Rietschi Jenny hat als Mitglied des Erziehungsrates auf Ende Juni 2023 den Rücktritt erklärt. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Die Ersatzwahl ist heute traktandiert.

Neue Interpellationen.

Sie haben einen Rekord gebrochen, es sind 32 neue Interpellationen eingegangen und das ist ein Rekord. 19 Interpellationen werden durch den Regierungsrat mündlich beantwortet. Aufgrund der Menge verzichte ich darauf, Ihnen vorzulesen, welche dies sind. Sie finden die auf die Angabe aber auf der Liste auf ihrem Platz. Und ich gehe davon aus, dass wir heute Nachmittag deutlich über zwei Stunden für die Interpellation einberechnen müssen.

Angepasste GO in Kraft

Seit dem 1. September ist der erste Teil der revidierten Geschäftsordnung in Kraft. Ich möchte insbesondere darauf hinweisen, dass Sie gemäss §39 Absatz 5 der AB bei der schriftlichen Beantwortung einer Interpellation anstatt einer mündlichen Stellungnahme eine schriftliche Stellungnahme zu Protokoll geben können. Diese darf maximal 5'000 Zeichen umfassen.

Persönlicher Anlass «175 Jahre demokratischer Bundesstaat - Bundesverfassung erneuern?»

Ich organisiere heute Abend hier im Grossratssaal ein Podiumsgespräch zur Feier von 175 Jahre moderne Bundesverfassung. Es würde mich freuen, wenn auch einige von Ihnen an diesen Anlass kommen. Dieser beginnt um 18 :30 Uhr hier im Grossratssaal. Einige ausgedruckte Exemplare der Einladung lege ich hier auf den auf den Tisch des Hauses.

Anlass der Kulturgruppe

Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, Sie auf die heutige Veranstaltung der Kulturgruppe aufmerksam zu machen. Die Archäologische Bodenforschung führt durch die laufenden Ausgrabungen in der St. Alban-Vorstadt und im Luftgässlein. Sie sind alle herzlich eingeladen, auch zum anschliessenden Apéro. Die Führung dauert ca. 1 Stunde. Besammlung: 18:30 Uhr am Schöneck Brunnen an der Verzweigung St Alban-Vorstadt/Mühlenberg. Sasha Mazzotti nimmt Ihre Anmeldungen entgegen und steht auch für Fragen zur Verfügung.

Neues Abstimmungssystem

Bevor wir zur Tagesordnung kommen möchte ich David Jenny ans Rednerpult bitten. Er wird als Präsident der Subkommission Abstimmungssystem des Ratsbüros uns das neue Abstimmungssystem erklären.

David Jenny (FDP): Ich war nicht aus Versehen auf der Redeliste eingetragen, aber eine Vorbemerkung, wenn Sie unsicher sind, ob Sie richtig eingeecheckt sind, können Sie sich kurz als Redner eintragen und dann wieder austragen. Das alte System, für diejenigen von Ihnen, die sich noch daran erinnern, war nur etwa 11 Jahre in Betrieb. Es war Android Phones per WLAN mit dem Abstimmungsserver verbunden. Es war in typischer Basler Art von einer Basler Firma lart entwickelt und customized auf unsere Bedürfnisse mit dem allerletzten Basler Finish. Die vielen Bluetooth-Geräte, die wir alle mitführen, haben in den letzten Jahren zu WLAN-Verbindungsproblemen geführt. Die alte Bildschirmtechnologie war wenig reaktiv,



darum haben wir auch die Bildschirme völlig entfernt. Nein, der Grund war, mit Bildschirm wäre wahrscheinlich kein Platz mehr geblieben auf dem Pult für Ihre etwa drei elektronischen Geräte und nach 10 Jahren Nutzung war auch der End of Lifecycle erreicht und wir hätten keinen garantierten Support mehr gehabt für den Weiterbetrieb.

Anforderungen: das neue System ist kabelgebunden, also nicht mehr WLAN-Knöpfe. Das soll eine längere Lebensdauer garantieren und hat genau sechs Knöpfe. Drei zum Abstimmen, Ja/Nein und Enthaltung und dann drei, um sich auf die Redeliste, neue Terminologie nach neuer GO, einzutragen als Sprechender, Sprechende für die Fraktion, Einzelsprechende oder für eine Zwischenfrage. Wir haben uns für ein bewährtes Standard-System entschieden und sind dabei geblieben, keine Mikrofone am Platz. Einerseits wollen wir unsere Tradition aufrechterhalten, dass man von vorne spricht, andererseits mit einem Mikrofon bei diesen Platzverhältnissen wäre es auch schwierig gewesen. Es ist ein System der Firma Brähler, nicht Dähler, unserer früheren Chef des Parlamentsdienstes. Es ist bereits in Betrieb, Kantonsräte Zürich, St. Gallen, Glarus, im Wohnerrat Riehen, also unsere Doppelvertreterinnen und Vertreter in Riehen haben einen gewissen kompetitiven Vorteil, und unser Partnerkanton Basel-Landschaft wird sich auch anschliessen. Es ist ein Installationssupport durch Kilchenmann. Herr Thomas Jud, der hier auf der letzten Reihe sitzt, ist kein neues Mitglied unseres Parlamentes, sondern der zuständige Fachmann von Kilchenmann und er wird uns heute in der ersten Sitzung begleiten. Wir haben auch Vertreter der weiteren Firmen auf der Tribüne, die uns da begleitet haben.

Jetzt kurz Timeline. Ich glaube, es hat 2020 angefangen, dann sind wir eben zu Kilchenmann gekommen. Dann wurde das Projekt formell durch Immobilien Basel-Stadt und das Bau- und Verkehrsdepartement übernommen. Wir waren immer im sehr engen Austausch mit dem Denkmalschutz, also alles, was Sie jetzt vor sich haben, zum Beispiel die Tastatur, etc., das ist Denkmalschutz geprüft. Auch die neuen Beamer hier, weil sie eben abmontierbar sind, ist der Denkmalschutz hier grosszügiger. Die Bildschirme, die neu sind, also es passt alles in das Konzept, sind fast so, wie man es etwa 1900 installiert hätte. Wir haben dann schlussendlich zwei Sommer gebraucht für die Arbeiten, es wäre zu ehrgeizig gewesen, es in einem Sommer durchzuführen.

Jetzt nur ganz kurz, wer war als beteiligt. Es hat also noch mit Salome Hofer und Heiner Vischer begonnen. Dann haben wir eine SubKo eingesetzt, der haben eben der jetzige Präsident, seine Vorgängerin und sein Vorgänger angehört und das gesamte Ratsbüro hat sich auch bei allen wichtigen Entscheidungen daran beteiligt. Dann haben wir Herr Widmer von der Staatskanzlei und zweimal Widmer und Herr Fahrer und Herr Rauch, teilweise hier anwesend, die sich von Seiten der Verwaltung damit beschäftigen durften und uns tatkräftig unterstützt haben. Sie dürfen auch nicht vergessen, dieser Saal wird ja von uns gebraucht, aber auch sehr intensiv von der Staatskanzlei für Veranstaltungen aller Art und wir haben dann auch einen Mandanten, der nicht Parlamentsarbeit ist, sondern eben die Veranstaltungen.

Dann wurde Ihnen gesagt, nur noch die neue Karte nutzen, da müssen Sie immer ihren Namen lesen können. Sie sind sofort verbunden, es sollte keinen Verbindungsabbruch mehr geben dank der Verkabelung und wie gesagt, wenn Sie unsicher sind, melden Sie sich kurz an auf der Redeliste und dann wieder ab. Sie können sich nur noch digital eintragen, das heisst, der Statthalter, die Statthalterin muss nicht mehr eine halbe Stunde vorher hier sein, um manuell zu erfassen, wer zu welchem Traktandum reden will. Bitte geben Sie sich richtig ein, ob Sie wirklich Fraktionssprechende sind oder Einzelsprechende. Wenn von einer Fraktion sich dann drei als Fraktionssprechende melden, dann bitten wir Sie, das fraktionsintern zu klären. Auch bei Interpellationen, wenn Sie begründen, sollten Sie sich eintragen. Und Sie können sich jederzeit auch wieder austragen.

Die Redeliste wird jetzt angezeigt, die sollte auch im Vorraum angezeigt werden. Fraktionssprechende grün, Einzelsprechende weiss und dann können Sie auch etwa abschätzen, wie lange Sie im Vorraum noch bleiben können. Das Präsidium gibt Sie dann als sprechende Person frei inklusive Mikrofon und je nachdem entzieht Ihnen das Präsidium auch wieder das Wort. Am Redepult, Sie können nur sprechen, wenn Sie eingetragen sind und das Präsidium Sie freigegeben hat. Ausnahmsweise kann das Präsidium Sie auch freigeben, wenn Sie nicht eingetragen sind. Das bedeutet dann, dass auf dem Livestream Ihr Name nicht automatisch erscheint. Die Höhe des Redepultes kann weiterhin individuell eingestellt werden. Abstand zu den Mikrofonen, 30 cm sein ideal, und nach dem Votum können Sie hier deaktivieren.

Dann die Abstimmung. Sie drücken, die Abstimmungsdauer ist wieder 20 Sekunden, während der Abstimmungsdauer können Sie weiterhin ihre Meinung ändern. Neu wird der Stichentscheid des Präsidiums auch über das System erfasst und das Abstimmungsverhalten wird auf den Leinwänden angezeigt.

Dann haben wir eine neue Webcam im Saal. Vorne links ist diese und diese filmt in den Saal, wenn niemand spricht. Die Webcam zeigt den Saal von vorne, insbesondere die Sitzplätze unter der Kamera werden nun deutlicher gezeigt und die beiden Webcams hinten zeigen lediglich die sprechenden Personen an den Mikrofonen.

Mit dem übergebe ich dem Herrn Präsidenten für eine Testabstimmung und logge mich hier ordnungsgemäss aus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir starten mit einer Testabstimmung.



Abstimmung

Testabstimmung

JA heisst wer ist über 50 Jahre alt, NEIN heisst wer ist unter 50 Jahre alt.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 48 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001131, 13.09.23 09:16:05]

Der Grosse Rat beschliesst

-erfolgreiche Durchführung der Testabstimmung-

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es sind 38 über 50 und 48 unter 50. Wir machen eine weitere und letzte Abstimmung.

Abstimmung

Testabstimmung II

JA heisst Sie tragen ein Tattoo, NEIN heisst Sie tragen kein Tattoo.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 66 Nein, 16 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001132, 13.09.23 09:17:13]

Der Grosse Rat beschliesst

-erfolgreiche Durchführung der zweiten Testabstimmung-

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Was die 16 Enthaltungen bedeuten sollen, weiss ich zwar nicht, aber jetzt wissen wir, dass 13 Kolleginnen und Kollegen ein Tattoo am Körper tragen.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt, Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[13.09.23 09:19:50]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer, Präsident der UVEK, beantragt, das Geschäft 23.0812.01 Ratschlag Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenterrasse Variante Südquai der UVEK zum Mitbericht zu überweisen. Möchte Raphael Fuhrer begründen? Er verzichtet. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Sie haben den Ratschlag der UVEK zum Mitbericht überwiesen.

Franziska Roth, Präsidentin der BKK, beantragt, das Geschäft 23.0450 Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian sowie das Geschäft 23.1067 Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen der BKK zum Mitbericht zu überweisen. Möchte Franziska Roth begründen? Sie verzichtet. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben die beiden Ratschläge der BKK zum Mitbericht überwiesen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen



vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

[13.09.23 09:21:30]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind.

Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir stimmen über offene Wahlen ab.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001136, 13.09.23 09:22:38]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Gemäss Paragraph 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001137, 13.09.23 09:24:00]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich wiederhole diese Abstimmung.



Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001140, 13.09.23 09:24:53]

Der Grosse Rat wählt

Gabriel Nigon als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Gabriel Nigon gewählt mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Ich gratuliere Gabriel Nigon zur Wahl als Mitglied der JSSK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

[13.09.23 09:25:23]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

Abstimmung

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001142, 13.09.23 09:26:17]

Der Grosse Rat wählt

Gabriel Nigon als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Gabriel Nigon gewählt mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Ich gratuliere Gabriel Nigon zur Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023

[13.09.23 09:26:41]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied des Erziehungsrats von der Fraktion die Mitte/EVP vorgeschlagen wurde Herr Marco Natoli. Der Lebenslauf von Herrn Marco Natoli wurde Ihnen verteilt. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Wer Marco Natoli wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001144, 13.09.23 09:27:39]

Der Grosse Rat wählt

Marco Natoli als Mitglied des Erziehungsrates.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Marco Natoli gewählt mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Ich gratuliere Marco Natoli zur Wahl als Erziehungsrat und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022

[13.09.23 09:28:03, 23.0712.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Beiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 485'200 zu bewilligen. Für die Kommission GSK das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Zuallererst möchte ich die Gelegenheit nutzen, um den 400 Gastfamilien in Basel für ihre grosszügige Bereitschaft zu danken, geflüchtete Menschen aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen. Nur dank dieser gelebten Solidarität und der Anteilnahme gegenüber schutzsuchenden Menschen auf der Flucht konnte die notwendige und zeitnahe Unterbringung von so vielen Menschen überhaupt ermöglicht werden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat innert wenigen Monaten zu einer grossen Fluchtbewegung in Europa und zu viel persönlichem Leid und enormer Zerstörung geführt. Mehrere Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen und flüchteten in verschiedene europäische Länder.

Die Kommission hat den Ausgabenbericht an einer Sitzung im Beisein des Vorstehers des WSU, dem Amtsleiter der Sozialhilfe Basel-Stadt sowie der Geschäftsleiterin GGG Benevol vorgestellt bekommen und beraten. Aufgrund der klaren Zustimmung aller Beteiligten der Kommission haben wir uns für eine mündliche Berichterstattung entschieden.

Innert kurzer Zeit wurde im Frühjahr 2022 zum regulären Gastfamilienprojekt der GGG Benevol das Teilprojekt Unterkunft Ukraine aufgebaut. Zwischen Ende Februar und Ende April 2022 haben 1'400 geflüchtete Menschen aus der Ukraine vor dem russischen Krieg bei uns in Basel nach Schutz gesucht. In diesen zwei Monaten haben sich über 600 Gastgeber bei der GGG gemeldet. In wenigen Wochen sind also 1'200 Personen in privaten Haushalten untergebracht worden. All dies musste gut koordiniert und mit der Sozialhilfe abgestimmt werden. Zudem ist es zentral, dass neben den geflüchteten Menschen auch die Beherbergungen in Gastfamilien unterstützt werden. Zum Glück bestand bereits seit 2015 das Gastfamilienprojekt GGG Benevol. So konnte auf wertvolle langjährige Erfahrung in der Privatunterbringung von geflüchteten Menschen zurückgegriffen werden. Dies erst ermöglichte das rasche reagieren und die Lancierung des Teilprojekts Unterkunft Ukraine. Ohne dieses zivilgesellschaftliche Engagement und ohne eine gemeinnützige Organisation, die über das



entsprechende Wissen und Erfahrung in Verfahrensabläufen verfügt, hätten wir in Basel nie diese Qualität der Unterbringung zur Verfügung stellen können. Eindrücklich zeigt sich, wie wichtig die sozialen Organisationen sind und wie sinnvoll es ist, Angebote langjährig zu sichern, sozusagen als Vorhalteleistung bei Krise zur Verfügung zu stellen.

Die meisten Gastaufenthalte in den Familien betragen 3 bis 6 Monate. 90 Prozent der Gastaufenthalte konnten regulär beendet werden. Es war wichtig, dass die GGG Benevol neben der Koordination auch die Prüfung der Privatunterkünfte sowie die Verantwortung für Anschlusslösungen übernommen hat. Nach mehr als einem Jahr kann klar bestätigt werden, dass die soziale Integration über Gastfamilien um einiges rascher stattfindet und private Netzwerke wirken zudem unterstützend bei der Arbeitsintegration und bei Wohnanschlusslösungen. Der Mehrwert dieses Angebots ist eindeutig und klar ersichtlich. Es passt sich aber auch den aktuellen Gegebenheiten an. Aufgrund der Abnahme von Zuweisungen in den Kanton Basel-Stadt konnten Personalressourcen wieder abgebaut werden.

Das Projekt Unterkunft Ukraine soll auch im 2023 fortgesetzt und mit einem Kostendach von maximal Fr. 400'000 ausgestattet werden. Zurzeit wird mit einer geringeren Zahl an Gastverhältnissen gerechnet. Dafür wird die Begleitung für längere Gastverhältnisse, also die, die länger da bleiben, intensiver und an Bedeutung gewinnen. Zudem beantragt die Regierung, den entstandenen Fehlbetrag von Fr. 85'200 vom letzten Jahr zu übernehmen. Diese Ausgaben sind zusätzlich zum bestehenden Staatsbeitrag für das reguläre Angebot der GGG Gastfamilien für Flüchtlinge, den Sie im Januar 2021 hier im Grossen Rat bereits bewilligt haben. Das grössere Teilprojekt Unterkunft Ukraine ist somit klar finanziell mit einer eigenen Leistungsvereinbarung abgegrenzt. Ich danke dem WSU, Regierungsrat Kaspar Sutter für die Präsentation des Ausgabenberichts und der Kommission für die interessierte und zügige Beratung kurz vor den Sommerferien.

Die GSK ist überzeugt vom Angebot und schätzt das grosse Engagement der GGG Benevol bei der Unterbringung und Begleitung von geflüchteten Menschen bei Gastfamilien. Aus der Kommission kamen viele interessante Fragen zur Situation der geflüchteten Menschen, zu den Gastfamilien, zur Art und Weise der Unterstützung, zur Rolle der Sozialhilfe und der Möglichkeit, das Angebot auch auf andere Gruppen auszuweiten.

Die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und beschloss einstimmig, die beantragten Fr. 485'200 zu bewilligen. Dabei handelt es sich um, wie schon erwähnt, Fr. 85'200 für das Jahr 2022 und Fr. 400'000 in Form eines Kostendachs für das Jahr 2023. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Beschluss der GSK folgen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der brutale Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat dazu geführt, dass innert kürzester Zeit viele Menschen flüchten mussten von den fallenden Bomben und sie sind auch zu uns nach Basel gekommen, um Schutz zu suchen von diesem schrecklichen Krieg. Die Anzahl an Flucht suchenden Menschen hat sich durch diesen Krieg in Basel ungefähr verdoppelt. Heute sind es 1'900 Menschen aus der Ukraine, die bei uns in Basel Unterkunft finden. Dies war nur möglich zu handeln von staatlicher Seite, weil wir eine unglaubliche Solidarität hatten von Seiten der Zivilbevölkerung, von Gastfamilien, die bereit waren, Menschen bei sich aufzunehmen, ihr Badezimmer zu teilen, ihnen zu helfen, auch bei der ersten Integration hier bei uns in Basel. Es war eine unglaubliche wichtige Arbeit, die die Gastfamilien hier geleistet haben.

Wir haben aus Basel-Stadt ganz konsequent auf die Unterbringung bei Gastfamilien gesetzt, dies auch schon vorher, weil wir hatten mit GGG Benevol bereits vorher eine Vereinbarung, dass sie mit Gastfamilien arbeiten, die bereit sind, flüchtende Menschen bei sich aufzunehmen. Das hat uns in dieser Krise sehr geholfen, dass mit GGG Benevol eine sehr professionelle Organisation vorhanden war, die Erfahrung hatte in diesem Bereich. Es ging darum, dann diese Aufgabe zu skalieren und auf diese neue Mengengerüste anzupassen mit Rekrutierung von Menschen, von Mitarbeitenden, wie das die GGG Benevol gemacht haben. Wie haben ja auch den dringlichen Beschluss, für das 2022 bereits Geld gesprochen und jetzt kommen wir zu Ihnen für die Ausgabenbewilligung für das Delta, das noch nicht finanziert ist im 2022 und für die Ausgaben im 2023.

Das war, wie gesagt, eine grosse Entlastung. Unser Wunsch von unserer Seite ist, dass diese positive Erfahrung auch genutzt werden kann für flüchtende Menschen aus anderen Regionen. Gastfamilien sind ein gutes Konzept für die Aufnahme von Menschen, für die Integration, für das Zurechtfinden von diesen Menschen hier bei uns in Basel.

Deshalb möchte ich mich herzlich bedanken bei allen Gastfamilien, bei GGG Benevol und auch bei der GSK für die Behandlung dieser Ausgabenbewilligung und ich möchte Sie bitten, dieser Ausgabenbewilligung von Fr. 485'000 zuzustimmen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Patrick Fischer.



Patrick Fischer (SVP): Mit Blick auf den «Chrüzlistich» können wir erkennen, dass hier allgemeine Zustimmung herrscht, auch und gerade von der SVP. Ich möchte mich dennoch kurz, mit Betonung auf kurz dazu äussern.

Es kommen zu viele und die falschen gilt hier nicht. Das viel Gesagte, was immer der SVP zugeschrieben wird, gilt hier eben nicht. Ukrainer sind nicht aus wirtschaftlichen Gründen geflüchtet, sondern weil ihre selbst erkämpfte Demokratie angegriffen wurde.

Es handelt sich hier um unsere europäischen Nachbarn, welche unsere Werte mit uns teilen. Das zeigt die problemlose Unterbringung bei den Gastfamilien. Weitgehend ist es da nicht zu Problemen gekommen und das zeigt, dass diese Leute auch Integration gelebt haben. Bei den Geflüchteten handelt es sich zudem vorwiegend um Frauen und um Kinder sowie ältere Männer nicht mehr im Dienst fähigen Alter. Sie sind bis jetzt nicht auffallend strafrechtlich in Erscheinung getreten. Die Geflüchteten haben den Schutzstatus S und viele von ihnen möchten gerne wieder in ihre Heimat zurückkehren. Jene, welche sich hier in der Schweiz gut integrieren, finden vielleicht sogar hier in der Schweiz ihre Heimat.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Ich spreche hier für die Fraktion der SP und des GABs. Die Arbeit von GGG Benevol ist sehr wertvoll. Die Gastfamilien helfen bei der Integration, sie helfen den Behörden, dass alle Personen schnell eine Bleibe finden können und es hilft auch den Personen selbst, damit Sie ankommen können in der Schweiz, schnell integriert werden, der Spracherwerb geht schneller, es ist ein grosser Gewinn, unabhängig von der Herkunft der Personen.

Ich bin auch diesen Gastfamilien sehr dankbar. Ich selbst bin in einem Grosshaushalt aufgewachsen, ich kann Ihnen sagen, Wohnräume zu teilen ist eine grosse Aufgabe, es ist eine Herausforderung und dass so viele Menschen sich bereit erklärt haben, das zu machen, das ist sehr schön und das ist toll, aber es muss auch begleitet werden, weil so mit dieser Begleitung kann es danach funktionieren.

Noch ein paar Worte zum Vorredner: ich denke, ganz egal, woher eine Person kommt, welches Geschlecht sie hat, welchen Fluchtgrund, wenn eine Person fliehen muss und Asyl bekommt in der Schweiz, hat sie das Anrecht auf eine geeignete und gute Unterkunft. In Gastfamilien, das haben wir im Bericht gelesen, ist das ideal für das Ankommen. Ich habe gesagt, der Spracherwerb geht schneller, man kommt an und man hat ein Netzwerk, das hier hilfreich sein kann. Und das wünsche ich für alle Personen, die hier ankommen, egal woher. Es gibt nicht gute oder schlechte, es gibt einfach einen Fluchtgrund und das müssen wir anerkennen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich rede nur zu diesem Geschäft, danach rede ich nicht mehr. Es ist Zufall, dass das Geschäft gerade jetzt behandelt wird, aber nicht, dass Sie denken, ich rede ständig. Ich rede nur zu diesem Geschäft und dann rede ich nicht mehr. Danke schön. Ich erkläre Ihnen aber, warum ich zu diesem Geschäft rede.

Ich bin eine 1-Thema-Partei und ich spreche nur noch zu Sachen, wo mich selber betreffen. Und da es hier um die Ukraine geht, muss ich das Wort ergreifen. Danach rede ich nicht mehr, das verspreche ich Ihnen. Ich bin der einzige Grossrat, der das Ukraine-Wissen hat und daher muss ich hier den Takt vorgeben. Wie Sie ja wissen, war ich im Sommer 2022 für drei Wochen in der Ukraine. Ich habe direkt neben dem grössten Atomkraftwerk Europas in Saporischschja gewohnt, da ich vom 30. März 2022 bis zum 3. April 2023 mit einer Frau aus der Ukraine zusammen war. Ich habe mir den Text genau durchgelesen und muss feststellen, hier fehlen viele Angaben, daher auch meine Rede.

Es geht um Flüchtlinge aus der Ukraine und wie wir wissen, sind das zu 90 Prozent nur Frauen. Die Zeitung 20 Minuten schrieb diesen Juli, dass sich die Schweizer Bevölkerung vor allem diese Flüchtlinge wünscht, jung und weiblich. So ist es gestanden in 20 Minuten im Juli in unserer parlamentarischen Sommerpause. Ich habe gestaunt, dass es geheissen hat, die Schweizer Bevölkerung will junge und weibliche Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, genau das sagte ich hier im Parlament, dass ich mir auch junge und weibliche Flüchtlinge wünsche. Das sagte ich im 2016, als wir die Welle aus Syrien hatten und die SP-Grossratspräsidentin entzog mir das Wort. Es sind Sachen, die gesagt werden müssen im jetzigen Umfeld zu den Ukraine-Flüchtlingen und ich gehe noch einen Schritt weiter, auch was nicht im Text steht, aber Eric Weber weiss es. Es ist leider so, dass der Hass gegen die Frauen aus der Ukraine steigt und ich kenne viele Frauen, die sagen, es geht nicht, die Frauen aus der Ukraine fahren hier in der Schweiz mit den Autos aus der Ukraine umher. Ein Schweizer Sozialhilfeempfänger muss sein Auto abgeben.

Liebe Grossräte, ich schaue genau hin und stelle fest, dass viele Frauen nun bei den ukrainischen Frauen genau hinschauen. Sie empfinden die Situation als ungerecht und die Stimmung ist leider so. Ich habe selbst viele Autos der



Ukraine gesehen in der Schweiz, in Deutschland, in Bulgarien, alle fröhlich mit dem Auto unterwegs auf unsere Kosten. Daher stelle ich diese Anträge: Rückweisung und Nichteintreten. Im Text steht auch nicht, dass rund 90 Prozent aller Asylanten aus der Ukraine in ihre Heimat zurückkehren zu Urlaubszwecken, aber dennoch hier Sozialhilfe beziehen. Das geht auch nicht und das steht auch nicht im Bericht. Ich komme zum Schluss.

Es bräuchte hier nur die positiven Sachen gesagt. Kaspar Sutter als Regierungsrat hat gesagt, fallende Bomben, aber die Bomben fallen in 5 Prozent des Landes und nicht in 95 Prozent. Die SVP hat gesagt, lieber Kollege von der SVP, Sie haben gesagt, die ukrainischen Frauen oder die Flüchtlinge sind nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten. Ich muss dem widersprechen, wenn die Frauen für zwei Monate im Sommer in die Ukraine gehen, aber hier trotzdem ihre Sozialleistungen weiter beziehen, ist das Leistungsbetrug und unerlaubte Ortsabwesenheit. Also es sind hier Sachen hinter der Kulisse, die hier passieren und wenn da der Kommissionssprecher gesagt hat, Gastfreundschaft ist wichtig, dann muss ich aber auch sagen, dass die Gastfreundschaft bei vielen Schweizern missbraucht wird. Diese Leute verlassen ihre Heimat, aber gehen zu Ferienzwecken in ihre Heimat zurück. Ich bin der beste Beweis, ich bin auch drei Wochen in der Ukraine gewesen. Und dann, das hat noch der Kommissionssprecher gesagt, mit der Sozialhilfe ist das alles abgestimmt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet Herr Regierungsrat auf ein Votum, der Kommissionspräsident verzichtet ebenso. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Über das Eintreten

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA. Wer nicht eintreten will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001146, 13.09.23 09:46:12]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 93 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung. Rückweisung wurde von Herrn Eric Weber beantragt. Er beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001147, 13.09.23 09:47:09]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag auf Rückweisung abgelehnt mit 92 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

Detailberatung (Seite 13 des Ausgabenberichts)



Titel und Ingress

1. Bewilligung der Ausgaben

Alinea 1

Alinea 2

Publikationsklausel

Abstimmung

Schlussabstimmung:

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001148, 13.09.23 09:48:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Teilprojekt «Unterkunft Ukraine» von GGG Benevol «Gastfamilien für Flüchtlinge» werden für die Jahre 2022 und 2023 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 485'200 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Dienststelle Sozialhilfe, bewilligt. Die Ausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

- Fr. 85'200 für das Jahr 2022

- Fr. 400'000 für das Jahr 2023 in Form eines Kostendachs gemäss effektiv anfallenden Kosten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

7. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2022; Partnerschaftliches Geschäft

[13.09.23 09:48:20, 23.0692.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die IGPK-Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Partnerkanton wird am 14. September darüber beraten. Für die Kommission IGPK hat deren Vizepräsident Oliver Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): Ich darf Ihnen berichten, dass die IGPK-Rheinhäfen sich erneut an zwei Sitzungen und einem fakultativen Besuch des Hafenfestes die sehr gute Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schweizerischen Reihenhäfen erleben durfte. In Anbetracht der vielen bevorstehenden Geschäfte dieses Tages möchte ich darauf verzichten, auf die einzelnen Zahlen im Jahresbericht einzugehen, sondern auf den ausführlich informativen Jahresbericht der Schweizerischen Rheinhäfen zu verweisen. Das Total des wasserseitigen Hafenumschlags lag fast 15 Prozent unter dem Vorjahresergebnis, wofür in erster Linie der stark zurück gegangene Umschlag von Mineralölprodukten aufgeführt werden kann. In der Umschlagsstatistik 2022 werden die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs mit seinen globalen Marktverwerfungen im Energiebereich als massgeblicher Einfluss für dieses Geschäftsfeld aufgeführt. Die in die Höhe schnellenden Preise bewirkten, dass die Lager abgebaut wurden. Die Schweizerischen Rheinhäfen machen aber auch auf die schwierigen Rahmenbedingungen der Containerschifffahrt im Jahr 2022 aufmerksam.



Mangel an Schiffskapazitäten wegen dem hohen Bedarf an Schifffraum für den Kohlentransport für die deutschen Kraftwerke und den Transport von Getreide aus der Ukraine auf der Donau haben zu einer Einschränkung der Verfügbarkeit von Schiffspersonal geführt. In Sachen Schiffspersonal kann positiv hervorgehoben werden, dass sich in Sachen Ausbildung einiges getan hat und die Berufsbilder in der Schifffahrt wieder an Attraktivität gewonnen haben, was positiv für die Zukunft betrachtet werden kann. Insgesamt war 2022 ein Jahr mit extremen Herausforderungen für die Reedereien, Hafenfirmen und Logistiker. Es sind aber auch die Chancen in den Fokus gerückt, etwa punkto Energieträger der Zukunft, namentlich Wasserstoff, und auch die Notwendigkeit der Sicherung der Wasserwege, sprich die Vertiefung der Fahrrinnen im Mittelrhein.

Ein weiterer Aspekt der Diskussionen waren die internationale Dimension der Rheinschifffahrt und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen sowie mittelbar auch die laufende Revision des Bundesgesetzes über die Schiffsregistrierung.

Die Kommission konnte feststellen, dass die Schweizerischen Rheinhäfen in einem neuerlich von Verwerfung geprägten Jahr gute Resultate erzielen konnte und trotz oder sogar wegen diesen anhaltenden Turbulenzen intensiv an der Zukunft des Unternehmens und der Rheinschifffahrt gearbeitet haben.

Um zum formellen Schluss zu kommen, bitte ich Sie im Namen der IGPK Schweizerische Rheinhäfen, welche dem Bericht einstimmig zugestimmt hat, den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2022 der Schweizerischen Rheinhäfen positiv zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Schweizerischen Rheinhäfen ist eine wichtige Infrastruktur für Basel, aber auch für die ganze Schweiz, da sehr viele der Importe und Exporte über diese Drehscheibe laufen. Wir führen diesen Hafen gemeinsam mit dem Kanton Baselland und wir sollten Sorge tragen zu diesem Hafen, dass er sich auch weiterentwickeln kann und weiterhin seine Funktion wahrnehmen kann im Logistikland, für die Logistik in der Schweiz.

Die Kommission, die IGPK hat sich intensiv auseinandergesetzt mit den Rheinhäfen. Ich schätze diese Diskussion auch sehr, dass man auch die Spiegelung hat mit Ihnen als Parlament über Sinn und Zweck unserer Beteiligungen, den Herausforderungen und den Chancen, die sich stellen. Ein Thema, das ist ganz bestimmt die Niederwasserperioden, die der Rhein kennt. Wir in Basel haben die entsprechende Schifffahrtsrinne bereits vertieft und korrigiert und da unsere Massnahmen gemacht. Es gibt aber noch Abschnitte, insbesondere in Deutschland beim Abschnitt Loreley, wo auch der deutsche Staat gefordert ist, hier diese Schifffahrtsrinnen zu korrigieren, dass sie im Sinne der Schifffahrt auch in Zukunft ihre Funktion wahrnehmen können. Es gibt aber auch auf der Schiffsseite beim Antrieb Massnahmen, die ergriffen werden müssen. Da sind dann die Schiffsbetriebe gefordert, hier solche Schiffe einzusetzen, die auch bei tiefem Wasserstand mehr laden können und entsprechend möglichst viel auch bei Niedrigwasserzeiten transportieren können.

Eine weitere Herausforderung ist die Dekarbonisierung. Einerseits bei den Gütern, die Rheinhäfen, sie sind ein wichtiger Logistikort für die fossilen Brennstoffe. Wir alle wissen und wir wollen, dass diese Brennstoffe zurückgehen in Basel bis 2037 auf 0 und entsprechend muss sich auch der Rheinhafen neu positionieren, weil diese Mengen zurückgehen werden und entsprechend muss sich die Schifffahrt bereit machen auch für neue Transportgüter, insbesondere auch für Moleküle im Brennstoffbereich, die erneuerbar hergestellt werden. Da sind die Rheinhäfen auch sehr intensiv daran, beim Thema Wasserstoff mit der IWB hier sich aufzustellen, dass sie gewappnet sind für die Zukunft und die zukünftige Entwicklung. Der andere Bereich der Dekarbonisierung betrifft die Antriebe der Schiffe selbst. Da ist es notwendig, dass diese Schiffe in Zukunft erneuerbar betrieben werden können. Die Technologie ist noch nicht so weit, dass das heute schon bei allen Schiffen machbar ist, aber sie entwickelt sich in diese Richtung und wir werden bis 2037 ganz andere Schiffe auch schon auf dem Rhein haben, die erneuerbar unterwegs sein werden.

Auf der gesetzgeberischen Seite beginnen bei uns die Vorarbeiten für die Anpassung des Rheinhafenvertrages, weil wir brauchen Anpassungen. Es gibt Anpassungen im Hafenperimeter, das sowohl in Birsfelden mit dem Masterplan Hafen Birsfelden, aber auch bei uns im Zusammenhang mit der Hafen- und der Stadtentwicklung, im Zusammenhang mit dem Hafenbecken 3. Hier braucht es die Anpassungen der beiden Kantone am Staatsvertrag und hier sind wir jetzt an den Vorbereitungsarbeiten in den beiden Kantonen gemeinsam mit den Rheinhäfen.

Der Güterumschlag in 2022 zeichnet ein Minus von 15 Prozent aus. Das war vor allem aufgrund des trockenen Sommers und den tiefen Pegelständen, zum Teil auch auf Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Transportmengen, die stattgefunden haben. Einzig stabil blieb der Containerverkehr. Mit über 125'000 Containereinheiten blieben die Umschläge knapp auf dem Vorjahresniveau.

Das führt zu dem Jahresergebnis, das wir hier sehen mit Fr. 8'000'000 und einer flexiblen Baurechtsverzinsung an die Kantone von Fr. 7'600'000. Das ist leicht höher als im Vorjahr. Der Regierungsrat beurteilt das Geschäftsjahr unter diesen Umständen als insgesamt positiv, weil das Jahresergebnis auch leicht erhöht werden konnte. Wie schon gesagt, wir müssen der nationalen Verkehrsdrehscheibe Sorge tragen.



Ich bin sehr erfreut, dass gestern die Plangenehmigung des BAV eingetroffen ist für den Containerterminal Basel Nord. Wir sind damit dem Volkswillen der Basler Bevölkerung einen Schritt weiter und ich hoffe, dass wir fähig sind, diese notwendige Infrastruktur, die wir brauchen für die Güterverkehrsverlagerung von der Strasse auf Schiff und Schiene, aber auch für unseren Logistikstandort und für unseren Hafen, dass wir dieses Projekt jetzt rasch vorantreiben können und damit auch die Voraussetzungen schaffen, dass der Hafen, und zwar der Hafen bei uns, der an die Schiene angeschlossen ist und nicht andere Häfen, die nur einen Strassenanschluss haben, dass wir diesen Hafen stärken können für die Zukunft.

Deshalb möchte ich mich Bedanken für die Arbeit der IGPK und beantrage Ihnen im Namen des Regierungsrates, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Jahresbericht
2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

Abstimmung

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001150, 13.09.23 09:58:40]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2022 der SRH werden zur Kenntnis genommen.
2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

8. Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023

[13.09.23 09:59:16, 22.1133.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'160'000 zu bewilligen.

Zudem beantragt die Finanzkommission, einem Nachtragskredit zuzustimmen. Für die Kommission WAK hat das Wort deren Präsidentin Andrea Knellwolf.



Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Kanton Basel-Stadt nutzt die Swiss Indoors seit 2006 als Werbeplattform. Für die Platzierung des Schriftzugs Basel auf dem Center Court bezahlt der Kanton seither einen jährlichen Beitrag von Fr. 250'000. Aufgrund der Langfristigkeit dieses Marketing-Engagement hatte der Regierungsrat den Grossen Rat jeweils für mehrere Jahre um die entsprechende Ausgabenbewilligung ersucht. Letztmals bewilligte der Grosse Rat für die Jahre 2017 bis 2022 diese Beträge. Damals im Jahr 2006 kostete die Platzierung des Schriftzugs auf dem Center Court Fr. 500'000. Der Kanton Basel-Landschaft hatte sich bis 2016 ebenfalls mit Fr. 250'000 an den Kosten für dieses Marketing-Engagement beteiligt. Dann hat sich der Kanton Basel-Landschaft aus dieser Vereinbarung zurückgezogen. Seither hat die Swiss Indoors AG einzig noch den Beitrag aus dem Kanton Basel-Stadt von Fr. 250'000 empfangen.

Im Rahmen der Gespräche betreffend die Vertragsverlängerung forderte die Turnierleitung nun wieder eine marktgerechtere Abgeltung für den Schriftzug Basel auf dem Center Court. Da der Verbleib dieses hochkarätigen Turniers in der St. Jakobshalle für den Stellenwert des Veranstaltungsortes Basel und dessen überregionale Ausstrahlung von grosser Bedeutung ist, hat sich der Regierungsrat für die geforderte Erhöhung bzw. die ursprüngliche Höhe des Marketingbeitrags auf Fr. 500'000 pro Jahr ausgesprochen. Die Beitragserhöhung wurde an die vom Regierungsrat formulierten Bedingungen geknüpft, welche den Verbleib und die Verankerung des Turniers in Basel bis 2026 absichern. Da im Budget 2023 lediglich ein Betrag von Fr. 250'000 vorgesehen worden war, wird dem Grossen Rat mit dem Ratschlag auch ein Nachtragskredit über Fr. 269'250, das ist dann mit Mehrwertsteuer, vorgelegt. Die Finanzkommission berichtet dann mündlich zu diesem Nachtragskredit.

Die WAK hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und sich von Regierungspräsident Beat Jans, Regierungsrat Conradin Cramer und Sabine Horvath, Leiterin Aussenbeziehungen und Standortmarketing, ausführlich über das Geschäft informieren lassen. Die Kommission hat mit 11 zu einer Stimme Eintreten beschlossen. Die Kommission hat das Geschäft kontrovers diskutiert. Die Verdoppelung des Beitrags des Kantons Basel-Stadt von jährlich Fr. 250'000 auf Fr. 500'000 war umstritten. Die Kommission dankt den involvierten Departementen für die zusätzlichen Auskünfte und Unterlagen. Vielen Dank.

Die Erwägungen der WAK. Zunächst mal zur Frage, wie wichtig ist dieses Tennisturnier denn überhaupt für den Kanton. In der Kommissionsberatung wurde deutlich, dass die Swiss Indoors Basel in vielerlei Hinsicht für den Standort von grosser Bedeutung sind. Aus sportlicher Sicht handelt es sich um einen einzigartigen und hochkarätigen Anlass, der in Basel tief verankert und eng mit der Entwicklung der St. Jakobshalle verbunden ist. Seit 2009 gehören die Swiss Indoors Basel zu einem der 13 Turniere aus der ATP 500 Series. Damit ist der Anlass punkto Dimension und Ausstrahlung mit einem Lauberhornrennen oder mit dem Leichtathletik-Anlass Weltklasse Zürich zu vergleichen. Das Turnier ist die Leuchtturmveranstaltung im Sportbereich für den Standort Basel. Für Basel handelt es sich um den grössten und bedeutendsten wiederkehrenden Sportanlass, welcher jedes Jahr ausgetragen wird. Und wiederkehrend ist natürlich besonders interessant, weil sich dann nämlich der Kanton aufwendige Akquisitionsanstrengungen sparen kann.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist das Turnier aufgrund der Wertschöpfung, die durch die rund 70'000 Gäste entsteht, von erheblicher Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass die Swiss Indoors Basel zu rund 2'000 Übernachtungen allein im Kanton Basel-Stadt führen. Grossanlässe sind für die Lebendigkeit einer Stadt, für die Tourismusbranche und für die nationale und internationale Ausstrahlung und Bekanntheit von grosser Relevanz.

Zum Wert der Werbefläche. Im Unterschied zu vielen anderen Sportveranstaltungen, die substanzielle Beiträge aus dem Swisslos Sportfonds erhalten, wird mit der Swiss Indoors AG eine Marketing-Vereinbarung abgeschlossen. In der Kommission wurde diskutiert, ob es sich bei diesem Marketing-Engagement nicht bloss um eine andere Art der Subventionierung handle. Der Kommission wurde erläutert, dass die Werbefläche auf dem Center Court aufgrund der ATP-Regelungen einzig der Host City verkauft werden könne. Mit dem jährlichen Beitrag von bisher Fr. 250'000 und neu Fr. 500'000 kauft der Kanton Basel-Stadt die Platzierung des Schriftzugs Basel auf dem Center Court ein. Bei allen anderen Veranstaltungen, die aus dem Swisslos Sportfonds unterstützt werden, erfolgt dagegen jeweils keine entsprechende Gegenleistung durch die Veranstalter. Aufgrund der grossen TV-Präsenz des Turniers in über 150 Ländern können mit dieser Werbefläche 20 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer erreicht werden. Aus den Erläuterungen ging auch hervor, dass die Kosten für kommerzielle Werbung in diesem Umfang und bei dieser Reichweite rund Fr. 30'000'000 betragen würden.

Aufgrund der ATP-Regelung besteht allerdings um diese Werbefläche kein Wettbewerb mit privaten Sponsoren. Der Wettbewerb besteht einzig unter den Standortkonkurrenten. Da es sich bei einem Tennisturnier um einen relativ mobilen Sportanlass handelt, besteht somit eine Wettbewerbssituation zu anderen potenziellen Host Citys auf der ganzen Welt. In Anbetracht dieser Sonderkonstellation ist es sehr schwierig zu beurteilen, welcher Betrag für die Platzierung des Schriftzugs auf dem Center Court marktgerecht sein könnte. Deshalb wurde auf Anfrage für die Kommission eine Zusammenstellung der Beiträge an andere internationale Sportanlässe erstellt. Die ebenfalls wiederkehrenden Veranstaltungen wie das Badminton Yonex Swiss Open oder das Longines CHI Classics Basel erhalten aus dem Swisslos Sportfonds Fr. 150'000 respektive Fr. 200'000. Einmalige Veranstaltungen wie die Badminton-Weltmeisterschaft, die Fecht-Europameisterschaft und die Kunstturner-Europameisterschaft werden oder wurden mit Beiträgen zwischen Fr. 750'000 und Fr. 900'000 unterstützt.



Darüber hinaus profitieren Sportanlässe generell von speziellen Konditionen für die Nutzung der St. Jakobshalle. Einmalige wie auch wiederkehrende Sportveranstaltungen erhalten Mietreduktionen von bis zu 50 Prozent. Bei der Festlegung der Mietreduktion werden von der Hallenleitung die Einschätzungen von Standortmarketing und Sportamt über die Bedeutung der Veranstaltung für den Kanton Basel-Stadt berücksichtigt. All diese Beiträge erfolgen, ohne dass die Veranstalter eine vergleichbare Marketing-Gegenleistung für den Kanton Baselstadt erbringen.

Wie schon kurz erwähnt, von grossem Vorteil für einen Veranstaltungsort sind wiederkehrende Anlässe, da für diese keine Akquisitionsanstrengungen unternommen werden müssen. Die Veranstaltungsorte stehen zudem in einem harten weltweiten Wettbewerb untereinander. Um den Zuschlag für das Hosten einer einmaligen Veranstaltung zu erhalten, müssen oftmals aufwändige Bewerbungsverfahren durchlaufen werden. Auch deshalb sind wiederkehrende Grossanlässe für einen Standort besonders wertvoll und sollten entsprechend gepflegt werden. Die Kommission hat ausführlich über den Wert der Werbefläche auf dem Center Court diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass der Wert von Fr. 500'000, wie er 2006 festgelegt wurde, angemessen ist und hat damit die damalige Wertschätzung der beiden Kantonsregierungen nachvollziehen können.

Mit dem Schriftzug Basel auf dem Center Court wird während vielen TV-Stunden ein internationales Millionenpublikum erreicht. Da nur die Host City als Schriftzug genannt werden darf, kommt als Sponsor nur die öffentliche Hand in Frage. Deshalb muss die Höhe des Beitrags politisch vertretbar sein. Dies scheint der Kommission grundsätzlich erfüllt.

Als unverständlich sieht es die Kommission aber an, dass sich der Kanton Basel-Landschaft aus der gemeinsamen Vereinbarung mit der Swiss Indoors AG zurückgezogen hat. Das Turnier bringt Wertschöpfung in die ganze Region. Zudem liegt der Firmensitz der Swiss-Indoors AG im Kanton Basel-Landschaft. Der Anlass wäre somit nach wie vor in beiden Kantonen gut verankert.

In Anbetracht der grossen und mehrdimensionalen Bedeutung des Turniers für Basel ist die Kommission mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und die Verdoppelung der Kosten für das baselstädtische Marketing-Engagement in Kauf zu nehmen. Der Wert des Turniers besteht für den Kanton Basel-Stadt sowohl in der Wertschöpfung als auch in dessen Funktion als Imageträger für den Sport, für die St. Jakobshalle als Veranstaltungsort und für Basel als attraktiver und lebendiger Wohn- und Arbeitsort. Wesentlich zur Zustimmung der Kommission hat das vertraglich vereinbarte Commitment der Swiss Indoors AG zum Standort Basel während der Laufzeit der Marketing-Vereinbarung beigetragen. Sollte das Turnier vor 2026 aus Basel wegziehen, so wären seitens Swiss Indoors AG entsprechende Rückzahlungen an den Kanton zu leisten.

Da die substanzielle Erhöhung des Beitrags in der Kommission kontrovers diskutiert wurde, hat sie verschiedene Möglichkeiten in Erwägung gezogen, wie ein grösserer Mehrwert für den Kanton geschaffen werden könnte. Diskutiert wurde die Möglichkeit, die Vereinbarung zwischen dem Kanton und der Swiss Indoors AG um zwei Jahre auf insgesamt 6 Jahre zu verlängern. Weiter wurde überlegt, ob die Vereinbarung um Nachhaltigkeits Elemente ergänzt werden könnte. Ein weiteres Thema war die Verlegung des Firmensitzes der Swiss Indoors AG nach Basel. Die Kommission hat schliesslich auf Anträge verzichtet, erwartet aber, dass die Verlegung des Firmensitzes und damit des Steuersitzes nach Basel sorgfältig geprüft wird und dass zudem Massnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit des Anlasses ergriffen werden.

Darüber hinaus sollen der Kanton und die Swiss Indoors AG die Verlängerung der Vereinbarung um weitere zwei Jahre, also bis 2028 in Betracht ziehen. Die Kommission würde es begrüssen, wenn dem Grossen Rat innert nützlicher Frist ein entsprechender Ratschlag vorgelegt würde.

Ganz grundsätzlich wurde in der Kommission kontrovers diskutiert, ob eine globale Standortpromotion mit den Nachhaltigkeitszielen des Kantons Basel-Stadt überhaupt zu vereinbaren sei oder ob diese internationale Strahlkraft von Basel für den Wirtschaftsstandort sogar besonders relevant sei. Eine Minderheit der Kommission lehnt es eigentlich ab, den Beitrag des Kantons zu verdoppeln, ohne dass damit ein zusätzlicher Mehrwert für Basel entstehen würde. Auch wenn die Swiss-Indoors AG den Preis für die Werbefläche nicht erhöht hat, so kann wir es nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, dass der Kanton nun allein für die Kosten aufkommt. Eine Verdoppelung des Kantonsbeitrags ohne zusätzliche Gegenleistung führe dazu, dass die Marketing-Vereinbarung den Charakter einer Subvention erhalte.

Ich komme zum Fazit der Kommission: trotz des Missmuts über die Verdoppelung des Beitrags aufgrund des Rückzugs des Kantons Basel-Landschaft beantragt die Kommission dem Grossen Rat mit 8 zu einer Stimme und 4 Enthaltungen, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Eine Kommissionsmehrheit ist zur Überzeugung gelangt, dass das Marketing-Engagement bei den Swiss Indoors immer noch ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist für den Kanton Basel-Stadt. Neben der konkreten Wertschöpfung, die durch das Turnier generiert wird, trägt das Turnier im Allgemeinen und die Werbefläche auf dem Center Court im Speziellen zur weltweiten Bekanntheit von Basel bei. Die Kommission ist überzeugt, dass der Kanton mit der Übernahme der vollen Kosten für das Marketing-Engagement sowie mit den speziellen Mietkonditionen sehr gute Bedingungen für die Durchführung der Swiss Indoors in der modernisierten St. Jakobshalle schafft. Auch wenn die Kommission von Änderungsanträgen abgesehen hat, würde sie es begrüssen, wenn dennoch durch eine Verlegung des Firmensitzes in den Kanton Basel-Stadt eine Verlängerung der Marketing-Vereinbarung oder durch das



Ergreifen von Nachhaltigkeitsmassnahmen veranstalterseitig ein gewisser Gegenwert für die erhebliche Beitragserhöhung durch den Kanton geschaffen würde.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission empfiehlt also dem Grossen Rat mit 8 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen und Ausgaben von Fr. 2'160'000 inklusive Mehrwertsteuer für die Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Baselstadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für den Zeitraum 2023 bis 2026 zu bewilligen. Ich bedanke mich.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Kommissionssprecherin der WAK hat es bereits angekündigt. Die Finanzkommission berichtet mündlich zu diesem Nachtragkredit, so wie sie das eigentlich auch immer tut.

Wir haben uns natürlich inhaltlich und materiell mit diesem Geschäft nicht befasst. Das ist die Aufgabe der WAK gewesen, sondern wir haben uns tatsächlich «nur» um diesen Nachtragskredit gekümmert für das Jahr 2023 und die Finanzkommission hat diesen Kredit auch entsprechend beschlossen und empfiehlt Ihnen, diesen Nachtragskredit in Höhe von Fr. 269'250 heute zu bewilligen. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

Regierungspräsident Beat Jans: Der Regierungsrat beantragt hier eine Erhöhung der Marketing-Beiträge an Swiss Indoors im Wesentlichen aus zwei Gründen. Wir haben als Stadt, als Kanton ein grosses Interesse, dass Swiss Indoors weiterhin bei uns bleibt. Erstens und zweitens, wir erhalten für diese Marketing-Gelder eine Gegenleistung, die marktgerecht ist mit einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Swiss Indoors ist tatsächlich ein ausgesprochen bedeutender Anlass. Es gibt ein Ranking der Sportevents der Schweiz, dort figuriert Swiss Indoors Basel auf dem ersten Platz weit vor der Tour de Suisse, dem Spengler Cup, dem Lauberhornrennen oder dem Leichtathletik-Meeting Weltklasse Zürich. Es ist ein ATP 500 Turnier seit 2009, davon gibt es 13 weltweit. Die meisten oder einige finden allerdings draussen statt, so dass die Swiss Indoors zu den drei grössten Hallenturnieren der Welt gehört und somit auch eine grosse internationale Aufmerksamkeit erhält. Dieses Turnier wird jeweils in über 150 Ländern für über 3'500 Stunden im Fernsehen übertragen und erreicht rund 20 Millionen TV-Zuschauerinnen und TV-Zuschauer. Mit dieser Ausstrahlung ist die Swiss Indoors wirklich Spitzenreiterin, auch innerhalb der ATP 500 Turniere und bringt so Basel eine ausserordentlich grosse Sichtbarkeit. Es gibt etwa 70'000 Gäste jedes Jahr, die auch nach Basel kommen und auch dazu beitragen, dass das Turnier Wertschöpfung für Tourismus, für Gastrobetriebe und vieles mehr generiert. Ich glaube, es ist wichtig zu sehen, dass Basel damit eine Plattform erhält, um sich als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, aber auch als attraktiver Wohnort, als renommierte Kulturmetropole und auch als moderner Veranstaltungsort so weltweit zu präsentieren. Es ist spannend, nach Basel zu kommen, zu wohnen, zu arbeiten, da läuft etwas.

Der Regierungsrat hat bereits 2006 erstmals entschieden, das internationale Tennisturnier als Werbepattform zu nutzen und mit diesem Entscheid wurde ermöglicht, dass der Schriftzug Basel an diesem hochkarätigen Turnier auf dem Center Court zu sehen ist. Das bisherige Engagement ist 2022 ausgelaufen, aber bereits 2006 wurde der Wert dieses Schriftzugs Basel auf dem Center Court mit rund Fr. 500'000 beziffert. Der Kanton Basel-Landschaft hatte sich zeitweilig bis 2016 ebenfalls mit Fr. 250'000 beteiligt, also die Hälfte des Beitrages übernommen. Danach hat sich der Kanton Basel-Landschaft aus dieser Vereinbarung zurückgezogen und seither hat die Turnierleitung Basel-Stadt quasi den Beitrag bei Fr. 250'000 belassen. Sie stellte sich im Rahmen der Verhandlungen auf den Standpunkt, dass hier eine Leistung erbracht wird, die nicht marktgerecht entschädigt wird und Swiss Indoors ersuchte uns deshalb um eine Erhöhung auf Fr. 500'000, weil nur das tatsächlich eine marktgerechte Entschädigung sei und Sie wissen es, Swiss Indoors hat gleichzeitig auch Ausschau gehalten, weitere Standorte für die zukünftige Turnieraustragung geprüft, evaluiert.

Der mediale Gegenwert für die Sichtbarkeit des Schriftzuges Basel dürfte laut Swiss Indoors sogar weit höher sein als Fr. 500'000, weil eben 745 Stunden im Fernsehen weltweit Basel sichtbar ist. Der Verbleib und die längerfristige Durchführung des internationalen Turniers in der St. Jakobhalle ist für den Stellenwert des Veranstaltungsortes, ich habe es gesagt, und dessen internationale Ausstrahlung bedeutend. Deshalb hat der Regierungsrat gesagt, diese geforderte Erhöhung ist richtig.

Wie gesagt, die Kommissionspräsidentin hat das sehr gut gesagt, was für uns auch ausgesprochen wertvoll ist, es ist ein Sportanlass, der regelmässig wiederkehrt. Es ist nicht eine Europameisterschaft, die dann nie mehr zurückkommt oder lange nicht mehr zurückkommt oder eine Weltmeisterschaft, sondern wir haben das Turnier über viele Tage dann jedes Jahr und müssen so keine Akquisitionsanstrengungen unternehmen. Für Europa oder Weltmeisterschaften sind das häufig Beiträge, die höher sind als Fr. 500'000, damit wir sie nach Basel bringen können. Auch aus diesem Grund ist es wertvoll, hier dieses Engagement gegenüber Swiss Indoors auch zu erhöhen.



Die Wirtschafts- und Abgabekommission würde es begrüessen, wenn durch eine Verlegung des Firmensitzes in den Kanton Basel-Stadt oder eine Verlängerung des Marketing-Engagements oder auch Nachhaltigkeitsmassnahmen, das Commitment von Swiss Indoors gegenüber Basel und seinen Zielen auch verstärkt würde. Ich habe tatsächlich mit den Herren Böni und Brennwald persönlich gesprochen und ihnen diese Anliegen auch unterbreitet. Swiss Indoors ist offen gegenüber allen drei Anliegen und möchte diese auch entsprechend ernsthaft prüfen.

Wichtig scheint uns auch noch, wir haben diese Erhöhung nicht ohne Bedingungen ausgehandelt. Sollte Swiss Indoors vor Ablauf dieser Vierjahresfrist Basel verlassen, müssen sie uns anteilmässig diese Marketing-Gelder zurückbezahlen. Wir haben sie also so auch ein bisschen verpflichtet, diese vier Jahre hier in Basel zu bleiben. Und das machen sie gerne, sie stehen zu diesem Standort. Für sie ist dieser Standort wichtig, das ist der Ort, wo sie sein wollen. So wurde uns das auch immer wieder bestätigt.

Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch noch zu erwähnen, dass der Kanton natürlich auch in anderer Weise Swiss Indoors entgegenkommt. Bei der Hallenmiete und den Konditionen sind wir seit jeher in grossem Masse Swiss Indoors entgegengekommen und mit der Unterstützung im Rahmen des Mietverhältnisses sowie dem Marketing-Engagement liegen die kantonalen Leistungen für Swiss Indoors gesamthaft bei über Fr. 1'000'000 pro Jahr, auch wenn die Hallenmiet-Verhandlungen im Moment noch laufen.

Soweit unsere Ausführungen. Wir beantragen Ihnen deshalb Ausgaben in der Höhe von Fr. 2'160'000 für die Dauer 2023 bis 2026 und ich bitte Sie, dem vorliegenden Ratschlag und dem Nachtragskredit zuzustimmen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Wirtschafts- und Abgabekommission und bei der Finanzkommission für die wohlwollende und gute Prüfung der Vorlage. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Liberaldemokratische Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die erhöhten Kosten für das Marketing-Engagement des Center Court-Schriftzugs Basel zu sprechen und die Mehrausgaben entsprechend in Kauf zu nehmen. Ja, auch Vertreterinnen und Vertreter unserer Fraktion mussten zweimal hinsehen, da direkt ins Auge sticht, dass der Betrag verdoppelt wird. Dass der Wert des Schriftzugs Basel auf dem Center Court Fr. 500'000, also eine halbe Million Wert ist, war aber schon seit 2006 bekannt. Dass seit dem Ausstieg von Basel-Landschaft im Jahr 2016 nicht direkt die ungedeckten Kosten auf Basel-Stadt übertragen wurden, darf jedoch dankend verzeichnet werden. Basel-Landschaft weiss zwar sehr gerne die Steuereinnahmen des Turniers in der eigenen Kasse verbucht, will aber nicht in die regionale Wertschöpfung, die der Schriftzug auch mit sich bringt, und in die Attraktivitätssteigerung investieren. Das ist sehr bedauerlich, wenn auch nicht überraschend. Darauf soll aber an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Durch die vom Regierungsrat verhandelte Rückzahlungsklausel besteht eine finanzielle Absicherung, sofern das Turnier die St. Jakobshalle und Basel vor Ende der verhandelten Periode, also vor 2026 verlassen sollte. Das ist gut. Besser wäre eine noch längerfristige Zusage und Bekenntnis an Basel als Greatest Standort of all Times. Daran ist unserer Regierung und dem Standortmarketing den Kommissionsdiskussionen nach auch sehr viel gelegen. Wenn weiterhin gut genetzt und umsichtig verhandelt wird, besteht Hoffnung, dass die Standortfrage nicht erst im Tiebreak oder gar durch Beizug des Hawk-Eyes entschieden wird, sondern sich als langfristige Partnerschaft mit Vorteilen für beide Parteien etabliert. Also sehr viel Deuce und ausgeglichene Games, idealerweise ist man sogar bald bereit, gemeinsam eine Doppelmansschaft zu gründen.

Dass vorerst bis 2026 verhandelt wurde, ist sinnvoll. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie hoch die Attraktivität eines Turnierbesuchs für verschiedene Ziel- und Fangruppen noch ist, wenn die Schweizer Tennis-Koryphäen nicht mehr dabei sind und Nachwuchskräfte sich etablieren, während weitere am Horizont erscheinen. Sollte dies nicht mehr die gewohnten Besucherströme generieren, kann die nächste Runde der Verhandlungen mit anderer Ausgangslage angegangen werden. Aktuell zählt aber immer noch, für unseren Kanton sind wiederkehrende Sportgrossanlässe sehr attraktiv und die daraus resultierende Wertschöpfung ist besonders im Falle der Swiss Indoors sehr weitreichend.

Klärend empfindet meine Fraktion auch, dass die Rahmenausgaben klar als Marketing-Engagement deklariert sind. Den Schriftzug Basel platziert zu haben, strahlt in die Welt aus und löst ein Echo hoffentlich in Punkto Neugier, Basel zu besuchen, aus. Es ist neben der Wertschöpfung, die kurz vor, während und nach dem Turnier in Basel und der Region zu verzeichnen ist, also auch mit Wertschöpfung als Folgeerscheinung zu rechnen. Entsprechend ist der Schriftzug klar als Marketingmassnahme zu verstehen und im Bericht auch richtig deklariert.

Wir wünschen uns, dass unser Entscheid von hier und heute einem guten Aufschlag gleicht, denn dort ist es der Wurf vor dem Schlag, der entscheidet, wie gut ein Aufschlag schlussendlich auf der gegnerischen Spielfeldhälfte auftrifft. In diesem Sinne bitten wir Sie, dieses Geschäft, metaphorisch gesprochen: den Ball hier und heute möglichst gezielt aufzuwerfen, damit die weiteren Handlungsschritte dann wirklich Potenzial für ein Ass haben.



Im Sinne von Game, Satz, Match bittet die LDP-Fraktion Sie, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen, um die Weiche für viele weitere Jahre guter Zusammenarbeit rund um diesen wichtigen Sportgrosanlass und für viele weitere Jahre Weltklasse-Tennis in Basel zu stellen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Fr. 500'000, diese Summe soll der Kanton Basel-Stadt in den kommenden Jahren jährlich dafür zahlen, damit während der Swiss Indoors in der Joggelihalle auf dem Center Court der Name, der Brand Basel prangt. So soll der Ruf unserer Stadt den Weg in Millionen Haushalte weltweit finden, wenn Tennis-Stars in den Fusstapfen von Roger Federer über den heimischen Fernseher flimmern.

In den Wochen um die Swiss Indoors wird Basel für einen Augenblick zur Weltstadt erhoben und damit mehr Wertschöpfung für unsere hiesige Wirtschaft generiert oder so lautet zumindest der Plan. Fr. 500'000, warum plötzlich so viel? Diesen Schriftzug auf dem Center Court berappen, das kann nämlich einzig der Veranstaltungsort, so will es die ATP-Regelung. Und während wir diese Ausgabe in der Vergangenheit mit dem Kanton Baselland teilen konnten, ist damit nun Schluss, der Landrat hat 2016 den Geldhahn zgedreht und das, obwohl die Swiss Indoors ihren Steuersitz im Kanton Baselland haben. Von Steuereinnahmen durch den Grossanlass profitiert der Kanton Basel-Stadt also nicht. Deshalb hat die Wirtschaft- und Abgabekommission auch in ihrem Bericht klar die Erwartung geäussert, dass der Steuersitz in den Stadtkanton verlegt werden sollte. Darauf zählen können wir bei dieser Geldsprechung, aber nicht.

Fr. 500'000, also eine halbe Million jährlich, das ist viel Geld. Fr. 500'000 aus öffentlicher Hand für eine Marketing-Investition an ein profitorientiertes Unternehmen. Gleichviel Geld haben wir beispielsweise gerade eben an unserer letzten Sitzung im Juli dem Männerbüro Basel für seine Beratungsangebote gesprochen, wohl merklich zusammengenommen für die kommenden drei Jahre. Ein hinkender Vergleich, klar, aber trotzdem lohnt es sich manchmal bei den riesigen Zahlen, mit denen wir in diesem Rat regelmässig operieren, sich die Verhältnismässigkeit vor Augen zu führen.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis erkennt und schätzt den Wert der Swiss Indoors, das ist keine Frage. Es ist ein Sportanlass mit grossartigem Tennis, ein Anlass mit grosser Wertschöpfung, besonders für die Hotellerie und Gastronomie der Region und ein Anlass, der die Stadt Basel international bekannt macht. Und wir sind auch bereit, diese nun besprochenen Fr. 500'000 zu sprechen. Nur, dafür möchten wir eine klare Zusicherung von Seiten der Swiss Indoors, dass der Steuersitz in den Kanton Basel-Stadt verlegt wird und dass wir weiter darauf zählen können, dass die Swiss Indoors auch in ferner Zukunft den Tennis weiterhin nach Basel bringt, damit sich diese Marketing-Investition auch wirklich lohnt, nicht nur für die Swiss Indoors, sondern auch für die Basler Wirtschaft.

Deshalb beantragen wir als Grün-Alternatives Bündnis Rückweisung an den Regierungsrat. Wir fordern die Regierung damit auf, nochmal zu prüfen und zu verhandeln, inwiefern sichergestellt werden kann, dass der Steuersitz nach Basel-Stadt verlegt und die Swiss Indoors weiter dem Standort Basel treu bleiben.

In diesem Sinne bitten wir Sie, dem Rückweisungsantrag der Fraktion GAB zu folgen und die Regierung noch einmal hinter die Bücher und an den Verhandlungstisch zu schicken. Herzlichen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Als wir dieses Geschäft in der Kommission beraten haben, hatte ich ein bisschen ein Déjà-vu. Ich war früher Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und da war und ist es wahrscheinlich immer noch so, dass man regelmässig darüber diskutiert, ja, sollte sich der Kanton Baselland hier und dort nicht mehr beteiligen. Ich erinnere mich an mehrere Kommissionsberatungen, wo wir uns darüber geärgert haben, dass das Baselbiet das Portemonnaie geschlossen gehalten hat und hier ist es ein bisschen eine ähnliche Konstellation.

Ich glaube, wir können sagen, ich habe zumindest bisher noch nichts anderes gehört, die Bedeutung dieses Turniers für Basel, für die ganze Region, sicher auch für den Tennissport als Ganzes ist unbestritten. Das heisst, nicht nur der Blick auf die Geschichte dieses Turniers, der Blick auch auf das Teilnehmerfeld des aktuellen Jahrganges, sondern wir haben hier seit über 50 Jahren hochkarätigen Sport, der hier in der Region geboten wird und das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Regierungspräsident Beat Jans hat sehr ausführlich dargelegt, was die Wertigkeit nicht nur des Anlasses selber ist, sondern auch die Wertigkeit des Schriftzuges, den wir hier platzieren dürfen gegen entsprechende Kostenbeteiligung. Und selbstverständlich wäre es nichts als angemessen, wenn sich der Kanton Basel-Landschaft an diesen Kosten auch weiterhin beteiligen würde, so wie er das früher getan hat. Es ist schwer nachvollziehbar, dass der Nachbarkanton hier aussteigt, nicht zuletzt deswegen, weil die Halle sich auf Baselbieter Boden bewegt, weil viele Gäste dieses Turniers aus dem Baselbiet kommen und auch weil sicher kein kleiner Teil der Wertschöpfung letztendlich auch im Baselbiet dann in den Kassen landet.



Aber am Schluss müssen wir bei all diesem Unverständnis beurteilen, ob der Beitrag für unseren Kanton sinnvoll ist. Das ist am Schluss die entscheidende Frage, bringt der Beitrag uns etwas, bringt auch der höhere Beitrag uns als Kanton etwas und mit Blick auf die Bedeutung und mit Blick auch auf die Wertschöpfung, denke ich, kann man diese Frage bejahen.

Und dann die Frage der Wertschätzung oder das Thema der Wertschätzung, das ist ja sehr häufig jetzt auch immer wieder ins Spiel gebracht worden. Wertschätzung ist aus meiner Sicht immer ein bisschen eine Zweibahnstrasse, das ist keine Einbahnstrasse. Da können wir festhalten, wir haben über Fr. 100'000'000 in den letzten Jahren in die Erweiterung, den Umbau der Joggelihalle investiert. Wir engagieren uns jetzt seit vielen Jahren mit diesem Schriftzug, wollen das sogar jetzt noch mehr machen. Wir geben eine günstigere Hallenmiete ab, wir bieten auch weitere Unterstützung, Beflaggung der ganzen Stadt, usw. Also da gibt es sehr viel, was wir als Standortkanton für diese Veranstaltung machen und jetzt springen wir voraussichtlich auch in diese Lücke hinein und damit denke ich, darf man dann diese Debatte über die angeblich fehlende Wertschätzung, die man den Medien teilweise entnehmen konnte, die darf man dann hoffentlich auch mal als abgeschlossen betrachten.

Im Gegenzug, das hat die Kommissionsberatung deutlich gezeigt, wäre es nichts als richtig, den Sitz des Unternehmens in den Kanton Basel-Stadt zu verlegen, in den Kanton, der dieser Veranstaltung all diese Unterstützungsleistungen, die ich soeben aufgezählt habe, zukommen lässt. Und wir können festhalten, es ist überaus positiv, sehr zu begrüßen, dass diese Bereitschaft besteht, das anzusehen, ob das gemacht werden kann. Das zeichnet ein partnerschaftliches Verhältnis aus, dass man Anliegen aufnimmt, entsprechend wohlwollend prüft. Natürlich kommt es letztendlich darauf an, was das Ergebnis dieser Prüfung ist, das ist klar, das wissen wir heute noch nicht, aber zumindest schon mal die positive Einstellung, das prüfen zu wollen, können wir hier begrüßen. Wir können und wollen letztendlich diese Sitzverlegung nicht erzwingen, davon hängt der Wert unseres Beitrags letztendlich nicht ab, auch wenn er nichts als richtig wäre.

Jetzt noch zur Rückweisung. Dieser Rückweisungsantrag kam etwas überraschend, denn in der WAK wurde das entsprechend nicht beantragt. Wir müssen uns einfach vor Augen führen, was das heissen würde. De facto heisst das einfach, bei diesem Turnier in einem Monat fehlt eine Viertelmillion in der Kasse. Wir können uns auch beim besten Willen nicht innerhalb dieses Monats das Geschäft zurückweisen, nochmals beraten und dann in den Grossen Rat verabschieden, das ist beim besten Willen nicht möglich. Also das ist letztendlich die Konsequenz dieses Antrages, wenn er denn angenommen würde, was wir als FDP aber nicht unterstützen können.

Wir sind überzeugt, dass das unter dem Strich für unseren Kanton ein gutes Geschäft ist, einen klaren Mehrwert bietet, ein klarer Mehrwert resultiert für den Kanton, für die ganze Region und deshalb unterstützt meine Fraktion den Ratschlag und den Nachtragskredit. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich vorweg sagen, dass es in Bezug auf diesen Ratschlag ja auch gewisse Begleitgeräusche gibt und Begleiterscheinungen, die uns in diesem Thema immer wieder begegnet sind. Wir haben von Seiten des Turniers eine Kommunikation auch über die Medien gehabt, die zu einem Teil vielleicht Verhandlungsstrategie sein kann, die sinnvoll sein kann, um sich zu positionieren, aber zum anderen vielleicht auch zu den Irritationen teilweise geführt hat, die wir auch in der Kommissionsberatung hatten. Und ich finde darum, vorweg ist einfach wichtig zu sagen, dieses Bekenntnis der WAK zu diesem Ratschlag ist auch ein Bekenntnis, aber auch ein Wunsch dazu, dass man sich in Bezug auf den Standort und auf den Bezug auf das Hiersein und das Hiersein in der St. Jakobshalle als Swiss Indoors, dass man sich wünscht, dass da auch ein bisschen Ruhe einkehren würde.

Ich möchte zu einigen Punkten, die vorher gesagt wurden, kurz Stellung nehmen. Bezüglich der Verlegung des Firmensitzes. Ja, auch die Sozialdemokratische Fraktion würde sich sehr wünschen, dass das passieren würde, dass diese Verlegung des Firmensitzes stattfinden würde. Es ist vor allem, glaube ich, aus einer emotionalen Komponente richtig, wenn wir diesen Betrag auch vollumfänglich übernehmen. Ich glaube, es ist aber auch wichtig zu sehen, es wird bei allen steuerrechtlichen Überlegungen nicht die Verlegung des Firmensitzes sein, die uns massive Steuereinnahmen bringen wird. Ich glaube, darum ist im Kontext dieser Rückweisung, die jetzt beantragt wurde, auch wichtig festzuhalten, dass nur mit der Verlegung des Firmensitzes die Steuereinnahmen in Basel-Stadt jetzt nicht massiv gestärkt würden aus unserer Sicht.

Es ist auch wichtig zu sagen, es ist ein sehr grosser Anlass, das haben jetzt Regierungspräsident Beat Jans, aber auch diverse Vorredner*innen schon festgehalten, es ist ein wichtiger Anlass und wir haben auch die entsprechende Infrastruktur gebaut für so einen Anlass und ich glaube, es ist wäre jetzt auch sehr schwierig, diese Infrastrukturdebatte im Rahmen dieses Ratschlages zu führen. Ich weiss, dass es hier sehr unterschiedliche Meinungen gibt zu dieser vorhandenen Infrastruktur, sie hat aber eigentlich jetzt direkt nichts mit dem zu tun, sondern hat damit zu tun, ob wir die Infrastruktur nutzen und sie so nutzen, wie Sie bereitsteht.

Was ich auch noch wichtig finde, in diesem Kontext immer wieder festzuhalten, für diesen Schriftzug bezahlen wir eine Summe und das wird als Marketing-Summe festgehalten. Aber es ist auch so, dass wir ja da keinen Markt haben, also es



kann nichts anderes dastehen als Basel. Das ist, glaube ich, auch im Kontext von, wenn wir diese Summe sprechen, wichtig, uns zu vergewissern, es ist eine Sponsoring-Summe, aber die wird insofern eingeschränkt in Bezug auf Marktverhandlungen, als das ja gar nichts anderes stehen kann aufgrund der ATP-Regel als Basel.

In einer Gesamtabwägung kommt die SP-Fraktion trotzdem klar zum Schluss, dass wir diesem Ratschlag zustimmen wollen. Wir würden uns auch wünschen, dass es ein längerfristiges Commitment der Swiss Indoors an den Standort Basel gibt und dass sie sich im Bereich Nachhaltigkeit und Verlegung des Firmensitzes auch wirklich versuchen zu bewegen und vielleicht auch ein Signal in Richtung des Parlaments senden, denn dieses wird heute in aller Voraussicht nach nach «Chrüzlistich» ein klares positives Signal in Richtung von ihnen senden und dann würden wir uns das auch wünschen.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, dem Ratschlag so zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Auch die SVP unterstützt diesen Ratschlag, wenn auch nicht gänzlich frei von Bedenken. Auch wir finden es äusserst unschön, dass der Stadtkanton zahlt und der Landkanton die Steuererträge einstreicht.

Schon ein bisschen mehr Verständnis haben wir, wenn es um den Marketing-Wert geht, weil das Turnier heisst in Gottes Namen Swiss Indoors Basel und nicht Swiss Indoors Münchenstein und schon gar nicht Swiss Indoors Liestal. Deshalb war es wahrscheinlich nicht ganz korrekt, dass man bisher 50:50 aufgeteilt hat zwischen den Kantonen, 100:0 ist sicher auch nicht korrekt. Nun, Baselland hat hier kommerziell entschieden und um kommerzielle Interessen geht es bei diesem Deal. Es ist ein Deal, es ist ein Geschäft zwischen uns als Kanton und einem privaten Anbieter. Basel zahlt, bekommt dafür Publicity, bekommt das Logo in die Welt getragen und bekommt vor allem auch die Garantie, dass das Turnier hier bleibt.

Tennis ist ein mobiler Sport. Schon andere Turniere haben den Durchführungsstandort gewechselt. Das Lauberhornrennen braucht das Lauberhorn, das kann man nicht am Margarethenhügel durchführen, nicht einmal auf der Wasserfallen. Tennis kann man auch in Genf machen, Swiss Indoors könnte man auch in Lausanne durchführen, auch in Zürich. Und insofern, Beda Baumgartner, gibt es sehr wohl auch einen gewissen Markt für dieses Logo Basel beim Turnier, weil da könnte Genf, Lausanne oder *horribile dictu* sogar Zürich stehen.

Wasser-, Fahr-, Ruder- oder Rollhockey-Events sind äusserst sympathische Veranstaltungen. Die Leuchtkraft hört bei den Mitgliedern der Vereine, vielleicht noch beim durchführenden Quartier auf. Von Strahlkraft will ich schon gar nicht sprechen. Die Swiss Indoors dem Gegenüber haben weltweite Strahlkraft. Basel, die Marke, der Brand Basel wird in die Welt getragen, erscheint auf CNN, auf Al Jazeera und auf vielen anderen Fernsehkanälen. So gesehen ist der Jahrespreis von Fr. 500'000 sogar als attraktiv zu bezeichnen. Ja, ich sage das nicht oft hier, aber das Präsidialdepartement hat unseres Erachtens hier wirklich gut verhandelt. Gut, wir sind in Zeiten von Wahlkampf, lassen Sie mich das korrigieren, nicht schlecht verhandelt.

In diesem Sinne bitten wir Sie also um Unterstützung dieses Deals und dieses Geschäfts, besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es geht hier nicht um Baselland, es geht hier nicht um Subventionen, es geht nicht um die St. Jakobshalle, die uns weiss Gott schon genügend ärgert und beschäftigt hier drinnen. Es geht auch primär nicht um die Swiss Indoors. Natürlich sind die Swiss Indoors der Top-Anlass der Region, den man halten muss, dem man den roten Teppich ausrollen muss. Natürlich ist das so, aber auch darum geht es letztlich nicht. Es geht einzig darum, dass mit dieser Werbung der Namen der Stadt auf dem Spielfeld selber neben keinem anderen Logo, neben keiner anderen Werbung ausser dem Tennis-Logo eine einmalige Chance besteht, für Basel-Stadt zu werben und zwar weltweit. Über jeden Bildschirm wird der Name der Stadt flimmern weltweit. Das ist eine Werbung, die man nicht genug einschätzen kann.

Diese Fr. 1'000'000, es sind nicht Fr. 500'000, sondern zweimal Fr. 500'000, diese Fr. 1'000'000 ist marktgerecht und deswegen stimmen wir dem natürlich jetzt zu, diesem Nachtragskredit. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Bei uns in der Fraktion, vor allem auch schon in der Kommission sind wir nicht alle der gleichen Meinung gewesen. Ich bin schon auch der Meinung, dass das Turnier sehr wichtig ist, dass die Marketing-Ausgaben auch gerechtfertigt sind. Was mich ein bisschen stört oder ich habe ähnlich ein Déjà-vu wie Luca Urgese, wir haben hier eine



Organisation, die sehr viel Infrastruktur nutzt, also die St. Jakobshalle, und jetzt auch jedes Jahr Fr. 500'000 von uns bekommt und das eigentlich als Wertschätzung verlangt vom Kanton Basel-Stadt, dass man da so viele Leute hinkriegt und ein gutes Image schafft.

Aber umgekehrt ist halt die Beziehung schon wahnsinnig schwierig. Die Verhandlungen sind so, entweder bezahlen Sie oder wir gehen weg nach Zürich oder nach Genf, also immer so ein bisschen mit dem Drohschwert, mit dem Schwert vom Drohen, dass man weggeht. Das ist einfach wahnsinnig unsympathisch und es macht so ein bisschen den Eindruck, wenn wir jetzt zahlen, dann bedeutet das nicht, dass wir hier bleiben. Vielleicht sind wir dann im 2025 weg, dann zahlen wir halt die Fr. 500'000 zurück, das ist ja gleich. Darum wäre es für uns noch wichtig gewesen oder wäre für uns schöner gewesen, wenn man irgendeine Klausel hätte einbauen können und sagen, ja, wenn ihr dann geht im 2026, dann zahlt ihr vielleicht nicht nur die Fr. 500'000 zurück, sondern auch noch einen Penalty drauf.

Einfach so, dass man ein bisschen mehr Druck ausgeübt hätte, weil ich habe auch gehört, dass Herr Brennwald, der ja, glaube ich, immer noch das Sagen hat dort, dass der nicht wahnsinnig viel Rücksicht nimmt, wenn er dann einmal keine Lust mehr hat oder keine Kraft mehr hat, um das Turnier selber zu organisieren und vielleicht keinen Nachfolger findet, der ihm genug Geld bieten kann für das. Dann verkauft er es halt sowieso nach Doha oder nach Shanghai, wo es dann richtig schön buttert und wir können dann mit unserer schönen St. Jakobshalle nichts mehr machen und die Investition für diesen Werbezug hätte uns auch nichts gebracht.

Wegen dem hätten wir es schöner gefunden, wenn wir von Swiss Indoors ein bisschen mehr Commitment bekommen hätten, als nur wie Beat Jans sagen, ja, es ist schön hier in Basel und wir bleiben für immer hier, weil das glaube ich ehrlich gesagt nicht. Da geht es um Cash und da hätte ich, wenn das irgendwie möglich gewesen wäre, in den Verträgen ein bisschen besser verhandelt und das Commitment einfach auf der Gegenseite halt mit einem schönen Commitment im Vertrag abgesegnet.

Von dem her, Rückweisung ist zwar nicht wahnsinnig realistisch, wenn man den Kreuzstich anschaut, aber vielleicht, wenn man dann das nächste Mal wieder in die Verhandlungen gehen muss hoffentlich, wenn das Turnier nach diesen vier Jahren überhaupt noch da ist, dass man dann ein bisschen eine bessere Beziehung hat zu diesem Veranstalter und nicht immer nur einfach vor sich hergetrieben wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Es geht um den Sport, da muss ich etwas sagen. Ich habe viele ganz schöne Sachen gehört, vor allem, was wir hier geredet haben. Ja, die Swiss Indoors, die sind schon seit 50 Jahren hier und es ist für mich der dickste Anlass, den es hier gibt in Basel, was im Sportbereich stattfindet. Dass man das, wenn man das organisiert, nicht machen kann mit: ich bin mit allen Freund, da gibt es halt auf dem Lebensweg von Roger Brennwald, wenn man so etwas organisieren muss, auch natürlich immer wieder Unstimmigkeiten. Da gibt es viele Freunde, da gibt es halt auch ein paar, die einen nicht so mögen, aber wenn man etwas organisieren will, praktisch alleine aus dem Boden stampft, dann ist das einfach eine sensationelle Leistung. Und dass man jetzt hier am Schluss dann sagt, ja okay oder vielleicht ist er in vier Jahren nicht mehr da, vielleicht geht es nach Shanghai, aber die Fr. 500'000, die zahlen wir ja nicht für irgendwo in der Zukunft, sondern das zahlen wir jetzt für eine Gegenleistung, die jetzt stattfindet, Jérôme Thiriet. Natürlich ist es möglich, dass er dann irgendwann einmal geht, aber das tut hier ja eigentlich gar nichts zur Sache.

Ich finde es grossartig, dass wir das unterstützen, wenn Baselland nicht mitmachen will, ist das schwach, weil sie auch profitieren. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Unterstützung der Swiss Indoors und ich hoffe, ich komme noch ein paar Mal dran, auch heute und das nächste Mal, dann geht es wieder um den Sport, dass Sie da weiterhin dabeibleiben. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet, nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Jérôme Thiriet (GAB): Alex Ebi, wenn das Baselland nichts zahlen will, wären Sie dann auch dafür, dass wir sagen dürfen, Roger Federer ist ein Basler?

Alex Ebi (LDP): Ist er nicht unterdessen schon ein Weltbürger?



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Ich melde mich jetzt auch noch als dritte Vertreterin des Grün-Alternativen Bündnisses der WAK, weil ich dort, ich sage es ganz offen, die Gegenstimme vertreten habe. Mir ist in dieser Diskussion einfach etwas zu kurz gekommen, nämlich, es sind so grundsätzliche Fragen. Die Bedeutung des Turniers ist unbestritten, auch die wirtschaftliche Wertschöpfung. Aber es ist wirklich die grundsätzliche Frage, wir zahlen ein Schnäppchen, Fr. 500'000, und unser Name und der Schriftzug Basel wird dann in über zwei Millionen Haushalte auf der ganzen Welt transportiert und die Hoffnung ist dann, dann kommen alle hierher. Vielleicht jetten sie mit einem Kurztrip nach Basel und ich stelle wirklich die Frage, wollen wir das, ist das das, was wir wollen? Ist das die Nachhaltigkeit, die wir wollen? Ist das nachhaltiger Tourismus? Ich hätte mir gehofft, dass in dieser Diskussion auch diese Fragen noch vertiefter behandelt worden wären, da habe ich überhaupt keine Antwort gehört. Und deswegen bleibt meine Kritik an diesem Mega-Anlass eigentlich sehr grundsätzlich, ob sie jetzt hierherkommen oder nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere spontane Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit hätte in der zweiten Runde Regierungsräsident Beat Jans das Wort und er wünscht es.

Regierungsräsident Beat Jans: Vielen Dank für die positive Aufnahme dieses Ratschlages. Vielleicht nur zu einer Bemerkung etwas. Jérôme Thiriet hat gesagt, die Swiss Indoors hat uns als Regierung quasi vor sich hergetrieben. Das möchte ich so nicht stehen lassen. Wir haben natürlich intensiv verhandelt. Unsere Mitarbeitenden, die das zum Teil machen einerseits, aber auch wir im persönlichen Gespräch, auch Conradin Cramer ist sehr engagiert in dieser Sache. Wir möchten auch ein gutes Resultat für Basel erreichen und ich meine, das nehmen wir wirklich sehr ernst und deshalb geben wir manchmal auch Widerstand unseren Verhandlungspartnerinnen und -Partnern und dann gehen die vielleicht an die Presse und beklagen sich über mangelnde Wertschätzung oder so. Das ist ein Teil des Spiels, das manchmal halt so abläuft bei Verhandlungen. Aber es zeigt, dass wir solche Verhandlungen sehr ernst nehmen und uns nicht einfach leicht über den Tisch ziehen lassen. Das wollte ich hier noch sagen.

Ich habe aber den Eindruck, und das noch als letztes, diese Idee, diese drei Anliegen: Sitzverlegung, längeres Engagement und auch grösseres Engagement im Bereich Nachhaltigkeit, man könnte zum Beispiel diese Flüge wenigstens kompensieren. Solche Ideen habe ich Swiss Indoors alle unterbreitet und ich bin auf offene Ohren gestossen. Ich werde auch nachhaken, ich hoffe sehr, dass wenigstens ein Teil dieser Forderungen erfüllt werden kann und erfüllt werden wird. Es war zu kurzfristig, um es im Rahmen dieser Verhandlungen auf Papier zu bringen, deshalb steht es hier nicht drin und deshalb glaube ich, hat auch die Kommission darauf verzichtet, das als feste Bedingung festzuschreiben. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Joël Thüring und Andrea Knellwolf verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten. Die Fraktion GAB beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001152, 13.09.23 10:54:11]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung an den Regierungsrat.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag des GAB auf Rückweisung abgelehnt mit 77 Nein-Stimmen bei 17 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I (Seite 7 des Berichts)



Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss I

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 6 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001153, 13.09.23 10:55:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) im Rahmen der Swiss Indoors Basel werden für die Jahre 2023-2026 Ausgaben von Fr. 2'160'000 (inkl. MwSt.) bewilligt. Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss I zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II Nachtragskredit (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Grossratsbeschluss II

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 6 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001154, 13.09.23 10:56:09]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Marketing-Engagement des Kantons Basel-Stadt (Einkauf von Marketingleistungen) im Rahmen der Swiss Indoors Basel wird für das Jahr 2023 ein Nachtragskredit von Fr. 269'250 (inkl. MwSt.) bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Aussenbeziehungen und Standortmarketing).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss II zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.



9. Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur»

[13.09.23 10:56:24, 22.1729.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'165'000 zu bewilligen. Für die Kommission BKK das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die BKK hat einen schriftlichen Bericht verfasst und Regierungspräsident Beat Jans erläutert nachher sicher den Ratschlag und das neue Fördermodell Jugendkultur noch. Ich gehe darum nur nochmals ganz kurz auf die Punkte ein, die die BKK beschäftigt haben.

Die BKK begrüsst die Stossrichtung des neuen Modells zur Jugendkulturförderung ausdrücklich. So kann ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Selbstvertrauens und der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen geleistet werden. Das mit dem GGG Kulturkick ein gut funktionierendes Modell gestärkt werden soll und die jungen Menschen so einen einfachen, klaren und niederschweligen Zugang zu einer Einzelprojektförderung und zu einer Beratung bekommen, begrüsst die BKK ebenfalls sehr.

Lange diskutiert hat die Kommission den Aspekt, dass die Altersgrenze für Gesuchstellende auf 30 Jahre angehoben werden soll. Die Altersgrenze beim GGG Kulturkick liegt zurzeit bei der Vollendung des 25. Lebensjahrs. Die Abteilung Kultur setzt die Altersgrenze bei 30 Jahren, weil in der Kulturförderung in der Regel diese Altersgrenze für Jugendkultur gilt. Da die beiden Fördergefässe nun zusammengelegt werden, soll auch die Altersgrenze vereinheitlicht und eben bei 30 Jahren sein.

Viele Kommissionsmitglieder haben ihr Befremden über diese Erhöhung der Altersgrenze bekundet. Die Jugend höre bei 25 Jahren auf, das sei bei vielen Dingen des Lebens so, wie beim ÖV oder auch bei den Krankenkassenprämien. Zudem sei die Grenze bei 25 sinnvoll, da so auch ein Stückweit sichergestellt werden könne, dass nicht Personen unterstützt werden, die bereits Zugang zu etablierten Kulturunterstützung hätten. Andere meinten, dass es gerade bei der Kulturförderung aber Sinn machen könne, die Altersgrenze auf 30 Jahre zu erhöhen, da so die unterschiedlichen Biografien von Menschen besser abgebildet werden können.

Den Antrag, die Altersgrenze auf 25 Jahre zu senken, hat die Kommission mit der Begründung abgelehnt, dass diese Altersgrenze in den Verhandlungen zwischen dem GGG Kulturkick und der Abteilung Kultur aus verschiedenen Gründen abgemacht worden ist und wohl auch Strategien zur Handhabung erarbeitet worden sind und die Kommission hier kein Mikromanagement betreiben soll. Die BKK erwartet aber, dass im Laufe dieser Förderperiode genau hingeschaut wird, wie sich die Anhebung der Altersgrenze auswirkt. So wünscht sich die BKK bei der Erneuerung der Finanzierung der Jugendkulturförderung in vier Jahren eine Auswertung der Altersstruktur. Sollte sich dann zeigen, dass die Altersgrenze mit 30 Jahren zu hoch angesetzt worden ist, würde sich die BKK nicht scheuen, die Altersgrenze zu senken.

Trotz diesen Diskussionen stimmt die BKK dem Ratschlag mit 11 zu 2 Stimmen zu und empfiehlt dem Grossen Rat, dies auch zu tun. Vielen Dank.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

Regierungspräsident Beat Jans: Wir beantragen hier ein neues Konzept zur Förderung der Jugendkultur. Das ist eine Neuorganisation der Kompetenzen in diesem Bereich einerseits, aber andererseits auch eine Erhöhung der Beiträge A: an den GGG Kulturkick, Weiterführung und Erhöhung, und B: an die Jugendkulturpauschale, die vom Kanton Basel-Stadt vergeben wird. Beim GGG Kulturkick soll der Beitrag künftig Fr. 400'000 pro Jahr betragen. Im Jahr 2023, im laufenden Jahr, das auch betroffen ist, ist der Beitrag mit Fr. 300'000 noch etwas tiefer und bei der Rahmenausgabenbewilligung für die Jugendkulturpauschale des Kantones sollen künftig pro Jahr Fr. 180'000 eingesetzt werden, im 2023 sind es noch Fr. 125'000. Also gesamthaft geht es um einen Beitrag für die Jahre 2023 bis 2026 von Fr. 2'165'000.

Die Anpassungen von insgesamt Fr. 175'000 für 2023, also die Erhöhung, und Fr. 330'000 für die Jahre 2024 bis 2026 gehen vollumfänglich auf die im Budget 2022 bereits eingestellten Mittel zur Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Aktive Basler Jugendkultur stärken», zur sogenannten Trinkgeld-Initiative. Das neue Konzept, das ich Ihnen vorstellen möchte, will, dass die Beratungsangebote nun klarer zugeteilt werden. GGG Kulturkick hat erfolgreich Jugendkulturprojekte gefördert. Sie soll das jetzt in diesem Sinne wie für die Einzelprojekte alleine tun. Der Kanton seinerseits soll nur noch sogenannte Rahmenprojekte ergänzend dazu finanzieren.

Nun, was ist genau Jugendkultur? Wieso ist das so wichtig? Jugendkultur konkret hier heisst, Projekte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 30 Jahre. Es müssen Projekte sein, die selbst initiiert und von den Interessen der Jugendlichen geprägt sind. So können zum Beispiel selbst organisierte Jugendorchester oder Breakdance-Treffen organisiert und



finanziert werden. Die Tätigkeit, das ist ebenfalls wichtig bei diesen Projekten, muss ausserhalb der Schule oder der Ausbildung stattfinden. Es geht darum, dass hier junge Menschen wichtige Erfahrungen machen können, indem sie eigene Projekte umsetzen, Projekte, die auch identitätsstiftend sein sollen, ihre Kommunikationsfähigkeit verbessern. Da sind auch Menschen darunter, sollen auch Menschen darunter sein, die gar nie den Anspruch haben, von Kultur zu leben.

Das neue Modell will also die Abteilung Kultur und GGG Kulturkick neu organisieren. Einzelprojektförderung wird von der GGG nun vollumfänglich gemacht und Rahmenprojekte der Abteilung Kultur. Grosse Festivals, das ist noch wichtig zu erwähnen, mit einem Finanzbedarf von mehr als Fr. 20'000, die können und sollen auch in Zukunft über den Swisslos Fonds finanziert werden. Dazu gehören zum Beispiel das Jugendkulturfestival, das Europäische Jugendchorfestival oder Imagine. Es geht darum, die Zuständigkeiten klarer zu machen und letztlich auch den Zugang niederschwelliger zu gestalten. Wir glauben, dass GGG hier sehr geeignet ist, auch mit seinem Zugang über die Bibliotheken für Jugendliche dort ein Gesuch zu stellen, ist einfacher, als wenn das über den Kanton geht.

Was kann das für Projekte umfassen? Beim GGG Kulturkick sind es Einzelprojekte, wie gesagt, das können Tonträger sein, Kurzfilme, Kunstausstellungen, die man so realisieren kann. Es geht, wie gesagt, um eigene künstlerische und kulturelle Projekte. Die GGG wird mit künftig 220 Stellenprozent diese Gesuche beurteilen. Das Alter der Mitarbeitenden wird dort bewusst tief gehalten. Es geht darum, dass die Leute, die diese Gesuche prüfen, maximal 35 Jahre alt sein sollen und es geht eben um Projektbeiträge bis zu Fr. 10'000. Eine Jury bestehend aus 9 Mitgliedern, alles junge Kulturschaffende, sollen diese Projekte vergeben. Es geht darum, zielgruppennah, niederschwellig und transparent hier vorzugehen. Die Jugendlichen können hier aber auch fachspezifische Mentorings, themenspezifische Workshops besuchen und sich über Vermittlungs- und Vernetzungsangebote weiter informieren.

Der Staatsbeitrag, wie gesagt, soll künftig hier für diese Leistung Fr. 400'000 jährlich betragen. Die Abteilung Kultur wird aber in Zukunft auch weiterhin Beiträge leisten für Rahmenprojekte. Rahmenprojekte können zum Beispiel Jugendtheaterfestivals sein, offene Musiktreffpunkte, Filmförder-Workshops oder ähnliches. Auch hier soll ein Zugang zur Kultur für einen breiten Kreis von Jugendlichen ermöglicht werden. Auch hier gilt das Alter bis 30 Jahre. Die Förderbeiträge können dort höher sein, bis Fr. 20'000 umfassen und das Budget des Kantons hierfür soll Fr. 180'000 jährlich betragen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir mit dieser Massnahme auch das Kulturleitbild umsetzen. In verschiedenen Punkten wird dort gefordert, dass junge Menschen eben besser Zugang zur Kulturförderung erhalten, dass auch niederschwellig Projekte ermöglicht werden sollen und dass Innovation und neue Potenziale in der Basler Kulturlandschaft gefördert werden sollen.

Die BKK hat in ihrem Bericht erwähnt, dass das Förderalter hier angehoben wird auf 30 Jahre, bisher war es 25 Jahre. Das ist so nicht richtig. Tatsächlich hat der GGG Kulturkick bis jetzt nur bis und mit 25-Jährige unterstützt, aber weil wir eine Neuorganisation machen und der Kanton bis 30 unterstützte, kommt dasselbe raus. GGG Kulturkick macht jetzt einfach Förderung bis und mit 30, aber da findet im Grunde genommen keine Änderung statt, nur die Reorganisation hinterlässt diesen Eindruck. Das vielleicht noch als Ergänzung und sonst möchte ich mich vor allem sehr bedanken bei der Kommission, die auch hier gute Arbeit geleistet hat.

Die Jugendkulturförderung in unserem Kanton ist erfolgreich, das darf man sagen. Die Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, sind positiv. Die Anzahl Gesuche ist zwischen 2014 und 2022 um 89 Prozent gestiegen. Auch deshalb sind wir froh, dass wir mehr Mittel einsetzen können. Die Jugendkulturförderung ermöglicht ein vielfältiges Kulturangebot für ein junges Publikum und das ist eine Investition in die Zukunft, die für unseren Kanton, für unsere Bevölkerung wertvoll ist.

Deshalb bitten wir Sie, hier dem Ratschlag zuzustimmen und letztlich auch der Trinkgeld-Initiative zum Durchbruch zu verhelfen, die ja von der Bevölkerung deutlich angenommen wurde und die von uns fordert, dass wir die Jugendkultur stärker unterstützen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion, Sie haben es auf dem «Chrüzlistich» gesehen, lehnt diesen Ratschlag, diesen Bericht ab. Wir sind natürlich auch der Meinung, wie es Regierungspräsident Beat Jans am Schluss seines Votums gesagt hat, dass die Trinkgeld-Initiative umgesetzt werden muss. Dazu gibt es einen Volksentscheid. Wir sind nicht glücklich gewesen damit, dass es auf diesem Wege angenommen wurde. Wir hätten es besser gefunden, wenn zuerst die Regierung zu dieser Trinkgeld-Initiative respektive zur Umsetzung hätte berichten und ein Konzept vorschlagen können.

Nun haben wir verschiedene solche Ratschläge, die auf unseren Tisch kommen, um diese Trinkgeld-Initiative umzusetzen und selbstverständlich sind wir der Meinung, dass man einzelne dieser Ideen auch ablehnen kann, auch wenn wir natürlich das Ziel dieser Trinkgeld-Initiative jetzt anerkennen und auch nicht bestreiten, dass diese zusätzlichen Mittel zur Verfügung



gestellt werden müssen. Dieser Topf an Geldern ist aufgrund dieses Volksentscheides ja doch beträchtlich gestiegen. Es gibt sehr viel mehr Mittel, die nun zur Verfügung stehen, das kann man gut oder schlecht finden.

Uns bleibt ein wenig der Eindruck, dass es nun ein wenig sehr viel mehr Geld hat, das hier zur Verfügung steht, und man hier nun auch bei der Förderung doch sehr grosszügig vorgehen kann. Wir werden das dann auch bei einem späteren Ratschlag zum Thema Clubförderung sicher noch einmal in diesem hohen Hause diskutieren können.

Bei der Jugendkulturförderung, so wie sie jetzt hier in diesem Konzept vorliegt, stört uns, das hat auch die Kommissionssprecherin bereits ausgeführt, das steht auch im Bericht der BKK, vor allem dieses Förderkonzept, dass man bis 30 zur Jugendkultur gehören kann. Für uns ist es doch sehr überraschend, dass man mit 29 noch Jugendkultur betreiben kann respektive als Jugendliche gelten soll. Das ist eine Definition, die uns so in dieser Form recht neu war. Aus unserer Sicht, und da sind wir weiterhin der Ansicht und ich glaube, das ist eigentlich auch Common Sense in der Schweiz, ist man jugendlich bis maximal 25 und ganz bestimmt nicht mit 28. Und wenn ein 28-Jähriger dann künftig Kulturgelder beantragen möchte, dann hat er schon heute sehr viele andere Töpfe beim Kanton, wo er diese Anträge, diese Fördergesuche dann auch einreichen kann. Hier jetzt diese Jugendkultur auf bis 30-Jährige auszudehnen, das ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll und ist vielleicht auch ein bisschen dem eigentlichen Anliegen dieser Trinkgeld-Initiative nicht mehr so gerecht werdend.

Wir sind schon der Meinung gewesen, dass mit der Jugendkultur vor allem sehr junge Künstlerinnen und Künstler gemeint sind, die es vielleicht auch nicht einfach haben, auf anderem Wege zu Unterstützungsgeldern zu gelangen und nicht, dass wir jetzt einfach einen Topf haben, wo dann auch noch 30-Jährige sich mit Anträgen entsprechend bedienen können. Dazu kommt, und das ist der zweite kritische Punkt, den wir sehen, dass es ja dann auch so ist, dass in diesem Fördergefäss auch Personen Anträge stellen können, die 80 Jahre alt sind. Also Sie können, wenn Sie drei 28-Jährige sind, noch 2 80-Jährige finden, die dann mit Ihnen zusammen einen Antrag einreichen und dann könnte es auch sein, dass sie begünstigt werden. Das ist aus unserer Sicht auch nicht die Grundidee dieser Jugendkulturförderung und auch nicht wahrscheinlich die Idee der Trinkgeld-Initiative gewesen.

Da kommen wir deshalb zum Schluss, dass vielleicht dieser Topf ein wenig zu gross ist, dass man hier nun derart grosszügig über die eigentliche Idee von Jugendkultur weg sehen kann oder aber, dass wir ein unterschiedliches Verständnis von Jugendkultur haben. Das scheint der Fall zu sein. Wir sind nicht der Meinung, dass 30-Jährige Kulturgelder erhalten sollen und wir sind auch nicht der Ansicht, dass eine Gruppe, bei welcher dann irgendwie ein Teil der Kulturbeteiligten 50, 60 oder 80 Jahre alt sind, ebenfalls von diesem ganz konkreten Topf dann profitieren können.

Deshalb lehnen wir diesen Ratschlag ab und wir bitten Sie, uns zu folgen. Der Regierungsrat kann dann in einem zweiten Schritt, sollten Sie unserem Antrag folgen, diese Konzeptförderung Jugendkultur neu aufgleisen und sich an dem gängigen Begriff der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr bedienen. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Wir aus der LDP-Fraktion sehen das ein bisschen anders als die SVP. Die zweite Umsetzungsetappe der Trinkgeld-Initiative widmet sich insbesondere der Systematisierung des Fördermodells Jugendkultur. Wir begrüssen diese in ihrem Grundsatz. Die vielen Mittel, die durch die Trinkgeld-Initiative für die Jugendkultur zur Verfügung stehen, sollen effektiv und effizient eingesetzt werden. Dies soll mit dem neuen Fördermodell erreicht werden. Sehr zu begrüssen ist, dass der GGG Kulturkick weiterhin für die Einzelprojektförderung zuständig bleibt. So müssen keine neuen Strukturen geschaffen werden, sondern eine erfahrene, in diesen kunstschaffenden Kreisen bekannte und etablierte Institution bleibt erhalten und wird gestärkt. Dieser Public-Private Partnership zwischen Kanton und GGG Basel ist ausdrücklich zu unterstützen.

Die Anhebung der Altersgrenze auf 30 Jahre beurteilen wir pragmatisch. Es macht Sinn, die Altersgrenze an die in der Jugendförderung übliche und auch festgelegte anzugleichen. Andernfalls entsteht ein Flickenteppich, der für Verwirrung sorgt und so zu Ineffizienz führt. Das sollte möglichst vermieden werden. Wir sind gespannt auf die von der BKK gewünschte Auswertung der Altersstruktur der Geförderten. Diese wird in die Diskussion um die nächste Rahmenausgabenbewilligung einfließen.

Es ist sinnvoll, dass die Förderung der Rahmenprojekte in der Zuständigkeit der Abteilung Kultur verbleibt. Deren institutionelles Wissen und die langjährigen Arbeitsbeziehungen zu den anderen Förderstellen kommen so weiterhin zum Tragen. Die bessere Transparenz in den Strukturen und Zuständigkeiten der Jugendkulturförderung halten wir für richtig und sind überzeugt, dass diese den Jugendlichen zugutekommt und sie in ihrem Wirken erfüllt.

Im Namen der LDP bitte ich Sie, dem Ratschlag Jugendkulturförderung zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.



Sasha Mazzotti (SP): Ich freue mich über den Ratschlag Förderung Jugendkultur. Synergien werden genutzt, Erfahrungen zum Beispiel des GGG Kulturkicks fliessen ein und in Zusammenarbeit mit jungen Menschen wurde das entwickelt. Es ist niederschwellig und die Beiträge sind in einem kleinen Rahmen. Basel glaubt an die künftige Generation und will sie stärken. Die Präsidentin Franziska Roth, Regierungspräsident Beat Jans und jetzt auch Catherine Alioth sind näher darauf eingegangen, daher gehe ich direkt zum Hauptkritikpunkt. Wie lange bist du denn eigentlich jugendlich? Sich jugendlich fühlen und jugendlich aussehen, zählt natürlich nicht. Offiziell laut UN 24, gesetzlich 18, aber im Ratschlag steht explizit auch junge Erwachsene, obwohl klar im Titel des Ratschlages: Förderung Jugendkultur.

Im Gegensatz zur SVP habe ich aber keine Angst, dass richtige Jugendliche bei diesem Modell zu kurz kommen und ich habe auch nicht ein grosses Misstrauen, das es an falsche gehen könnte und nun die 80-Jährigen hier absahnen. Entscheidend ist nicht das Alter, sondern die Professionalität. Wer mit 21 schon ihren Lebensunterhalt mit Kulturschaffen verdient und sich etabliert, stellt hier in diesem Gefäss keine Anträge. Dafür, das wissen wir, gibt es andere.

Warum macht es Sinn, das Alter zu erhöhen bzw. wie Beat Jans gesagt hat, ist das nicht ganz richtig so. Ich habe das auch jetzt gerade begriffen, aber das spielt keine Rolle, denn für mich steht hier die Chancengerechtigkeit im Zentrum. Nicht alle haben die Möglichkeit, als Teenager eine Ausbildung im kulturellen Bereich abzuschliessen, obwohl sie Talent hätten. Nicht alle Kinder und Jugendliche werden von Hause aus gefördert und unterstützt, ihre Träume zu folgen, sondern nach wie vor steht eine Berufslehre und baldiges Geld verdienen im Vordergrund. Sie lernen zuerst, und dies sage ich bewusst in Anführungs- und Schlusszeichen, einen «anständigen» Beruf. Dass Kulturschaffen für sie eine Option ist und dass sie mit ihrem Talent tatsächlich Geld verdienen könnten, entpuppt sich erst später.

Biografien sind und waren nie linear und dies erkennt die Abteilung Kultur bei der Ausarbeitung des Ratschlages. Und wenn diese jungen Erwachsenen merken, dass Kulturschaffen ein zu hartes Brot ist, und das ist es, können sie wieder zurück zu ihrem erlernten Beruf oder entwickeln daraus eine andere Karriere und das müsste doch auch im Sinne der SVP sein.

Noch eine kurze Anmerkung zu mehr Geld. In den Medien wurde neulich berichtet, wir in Basel fördern so viel, dass es lukrativ sein könnte, hier als Kulturschaffende zu arbeiten. Haben Sie tatsächlich den Eindruck, Kulturschaffende verdienen ohne Aufwand und erarbeiten hier in Basel eine goldene Nase? Dem «Chrüzlistich» konnte ich entnehmen, dass von rechts nach links die meisten in diesem Rat diesen Ratschlag unterstützen. Vielen herzlichen Dank dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Auch das GAB stimmt dem vorliegenden Ratschlag betreffend Förderung der Jugendkultur zu.

Die Frage des Alters der Anspruchsberechtigten, die in der BKK und auch hier jetzt zu Diskussionen geführt hatte, war bei uns in der Fraktion eigentlich kein Thema mehr. Wir können die Begründung nachvollziehen, dass der Kanton mit der Jugendkulturpauschale schon früher junge Menschen bis 30 gefördert hat und dass nun mit dem neuen Fördermodell auch von Kulturkick diese Handhabung übernommen wird. Ob das jetzt eine Reorganisation ist oder nicht, darüber möchte ich nicht streiten, auf alle Fälle ist es für den Kulturkick eine Änderung gegenüber der bisherigen Handhabung.

Für uns ist es ganz wichtig und wir sind der Ansicht, dass die Zielgruppe der Jugendförderung ausgeweitet werden soll und dass es Bemühungen braucht, zum Beispiel Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit tieferem Bildungsniveau oder Jugendliche aus weniger kulturrainen Familien zu erreichen und auch deren kulturelle Aktivitäten zu fördern. Ob das mit der Erhöhung der Altersgrenze tatsächlich so erreicht wird, das bleibt abzuwarten, da braucht es sicher auch noch andere Massnahmen. Aber die BKK fordert ja in ihrem Bericht auch eine entsprechende Auswertung bis zur Behandlung der nächsten Förderperiode. Darauf basierend können gegebenenfalls auch Korrekturen angebracht werden.

Ich finde nicht, dass der Fördertopf zu gross ist, aber auch bei mir kommt langsam der Eindruck auf, dass man nicht mehr so richtig weiss, wohin mit dem Geld, das aufgrund der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative zur Verfügung steht. Hier in diesem Fall kommt jetzt halt der GGG Kulturkick zum Zuge und erhält eine Erhöhung. Das ist ein Anbieter, der schon einige Erfahrung in der niederschweligen Förderung von jungen Kulturschaffenden aufweisen kann. Es werden noch weitere Geschäfte folgen, andere Anbieter buhlen um mehr Geld. Es ist hier einiges in Bewegung und wir dürfen auf alle Fälle gespannt sein, wie es weitergeht mit der Förderung der Jugend- und Alternativkultur.

Ich bitte Sie aber, diesem Ratschlag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.



David Jenny (FDP): Als definitiv Alter erinnere ich mich an folgende Weisheit: Trau keinem über 30. Das war früher auch eine allgemein akzeptierte Definition, wann wirklich das Alter beginnt und wie lange die Jugend dauert. Diese Definitionen haben alle ein bisschen etwas künstliches, aber es wurde gesagt, wir sind jetzt nicht ganz auf einem Greenfield.

Wir haben ein Gefäss, das hatte schon diese Altersgrenze 30. Das wurde so nicht kritisiert und warum das jetzt aufgegeben werden muss, hat die SVP nicht zwingend dargelegt. Und ich glaube, wenn sie konstruktiv mitdiskutiert hätte, dann hätte sie ja einen Rückweisungsantrag gestellt und nicht einfach Nein gesagt. In diesem Sinne, auch wenn man das, wenn man das alles von neu konzipiert hätte, vielleicht anders hätte sehen können, glaube ich, können wir jetzt mit diesen 30 hier leben. Wie gesagt, es sind ja nur Personen, die nicht professionell tätig sind, und sie können sich nicht einfach bedienen. Sie sind antragsberechtigt, ob das bewilligt wird oder nicht. Das passiert in einem Prozedere und ich bin ziemlich überzeugt, wenn wir die Auswertung haben, dass die Fälle der Gesuche, die für Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen zwischen 25 bis 30 bewilligt werden, die werden nicht allzu zahlreich sein und daher können wir, glaube ich, hier mit gutem Gewissen zustimmen. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte/EVP unterstützt diesen Ratschlag. Der «Chrüzlistich» zeigt ja sowieso, dass von links bis rechts grosse Zustimmung herrscht. Das weist daraufhin, dass es wahrscheinlich wirklich nicht viel gibt, was dagegen spricht und ich möchte da nur ganz kurz einfach auf den Einwand auch noch eingehen der SVP. Ich verstehe, dass man die Altersfrage stellt, wir haben sie ja in der Kommission darum auch diskutiert. Wir haben darum im Bericht ja auch geschrieben, wir möchten gerne wissen dann im Hinblick auf eine Weiterführung, wie die Altersstruktur der Antragsstellenden ist. Dass nun aber im Votum, um die Problematik darzustellen, auf die kreative Möglichkeit hingewiesen werden muss, dass 80-Jährige Jugendkulturförderungsgelder beziehen könnten, das zeigt für mich ein bisschen, wie wenig Substanz wirklich hinter diesem Einwand steckt, dass man allein aus dieser Frage heraus nun ein Ratschlag, ein Bericht ablehnt, obwohl man zugleich sagt, dass man selbstverständlich den Volkswillen hinter der Trinkgeld-Initiative ernstnehmen möchte.

Darum auch im Namen der Mitte/EVP bitte ich um Überweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichten Beat Jans und Franziska Roth auf ein Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I GGG Kulturkick (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001156, 13.09.23 11:29:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die GGG Basel zuhanden GGG Kulturkick werden Ausgaben in Höhe von Fr. 1'500'000 (Fr. 300'000 für das Jahr 2023, Fr. 400'000 p. a. für die Jahre 2024 bis 2026) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss I zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II Nachtragskredit (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001157, 13.09.23 11:29:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge für die Jugendkulturpauschale für die Jahre Juli 2023 bis Dezember 2026/2029 wird eine Rahmenausgabenbewilligung in Höhe von Fr. 665'000 (nicht indexiert) erteilt. Dabei können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen und daraus resultierende Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss II zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

10. Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

[13.09.23 11:30:13, 23.0536.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Die Finanzkommission hat einen Mitbericht zum UAFP erstellt. Für die Kommission GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie jedes Jahr im September präsentiert die Gesundheits- und Sozialkommission den Bericht der vier Basler Spitäler zu den Rechnungen des vergangenen Jahres. Dieses Jahr ist es ein wenig spezieller, denn auch die Finanzkommission hat einen Mitbericht zur Rechnung des UAFP zuhanden der GSK erstellt. Die Beratung zu den Rechnungen der Spitäler war stark auch von anderen aktuellen Gesundheitsdebatten geprägt, die sich logischerweise auf die Debatte und Auseinandersetzung in der Kommission ausgewirkt haben. Im Zentrum stand dabei die Wertberichtigung des UAFP von Fr. 96'000'000 und des damit verbundenen Jahresverlustes von Fr. 102'000'000. Dies hat auch in den Medien hohe Wellen geschlagen. Neben der GSK hat sich auch die Finanzkommission dieser Thematik zugewandt und insbesondere den Fokus auf die Rechtmässigkeit des Impairments gelegt. Der Präsident der Finanzkommission wird Ihnen anschliessender darüber berichten.

Zudem beeinflussen auch geplante finanzintensive Spitalbau-Grossprojekte, wie beispielsweise der USB Campus, die Beratung der Rechnungen. Dies aufgrund der Tatsache, dass die Investitionen im Spitalbereich grundsätzlich über den Ertrag und mit der Erreichung einer notwendigen EBITDAR-Marge finanziert werden sollen und wie jedes Jahr bei der Beratung zu den Rechnungen spielen auch der politische und demokratische Handlungsspielraum im Umgang mit den Eignerstrategien eine Rolle. Dies führte dazu, dass die GSK eine Motion zu dieser Thematik eingereicht hat. 2022 ist



hoffentlich das letzte Jahr, welches von der Covid-Pandemie geprägt war, wenn auch nicht mehr im gleichen Masse wie die zwei Jahre zuvor.

Gestützt auf das Gesetz über die öffentlichen Spitäler sowie dem Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin ist der Regierungsrat verpflichtet, die Jahresrechnungen der vier Basler Spitäler dem Grossen Rat zur Kenntnis zu bringen. Die Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Zuweisung der Gewinne beziehungsweise der Verluste liegen beim Regierungsrat. Seit vier Jahren lässt sich die GSK die Jahresrechnung zur Berichterstattung überweisen, die stärkt die inhaltliche Auseinandersetzung der Kommission und ist in Anbetracht der Bedeutung für die gesundheitspolitische Versorgung unserer Bevölkerung legitim und wichtig.

Zur Beratung: Die GSK hat an drei Sitzungen die Rechnungen der vier Basler universitären Kliniken behandelt. An der Beratung haben der Vorsteher sowie der Leiter Gesundheitsbeteiligung und Finanzen des Gesundheitsdepartements sowie die jeweilige Vertretung von Verwaltungsrat und Spitalleitung teilgenommen. Wie bereits erwähnt, war das erste halbe Jahr noch stark geprägt von der Covid-Pandemie, insbesondere mit den damit verbundenen Personalausfällen. Gegen Ende Jahr wirkte sich auch der Beginn der Inflation unter anderem mit höheren Energiekosten negativ auf den Aufwand aus. Externe Faktoren wie der Fachkräftemangel und insbesondere das Auseinanderklaffen von Tarifen und Kosten haben und werden grosse finanzielle Auswirkungen haben. Der systemisch bedingte Finanzdruck auf die Spitäler besorgt die GSK sehr, ob die Spitäler in der Zukunft die verlangten EBITDAR-Margen erzielen können, wird in Zweifel gezogen. Versorgungssicherheit benötigt kostendeckende Tarife, dies bleibt eine hochbrisante politische Notwendigkeit.

Ein anderes Thema, welches der GSK auch Sorge bereitet hat, welches sich auch bei beinahe allen Spitälern präsentiert hat, ist der wachsende Einsatz von pflegerischem Temporärpersonal. Wie gesagt, dies erachten wir als sehr problematisch und wir sind froh, dass von allen vier Spitälern Anpassungen vorgenommen werden, um in Zukunft nicht mehr abhängig von privaten Temporärfirmen zu sein.

Nun zu den einzelnen Rechnungen der Spitäler, die Details können Sie dem Bericht der Kommission entnehmen. Zum Universitätsspital USB: Das hat unter Berücksichtigung aller Faktoren insgesamt ein gutes Jahr hinter sich. Das USB erzielt einen konsolidierten Jahresgewinn von Fr. 5'600'000, der aber deutlich tiefer war als im letzten Jahr. Dies ist vor allem den höheren betrieblichen Ausgaben geschuldet, die weit stärker als die Einnahmen gestiegen sind. Dies führte zu einer Absenkung der EBITDAR-Marge auf 6,7 Prozent gegenüber 8,1 Prozent aus dem Vorjahr. Erfreulich ist, dass das USB seine Rolle als universitäres Zentrumsspital für hochkomplexe Fälle klar ausspielen kann und die Fallschwere auf einem hohen Niveau zu liegen kommt. Aufgrund des Rückgangs der Marge und den geplanten grossen Investitionen stellt sich für die GSK die Frage nach der Realisierbarkeit all dieser Vorhaben. Zudem beschäftigt die GSK diverse Fragen rund auch um die Arbeitsbedingungen in der Pflege wie auch um die Anstellungssicherheit von jungen Ärztinnen und Ärzten. Die GSK ist besorgt über den hohen unternehmerischen Druck auf das USB und dessen Auswirkungen, insbesondere weil das USB für die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung und die Nachwuchsförderung in der Medizin von zentralster Bedeutung ist. Ein so hohes Risiko können wir uns hier nicht leisten.

Zum UZB, dem Universitären Zentrum für Zahnmedizin: Das befand sich auch im 2022 weiterhin in seinem Change-Prozess und setzte weitere diverse Prozessoptimierungen, die Digitalisierungsschritte und Kostensenkungsmassnahmen um. Für das UZB war es insgesamt ein erfolgreiches Jahr, die Patientenbehandlungen konnten um 3 Prozent gesteigert und auch der Bruttoertrag lag über dem Vorjahreswert. Dies führte zu einem höheren EBITDAR sowie ein Anstieg der Marge auf knapp 9 Prozent. Trotz erfreulichem Finanzergebnis muss ein Jahresverlust von Fr. 400'000 verzeichnet werden, dies fiel deutlich geringer aus als erwartet. Dieser Verlust führte zu einer erneuten Verminderung des Dotationskapitals und einer weiteren Wertberichtigung in der Bilanz um Fr. 800'000. Die Richtung stimmt und es kann davon ausgegangen werden, dass das UZB in Zukunft wieder positive Rechnungsergebnisse erzielen wird. Längere Change-Prozesse sind für das Personal immer herausfordernd, im letzten Jahr kam es deswegen auch zu einer höheren Personalfuktuation. Dieser Change-Prozess wird Ende 2023 abgeschlossen sein und der Kommission ist es wie wichtig, dass nach Beendigung dieses Wandels eine Konsolidierungsphase eingeleitet werden kann. Insgesamt ist die Entwicklung des UZB in den letzten drei Jahren beachtlich und wir sehen es als Erfolg.

Zur UPK, den Universitären Psychiatrischen Kliniken: Die sind durch die letzten drei Jahre trotz Pandemie sehr erfolgreich gewesen. Die Inanspruchnahme ist seit Jahren auf allen Abteilungen sehr hoch. Auch im 2022 nahmen die ambulanten Leistungen gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich zu, nämlich um rund 13 Prozent, die stationären Leistungen blieben unverändert. Die UPK weisen einen Gewinn von Fr. 5'200'000 aus, die Erträge waren leicht angestiegen, der Betriebsaufwand stieg jedoch im Verhältnis höher an wie auch in anderen Spitälern, haben wir schon erfahren, so dass der Gewinn gegenüber dem Vorjahr leicht zurückging. Insbesondere höhere Personalkosten und betriebliche Aufwendungen waren die Ursachen. Die EBITDAR-Marge lag mit 9,1 Prozent aber immer noch über der Zielmarge von 8 Prozent. Die UPK sind finanziell gut aufgestellt, sie verfügen über genügend Gewinnreserven und einer hohe Eigenkapitalquote. Neben den Umzügen der Krisenintervention KIS und der Heroin-Verschreibung, dem Janus auf den UPK-Campus, beide sind unterdessen übrigens erfolgt, stehen zukünftig administrative Umstrukturierungs- und Digitalisierungsprojekte an.

Der Betrieb der UPK läuft gut und die Auslastung ist hoch und die Nachfrage nach ambulanten wie stationären Leistungen ebenfalls. Ein Kräftemangel ist bis anhin in der UPK nicht zu verzeichnen, die Stellen können besetzt werden. Der GSK ist es



in der Beratung wichtiger gewesen, dass die Zufriedenheit des Personals für zukünftige Entwicklung berücksichtigt wird und begrüsst die getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der internen Kommunikation. Die Frage, weshalb eine einmalige Sonderzahlung der Gewährung eines Teuerungsausgleichs vorgezogen wurde, hat die GSK beschäftigt und für einen Teil der Kommission entstand der Eindruck, dass die UPK die Finanzierung von Investitionen gegenüber Personalfragen höher gewichtet.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird seit Jahren stark beansprucht und dies trotz hoher Versorgungsdichte. Die Herausforderung, mit welchen Massnahmen die UPK der hohen Nachfrage nach spezifischen Angeboten begegnen will, bleibt mit Sicherheit auch in Zukunft bestehen. Umso besser sind die Kliniken finanziell gut aufgestellt und somit für die Zukunft gerüstet.

Nun noch zum UAFP, da wird der Präsident der Finanzkommission noch in Details eingehen. Die UAFP hat nach Bezug des Neubaus im 2019 einen grossen Investitionsdruck, der sich finanziell in den letzten Jahren sehr belastend auswirkt. Dies ist Ihnen allen bekannt. Die UAFP schliesst das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresverlust von Fr. 102'000'000 ab. Dieser entstand durch eine ausserordentliche Wertberichtigung von Fr. 96'000'000 aufgrund der hohen Abschreibungen auf das neue bezogene Spitalgebäude. Das Geschäftsjahr 2022 wäre ohne diese Abschreibungen jedoch deutlich positiver verlaufen. Der Betriebsgewinn konnte gesteigert werden und auch die EBITDAR-Marge liegt bei der Zielmarge von 8 Prozent. Das Kerngeschäft entwickelt sich in den letzten Jahren positiv, im 2022 wurden deutlich mehr Fälle als im Vorjahr stationär behandelt. Das operative Ergebnis ist auch im Branchenvergleich gut, reichte aber nicht, um die getätigten Investitionen und Abschreibungen zu tragen. Es stellt sich der GSK die Frage, wie optimistisch von den Verantwortlichen kalkuliert wurde in die Tariflücken und ein Fachkräftemangel war auch zu dieser Zeit schon eine bekannte Grösse.

Auch beim UAFP hat die Teuerung und der Fachkräftemangel zu höheren Personal- und Sachkosten geführt, wie schon erwähnt, hat der hohe Einsatz von Temporärkräften zu höheren Kosten geführt. Aufgrund des Fachkräftemangels mussten im vergangenen Jahr 11 Betten geschlossen werden, was sich naturgemäss negativ auf die Einnahmen auswirkt. Die GSK begrüsst die Anstrengung der UAFP, dem Fachkräftemangel zu begegnen, wie beispielsweise mit der Reduktion der Wochenarbeitszeit für das Personal, ein Abstimmen mit anderen Spitälern wäre sicher sinnvoll gewesen. Die GSK sieht den Bedarf des Felix Platter klar gegeben und das Felix Platter ist für die Altersmedizin von grosser Bedeutung.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt jeweils einstimmig dem Grossen Rat, den vier Beschlussvorlagen betreffend den Jahresrechnungen der Spitäler zuzustimmen und diese zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat sich bereits im Juni 2023, Sie mögen sich vielleicht daran erinnern, im Rahmen der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2022 mit dem UAFP, dem Universitären Zentrum für Altersmedizin Felix Platter, und der ausserordentlichen Wertberichtigung von fast Fr. 100'000'000 beschäftigt. Gleichzeitig hat die Finanzkommission auch ganz bewusst entschieden, dass sie sich auch den Bericht zur Rechnung 2022 des UAFP noch einmal als Mitbericht zuweisen will, um entsprechende Fragen mit den Verantwortlichen des Gesundheitsdepartements, namentlich mit Regierungsrat Lukas Engelberger, und dem Verwaltungsrat des UAFP zu klären.

Um die unterschiedlichen Rollen von GSK und FKom nicht zu vermischen, hat sich die FKom, das hat auch der Präsident der GSK bereits ausgeführt, vor allem auf die rechtliche Zulässigkeit des Impairments und dessen Höhe konzentriert. Selbstverständlich verweise ich im Zusammenhang mit der Wertberichtigung von rund Fr. 96'200'000 auch auf unseren Jahresbericht vom Juni und die entsprechenden Ausführungen. Wir haben uns ja auch dort bereits kritisch dazu geäussert, weil diese Wertberichtigung ja nicht nur das UAFP betrifft, sondern auch die Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt entsprechend für das Jahr 2022 doch wesentlich tangiert hat.

Zur Ausgangslage und zur Erinnerung: Die UAFP schliesst das Rechnungsjahr 2022 mit einem konsolidierten Gesamtumsatz von rund Fr. 123'800'000 ab, im Vorjahr waren es Fr. 113'500'000 mit einem durch eine ausserordentliche Wertberichtigung bedingten Jahresverlust von Fr. 102'100'000. Auf Stufe öffentlich-rechtliche Anstalt resultiert bei einem betrieblichen Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Mieten von rund Fr. 9'600'000 ein Jahresverlust von Fr. 102'000'000.

Nun zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Impairments. Diese Frage wurde vorab in der Öffentlichkeit auch durchaus kontrovers diskutiert. Sie mögen sich vielleicht erinnern, es gab dazu auch Zeitungsberichte, da sich vor allem auch die Vereinigung der Privatspitäler öffentlich sehr kritisch zu diesem Impairment und zur Situation geäussert hat. Die Finanzkommission nahm unter anderem auch deshalb den Ball auf und wollte, wie bereits erläutert, vom Regierungsrat weitergehende Antworten zu dieser Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Das Gesundheitsdepartement äusserte sich gegenüber der Finanzkommission sehr klar, nämlich dass das Impairment nach Vorgaben von Swiss GAAP FER vorgenommen wurde und dieses Vorgehen zwischen dem UAFP und der Revisionsgesellschaft des UAFP abgestimmt



worden sei. Das Gesundheitsdepartement hielt in seiner Stellungnahme fest, dass der Regierungsrat zwar die Rechnung abnehme, in der Verantwortung jedoch der Verwaltungsrat und die Revisionsstelle stehen.

Im Gesetz über die öffentlichen Spitäler ist festgelegt, dass die öffentlichen Spitäler einen allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandard anwenden müssen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Im Ratschlag des Regierungsrates zum ÖSpG, zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler, vom 30. August 2010 wurde dazu ausgeführt, ich zitiere: Dass die öffentlichen Spitäler als aktive Teilnehmer auf einem wettbewerbsorientierten Gesundheitsmarkt in Zukunft auch bei der Rechnungslegung branchenübliche Standards beachten müssen.

Gemäss Fachempfehlungen hat der Regierungsrat Swiss GAAP FER als Rechnungslegungsstandard festgelegt und diesen auch in den Eignerstrategien entsprechend festgehalten. Und nun wird es kurz technisch. Swiss GAAP FER verlangt, dass die Buchwerte von Anlagen den erzielbaren Wert nicht überschreiten dürfen. Liegt der Buchwert zum Beispiel des Spitalgebäudes über dem erzielbaren Wert, muss eine Wertberichtigung, ein sogenanntes Impairment vorgenommen werden. Swiss GAAP FER 20. Wertbeeinträchtigungen regelt, zu welchem Zeitpunkt einen Werthaltigkeitstest durchzuführen ist, welche Methoden diesem zugrunde liegen und wie die Auswirkungen im Jahresabschluss zu erfassen sind. Liegen Anzeichen für eine Wertbeeinträchtigung vor, ist der erzielbare Wert des Vermögenswerts zu berechnen, liegt dieser unter dem Buchwert, muss die Differenz als Wertbeeinträchtigung in der Erfolgsrechnung erfasst werden. Dies also die Ausgangslage gemäss Swiss GAAP FER und auch dann entsprechend die Folgehandlung, die das dann mit sich gebracht hat.

Im Rahmen der Zwischenrevision 2022 hat dann die Revisionsstelle, das ist im Falle des UAFP die KPMG, im abschliessenden Managementletter empfohlen, aufgrund von auslösenden Ereignissen, das sind Anzeichen, eine allenfalls notwendige Wertberichtigung des Spitalgebäudes zu prüfen. Die Leitung des UAFP, namentlich der Verwaltungsrat, hat eine entsprechende Analyse aufgrund dieses Resultats vorgenommen und die drei Risikofaktoren respektive die sogenannte auslösenden Ereignisse identifiziert. Die Ausführungen dazu finden Sie in unserem Bericht, weshalb ich jetzt hier darauf verzichte, sie Ihnen noch einmal auszuführen, weil sie auch durchaus dann sehr technisch werden. Basierend auf den Ausführungen, die gegenüber der Kommission gemacht wurden, also seitens des Gesundheitsdepartements, aber auch des Verwaltungsrates des UAFP bezüglich der Rechtmässigkeit nehmen wir diese Ausführungen entsprechend zur Kenntnis und auch die entsprechende Höhe dieses Impairments.

Wir können in Bezug auf diese rechtliche Zulässigkeit auch auf das Gutachten der Privatspitäler uns beziehen. Dort, das war Professor Dr. Poledna, der dieses Gutachten erstellt hat, er kam ebenfalls zum Fazit, dass die Abschreibungen formalrechtlich gesetzeskonform waren oder sind. Uns scheint jedoch wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, der Spitalleitung, der operativen Leitung des Spitals, dem Eigner, ich habe noch den Verwaltungsrat vergessen, dem Eigner das ist der Kanton, und der Revisionsstelle waren die finanziellen Schwierigkeiten des UAFP seit längerem bekannt. Wir anerkennen aber die Anstrengungen, welche seitens der Spitalleitung zur Verbesserung der Ertragslage bereits ergriffen wurden, die identifizierten externen Faktoren, der Teuerung bei den Personal- und Sachkosten, die Unsicherheiten bei den Tarifentwicklungen und der Fachkräftemangel, es wurde auch bereits erwähnt, bedeuteten schlussendlich für das UAFP, dass die Finanzierung der Abschreibungen aus dem Betrieb nicht mehr realistisch waren und sie erforderten eben gemäss Swiss GAAP FER letztlich diese Wertberichtigung in Höhe von Fr. 96'200'000.

Weiterhin, wie wir schon im Rahmen der Beratung zur Staatsrechnung ausgeführt haben, muss aber heute, und das ist jetzt auch die Kritik, die wir als Kommission noch einmal hier an dieser Stelle anbringen wollen, davon ausgegangen werden, dass bei der Planung des Neubaus des UAFP schlicht von falschen Annahmen ausgegangen wurde. Die Kommission hält basierend auf der Studie des Beratungsunternehmens Elsener & Partner AG vom Dezember 2022 fest, dass das Gebäude beim Neubau deutlich zu gross beziehungsweise falsch dimensioniert wurde. Auch das GD bestätigte uns, dass der Preis pro m² Nutzfläche kritisch zu betrachten ist beziehungsweise dass der nicht ertragsabwerfende Flächenanteil des Spitalneubaus zu hoch ist. Wir haben also ein Spital, das eine gewisse Fläche hat und innerhalb dieser Fläche hat letztlich der Teil, der einen Ertrag erwirtschaften kann, einen zu geringen Anteil und das führt dazu, dass das Spital in eine gewisse Problematik hineingeschlittert ist, die es nun auch aufgrund dieser Wertberichtigung mit verschiedenen Massnahmen zu korrigieren gilt.

Zeitgleich halten wir aber fest, und das hält auch das Gutachten fest, dass die Kapazitäten des UAFP im Bereich der Altersmedizin grundsätzlich richtig dimensioniert sind, um der Nachfrage in der Altersmedizin auch entsprechend begegnen zu können. Die Kommission interpretiert dies so, dass trotz erheblichen Anstrengungen den Ertrag der Flächennutzung zu verbessern, das UAFP aufgrund des zu grossen Gebäudes zu hohe Kosten aufweist. Diese laufend zu hohen Kosten führen zu einem Betriebsdefizit, welches mit dem Aufbrauchen des Dotationskapitals finanziert wird. Der Kanton hätte die Möglichkeit, das Dotationskapital wieder einzuschiessen und durch dessen erneutes aufbrauchen könnte das UAFP laufende Betriebsdefizite finanzieren. Das Gutachten Poledna, das ich bereits erwähnt habe, hält dazu fest, dass keine kantonale Rechtsgrundlage zur Defizitdeckung bestehe. Hier, und das wird allenfalls Regierungsrat Lukas Engelberger später auch noch ausführen, besteht zwischen dem Gutachten Poledna, welches im Auftrag der Privatspitäler gemacht wurde, und der Einschätzung des Gesundheitsdepartements weiterhin eine Differenz. Die Finanzkommission möchte sich dazu für den Moment nicht äussern.



Im Hinblick auf die auslaufenden Darlehen des Kantons an das UAFF in den Jahren 2029 und 2035 stellt sich aber für die Kommission die Frage, ob diese durch das Spital zurückbezahlt werden können oder der Kanton dafür dann einspringen muss. Dieselbe Frage stellt sich im Hinblick auf den Campus Gesundheit und die Bauvorhaben des Universitätsspitals Basel. Das GD geht dabei nicht davon aus, dass ausserordentliche Abschreibungen sich periodisch wiederholen werden, betont jedoch, dass die Tarifentwicklung in den nächsten 20 Jahren nicht abzuschätzen sei und dies Einfluss auf die Spitalfinanzierung haben werde.

Diese Situation ist auch für die Finanzkommission grundsätzlich nun einleuchtend. Wir haben mit unserem Bericht auch noch einmal darauf hinweisen wollen, dass bei künftigen Projekten wie beispielsweise, ich habe es erwähnt, dem Bauvorhaben beim Universitätsspital allenfalls ähnliche Problematiken auf den Kanton zukommen können und dass gerade auch bei der Projektierung eines solchen Projektes natürlich geschaut werden muss, dass wir eben nicht wie beim UAFF die Situation haben, letztlich zu viele «tote» Fläche zu haben, die betriebswirtschaftlich dann eben nichts generieren und für das Spital ein Problem darstellen. Wir möchten deshalb diese kritischen Anmerkungen hier gerne anbringen. Wir möchten sie auch dem Regierungsrat auf diesem Wege mitgeben und dann auch selbstverständlich in der weiteren Behandlung allfälliger Geschäfte, die wir ja dann hier in diesem hohen Hause vorliegen haben werden in Bezug auf Bauten, aber dann eben auch wieder in Bezug auf die Jahresrechnungen, dass wir das entsprechend berücksichtigen.

Die Finanzkommission mit diesen kritischen Worten beantragt Ihnen aber einstimmig die Zustimmung zur Jahresrechnung 2022 des UAFF. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Jahr 2022 war natürlich insbesondere in der ersten Hälfte immer noch stark von der Corona-Pandemie geprägt. Die Spitäler haben das sehr deutlich gespürt und sie mussten dann vor allem wahrnehmen, dass die erhoffte Rückkehr in den sogenannten Normalbetrieb getrübt wurde von neuen Herausforderungen. Diese sind zum Teil auch schon erwähnt worden. Die Spitäler sind mit einer schwierigen Personalsituation konfrontiert.

Es gibt einen starken Bedarf für Gesundheitspersonal in den Spitälern, auch in den übrigen Gesundheitseinrichtungen. Viele haben dort den Beruf verlassen oder ihr Pensum reduziert. Wir sind daran, die Bemühungen zu intensivieren, um mehr Fachpersonal auszubilden und in dieses System zu bringen, auch diejenigen zurückzuholen, die allenfalls sich einmal temporär zurückgezogen haben. Da laufen grosse Anstrengungen, aber diese Anstrengungen kosten Geld. Die Spitäler müssen sich bemühen, auf dem Arbeitsmarkt mithalten zu können, insbesondere auch mit Arbeitgebern ausserhalb des Gesundheitswesens. Die Angehörigen der Gesundheitsberufe haben Alternativen, wo allenfalls auch nicht nach Dienst gearbeitet werden muss, Homeoffice möglich etc. ist, Es kostet Geld, den Personalangehörigen Arbeitsbedingungen zu bieten, die ihnen ermöglichen, ihren faszinierenden und auch unmittelbar sinnerfüllenden Beruf weiterhin ausüben zu können. Also, Teuerung auf der Personalseite auf dem gesamten Markt für alle Spitäler, das hat auch unsere Spitäler natürlich getroffen, dann aber auch Teuerung in den Sachgütern, bei der Energie, bei den Medizinalprodukten. Alles hat einen Schub gemacht durch das Jahr 2022 und jetzt auch im laufenden Jahr hindurch und das hat natürlich auch die Spitäler finanziell belastet.

Nicht so stark regulierte Unternehmungen wie beispielsweise Hotels haben dann eine einfache Lösung, sie erhöhen die Preise. Das können sie auch nicht beliebig, es gibt einen Markt. Sie müssen dann die Nachfrage noch sichern, aber sie haben die Möglichkeit, kurzfristig auf der Ertragsseite Massnahmen zu ergreifen. Spitäler können das nicht. Ihre Tarife sind ausgehandelt mit den Versicherern und genehmigt von den Kantonen oder aber festgesetzt von den Kantonen und keiner dieser Tarifverträge enthält eine Teuerungsindexierung. Das ist so im KVG. Vermutlich könnte man diskutieren, aber meine Einschätzung ist im KVG gar nicht vorgesehen. Frankenmässig muss der Tarif taxiert sein, muss er festgesetzt sein. 91 Rappen ist der Taxpunktwert im TARMED. Das ist 91 Rappen seit etwa 20 Jahren und da gibt es keine Teuerungsindexierung. Es muss neu ausgehandelt werden, wenn eine Seite der Auffassung ist, die Tarife müssen erhöht werden, muss man kündigen, muss man neu aushandeln. Das dauert lang und unterliegt dann eben auch diesem Genehmigungsprozess bei uns in den Kantonen.

Wir sehen, dass das in Gang gekommen ist, dass einzelne Tarifverträge in Neuverhandlungen jetzt sind und natürlich die Leistungserbringer versuchen, ihre Tarife der Teuerung anzupassen. Aber das passiert nicht automatisch und es liegt nicht allein in ihrer Hand. Das heisst, es erfolgt verzögert um zwei, drei, je nachdem, wenn es Gerichtsverfahren gibt, vier, fünf Jahre. Es gibt Spitäler, die haben während 10 Jahren in diesem Land keine Rechtssicherheit gehabt über ihren Tarif. Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind Hotelier oder Bauunternehmer und Sie kennen ihren Tarif nicht. Sie kennen nur einen provisorischen Tarif und müssen die ganze Zeit überlegen, was passiert, wenn das Gericht dann doch noch zum Schluss kommt, es gelte ein tieferer Tarif. Diese Entwicklung sehen wir hier, die Teuerung, die zeigt sich natürlich unmittelbar bei Personal- und Sachkosten. Die Ertragsseite hält nicht Schritt, preisliche Entwicklungen gehen nicht so schnell und da klafft jetzt eine Lücke, mit der alle Spitäler im Land zu kämpfen haben und bei weitem natürlich nicht nur unsere. Wie sich unsere geschlagen haben, sehen Sie in den Berichten, haben Sie auch erläutert bekommen von den Kommissionsprechern, ich



kann da jetzt vieles auch in meinem Manuskript auslassen. Das universitäre Zentrum für Zahnmedizin und auch die Universitäre Altersmedizin Felix Platter mussten im Jahr 2022 einen Verlust gewärtigen. Die übrigen zwei, USB und UPK, konnten mit Gewinn abschliessen.

Ganz kurz vielleicht Hinweise zu den einzelnen Einrichtungen, ich nehme zuerst das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin. Das ist ja kein Spital in eigentlichem Sinn, sondern ein Unternehmen eigener Art, welches wir als Kanton Basel-Stadt geschaffen haben. Die UZB hat einen Verlust im vergangenen Jahr erwirtschaftet von Fr. 400'000. Die sind in einem Turnaround, das kann man so sagen. Ich rufe in Erinnerung, dass sie fusioniert wurden. Aus den beiden Kliniken des Kantons und der Klinik der Universität gibt es jetzt dieses gemeinsame Zahnmedizin-Unternehmen, das sich um die Erwachsenen-Zahnmedizin, Kinder- und Jugend-Zahnmedizin und eben auch die universitäre Aus- und Weiterbildung in der Zahnmedizin kümmert. Sie haben einen neuen gemeinsamen Standort bezogen in der Mattenstrasse und sind jetzt daran, den Betrieb wirklich auch kulturell in den Abläufen zu integrieren. Wir haben einen guten Austausch mit dem Verwaltungsrat des UZB und sind optimistisch. Das 2022, das letzte Jahr war mit einem Verlust, die UZB sind daran, ihre Ergebnisse zu verbessern.

Das Universitätsspital konnte mit einem bescheidenen Gewinn abschliessen. Wir reden von Fr. 5'600'000. Das ist viel Geld, aber natürlich sehr bescheiden. Wenn wir uns vor Augen halten, dass das ein Unternehmen ist mit deutlich mehr als einer Milliarde Umsatz, dann ist das also sehr spitz kalkuliert, ist es im Grunde genommen eine schwarze 0 bei deutlich wachsender Nachfrage an stationären und ambulanten Leistungen. Das USB ist solide finanziert, blickt aber anspruchsvollen Jahren entgegen. Es spielt dieser Zusammenhang, den ich angesprochen habe, zwischen Kosten und Tarifentwicklung. Wir sehen jetzt, dass das USB wahrscheinlich im laufenden Jahr ein Defizit wird gewärtigen müssen, wir sehen aber auch, dass die Spitalorgane darauf hinarbeiten, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten möglichst bald wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Wir werden über die Perspektiven des USB ja noch weiter Gelegenheit haben zu diskutieren. Die Bau- und Raumplanungskommission hat ihren Bericht ja publiziert zuhanden des Grossen Rates mit Mitbericht der Gesundheits- und Sozialkommission. Wir werden über den Bebauungsplan und die Projekte des Universitätsspitals dann später ausführlicher reden können.

Deshalb kann ich das hier damit abschliessen und mich dem Felix Platter Spital kurz zuwenden. Dazu haben wir ja bereits viel kommuniziert und auch diskutiert. Das ist sehr bedauerlich, dass es hier zu diesem grossen Verlust gekommen ist, der auch zu einer Belastung der Staatsrechnung im Jahr 2022 führte. Das ist sehr ärgerlich und ich habe grosses Verständnis natürlich, dass das in den Kommissionen und auch hier im Haus zu Nachfragen und weiterführenden Abklärungen geführt hat. Wir haben uns bemüht, sie jeweils gut zu dokumentieren und das auch zu erklären. Ich übernehme gerne die Erläuterungen des Präsidenten der Finanzkommission, der die Funktionsweise dieses Rechnungslegungsstandards und der Wertberichtigung Ihnen dargelegt hat. Ich glaube, wir mussten uns dem jetzt ein paar Mal schon zuwenden hier, wie das funktioniert.

In dieser Finanzmechanik ist es zu dieser Wertberichtigung gekommen, die nicht ein politischer Entscheid war, sondern die aufgrund von Hinweisen der Revisionsstelle zwingend vorzunehmen war durch die Spitalorgane. Wir haben das dann genehmigt, ja, das haben wir. Wir hätten dazu kaum eine sinnvolle und anständige Alternative gehabt und haben das jetzt so auch finanziell als Kanton absorbieren müssen. Mir ist schon ein Anliegen zu betonen, das darin keine Subvention zu sehen ist. Es ist kein Geld geflossen ans Felix Platter-Spital. Man hat dem Spital keine neuen Mittel zugewendet und ich muss sagen, ich empfinde die Gutachten, die da bestellt wurden zur Hinterfragung der Rechtmässigkeit, als fragwürdig. Offensichtlich ist das ein rechtmässiger Vorgang und ganz offensichtlich können Sie hier, können wir im Kanton über die Kapitalisierung unserer Spitäler entscheiden. Also darüber möchte ich überhaupt keine Fragezeichen hier entstehen lassen und muss das also zurückweisen, wenn irgendwo noch die Idee im Raum hängen würde, dass es da rechtliche Einschränkungen gibt in der Kapitalisierung unserer Spitäler.

Gut, wir haben gesehen, dass die Kapitalisierung jetzt des Felix Platter Spitals schwach ist. Wir haben natürlich auch eine Rekapitalisierung, also einen Zuschuss von neuem Eigenkapital erwogen, können das auch nicht ausschliessen für die Zukunft, sind aber zum Schluss gekommen, dass aktuell das Spital über die nötige Liquidität verfügt, seinen Betrieb sehr gut aufrechterhalten kann und es somit nicht nötig ist, im Moment eine Rekapitalisierung vorzunehmen. Wir werden das aber im Auge behalten müssen.

Wenn wir hier ja über die Rechnung reden, so darf ich vermelden, dass finanziell die UPK sehr solide aufgestellt sind und nicht zu jetzt schwierigen Diskussionen Anlass geben. Und damit danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit unterbreche ich hier unsere Sitzung und wir werden um 15:00 Uhr mit dem Traktandum 10 und zwar mit den Fraktionsprechenden weiterfahren. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

Schluss der 25. Sitzung

12:06 Uhr





Protokoll

der 26. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 13. September 2023, um 13:10 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Jo Vergeat (GAB), Balz Herter (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

10.	Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022	3
10.1.	Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022	11
10.2.	Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022	11
10.3.	Universitäre Altersmedizin FELIX PLATTER (UAFP), Felix Platter Spital; Genehmigung der Jahresrechnung 2022	12
16.1.	Interpellation Nr. 90 Daniel Seiler betreffend Drucksachen und Jahresberichte	12
16.2.	Interpellation Nr. 91 Oliver Bolliger betreffend Förderung der Betreuung im Alter im Kanton Basel-Stadt	13
16.3.	Interpellation Nr. 92 Eric Weber betreffend Hacker in den Social Media	13
16.4.	Interpellation Nr. 93 Brigitte Gysin betreffend Zensurvorwurf gegenüber Fachausschuss Literatur BS/BL	14
16.5.	Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend kompletter Rückbau der oberirdischen Osttangente – massiver Mehrverkehr in den Quartieren?	14
16.6.	Interpellation Nr. 95 Christine Keller betreffend Zukunft der gemeinsamen Gesundheitsregion BS/BL (GGR)	14
16.7.	Interpellation Nr. 96 Harald Friedl betreffend Verkehrssicherheit des Kreisels Freiburgerstrasse/Neuhausstrasse nach der Sanierung	17
16.7.	Interpellation Nr. 97 Salome Bessenich betreffend Finanzierung der Praktikumsplätze für die Ausbildung der Hebammen	18
16.9.	Interpellation Nr. 98 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Mehreinnahmen durch die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer	18
16.10.	Interpellation Nr. 99 Luca Urgese betreffend politische Bildung	19
16.11.	Interpellation Nr. 100 Annina von Falkenstein betreffend Teilspernung der Margarethenbrücke	20
16.12.	Interpellation Nr. 101 Nicole Kuster betreffend Einführung eines Bachelor-Studiengangs «Sustainable Development» an der Universität Basel	22
16.13.	Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden	23
16.14.	Interpellation Nr. 103 Sasha Mazzotti betreffend Fachbereich Psychomotorik im Kanton BS	23
16.15.	Interpellation Nr. 104 Michael Hug betreffend durch die Teilspernung der Margarethenbrücke verursachte Kosten	25
16.16.	Interpellation Nr. 105 Raoul I. Furlano betreffend Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen	26
16.17.	Interpellation Nr. 106 Adrian Iselin betreffend Unterstützung der Organisation «RheinWelten» durch den Kanton Basel-Stadt	27
16.18.	Interpellation Nr. 107 Thomas Widmer-Huber betreffend soziale Verantwortung der Basler Kantonalbank	28
16.19.	Interpellation Nr. 108 Lukas Faesch betreffend schikanierte Hauseigentümer	29
16.20.	Interpellation Nr. 109 Jenny Schweizer betreffend Adressen von Jungwähler	30
16.21.	Interpellation Nr. 110 Catherine Alioth betreffend Zukunft Liegenschaft Venusstrasse 7 in Binningen	32
16.22.	Interpellation Nr. 111 Oliver Thommen betreffend Massnahmen während Hitzeperioden	32



16.23. Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt	33
16.24. Interpellation Nr. 113 Balz Herter betreffend unkompliziertem Umgang mit Arbeitszeitverschiebungen auf Baustellen bei extremer Hitze.....	33
16.25. Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?».....	34
16.26. Interpellation Nr. 115 Melanie Eberhard betreffend Förderung der niederschweligen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung.....	35
16.27. Interpellation Nr. 116 Beat K. Schaller betreffend selektive Reaktionsgeschwindigkeit des Regierungsrates	35
16.28. Interpellation Nr. 117 Michela Seggiani betreffend Ozonbelastung in Basel	36



Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 13. September 2023, 15:00 Uhr

10. Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

[13.09.23 15:00:13, 23.0536.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Unser neues Abstimmungssystem

Ich habe nicht erwähnt, dass das Läuten am Ende der Redezeit anders tönt. Die Systematik ist aber wie bisher. Ein Läuten 45 Sekunden vor Ende des Votums, zwei Dongs oder Läuten, wenn das Votum beendet ist.

Anlass heute Abend.

Da heute direkt nach der Sitzung ein Anlass stattfindet, bitte ich Sie, später den Saal und das Vorzimmer zügig zu verlassen und bitte Sie auch, Ihren Abfall mitzunehmen. Vielen Dank.

Christine Keller (SP): Auch wenn wir dieses Geschäft nur zur Kenntnis nehmen, ist es uns wichtig genug, uns dazu zu äussern. Denn die Gesundheit ist uns sicher allen wichtig und die Gesundheitskosten, um die es ja hier vor allem geht, wir wissen es, sind eine der Hauptsorgen der Bevölkerung und hier sind die öffentlichen Spitäler einer der wichtigsten Player.

Ich komme zuerst zum Universitätsspital, gehe das auch der Reihe nach durch. Hier wiegt natürlich die Sorge hinsichtlich der künftig zu erzielenden EBITDAR-Margen gerade hinsichtlich der grossen Projekte, über die wir uns in diesem Hause ja noch unterhalten werden, schwer. Wir wissen, dass die Situation herausfordernd ist, Stichwort Inflation. Lukas Engelberg hat das sehr anschaulich geschildert, Fachkräftemangel, Kostendruck, Abgeltung. Umso kritischer und aufmerksamer sind dann eben die grossen Investitionen zu begleiten. Mit der GSK ist mit allem Nachdruck zu betonen, dass der Bebauungsplan, der demnächst in diesem Theater behandelt wird, kein Freipass darstellt in einem laufenden und stets zu überprüfenden Prozess.

Vor dem gesamten Hintergrund wirft für uns auch die Akquisition der Mehrheit am Bethesda Spital Fragezeichen auf. Nicht nur bezüglich Personal, dem wie immer die besondere Aufmerksamkeit unserer Fraktion gilt. Melanie Nussbaumer hat dazu ja auch schon vor einem Jahr interpelliert. Es stellen sich durchaus auch finanzielle Fragen. Wir hätten gerne gewusst, ob ein angemessener Preis für die Gebäude bezahlt wurde. Ein Zeitungsartikel hat dargestellt, dass die Stiftung Bethesda selbst als Trägerin sehr gut dasteht, während nun das Universitätsspital anteilmässig in der Rechnung auch durch das Defizit des Bethesda belastet wird. Da hätte man ja noch gern mehr erfahren.

Zur Zahnmedizin. Hier hat mich auch persönlich ganz besonders der avisierte Auf- und Ausbau der Alterszahnmedizin gefreut. Diese Aufgabe ist wirklich an Bedeutung nicht zu unterschätzen, gerade bei alten Leuten hat die Zahngesundheit eine Schlüsselfunktion. Besonders schön wäre es, wenn man die Idee, die dargestellt wird mit mobilen Einheiten, die nach Hause gehen, umsetzen würde. In Zürich hat man mit dieser aufsuchenden Zahnheilkunde sehr gute Erfahrungen gemacht.

Zur UPK, die gut unterwegs ist, muss ich dem, was schon von den Kommissionen und vom Regierungsrat gesagt wurde, nichts beifügen.

Dann zum Sorgenkind UAFP. Hier liegt natürlich das Hauptaugenmerk aus unserer Fraktion einmal mehr auf dem Impairment, über das schon viel gesagt und viel geklagt wurde. Wir schliessen uns ausdrücklich der Darstellung der Finanzkommission an, dass dieser Vorgang formell korrekt war. Es wurde hier auch sehr gut erklärt, dass dies im Zusammenhang mit dem Rechnungsstandard, der dem Spital im Spitalgesetz vorgegeben ist, unausweichlich war und dass auch die Höhe mit den zunächst bestrittenen Eigenkapitalzinsen nach der Discount-Cashflow-Methode vollkommen korrekt sind. Wahrscheinlich hätte man sogar noch mit höheren Zinsen rechnen müssen. Das ist die eine Seite, das sind die Wertberichtigungen. Was jetzt aber die weitergehende, ob man es nun Rekapitalisierungen oder Subventionen nennt, anbelangt, hatte ja hier Herr Regierungsrat Lukas Engelberger dank der hartnäckig läutenden Glocke etwas wenig Zeit, sich zu äussern. Ich frage mich jetzt, ob das nicht etwas allzu apodiktisch herübergekommen ist, dass er hier gar keine Probleme rechtlicher oder vor allem auch politischer Natur sehe.



Wir als SP stehen ja immer für einen starken Service Public und stehen wohl kaum in Verdacht, für Privatspitäler zum Beispiel zu lobbyieren. Dennoch sind hier Fragen zu stellen. Etwa eine laufende Defizitdeckung würde ganz offensichtlich dem System widersprechen und falsche Anreize setzen. Es wäre sicher auch nicht damals die Meinung des Stimmbürgers gewesen, als er oder sie der Auslagerung zugestimmt haben, die wir ja übrigens bekämpft haben. Die DAG selbst sollen ja auch von der Idee her, vom System her, das wohl nicht vollumfänglich funktionieren zu scheint, auch Investitionen abdecken. Deshalb hier ein Fragezeichen und ich bin dankbar, wenn Herr Regierungsrat Lukas Engelberger vielleicht in seinem Schlussvotum dazu noch Erläuterungen gibt. Es darf jedenfalls nicht sein, dass entweder die ohnehin schon schwer belastenden Prämienzahlenden via Tariferhöhung oder die Steuerzahlenden via Defizitdeckung nach Kapitalisierung oder sogar das Personal für eine Fehlplanung, wie sie ja beim UAFP unbestritten geschehen ist, den Kopf hinhalten müssten. Das darf nicht sein.

Was wir brauchen, ist eine regional abgesprochene, sorgfältige, rollende und laufende, dem tatsächlichen Bedarf angepasste Planung und angesichts dessen, was schon passiert ist, müssen wir für den Campus Gesundheit die Lehren aus den Vorfällen beim UAFP ziehen. Da stimme ich ganz mit der Finanzkommission überein. Für uns heisst das auch, dass wir mehr Kontrolle und Mitsprache des Eigners und des Parlamentes fordern. Wir werden uns wahrscheinlich nicht mehr heute, aber nächsten Mittwoch über die Motion meines Kollegen Stefan Wittlin unterhalten, der hier ab einer gewissen Höhe der Investitionen eine Zustimmung des Grossen Rates verlangt und auch die Gesundheitskommission hat ja verlangt, dass hier die Eignerstrategien vorgelegt werden. Diese Vorstösse bitten wir Sie nachdrücklich zu unterstützen. Im Übrigen danke ich, wie gesagt, dem durchaus erleuchtenden Bericht der beiden Kommissionen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Ich möchte mich namens der SVP-Fraktion noch zu den entsprechenden Punkten der Finanzkommission in ihrem Mitbericht zum UAFP äussern. Die SVP ist dankbar, dass sich die Finanzkommission ausführlich diesem Millionen-Abschreiber beim Felix Platter-Spital angenommen hat. Wir haben schon die Kritik der Finanzkommission, welche sie in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2022 geäussert hat, geteilt. Nun wird diese Kritik durch die nochmalige Bewertung des Geschäftes noch substantieller. Es ist einerseits zu begrüssen, dass offensichtlich die Rechtmässigkeit des sogenannten Impairments gegeben war. Hier teilen wir also ausdrücklich auch die Ansichten der Finanzkommission, dass dies rechtens war. Es ist natürlich zu hinterfragen, inwiefern dieses Impairment in dieser Form aber tatsächlich notwendig ist und weshalb es überhaupt zu dieser Situation gekommen ist. Zur Erinnerung: der Abschreiber belastet auch die Rechnung des Kantons und zwar mit fast Fr. 100'000'000 doch sehr erheblich.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Revisionsstelle diese Wertberichtigung offenbar einfordern musste und sie ohne diese Berichtigung das Testat nicht ausgestellt hätte. Dies stellt die Frage, inwiefern der Verwaltungsrat des Felix Platter-Spitals, aber auch der Regierungsrat und das zuständige Departement als Eignervertreter ohne diese Intervention der Revisionsstelle angemessen auf die doch eher desolante Finanzsituation des Felix Platter-Spitals reagiert hätte. Es ist aus Sicht der SVP-Fraktion nicht nachvollziehbar, weshalb es erst einen solch grossen Druck einer externen Revisionsstelle benötigt hat. Das Verweigern eines Testats ist, das haben wir heute bereits gehört, doch ein recht starkes Signal einer Revisionsstelle und kommt wohl so in dieser Form nicht häufig vor.

Die im Bericht der Finanzkommission aufgeführten Punkte hinsichtlich des Betriebsdefizits und der Kapitalisierung bereiten der SVP-Fraktion erheblich Bauchschmerzen. Dies gerade auch im Kontext der aktuellen Diskussion in der Schweiz über die Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen. Ganz offensichtlich, das hält die Finanzkommission fest, wurde das Gebäude von den Verantwortlichen falsch und deutlich zu gross dimensioniert. Aber auch das GD selbst bestätigt nun offenbar, dass der Preis pro m² Nutzfläche kritisch zu betrachten sei und der nicht ertragsabwerfende Flächenanteil zu hoch ist. Damit wird belegt, dass also die laufenden hohen Kosten zu hoch sind und dies zu einem Betriebsdefizit führt, welches letztlich dazu führt, dass das Dotationskapital aufgebraucht ist und der Kanton allenfalls erneut das Dotationskapital einschiessen muss, damit laufende Betriebsdefizite finanziert werden können. Hier sagt das Gutachten offenbar aber klar, dass keine kantonale Rechtsgrundlage zur Defizitdeckung bestehe.

Nun scheint hier aber das GD anderer Meinung zu sein, was uns als Fraktion etwas irritiert. Gerade auch im Hinblick auf andere Bauvorhaben im Spitalbereich muss diese Frage letztlich geklärt werden und die SVP-Fraktion erwartet, dass die Frage der Kosten bei der Planung stärker als bisher berücksichtigt werden. Insbesondere muss verhindert werden, dass auch in anderen Spitälern der Kanton letztlich mehrfach zur Kasse gebeten wird oder Abschreiber vornehmen muss, weil vorgängig falsch oder zu wenig korrekt geplant wurde. Das Felix Platter-Spital soll deshalb ein Mahnmal für künftige Vorhaben sein.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Kurze Mitteilung: Besuch auf der Tribüne. Ich begrüsse eine Klasse des Gymnasiums Oberwil mit ihrer Lehrperson Lisa Pütz. Herzlich willkommen bei uns im Grossen Rat, schön, dass Sie da sind.



Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich kann es gleich vorausschicken, die Fraktion der FDP ist eher wenig erfreut über die Jahresrechnung 2022 der öffentlichen Spitäler im Kanton. Und natürlich überstrahlt hierbei bekanntermassen, es wurde bereits gesagt, dass UAFP alle anderen bei weitem, notabene leider im negativen Sinne. Tatsächlich, die Mitteilung des Regierungsrates von Mitte März dieses Jahres kam zwar überraschend, aber vielleicht nicht unbedingt ganz unerwartet. Das Universitäre Altmedizin Felix Platter musste, es wurde ja auch heute bereits mehrmals erwähnt, eine ausserordentliche Wertberichtigung im Umfang von Fr. 96'000'000 auf das Spitalgebäude vornehmen. Diese Fr. 96'000'000 entsprechen 38 Prozent des ursprünglichen Bauvolumens von Fr. 250'000'000. Ich erinnere mich im Vorfeld der Eröffnung des Spitalneubaus im 2019 an die geäusserte Skepsis eines damaligen GSK-Kollegen, ob das Spital auf lange Sicht die Investition des Neubaus finanziell zu stemmen vermag. Wie wir jetzt wissen, lag er mit seiner Skepsis offensichtlich richtig. Heute sind wir zwar in dieser Hinsicht alle schlauer, dafür aber unser Kanton um knapp Fr. 100'000'000 ärmer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Fr. 100'000'000 sind mehr als ein blaues Auge, das ist bereits ein sehr unangenehmer mehrfacher Beinbruch. Schauen wir uns kurz die Verhältnisse an von USB und Felix Platter-Spital.

Das USB erwirtschaftete im Jahr 2022 mit rund 8'100 Mitarbeitenden einen Umsatz von Fr. 1'300'000'000. Das Felix Platter im gleichen Zeitraum mit 756 Mitarbeitenden ein Umsatz von rund Fr. 110'000'000. Das USB ist also ungefähr zehnmal so gross wie das Felix Platter-Spital. Wenn wir das nun auf die geplanten Investitionen spiegeln, welche das Universitätsspital Basel auf die kommenden Jahre hinaus auf den Campus der Gesundheit plant, so kommen auch hier diese Verhältnisse ziemlich genau hin. Die kolportierten gesamthaften Investitionsausgaben von Fr. 2'400'000'000 entsprechen wiederum etwa dem zehnfachen von dem des UAFP.

Wenn wir den EBITDAR, der ja gerne als Zielgrösse genannt wird, des USB der vergangenen Jahre anschauen, so liegt dieser weit unter der Zielgrösse von 10 Prozent, welche notwendig wäre, um die Investitionen zu refinanzieren. Wie wir heute ebenfalls bereits gehört haben, ist leider nach wie vor unklar, wie dieser Wert erreicht werden kann, effektiv wohl nur mit signifikanten Erhöhungen bei den Tarifen. Sollte das nicht der Fall sein, so droht unweigerlich eine Wiederholung der UAFP-Geschichte. Wie viel ergeben dann 38 Prozent von Fr. 2'400'000'000? Genau, wir würden uns dann im gleichen Falle in Richtung von einer Milliarde Franken bewegen. Wahrscheinlich wird dann zumal wohl kaum mehr jemand von uns in diesem Saal sitzen, aber unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger würden sich dann nicht mehr bloss mit einer Beinfraktur befassen müssen, sondern im schlimmsten Fall mit einem veritablen finanziellen Genickbruch.

Die Fraktion der FDP hofft selbstverständlich nicht, dass es je so weit kommen wird, den mahnenden Finger möchten wir aber zumindest heute erhoben haben. Die Zukunft bestimmen können wir an dieser Stelle nicht, wir betreiben mit dem heutigen Traktandum lediglich Vergangenheitsbewältigung. Es bleibt mir daher nicht mehr übrig, als dem Bericht der GSK über die Rechnung der öffentlichen Spitäler sowie dem Mitbericht der Finanzkommission zuzustimmen beziehungsweise die Jahresrechnung der Spitäler zur Kenntnis zu nehmen und zu hoffen, dass es wieder besser wird. Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt. Besten Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich habe mir jetzt das alles angehört und ich danke zuerst einmal unserem Präsidenten, der das alles wunderbar zusammengefasst hat, und ich danke auch dem Regierungsrat, was er nachher noch kurz vor der Mittagspause gesagt hat, und über den Mittag habe ich mir auch noch einmal überlegt, was reden wir jetzt eigentlich hier. Wir nehmen etwas zur Kenntnis, okay, und haben jetzt aber schon sehr viel Technisches geredet. Wir haben den Mahnfinger erhoben, das ist alles richtig.

Ich will einfach damit sagen, wir haben hier drinnen beschlossen, dass die vier Spitäler ausgelagert werden, öffentlich-rechtlich wurden und durch die öffentlich-rechtliche Lage, die die Spitäler jetzt haben, haben sie auch ihre eigene Geschichte und ihre eigenen Gesetze, nämlich das öffentliche Spitalgesetz, das 2012, glaube ich, in Kraft getreten ist. Und dort steht ganz klar, der Regierungsrat berichtet über die Jahresrechnung und wir nehmen es einfach zur Kenntnis.

Es ist nicht so, dass wir von der LDP natürlich nicht auch sehr überrascht wurden von diesem negativen Ergebnis des Felix Platter und dass man dem nachgehen muss, all diesen Geschichten, die dazu gehören, unbedingt. Vor allem jetzt, wo wir sehen, wie viel Geld noch investiert wird in die Neubauten und da gehe ich mit Ihnen einig, Christine Keller, da muss man wirklich ein gutes Auge darauf haben, was hier abgeht. Aber eben, die Spitäler, denken Sie daran, die sind öffentlich-rechtlich und wir hier drinnen können jetzt noch stundenlang über das diskutieren. Entschuldigung Oliver Bolliger, wenn ich das sage, aber Sie wissen, ich bin nicht ein grosser Freund von diesen langen Präsentationen von allen vier Spitalern während unseren Gesundheitskommissionssitzungen. Das machen wir auch erst seit noch nicht so lange, das ist ein demokratisches Recht, das wir haben, das können wir durchaus machen, aber entscheiden dort drin tun wir gar nichts, aber 0 macht 0, das müssen wir uns einfach bewusst sein. Und wenn wir das wollen und wenn wir das ändern wollen, dann



müssen wir politische Instrumente anwenden und die politischen Instrumente, die kommen ja, Sie haben sie auch angetönt, das eine oder andere. Man kann dafür oder dagegen sein. Aber ich muss jetzt ehrlich sagen, inklusive mich jetzt, die 20 Minuten und die Dreiviertelstunde heute Morgen, ich weiss es nicht, da hätte man auch einfach abnicken können. Aber das ist ein anderes demokratisches Verständnis, das ich habe.

Auch die LDP nimmt das einfach zur Kenntnis. Auch wir sind nicht, glaube ich, auf den Kopf gefallen und überlegen uns natürlich auch, was, wie, wo könnte man helfen und verbessern.

Und zum Abschluss einfach noch etwas. Ich bin Mitglied der Gesundheitskommission, aber ich arbeite in keinem von diesen vier Spitälern, einfach, dass das auch klar ist. Aber der Dank auch einmal auszusprechen von uns, das können wir heute und anstatt immer nur zu Klatschen für die Pflege und dies und jenes, einfach einmal zu sagen: hey Leute, Ihren Grundauftrag haben Sie eigentlich erfüllt. Wir haben immer noch das riesig grosse Privileg, gut versorgt zu werden in allen vier genannten Spitälern und da danken wir von der Raumpflege bis hinauf an den Verwaltungsrat, allen, die uns das ermöglichen und wir sind gerne dazu da, Ihnen dabei zu helfen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Es ist immer interessant, wenn man so nach ein paar Fraktionssprechenden dann drankommt und schon so die ersten Positionen gehört hat. Darum finde ich es trotzdem immer auch eine gute Gelegenheit, wenn wir die Rechnungen der Spitäler zur Kenntnis nehmen, uns noch einmal ein bisschen mit der Situation der Gesundheitseinrichtungen auseinandersetzen. Wir haben jetzt schon viel auch über die Finanzen gehört, auch eindrückliche Rechnungen, die Christian Moesch angestellt hat bezüglich dem USB Campus, und ich möchte eigentlich drei Punkte machen.

Ich möchte als allererstes auch mit einem Dank anfangen, weil die Bedingungen, unter denen im Moment unsere Gesundheitseinrichtungen arbeiten, die sind nicht einfach. Wir haben erst gerade die Pandemie mehr oder weniger hinter uns, also im 2022 war das noch ein Ausläufer. Ich würde auch sagen, bezüglich Long Covid, usw. sind wir nach wie vor mit der Pandemie beschäftigt und wenn man sich die Werte anschaut, weiss man nie genau, was in Zukunft passiert. Darum ist das sicher ein Punkt. Dann kommt die ganze Teuerung dazu, die Personalkosten, Betriebskosten, Energiekosten, alles steigt. Die Tarifverhandlungen sind total schwierig und dann haben wir einen riesigen Fachkräftemangel und trotz all dem funktioniert unser Gesundheitssystem gut. Die Rechnungen sind, finde ich, verhältnismässig gut, es sieht eigentlich gut aus. Wir haben verdankenswerter Weise wirklich ein sehr gutes Gesundheitssystem, auf das wir uns verlassen können und darum als erstes auch von der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis ein herzliches Dankeschön an unsere öffentlich-rechtlichen Spitäler.

Gleichwohl ist es ein Moment, wo man sich vielleicht auch ein bisschen kritisch noch einmal auseinandersetzen kann mit der Situation und ich möchte dort auf zwei Punkte eingehen. Ich fange mit den Finanzen an. Was uns hier auffällt und was uns wirklich besorgt, ist, dass der USB Campus-Ausbau mit einer EBITDAR-Marge von 10 Prozent gerechnet wird. Das ist, wenn man die letzten Jahre anschaut, ein Witz, weil einfach völlig unklar ist, wie das USB zu einer EBITDAR-Marge von 10 Prozent kommen soll.

Wir haben gleichzeitig die Pflegeinitiative, die umgesetzt werden muss, das wird bedeuten, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Auf diesen zweiten Punkt komme ich nachher noch. Das werden auch mehr Kosten bedeuten und darum wünschen wir uns sehr fest, dass die Berechnungen mit einer realistischen EBITDAR-Marge gemacht werden. Für uns ist unbestritten, dass es Investitionen in die Infrastruktur des USB braucht, ganz klar, also das Klinikum 2 ist klar, dass das kommen muss. Aber was das in den weiteren Schritten für die nächsten 10 Jahre an weiteren Ausbaumassnahmen bedeutet, diesen Prozess würden wir gerne engmaschig begleiten und geben das wirklich sehr gerne auch an die zuständigen Behörden zurück, dass die EBITDAR-Marge von 10 Prozent uns wirklich Kopfzerbrechen bereitet. Weil am Schluss ist wie die Frage, wer bleibt auf diesem Defizit nachher sitzen, was bedeutet das und Christian Moesch hat das ja ausgerechnet, das wäre nicht lustig.

Der andere Punkt, über den wir jetzt noch nicht geredet haben und das ist aber etwas, das für das Grün-Alternative Bündnis wirklich im Vordergrund steht, wenn wir über die öffentlich-rechtlichen Gesundheitseinrichtungen sprechen, das ist der Fachkräftemangel und das ist vor allem auch der Verlust von qualifiziertem Personal. Die Probleme sind vielfältig und sie sind nicht nur in der Pflege so, sondern die sind auch bei den Ärztinnen und Ärzten. Es gibt gehäuft Zeitungsberichte, die darauf hinweisen, dass die Arbeitsbelastung riesig ist, dass es vor allem damit zu tun hat, dass die Administration enorm zugenommen hat, also dass ganz viel von der Arbeitsleistung auf die Administration zurückzuführen ist. Falldokumentationen, die gemacht werden müssen, das ist alles Zeit, die am Bett fehlt, die an den Patient*innen fehlt und das führt gleichzeitig auch dazu, dass die Leute, die dazu ausgebildet sind, am Bett, an den Patienten zu arbeiten, eigentlich auch nicht ihrer Profession entsprechend arbeiten können. Das führt zu Frust, gleichzeitig hohe Arbeitsbelastung, schlechte Vereinbarkeit aufgrund der Schichtensätzen, viele Burnouts, was wiederum zu einer Mehrbelastung von diesen Leuten führt,



die in den Spitälern arbeiten und entsprechend einen enormen Verlust an qualifiziertem Personal, das gut ausgebildet worden ist. Heute Morgen hat das jemand schon gesagt mit diesen Temporärbüros, die immer wie mehr Zulauf haben von diesen Leuten, die nicht mehr fest angestellt sind und nachher über die Temporärfirmen wieder in die Spitäler hineinkommen. Das kostet mehr für die Spitäler, ist nicht lustig für die Leute, die fest angestellt sind und da haben wir wirklich auch ein Problem.

Kurzum, was wir fordern, ist, dass jetzt die Pflegeinitiative endlich umgesetzt wird im Kanton Basel-Stadt und da reicht es nicht, mehr Fachpersonal auszubilden. Es reicht einfach nicht, für das ist die Initiative auch nicht konzipiert worden. Die Initiative, die hat zwei Teile. Der eine Teil ist die Ausbildung von Pflegepersonal und die andere Forderung ist, dass die Arbeitszeiten verbessert werden, weil sonst gehen die Leute wieder. Und da muss ich sagen, höre ich vom GD nicht genug in die Richtung. Ich höre immer wieder, die Ausbildungsinitiative, das wird gemacht, wir bilden jetzt mehr Personal aus, aber das, was ich jetzt gerne vom GD hören würde, und wir haben auch mehrere Anzüge, die hängig sind zu diesem Thema, ist, wie werden die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitseinrichtungen im Kanton verbessert. Das ist das, was wir jetzt dringend brauchen und ich bin gespannt, was wir in den nächsten Monaten dort vom GD zu hören bekommen. Vielen Dank.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher für die GLP ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberale Fraktion möchte sich zuerst dem Dank anschliessen, der hier ausgesprochen wurde an unsere Gesundheitseinrichtungen, die grosse Arbeit, die geleistet wird, es wurde gesagt, auf allen Ebenen. Ich persönlich war mal im Verwaltungsrat eines Spitals und weiss, wie herausfordernd es ist in diesem Umfeld, das zu führen. Und wer Leute im Spitalalltag kennt, die dort arbeiten, weiss, wie schwierig es ist, im Betrieb auch die Leistungen zu erbringen, die guten Leistungen, die wir bekommen. Also auch von unserer Seite vielen Dank dazu.

Wir möchten ja als Fraktion keine grosse gesundheitspolitische Positionierung jetzt vornehmen, es wurde auch schon viel gesagt. Ich möchte aus Sicht der Grünliberalen einfach zwei Punkte bekräftigen, die uns auch wichtig sind bezüglich wie auch sonst des Felix Platter-Spitals.

Der eine Punkt, es wurde schon viel Kritik auch geübt, die Details aufgeführt, wir möchten einfach den einen Punkt bekräftigen, dass die Lehren nun gezogen werden müssen für die Investitionen, die wir in unseren Spitälern tätigen werden, die Bauinvestitionen. Es wurde vor allem gesagt, dass der USB Campus, dass wir die Lehren ziehen, dass man aus finanzpolitischer Sicht ganz genau hinschaut, ob die Refinanzierung auch wirklich gewährleistet ist. Das ist nicht nur ein gesundheitspolitisches Thema, der USB Campus, sondern auch ein finanzpolitisches. Und auch wenn die Spitäler ausgegliedert sind, natürlich Raoul Furlano, aber es sind immer noch unsere und wir müssen finanziell dafür geradestehen, deswegen ist das sehr wichtig.

Und der zweite Punkt, es wurde auch angesprochen, ich glaube von Christine Keller und auch von Patrick Fischer, ist die Subventionierung beziehungsweise Kapitalisierung. Ich glaube, andere Vorredner haben es auch gesagt. Das ist aus unserer Sicht tatsächlich eine Frage, die noch offen ist und da war ich etwas erstaunt über die Anmerkung von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass das eher abwegig oder ich weiss nicht mehr, wie Sie es genau gesagt haben, aber nicht nachvollziehbar fanden, dass man das in Frage stellt mit einem Gutachten. Weil es ist doch so, eine Kapitalisierung, vor allem eine wiederholte Kapitalisierung, für die nicht mehr ein Gegenwert vorhanden ist, für die nicht einen Mehrwert erworben wird, gilt nicht als Investition, sondern als Staatsbeitrag und Staatsbeiträge bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Und da ist schon die Frage legitim, ob eine solche besteht beziehungsweise wahrscheinlich wird schon davor gestritten, ob es jetzt ein Staatsbeitrag oder eine Investition ist. Aber offensichtlich kommt eben das Gutachten Poledna zum Schluss, dass eine gesetzliche Grundlage für Staatsbeiträge fehlt. Also die Diskussion ist aus unserer Sicht nicht abwegig, sondern die muss eben geführt werden, die muss geklärt werden. Wahrscheinlich sind verschiedene juristische Meinungen im Raum und da muss man mal zu einem Punkt kommen, was jetzt gilt und wie das aussieht und welche gesetzlichen Grundlagen wir haben und wir brauchen, um mit solchen Situationen umzugehen.

Wir hoffen natürlich und wir vertrauen auch dem Regierungsrat und vor allem dem Felix Platter-Spital, dass der Turnaround jetzt geschafft wird und das nicht mehr der Fall ist und wir hoffen natürlich auch sehr, dass das dann auch für das USB gilt. Aber die Frage ist im Raum und sollte geklärt werden. Diese zwei Punkte wollte ich aus Sicht der Grünliberalen Fraktion noch machen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Einzelsprechenden eingetragen, somit hat in der zweiten Runde Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich zuerst bedanken für die Wertschätzung, die geäussert wurde, für die Leistung unsere Spitäler, für die Mitarbeitenden insbesondere, ich bringe das immer auch gerne zum Ausdruck, und bin froh,



es hier auch gehört zu haben. Ich nehme entgegen, dass es wenige Voten gab zur Zahnmedizin und zur Psychiatrie. Dort sind ja die finanziellen Zahlen auch nicht besorgniserregend, insofern ist das auch verständlich. Die Alterszahnmedizin ist in der Tat ein Thema, das es verdient, vertieft angegangen zu werden und ich nehme sehr gerne mit, dass das hier auch positiv vermerkt wurde. Es ist nachvollziehbar, dass vor allem jetzt die Sorge geäussert wurde anlässlich dieser Wertberichtigung beim Felix Platter-Spital und dann auch hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungen der Spitäler insgesamt und des Universitätsspitals dann insbesondere und deshalb möchte ich dazu gerne ein paar ergänzende Ausführungen machen. Es tut mir auch leid, dass das vielleicht so ein bisschen gesprengt war vor der Mittagspause und das eine oder andere vielleicht nicht so hätte schnell gesagt werden sollen.

Ich möchte gerne anfangen bei diesem Vorwurf, der mehrfach genannt wurde, beim Felix Platter handle es sich um eine Fehlplanung. Das ist leicht gesagt und irgendwo auch nicht gut widerlegbar, wenn man sieht, dass man eine derartige Wertberichtigung hat vornehmen müssen. Die Frage ist einfach, wäre das wirklich verhinderbar gewesen und wie hätte man es denn anders machen können. Die Kapazität, die Leistungsfähigkeit, die Behandlungskapazität des Spitals wird ja ausdrücklich bestätigt. Es wäre etwas anderes jetzt, wenn dieses grosse Gebäude zur Hälfte leer stehen würde, das tut es nicht. Wir können und müssen konstatieren, dass ohne das so dimensionierte Felix Platter-Spital wir in Covid-19 einen Kollaps der Spitäler in der ganzen Region gesehen hätten, ich bitte das nicht zu vergessen. Das Felix Platter-Spital war namentlich auch in dieser Pandemie von sehr grosser Bedeutung, weil es insbesondere das noch stärker belastete Unispital auch hat entlasten können von Patientinnen und Patienten, die nicht eine intensivmedizinische Behandlung benötigten oder wünschten. Das scheint mir wichtig.

Man kann jetzt nicht sagen, man hätte das kleiner bauen sollen, dann hätten wir ein zu wenig leistungsfähiges Spital. Jetzt kann man natürlich immer sagen, Ihr hättet das Spital einfach günstiger bauen sollen. Es muss genau das können, was es heute kann, aber bitte um 100 Millionen günstiger und das möchte ich dann jetzt noch sehen, wie man das dann gemacht hätte. Ehrlicherweise scheint mir diese Gleichung nicht einfach lösbar, vor allem auch nicht, weil wir städtebauliche Anforderungen auch haben und architektonische Anforderungen und ökologische Anforderungen und energetische Anforderungen bei einem Bau dieser Grösse. Es gab einen Wettbewerb, es gab eine Fachjury. Dort sind sehr wohl die betrieblichen Aspekte zur Sprache gekommen und man hat die auch gewichtet. Man hat das Projekt gewählt, von dem man dachte, es böte die höchste betriebliche Effizienz. Und man sieht jetzt, ja, dass tatsächlich, wahrscheinlich, muss man aus heutiger Sicht sagen, viel Material verbaut wurde, ein grosses Gebäude erstellt wurde mit einer namentlich grossen Eingangshalle mit hoher Raumhöhe. Das nehme ich mit und entgegen, in der Dimensionierung architektonisch hat man hier wahrscheinlich zu viel Geld ausgegeben. Ich wage aber die Aussage, dass das jetzt nicht den ganzen Umfang dieser Wertberichtigung hätte kompensieren können, wenn man das bescheidener dimensioniert hätte. Insofern muss ich sagen, ist das möglicherweise der Preis der Versorgungssicherheit, den wir jetzt haben zahlen müssen und den wir mit Blick auf zukünftige Investitionsprojekte selbstverständlich vermeiden müssen oder wir müssen das Risiko reduzieren, dass sich so etwas wiederholt, da bin ich absolut mit Ihnen einverstanden.

Jetzt ist die Überlegung ja auch angeklungen, wie ist es denn dazugekommen oder warum nicht früher oder was ist da die Rolle der Revisionsstelle und was wäre ohne Revisionsstelle. Ich glaube, man sollte das nicht allzu formalisiert sehen. Die Finanzabteilung eines Spitals muss periodisch Kontakt halten mit ihrer Revisionsstelle und das ist ein Dialog, in dem diese Fragen, muss eine Wertberichtigung geprüft werden oder nicht, sich immer stellen. Das ist nicht etwas super seltsames und seltenes, sondern die Frage steht oft im Raum, braucht es eine Wertberichtigung oder nicht, sind die Anlagewerte in der Bilanz werthaltig oder nicht. Und wenn es dann Anzeichen gibt, dass das nicht mehr so ist, dann werden die diskutiert. Und jetzt war es eben so, dass man zum Schluss gekommen ist, dass es nur eine testierte und Rechnungslegungsstandard-konforme Rechnung geben kann, wenn man die Korrektur vornimmt. Ich würde das jetzt aber eher als Beispiel einer funktionierenden Governance sehen und nicht sagen, dass das zu spät oder zu früh oder falsch gekommen sei. Es ist im Resultat unerfreulich, aber die Prozesse dahinter, das ist mir wichtig, sind korrekt.

Dann zur aktuellen Situation und möglichen Optionen. Wir haben jetzt ein sehr schwach kapitalisiertes Spital beim Felix Platter, das ist so. Wir sehen aber, dass die Liquidität gegeben ist, das Spital seine Leistungen in hoher Qualität und höchster Zuverlässigkeit erbringen kann und insbesondere auch sämtliche Forderungen bedienen kann. Insofern sehen wir Stand heute keine Notwendigkeit, eine Neukapitalisierung vorzunehmen. Und ja, ich halte eine mögliche Neukapitalisierung, ist ja denkbar, dass das einmal nötig wird, gesetzlich, juristisch für absolut unproblematisch. Selbstverständlich dürfen wir das. Es braucht dann den Beschluss des Parlaments und untersteht dem Referendum, aber dazu stehe ich, selbstverständlich darf der Kanton seine Spitäler kapitalisieren, ich sage jetzt mal salopp, wie er will. Es steht im Gesetz, die Spitäler verfügen über eine angemessene Eigenkapitaldeckung, irgend so eine Formulierung steht im ÖSpG und wie das auszulegen ist und wie viel Geld man zum Eigenkapital den Spitälern gibt, das ist ein parlamentarischer, demokratischer Entscheid und ich würde hier nicht irgendwelche Gutachten ernstnehmen, die das in Frage stellen und wenn ich das richtig gelesen habe, tun Sie es auch nicht.

Was der Kanton ebenfalls darf, ist die Gewährung von Darlehen. Das darf der Kanton und die andere Frage wäre dann, ist es rechtmässig oder legitim, wenn man betriebliche Subventionen gewährt. Das würde ich sehr wohl kritisch sehen. Die Behandlung muss über das Tarifsysteem abgegolten werden und man kann andere Leistungen, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die kann man politisch bestellen und abgelden. Aber eine Kofinanzierung jetzt neben dem Tarifwesen, das wäre



fragwürdig und das steht auch nicht im Raum. Das möchte ich insofern vielleicht präzisieren, was ich vorher zu diesem Thema gesagt habe. Und ich möchte auch wiederholen, ich glaube, ich habe das vor der Mittagspause gesagt, man kann jetzt nicht ausschliessen, dass in ein paar Jahren das Felix Platter-Spital einen Eigenkapitalzuschuss braucht und dann auch bekommen dürfte vom Kanton, wenn wir, Sie das so entscheiden.

Jetzt mit Blick auf das Unispital möchte ich nicht zu viel vorwegnehmen. Ich erwarte, dass wir eine Diskussion natürlich führen werden anhand des Bebauungsplans und ich nehme auch entgegen, dass beim Bebauungsplan es nicht um einen parlamentarischen Freipass gehen kann, sondern dass wir die Finanzierung der Projektvorhaben sehr wohl sorgfältig prüfen müssen und das kann ich Ihnen auch zusagen.

Sie haben verschiedentlich dann auch die Frage der stärkeren parlamentarischen Mitwirkung angesprochen. Das ist Gegenstand von Motionen. Ich glaube, da muss ich jetzt auch nicht viel Redezeit darauf verwenden. Sie werden vielleicht gesehen haben, dass wir diese Motionen für eine erste Auseinandersetzung entgegennehmen und Ihnen dazu dann berichten. Das würde natürlich das Gewicht der Kompetenzen und damit auch der Verantwortung verschieben, das ist so, aber als Gesetzgeber selbstverständlich hat der Grosse Rat das Recht, diesen Weg dann auch zu beschreiten. Darüber können wir dann aber mit mehr Zeit spezifisch dann später in der Sitzung noch reden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, auch zum zweiten Mal.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, ich habe einiges aufgeschrieben. Die Finanzkommission will sich nicht politisch äussern, wie es in der Gesundheitspolitik des Kantons weitergeht, das ist auch nicht die Aufgabe unserer Kommission. Wir haben, wie ich es in meinem Eingangsvotum gesagt habe, die Rechtmässigkeit des Impairments angeschaut und wir haben uns damit auseinandergesetzt, wie dieses Betriebsdefizit künftig allenfalls auch Folgen haben kann für den Fortbestand des UAAP, aber eben auch, was man für Lessons Learned aus diesem Projekt ziehen kann für weitere Projekte, Bauvorhaben, die es ja in absehbarer Zeit, Sie haben diese auch alle erwähnt in ihren Voten, geben wird. Und ich spüre hier in der Debatte, dass alle darauf Wert legen, dass man das dann genau anschaut. Das war auch ein bisschen das Ziel dieses Berichts der Finanzkommission, dieses Mitberichts, dass wir auch ein Bewusstsein schaffen, sofern es nicht schon vorhanden war, dass man darauf schauen muss, weil es eben dann in der Folge Konsequenzen haben kann, wenn man zu Beginn von falschen Annahmen ausgeht.

Ich möchte hier auch ein bisschen Kollege Raoul Furlano widersprechen, wenn es darum geht zu entscheiden, was jetzt das Parlament über einen ausgelagerten Spitalbetrieb noch entscheiden oder noch zu diskutieren hat. Sie haben es selber gesagt, es ist ein öffentlich-rechtliches Spital und es gibt ein Spitalgesetz dazu. Es ist selbstverständlich die Aufgabe des Parlamentes, und so hat es auch die Finanzkommission gesehen, zu überprüfen, ob das ÖSpG eingehalten wird, auch wenn es ein eigenständiger Betrieb ist. Es ist ein Betrieb des Kantons, er ist in Besitz unseres Kantons, es gibt eine gesetzliche Grundlage dazu und da ist es aus unserer Sicht auch richtig, dass das Parlament seine Aufgabe und seine Funktion wahrnimmt. Das, glaube ich, wird auch von Raoul Furlano am Schluss ja nicht bestritten, aber mir ist es doch wichtig, dass man das noch einmal festhält. Es ist kein Privatspital und es hat eben einen Einfluss auf unseren Kanton. Deshalb haben wir beispielsweise auch die Staatsrechnung von Regierungsrätin Tanja Soland um fast Fr. 100'000'000 im Ergebnis verschlechtert, weil es eben doch einen Einfluss auch auf unseren Kanton hat und deshalb ist diese Diskussion hier auch sehr wichtig.

Und da möchte ich vielleicht schon noch einmal auf diese Kritik jetzt auch von Regierungsrat Lukas Engelberger betreffend der Aussage, es handle sich um eine Fehlplanung, zurückkommen. Da muss ich jetzt auf diese Gutachten Elsener & Partner verweisen, die diese Frage der Nutzung des Gebäudes auch im Auftrag, meine ich, des GD und des Spitals überprüft hat. Und das Gutachten kommt sehr deutlich zum Schluss, dass der Anteil Büro und Arbeit an diesem Neubau 11 Prozent zu hoch ist und es bei einem Neubau gemäss Quervergleich eigentlich nur bei 5 Prozent liegen soll. Also dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch und es wird dann auch festgehalten, dass der Anteil Verkehrsfläche an diesem Neubau mit 32 Prozent im Quervergleich zu hoch ist.

Die Kernaussage ist, der ursprüngliche geplante Ertrag lässt sich auf den Flächen des Neubaus trotz hoher Auslastung nicht erwirtschaften. Der Neubau passt nicht zum Leistungsauftrag UAAP. Das ist aus dem Gutachten von Elsener & Partner, welches in Auftrag gegeben wurde. Und das zeigt doch sehr deutlich, dass man damals von falschen Annahmen ausgegangen ist bei der Berechnung und wir eben in diesem Spital zu viele «tote» Flächen haben und das ist ein Problem auch für dieses Spital. Nun gibt es Lösungen dazu, auch in diesem Gutachten von Elsener & Partnern, und Schlussfolgerungen und wir sind überzeugt, dass das Felix Platter-Spital die entsprechenden Schlüsse auch ziehen wird. Aber man muss schon sagen, es war wahrscheinlich schon im 2014, als man zu planen begann, man ging von etwas anderem aus und das würden wir als Finanzkommission durchaus als Fehlplanung bezeichnen.



Regierungsrat Lukas Engelberg hat auch gesagt, das Spital ist schwach kapitalisiert. Wir schliessen uns dem an und daraus ergibt sich dann eben auch diese Sorge über dieses Dotationskapital, über die Kapitalisierung des Spitals für die Zukunft. Hier sind wir dann gespannt, wie es weitergeht und da möchten wir schon auch noch einmal darauf hinweisen, dass eben diese schwierige Kapitalisierungssituation des Spitals durchaus auch für unseren Kanton Folgen haben kann und das gilt es bei allen weiteren Entscheidungen in Bezug auf das UAAP, aber auch in Bezug auf die Gesundheitspolitik des Kantons zu berücksichtigen. Ich danke Ihnen noch einmal für die wohlwollende Annahme unseres Mitberichts.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke dem Grossen Rat für die engagierte Debatte. Aus meiner Sicht ist die Intensität und Dauer dieser Debatte der allgemeinen bzw. der spezifischen Situation geschuldet und von dem her sehr gut nachvollziehbar. Die Herausforderungen der Spitäler sind enorm, sie sind systembedingt und sie sind sehr vielseitig. Ich denke, wir alle sehen, dass das so ist und wir akzeptieren auch, dass es so ist. Wir haben vielleicht unterschiedliche Lösungen, die man politisch jetzt in die Debatte hineinwerfen kann beziehungsweise ist ja auch schon lanciert worden durch die Motion, aber es ist klar, die Tarife, die die Spitäler bekommen durch das System, decken nicht die Ausgaben, decken nicht die Behandlungen und deswegen haben wir auch ein grundsätzliches Problem.

Deswegen ist auch für die Gesundheits- und Sozialkommission eine nachhaltige und finanzierbare Gesundheitsversorgung zentral und ich bin überzeugt, dass wir auch in den kommenden Jahren mit der Situation der Spitäler und den Finanzen der Spitäler uns auseinandersetzen müssen, ob wir jetzt Lust darauf haben oder nicht. Das ist einfach eine Realität und ich wäre sehr zufrieden, wenn wir in der Zukunft über die Rechnungen der Spitäler auch wieder weniger Zeit in Anspruch nehmen könnten, so wie das vielleicht auch früher hier der Fall war. Besten Dank für die Aufmerksamkeit und für die Kenntnisnahme des Berichts.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I USB (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss I

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001190, 13.09.23 15:50:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2022 des Universitätsspitals Basel (USB) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss I zugestimmt mit 93 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.



10.1. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

[13.09.23 15:51:08, 23.0542.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II UZB (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss II

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001193, 13.09.23 15:51:48]

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2022 des Universitären Zentrums für Zahnmedizin wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss II zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

10.2. Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

[13.09.23 15:52:11, 23.0594.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses III UPK (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001196, 13.09.23 15:52:40]



Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2022 der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss III zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

10.3. Universitäre Altersmedizin FELIX PLATTER (UAFP), Felix Platter Spital; Genehmigung der Jahresrechnung 2022

[13.09.23 15:52:51, 23.0620.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses IV UAFP (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss IV.

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001199, 13.09.23 15:53:30]

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2022 der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP), Felix Platter-Spital wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss IV zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen.

16.1. Interpellation Nr. 90 Daniel Seiler betreffend Drucksachen und Jahresberichte

[13.09.23 15:53:43, 23.5356.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.



16.2. Interpellation Nr. 91 Oliver Bolliger betreffend Förderung der Betreuung im Alter im Kanton Basel-Stadt

[13.09.23 15:54:03, 23.5357.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

16.3. Interpellation Nr. 92 Eric Weber betreffend Hacker in den Social Media

[13.09.23 15:54:15, 23.5358.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Ja, er möchte.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie alle werden sich bestimmt schon lange gefragt haben, warum gibt es kein TikTok mehr mit Eric Weber. Der Grund ist diese Interpellation. Ich bin in 40 Jahren Grossrat noch nie so oft von anderen Grossräten angesprochen worden wegen diesem Thema. Ganz viele Grossräte haben mich angesprochen von den Grünen, von der SP, von der SVP, von den Grünliberalen, die haben mich alle angesprochen jetzt im Mai und im Juni und wollten wissen, Eric, was ist passiert, warum ist TikTok mit dir weg. Ich bin so oft angesprochen worden wie noch nie und es ist dann einfach langsam ermüdend, wenn man so lange erklären muss, warum man nicht mehr auf TikTok ist. Darum habe ich diese Interpellation gemacht. Es ist wirklich ein ganz wichtiges Thema, weil es viele Grossräte sehr beschäftigt hat und 20 Grossräte, was viel ist, haben mich persönlich angesprochen. Ich habe diese Grossräte nicht angesprochen, aber ich habe immer freundlich geantwortet.

Anfang Mai wurde mein TikTok-Konto gehackt. Ich weiss, wer es war und über 50 Millionen Klicks wurden einfach gelöscht. Das ganze Konto ist gelöscht. Es war vor der parlamentarischen Sommerpause, dann ging ich in die langen Sommerferien und ich merkte, ich brauche kein TikTok mehr. Es gibt viel bessere Sachen. Und so bin ich froh, dass ich nun diese Interpellation einlege und ich möchte einfach von der Regierung wissen, wie da bei der Staatsanwaltschaft ermittelt wird, wie viele Leute für Social Media zur Verfügung stehen und ich habe mir dann einfach zu meiner Begründung aufgeschrieben: ich will, dass der Täter zur Rechenschaft gezogen wird, aber ich vermute, die Polizei wird nicht viel machen, aber darum kann ich die Interpellation machen.

Das TikTok hat sehr viel Trubel ausgelöst. Überall werde ich angesprochen, aber ich brauche das nicht mehr, ich möchte es auch nicht. Bei der Staatsanwaltschaft heisst es dann, darum diese Interpellation, wir haben keine Leute, aber ich will in dieser Interpellation wissen, wie viele Leute sich bei der Basler Staatsanwaltschaft mit Social Media beschäftigen und ich habe die Interpellation gemacht, um auch innerlich als Mensch mit dieser Sache TikTok abzuschliessen. Sicherlich ist es für mich zuerst ein grosser Schock gewesen und dann ist das, wie wenn man Drogen nimmt oder Drogen konsumiert, dass man dann Entzug hat. Aber dann sind ja die Sommerferien gewesen und dann habe ich gemerkt, nein, es handelt sich hier 80 Prozent um Kinder, das brauche ich nicht, 20 Prozent sind erwachsene Leute wie wir.

Vielleicht jetzt noch, weil mich über 20 Grossräte angesprochen haben, Eric was ist passiert, warum sind Sie nicht mehr auf Tiktok, wie ist mein Tiktok gelöscht worden? Darum auch die Anfrage an die Regierung. Der Täter, der mir namentlich bekannt ist, hat ganz oft gemeldet von verschiedenen Fake-Accounts, ich sei minderjährig. Aber ich bin ja über 18 Jahre, ich bin nicht minderjährig, aber irgendwie hat dann Tiktok gesagt, ich sei minderjährig. Dann musste ich meine Dokumente, meinen Ausweis einscannen, den habe ich auch eingescannt, an TikTok geschickt, dass ich kein Kind unter 18 Jahre bin. Dann hat TikTok mir geschrieben, Ihre Dokumente können nicht anerkannt werden.

Ich bin jetzt einfach gespannt, was die Regierung mir auf die Frage antwortet, wie viele Leute sich mit Social Media beschäftigen und darum habe ich dann die Anzeige gemacht wegen versuchter Erpressung, Drohung, Nötigung unbefugtes Eindringen in eine Datenverarbeitungsanlage und habe dann einfach gesagt, dass am 8. Mai 2023 mein TikTok-Account vom Beanzeigten gehackt worden ist. Seither hat der Anzeigsteller keinen Zugang mehr zum Account.



16.4. Interpellation Nr. 93 Brigitte Gysin betreffend Zensurvorwurf gegenüber Fachausschuss Literatur BS/BL

[13.09.23 15:59:43, 23.5359.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

16.5. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend kompletter Rückbau der oberirdischen Osttangente – massiver Mehrverkehr in den Quartieren?

[13.09.23 15:59:59, 23.5360.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung beantwortet die Interpellation wie folgt: Wie bereits in der Antwort der Regierung vom Juni zur schriftlichen Anfrage Mathys dargelegt, soll der Rheintunnel eine Verkehrsverlagerung in den Untergrund ermöglichen. So kann die Lärmbelastung für die Anwohnenden der Osttangente stark reduziert werden, insbesondere durch die Verlagerung des Schwerverkehrs. Die so gewonnene Kapazität auf der Osttangente kann genutzt werden, um den heute auf die Stadtstrassen verdrängten Verkehr wieder aufzunehmen und so die Quartiere zu entlasten. Die freiwerdenden Verkehrsflächen können für Velostrassen und Fussgängerwege sowie für Frei- und Grünflächen genutzt werden. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass es die Brücke weiterhin braucht. Jedoch ist ein teilweiser Rückbau respektive eine teilweise Umnutzung durchaus denkbar und wird vertieft abgeklärt. Dies geschieht aktuell unter der Federführung des Bundesamts für Strassen. Die Resultate sollen in den nächsten Monaten vorliegen.

Deshalb kann der Regierungsrat die erste Frage mit Ja beantworten und zu den entsprechenden Anschlussfragen sagen, dass es sich seiner Kenntnis entzieht, weshalb er im Nationalrat falsch zitiert worden ist. Der Regierungsrat nimmt das Thema im Rahmen des Sessions-Gesprächs auf.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian C. Moesch (FDP): Ja, das ist offensichtlich schon ein bisschen so, dass natürlich die Interpellation auf diverse, sagen wir einmal, verfälschte Aussagen von Parlamentariern zurückzuführen ist, die wie in einem gewissen Widerspruch gestanden sind zu dem, was von Seiten des ASTRA bekannt ist. Wenn jetzt diese unterirdische Autobahn irgendwann kommt, dass man dann nicht einfach sagen kann, man baut oben zurück. Sie haben jetzt mir quasi bestätigt, dass das auch nicht der Fall sein soll, gegebenenfalls würde man reduzieren. Wie das dann aussehen wird, da sind wir sehr gespannt darauf, wenn Sie dann mit einem entsprechenden Vorschlag kommen.

So weit bin ich befriedigt mit der Antwort und danke herzlich dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.6. Interpellation Nr. 95 Christine Keller betreffend Zukunft der gemeinsamen Gesundheitsregion BS/BL (GGR)

[13.09.23 16:03:00, 23.5361.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie möchte es und hat das Wort.

Christine Keller (SP): Ich möchte hier Ihre Geduld nicht übermässig strapazieren, eigentlich auch nicht begründen, sondern zufolge des Zeitablaufs der Sommerpause einfach nochmal vielleicht den Anlass dieser Interpellation in Erinnerung rufen. Es ging damals darum, dass der Landrat gegen den Widerstand des zuständigen Regierungsrates des Departementes eine Motion von Sven Inäbnit überwiesen hatte. Er verlangt zunächst eine Überprüfung des Staatsvertrages, um den es hier geht, über die gemeinsame Gesundheitsregion, aber er stellt als letzte Konsequenz auch eine Beendigung desselben in Aussicht. Der SP liegt ja ausserordentlich viel daran, dass hier auch regional geplant wird und keine Überkapazitäten geschaffen werden und das hat uns dann aufgeschreckt. Durch diesen Entscheid des Landrates haben wir die vorliegende Interpellation eingereicht. Das ist vielleicht jetzt nicht mehr gerade allen so präsent.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Frage 1. Grundsätzlich schätzt der Regierungsrat das gesundheitspolitische Umfeld in der gemeinsamen Gesundheitsregion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft als gut und konstruktiv ein.

Frage 2. Die zuständigen Departemente arbeiten in der gemeinsamen Versorgungsplanung eng zusammen und kommunizieren laufend darüber. Aktuelle Beispiele sind die Planungsarbeiten zur Rehabilitation, die gemeinsame Zulassungssteuerung im ambulanten Bereich und die gemeinsame Umsetzung des Pflegeartikels.

Frage 3. Aus Sicht des Regierungsrates funktioniert die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den zuständigen Fachdepartementen, das ist das GDM in Basel-Stadt und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion im Kanton Basel-Landschaft, gut und konstruktiv. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die gemeinsame Versorgungsplanung und Koordination und die Eignerstrategien unterschiedlichen Zwecken dienen und unterschiedliche Sichtweisen dort auch eingenommen werden. Im Rahmen der gemeinsamen Bedarfsplanung und Koordination der stationären Gesundheitsversorgung werden aus Versorgungssicht mit den gleichlautenden Spitalisten die medizinischen Leistungsbereiche definiert, in denen die verschiedenen Spitäler und Kliniken tätig sein dürfen und auch tätig sein müssen. Damit ist dann ihr Leistungsauftrag definiert. Im Unterschied dazu werden mit den Eignerstrategien für die öffentlichen Spitäler die individuellen Rahmenbedingungen und die Vorgaben aus der jeweiligen Eigentümersicht, also des jeweiligen Kantons, das ist nicht eine gemeinsame Planung, weil wir kein gemeinsames Spital haben ausser UKBB, also werden die Vorgaben aus Eigentümersicht festgelegt, welche diese basierend auf den Leistungsaufträgen der Spitalliste zu verfolgen beziehungsweise zu erfüllen haben. Dazu gehören unternehmerische und finanzielle Ziel- und Entwicklungsvorgaben, Widersprüche zwischen der gemeinsamen Versorgungsplanung und den Eignerstrategien der öffentlichen Spitäler des Kantons sieht der Regierungsrat nicht.

Frage 4. Die Mitglieder der Verwaltungsräte der öffentlichen Spitäler sind dem Interesse des Unternehmens verpflichtet, dafür sind sie auch gewählt. Dies ist in den Public Corporate Governance-Richtlinien des Kantons Basel-Stadt verankert und orientiert sich am Obligationenrecht, gemäss dem alle Mitglieder eines obersten Leitungs- und Verwaltungsorgans verpflichtet sind, die Interessen der Gesellschaft in den Vordergrund zu stellen, da ansonsten Verantwortlichkeitsklagen die Folge sein können. Die Eignerstrategien der öffentlichen Spitäler des Kantons halten aber auch explizit fest, dass die jeweilige Eignerstrategie als Mandat des entsprechenden Verwaltungsrats gilt und er verpflichtet ist, seine Tätigkeit im Einklang mit der Eignerstrategie auszuüben. Der Regierungsrat erkennt in der Praxis keine relevanten Widersprüche zwischen Kantons- und Spitalinteressen.

Frage 5. Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Konsultationen zum Projekt Campus Gesundheit vergewissert, dass die langfristige Investitionsplanung des USB mit den Vorgaben und absehbaren Entwicklungen aus der gemeinsamen Versorgungs- und Spitalplanung im Einklang steht.

Frage 6. Der Staatsvertrag betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung wird aktiv von beiden Kantonen gemeinsam umgesetzt. Zu erwähnen sind beispielsweise die gleichlautenden Spitalisten im Bereich der Akutmedizin, welche per 1. Juli 2021 erlassen wurden. Die gleichlautenden Spitalisten in den Bereichen Psychiatrie und Rehabilitation sollen nun per 1. Januar 2024 beziehungsweise 2025 neu geplant werden. Den gleichlautenden Spitalisten liegt eine gemeinsame Versorgungsplanung zugrunde. Auch wird die Zulassungssteuerung im ambulanten Bereich gemeinsam angegangen. Angesichts der Beispiele, die genannt wurden, ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Umsetzung des Staatsvertrags gut voranschreitet und damit auch dem demokratisch geäusserten Willen der Stimmbevölkerung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu einer gemeinsamen Gesundheitsregion Basel nahegelebt wird.



Die Fragen 7 sind aufgeteilt. Zuerst zu a). Die medizinische Versorgungssicherheit der basel-städtischen Bevölkerung wäre auch nach einer allfälligen Auflösung des Staatsvertrags gewährleistet.

b). Der Regierungsrat geht davon aus, dass eine allfällige Auflösung des Staatsvertrags (die steht jetzt nicht im Raum) keine unmittelbaren Folgen für die universitäre Medizin hätte. Mittelfristig könnte die universitäre Medizin aber sehr wohl unter Druck geraten. Schon heute ist eine Konzentration von spezialisierten und hochspezialisierten Leistungen notwendig, um deren Qualität und Effizienz sicherzustellen und im nationalen Wettbewerb bestehen zu können.

c). Auch hier geht der Regierungsrat davon aus, dass eine allfällige Auflösung des Staatsvertrages keine unmittelbaren Folgen hätte, mittelfristig aber mit höheren Kosten beziehungsweise mit einer höheren Prämienlast zu rechnen wäre. Dies könnte zu einer Ausweitung der Leistungsaufträge führen, die mit Effizienz und Qualitätsverlusten sowie Zusatzkosten verbunden wäre.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Ich danke für die Antwort und gehe vielleicht die Antworten der Reihe nach durch. Es freut mich natürlich, dass die Regierung zuversichtlich ist, dass da nichts so heiss gegessen wie gekocht wird und dass er die Zusammenarbeit als gut und konstruktiv empfindet. Gut zu hören, der Unterschied zwischen der Versorgungsplanung und der Eignerstrategie und der darin enthaltenen Eigentümersicht ist uns natürlich klar. Warum sind wir in diesem Zusammenhang überhaupt darauf gekommen, die Eignerstrategie genau anzusehen? Das hängt mit der Interpellation Oliver Bollinger zusammen, wo ja bereits einmal Sinn und Nutzen dieses Staatsvertrages in Frage gestellt wurde im Zusammenhang mit der Dialysestation, die sehr zum Ärger von Baselland ja vom USB eröffnet wurde. Damals haben Sie, Regierungsrat Lukas Engelberger gesagt, bei einer Investition von über 10 Prozent des Eigenkapitals sei da nur eine Konsultationspflicht gegenüber der Eignervertretung vorgesehen, weshalb keine Pflicht zur Absprache bestehe. Also eben doch ein Zusammenhang zwischen dem, was in der Eignerstrategie steht aus unserer Sicht offensichtlich und dem, ob jetzt eine Absprache stattfindet oder nicht. Deshalb stellen wir ja diese Grenze in Frage und sagen, wir möchten, dass in den Eignerstrategien einerseits eine höhere, wäre unsere Vorstellung, eine tiefere Grenze eingesetzt wird, so dass so ein Projekt, man kann es vielleicht nicht immer nur finanziell definieren, aber dass so ein Projekt wie diese Dialysestation, eben sehr wohl zunächst mit dem Eigner und dann darüber hinaus eben auch mit dem Partnerkanton abgesprochen werden müsste.

Dann sind wir in der Eignerstrategie auf die doch etwas wunderliche Formulierung gestossen. Ganz am Anfang dieser Eignerstrategie heisst es: «dass im Falle von Interessenkonflikten zwischen der Eignerstrategie und dem Unternehmensinteresse letzteres dem Erstgenannten vorgehe». Das wird nicht im Zusammenhang mit Haftungsbestimmungen des Verwaltungsrates gesagt, wofür ich Verständnis hätte als ehemalige Verwaltungsrätin eines anderen Unternehmens. Ich glaube gerne, dass das in der Praxis nicht so gelebt wird, aber Sie müssen mir doch recht geben, dass wenn man das so liest am Anfang einer Eignerstrategie man doch ein wenig den Eindruck hat, dass diese sich von Beginn an ein wenig aushebeln will. Ich höre, in der Praxis gäbe es keine relevanten Widersprüche zwischen Kantons- und Spitalinteressen. Nun ja, ob das wirklich immer so sein muss, das möchte ich dann doch in Frage stellen. Aber wie hat Christian Mösch so schön gesagt, die Hoffnung stirbt ja zuletzt.

Dann das Projekt Campus Gesundheit. Da höre ich jetzt, dass man sich im Rahmen der Konsultationen vergewissert habe, dass die langfristige Investitionsplanung des USB mit den Vorgaben und absehbaren Entwicklungen im Einklang stehe. Ja, also im Ratschlag sehen wir dazu herzlich wenig. Gut, wenn wir es so ansehen, wie es heute gesagt wurde, wie ich selbst es zitiert habe aus dem Bericht zur Jahresrechnung, dass dieser Bebauungsplan eben wirklich kein Freipass für die zukünftige Entwicklung ist. Dann war es vielleicht nicht so notwendig, aber viele Menschen hätten erwartet, die diesem Staatsvertrag zugestimmt haben, dass Darlegungen, warum diese Ausbauschritte dann nötig sind auch im Zusammenhang mit der regionalen Planung, warum das eben notwendig ist, hätten wir gerne auch im Ratschlag gelesen.

Dann kann ich noch sagen, ja, ich bin natürlich auch erfreut darüber, dass selbst, wenn es denn zu einer Kündigung dieses Staatsvertrages käme, was ich ja auch nicht hoffen will, aber immerhin ist es ein nicht ganz unbedeutender Politiker unseres Nachbarkantons, der das jetzt aufgeworfen hat, dass selbst dann die Welt nicht ganz unter ginge. Aber immerhin, es wird ja auch eingeräumt in der Antwort auf unsere Frage 7, dass eben die universitäre Medizin schon unter Druck geraten würde und dass auch mit Prämienerrhöhungen zu rechnen wäre im Zusammenhang.

Ich erkläre mich als teilweise befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



16.7. Interpellation Nr. 96 Harald Friedl betreffend Verkehrssicherheit des Kreisels Freiburgerstrasse/Neuhausstrasse nach der Sanierung

[13.09.23 16:16:28, 23.5362.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Nun hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt: Dem Regierungsrat ist die Sicherheit der Velofahrenden ein grosses Anliegen. Deshalb wird mit der Umgestaltung der Freiburgerstrasse zwischen der Hochbergerstrasse und dem neuen Kreisel in beide Richtungen ein Veloweg erstellt. Somit teilen sich Velo- und Autoverkehr erst im Kreisel, wo das Tempo reduziert ist, eine Spur. In die andere Richtung aus Deutschland kommend gilt ab Zollamtsplatz bis zum Kreisel sogar nur Tempo 20. Generell sollen Velofahrende bereits in Zufahrten zu Kreiseln und auch im Kreisel selbst in der Mitte der Fahrspur fahren. So sind sie gut sichtbar für die anderen Verkehrsteilnehmenden, was die Sicherheit erhöht. Vielleicht kann man die Grafik kurz zeigen, die Grafik ist etwas unübersichtlich, aber wichtig ist, dass man unten sieht, dass der Veloweg eben neu separat geführt wird und ich bin wirklich überzeugt, insgesamt wird der neue Kreisel mit dieser separaten Veloführung abseits auf der Freiburgerstrasse für die Verkehrssicherheit für Velofahrende stark verbessert.

Fragen 2 und 3 bezüglich Temporeduktion. Auf dem Abschnitt Neuhausstrasse bis zum Kreisel kann das Tempo nicht wie gewünscht auf Tempo 30 gesenkt werden, weil es eine verkehrsorientierte Strasse ist. Dort darf gemäss der eidgenössischen Signalisationsverordnung Tempo 30 nur unter sehr restriktiven Voraussetzungen eingeführt werden, die hier nicht zutreffen. Velofahrende können diesen Abschnitt jedoch neu umfahren, indem sie über die Verbindung über den Zoll, den Kreisel via Freiburgerstrasse erreichen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Harald Friedl (GAB): Ich nehme es vorweg, ich bin nur teilweise zufrieden mit der Beantwortung. Die Umgestaltung an der Freiburger-/ Neuhausstrasse, Sie haben es vielleicht jetzt auf dem Plan gesehen, da ist ein grosser Bestandteil dieser Neugestaltung oder Umgestaltung dieser Kreisel, es sind aber noch ganz viele andere Massnahmen damit verbunden. Es gibt neue Werkleitungen, es gibt einen besseren Zugang für Personen mit Behinderungen zum ÖV, es gibt auch Verbesserungen im Bereich für Velofahrende und Fussgänger*innen, das hat jetzt Regierungsrätin Esther Keller bereits ausgeführt.

Was ich mit meiner Interpellation wissen wollte, das ist eben das Kernstück dieser Umgestaltung, dieser Kreisel, den wir eben gesehen haben. Ein kleines Detail vielleicht, aber bei näherer Betrachtung ist es eben mehr als ein kleines Detail in meinen Augen, wurde nicht oder zu wenig berücksichtigt oder es ist vielleicht auch nicht möglich, aber vielleicht kann man da nochmals nachhaken. Und zwar bei diesem Kreisel, Sie haben es gesehen, da gibt es einen separaten Velostreifen. Die Velofahrenden kommen da in den Kreisel rein und teilen dann den Kreisel oder sind dann zusammen mit dem motorisierten Individualverkehr in diesem Kreisel drin. Esther Keller hat es jetzt gesagt, in diesem Kreisel ist dann reduzierte Geschwindigkeit vorgegeben. Was wir oder was ich jetzt da bemängeln, das ist der Fakt, dass die Autos mit relativ hohem Tempo auf diesen Kreisel zufahren. Dann ist der Kreisel so ausgestaltet, dass man gute Sicht hat, das wird die Autofahrenden und die LKW-Fahrenden nicht dazu verleiten, früh genug runterzugehen vom Gaspedal. Und da sehen wir eben das Problem, dass es möglich ist, dass vor allem grosse Fahrzeuge mit zu hohem Tempo in diesen Kreisel reinkommen und dann in Konflikt kommen mit den Velofahrenden. Und verschiedene Studien und Verkehrsstatistiken zeigen ja, dass vor allem Velofahrende im Kreisel stark gefährdet sind, dass eigentlich, wenn es Unfälle gibt, meistens die Velofahrenden dort beteiligt oder betroffen sind und es gibt immer sehr schwere Unfälle mit auch tödlichem Ausgang.

Für uns wäre es eben eine einfache Möglichkeit gewesen, diese Tempo 30 Zone vor dem Kreisel, nach dem Kreisel ist es dann, wird der Verkehr runter gebremst für den Zoll oder für den Bremsübergang, dass man diese Signalisation 100 Meter vor dem Kreisel verschiebt. Und meine Frage wäre gewesen, ist das einfach möglich ohne Gutachten. Das hat jetzt Regierungsrätin Esther Keller beantwortet, dass das scheinbar nicht so einfach möglich ist vom Gesetz her, weil die Strasse halt diese Einstufung hat als verkehrsorientierte Strasse. Trotzdem, ich weiss es nicht, vielleicht wäre mit etwas Phantasie noch mehr möglich gewesen. Wir werden natürlich jetzt die Umsetzung genau anschauen und die Situation nach dem Bau des Kreisels beurteilen und je nachdem noch weitere Vorstösse bringen. Ich bin gespannt, ob es dann nicht doch noch eine Möglichkeit gibt, um die Sicherheit dort für alle Teilnehmenden des Verkehrs zu erhöhen im Kreisel.



Ich bedanke mich nochmals für die Beantwortung und erkläre mich als teilweise zufrieden mit der Beantwortung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.7. Interpellation Nr. 97 Salome Bessenich betreffend Finanzierung der Praktikumsplätze für die Ausbildung der Hebammen

[13.09.23 16:22:49, 23.5363.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

16.9. Interpellation Nr. 98 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Mehreinnahmen durch die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

[13.09.23 16:22:49, 23.5370.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt: Es ist uns bewusst, dass eine Zahl für die Mehreinnahmen interessiert. Eine seriöse Schätzung ist jedoch nicht möglich. Die kursierenden Zahlen sind mit starken Mängeln behaftet. Die Daten sind nicht aktuell und das Verhalten der Unternehmen wird nicht antizipiert. Herauszufinden, wie investiert werden kann bevor Gewissheit besteht, wie viel Geld zur Verfügung steht, stellt auch die Schwierigkeit dar. Wir rechnen per Saldo nicht mit wesentlichen Mehreinnahmen. Zwar werden einerseits grosse internationale Unternehmen höher besteuert, auf der anderen Seite muss Basel-Stadt aber erhebliche Mittel aufwenden, um den Standort im neuen Umfeld attraktiv zu erhalten. Ob unter dem Strich Mehreinnahmen resultieren, ist fraglich. Zudem besteht auch noch die sogenannte Säule 1 der OECD-Reform, welche Steuersubstrat aus Basel-Stadt ins Ausland verlagern und damit zu Mindereinnahmen führen würde. Klar ist, dass sich mit der Einführung der Mindestbesteuerung die Standortattraktivität für grosse internationale Unternehmen verschlechtert. Basel-Stadt steht in der Verantwortung, den Wirtschaftsstandort mit anderen Massnahmen zu stärken. Die Ziele sind dabei, dass Steuersubstrat und Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten bleiben. Die Massnahmen sollen kompatibel sein mit den internationalen Standards, das heisst OECD-Regeln und die EU-Beihilferecht und die Massnahmen sollen drittens auch langfristig finanzierbar sein.

Der Kanton prüft derzeit intensiv mit den Anspruchsgruppen verschiedene Möglichkeiten, um die Standortqualität zu erhalten und zeitgleich gesellschaftspolitische Ziele zu verfolgen. Dabei geht es sowohl um mögliche Inhalte als auch um die technische Umsetzung. Die in Prüfung befindlichen Massnahmen können in drei Kategorien: Innovation, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung, Umwelt, wie zum Beispiel Klimamassnahmen der Unternehmen, und Gesellschaft, wie zum Beispiel Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterteilt werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen und ich bin befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



16.10. Interpellation Nr. 99 Luca Urgese betreffend politische Bildung

[13.09.23 16:26:55, 23.5384.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats die Interpellation wie folgt:

Frage 1. Politische Bildung wird neu im 10. und 11. Schuljahr der Volksschule mit einer halben Wochenlektion ausgewiesen. Der Kompetenzaufbau dieses überfachlichen Themas beschränkt sich aber nicht auf die Sekundarschule. Es beginnt bereits früher auf der Primarstufe und wird auf der Sekundarstufe 2 weitergeführt. Auf dem Basler Bildungsserver wurde für die Lehrpersonen unter Politische Bildung eine Sammlung mit Angeboten und Unterrichtsmaterialien zum Thema zusammengestellt. Diese enthält zum Beispiel den Politbalken des Kinderbüros Basel oder den Werkzeugkasten PBTools der Pädagogischen Hochschule FHNW, der es erlaubt, sich rasch mit Ideen der politischen Bildung vertraut zu machen. Die Planungshilfe für den Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften unterstützt die Lehrpersonen darin, politische Bildung spiralcurricular zu fördern. Im Weiteren trägt die vom Pädagogischen Zentrum kuratierte Wanderausstellung «Mensch du hast Rechte» dazu bei, Kompetenzen in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Diskriminierung, Medien und Datenschutz aufzubauen. In der Datenbank auf dem Basler Bildungsserver finden Lehrpersonen Programme und Projekte zu Kinderrechten und Partizipation. Aktuell stellen die Fachexpertinnen und Fachexperten des Pädagogischen Zentrums eine Sammlung mit Unterrichtsbeispielen für die Schule zusammen.

Frage 2: Der Lehrplan 21 sieht kein spezifisches Fach Politik vor. Vielmehr beschreibt er über alle drei Zyklen der Volksschule verschiedene Kompetenzen, die Teile der politischen Bildung sind. Politik, Demokratie und Menschenrechte ist im Lehrplan 21 als Fächer übergreifendes Thema unter der Leitidee nachhaltige Entwicklung verankert. Bezüge zu politischer Bildung finden sich für den ersten und zweiten Zyklus vor allem im Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaften sowie im dritten Zyklus in den Fachbereichen Räume, Zeiten, Gesellschaften und Ethik, Religionen, Gemeinschaft.

Frage 3. Politische Bildung wird im 10. und 11. Schuljahr integriert in das Fach Deutsch und den Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften mit jeweils einer halben Wochenlektion unterrichtet.

Frage 4. Wie bei allen Fächern und verbindlichen Themen haben die Lehr- und Fachpersonen die Aufgabe, den Bildungsauftrag gemäss Lehrplan 21 umzusetzen. Die Schulleitung ist verantwortlich, dass der Lehrplan korrekt umgesetzt wird.

Frage 5. Wie bereits erwähnt, ist derzeit eine Sammlung mit Unterrichtsbeispielen für jede Stufe in Arbeit. Diese wird den Schulen bis Ende des Kalenderjahres zur Verfügung stehen.

Frage 6. Die Lehrpersonen sind in der Wahl der Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien grundsätzlich frei. Die Anliegen der politischen Bildung werden von den Lehrmitteln im Fachbereich Räume, Zeiten, Gesellschaften gut abgedeckt, beispielsweise in den Lehrmitteln Gesellschaften im Wandel, Politik und du, Durchblick, Zeitreise sowie Menschen in Zeit und Raum. Diese sind alle auf der offiziellen Lehrmittelliste aufgeführt und wurden im Auftrag der Volksschulleitung geprüft. Es handelt sich um neuere Lehrmittel, die alle drei Schuljahre der Sekundarschule umfassen. Auch im Fachbereich Ethik, Religion und Gemeinschaft gibt es Lehrmittel, die Themen wie Partizipation oder Kinderrechte aufgreifen.

Fragen 7 und 8. Es wurden und werden immer wieder Kurse zu politischer Bildung im Kursprogramm des Pädagogischen Zentrums PZ.BS angeboten, beispielsweise politisches Argumentieren und urteilen, politische Bildung unterrichten oder auch Kurse zu neuen Lehrmitteln. Zudem fanden auch Begleitveranstaltungen für Lehrpersonen zur Ausstellung «Mensch du hast Rechte» statt. Die Lehrpersonen besuchen die Kurse im Rahmen der regulären Weiterbildung. Die Kurse haben zum Teil Mangels Anmeldungen nicht stattgefunden. Es ist davon auszugehen, dass die Lehrpersonen anderen Themen wie beispielsweise der Digitalisierung eine höhere Priorität der Weiterbildung eingeräumt haben. Ab 2024 wird für den Deutschunterricht neu die Weiterbildung «Argumentieren in der politischen Bildung» angeboten. Der Kurs «Politische Bildung unterrichten» wird ebenfalls wieder angeboten.

Frage 9. Die selbstständige Teilhabe und Mitwirkung im gesellschaftlichen Leben, auch in politischer Hinsicht, ist eines der übergeordneten Ziele des Lehrplans 21 und somit der Volksschule. Die Schülerinnen und Schüler lernen und üben in verschiedenen Fächern und Fachbereichen eine eigene Meinung und Haltung zu entwickeln und sich aktiv in Diskussionen und Entscheidungsprozessen einzubringen. Meinungsbildung und Partizipation setzen vielfältige Kompetenzen voraus. Der Kompetenzaufbau in politischer Bildung fördert insbesondere die Entwicklung der Sachkompetenz in politischen Fragen und die Entwicklung der Urteilskompetenz, indem beispielsweise Interessen und politische Positionen anderer oder auch Medieninhalte verstanden und beurteilt werden können. Nicht zuletzt vermittelt die politische Bildung auch Handlungskompetenz, indem die Schülerinnen und Schüler lernen, eigene Positionen zu artikulieren sowie an Lösungen



mitzuwirken. Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse können und sollen in den Unterricht einfließen. Die Schulen schaffen zudem Rahmenbedingungen und Gelegenheiten für Partizipation, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, eigene Anliegen und Fragen in die Schule hineinzutragen, beispielsweise in Klassenräten oder Schülerinnen- und Schülerparlament.

Frage 10. Dem Regierungsrat sind keine Berichte mit Vergleichsdaten zur Umsetzung des überfachlichen Themas politische Bildung in den Kantonen bekannt. Ein Vergleich ist daher nicht direkt möglich. Soweit ersichtlich, wird politische Bildung nur in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt in der Studentafel ausgewiesen.

Frage 11. Wie bereits erwähnt, wird den Schulen in Kürze eine Sammlung mit Umsetzungsbeispielen für jede Stufe zur Verfügung gestellt. Es ist zudem geplant, ein Netzwerk-Treffen zum Thema politische Bildung zu organisieren und die Thematik an einer Schulleitungskonferenz aufzugreifen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Besten Dank für die ausgiebige Beantwortung meiner vielen Fragen. Die Diskussion über politische Bildung geht zurück auf eine Initiative der Jungfreisinnigen aus dem Jahr 2007 und nun ist es vier Jahre her, seit die Jungfreisinnigen damals diese Initiative zurückgezogen haben, weil ein, wie ich finde, guter Kompromiss erzielt werden konnte, nämlich die Anpassung der Studentafel. Das war uns damals immer ein grosses Anliegen, dass man eben nicht nur sagt, ja, politische Bildung findet statt, sondern dass man auch entsprechend genügend Zeit dafür reserviert, dass das auch effektiv stattfinden kann, garantiert effektiv stattfinden kann und das konnten wir damals erreichen. Eine politische Bildung, ich glaube, daran zweifelt niemand hier in diesem Saal, ist definitiv wichtig für die Erziehung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in unserem Land.

Wenn Sie so wollen, ist diese Interpellation so etwas wie eine, ich sage jetzt mal, Erfolgskontrolle, was ist jetzt passiert, seit man diesen Kompromiss abgeschlossen hat und ich muss sagen, ich stelle mit grosser Befriedigung fest, dass hier sehr vieles passiert ist, auch in den letzten Jahren, dass einiges an Material jetzt zusammengetragen wurde. Regierungsrat Conradin Cramer hat verschiedene Punkte jetzt aufgezählt, die ganze Sammlung an Material, die Netzwerk-Veranstaltungen, die stattfinden sollen. Das ist wirklich etwas, was wir sehr schätzen und feststellen können, ja, seit diese Initiative zurückgezogen wurde, in den letzten vier Jahren ist doch einiges gegangen.

Deshalb kann ich Ihnen hier zu Protokoll geben, dass ich zufrieden bin mit der Beantwortung des Regierungsrates, ohne aber noch eine kritische Anmerkung anzubringen, wenn Sie erlauben, und das ist dann mehr so ein bisschen eine generelle Aussage und nicht nur auf politische Bildung bezogen. Wenn dann die Aussage kommt, ja, wir haben eben keine Vergleichsdaten, keine Berichte darüber, ob denn das, was wir vorschreiben, dann bei den Schülern und Schülerinnen auch effektiv ankommt, ob dann die entsprechenden Kompetenzen, die verlangt werden, dann auch effektiv vorhanden sind, dann finde ich das nicht sonderlich zufriedenstellend. Ich finde, wir stecken sehr viel Geld in unser Bildungssystem, zu recht sehr viel Geld in unser Bildungssystem, pro Kopf ist das, meinte ich, international ein absoluter Spitzenwert und dass wir da stärker und verbindlicher auch Wert darauflegen, dass wir eine Output-Kontrolle machen, wir haben sehr viel Input, dass wir eine Output-Kontrolle machen und schauen, ja, bekommen wir dann für dieses viele Geld auch effektiv das, was wir uns davon wünschen, da würde ich mir sehr stark wünschen, dass das Erziehungsdepartement und der Regierungsrat generell künftig deutlich stärker Wert darauf legt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.11. Interpellation Nr. 100 Annina von Falkenstein betreffend Teilspernung der Margarethenbrücke

[13.09.23 16:36:12, 23.5385.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.



RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Frage 1: Der Regierungsrat hat im Juli 2023 überrascht zur Kenntnis genommen, dass der Zustand der Margarethenbrücke derart schlecht ist, dass Sofortmassnahmen nötig sind. Auf Unverständnis stösst dies nicht zuletzt, weil der Zustand der Margarethenbrücke in den letzten 20 Jahren immer wieder Thema zwischen SBB und Kanton war. Die SBB haben im letzten Jahr auf Fachebene informiert, dass sie den Zustand der Margarethenbrücke vertieft untersuchen werden. Im ersten Quartal 2023 erfolgten auf Fachebene erste inoffizielle Hinweise, dass der Brückenzustand möglicherweise schlechter ist als erwartet. Dass der Zustand so schlecht sein könnte, dass eine Lastbeschränkung respektive Teilspernung nötig war, war kein Thema.

Frage 2. Gemäss einem Vertrag von 1897 besorgt die SBB auf ihre Kosten den Unterhalt der Brücken. Der Kanton ist zuständig für den Unterhalt der Strassen, die über die Bahngeleise führen. Ein weiterer Vertrag von 1992 macht eine Aussage zur Lastbeschränkung. Ausserdem ist festgehalten, dass die SBB als Eigentümerin der Brücke für Bauwerk und Tragsicherheit verantwortlich sind.

Frage 3, zu den übrigen Brücken und Viadukten. Ja, es gibt eine Reihe weiterer Brücken in fremdem Eigentum. Wo Nutzer und Eigentümer identisch sind, braucht es keine spezielle Regelung für Nutzung und Unterhalt. In allen anderen Fällen braucht es vergleichbare Regeln wie bei der Margarethenbrücke. Für die Sicherheit ist in jedem Fall der Eigentümer des Bauwerks zuständig. Das Vorgehen zu Inspektion und Überprüfung legt der Eigentümer fest, dieses muss jedoch dem Stand der Technik entsprechen.

Frage 4. Die Brücken im Eigentum des Kantons werden alle fünf Jahre kontrolliert. Ändert sich die Nutzung oder sind Unterhalts- oder Umgestaltungsmassnahmen geplant, erfolgt eine statische Überprüfung vom Tragwerk. Zeigt die Überwachung und Überprüfung, dass Schäden oder Mängel vorhanden sind, werden diese in Abhängigkeit der Dringlichkeit Instand gesetzt.

Frage 5, zum aktuellen Zustand der Basler Brücken und Viadukte. Die Brücken im Zuständigkeitsbereich des Kantons sind in einem guten Zustand und die Sicherheit ist gewährleistet.

Zur nächsten Frage bezüglich Peter Merian-Brücke. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass infolge der Sperrung der Margarethenbrücke Verkehrswege ins Gundeli sowie nach Binningen beeinträchtigt sind. Die Bauarbeiten auf der Achse Peter Merian-Brücke verschärfen die Situation zusätzlich. Für die zuständigen Stellen steht deshalb fest, dass Arbeiten, die den Verkehrsfluss zu stark beeinträchtigen, nicht ausgeführt werden dürfen, solange die Margarethenbrücke gesperrt ist. Die Arbeiten für das Nauentor werden 2024 jedoch noch nicht beginnen.

Zur nächsten Frage. Die SBB prüfen aktuell Verstärkungsmassnahmen, die es ermöglichen, die Lastbeschränkungen aufzuheben. Parallel dazu startet die Planung zum Brückenneubau. Der Kanton wird über diese Arbeiten regelmässig orientiert und wir arbeiten beim Brückenneubau aktiv mit. Die verschiedenen Vorhaben im Perimeter der Margarethenbrücke sind aufeinander abgestimmt.

Und zur letzten Frage. Während der Sanierung der Peter Merian-Brücke muss die Brücke jederzeit in beide Richtungen befahrbar sein, auch von LKWs und Reisebussen. Die Kantonspolizei wird die Umsetzung vor Ort kontrollieren. Während der Bauphase der Margarethenbrücke ist vorgesehen, auf der Westseite der bestehenden Brücke eine Hilfsbrücke zu erstellen. Über diese soll der gesamte Verkehr inklusive Tram abgewickelt werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen herzlichen Dank für die Beantwortung in aller Ausführung. Einerseits bin ich beruhigt, dass der Regierungsrat auch ziemlich überrascht war, dass der Zustand der Margarethenbrücke derart desolat ist und die Teilspernung wirklich nötig war. Mich beruhigt es, dass die Emotion so ausgefallen ist, weil ich denke, dass dann wirklich langfristig mit der SBB auch das entsprechende Rahmenwerk aufgesetzt werden kann, dass solch eine Einschränkung nicht mehr passiert. Das darf nicht mehr passieren, gerade nicht, wenn man weitere Bauprojekte hat und die Zugänge zum Gundeli schon auf drei Stellen limitiert sind, wovon die zwei noch vollständig zugänglichen, eben auch von Bauprojekten, von denen wir viele haben im Kanton, das wissen wir, beeinträchtigt werden.

Ich hoffe sehr, dass der Regierungsrat auch weiterhin in Kontakt ist mit der SBB, gerade weil es für mich jetzt so klingt, als ob diese Verträge, die stehen, hier nicht gänzlich eingehalten wurden, wenn ja offenbar eigentlich der Zustand instandgehalten werden müsste bis auf die Last einschränkungsmöglichkeit, die jetzt mit der Teilspernung überschritten ist, so wie ich das sehr spontan verstehe. Ich hoffe, dass der Regierungsrat das ernst nimmt, weil wenn es hier um einen Vertragsbruch auch nur teilweise geht, dann sollte das in künftige Vertragswerke einfließen und auch in gewisse Sanktionen oder die Kostenübernahme. Auf diese kommen wir nachher noch zu sprechen, weil eine weitere Interpellation eingegangen ist dazu.



Des Weiteren ist es auch erfreulich zu hören, dass während der Totalsanierung oder des Neubaus der Margarethenbrücke diese Umleitung geplant ist, eine Zusatzbrücke. Ich hoffe, dass das auch bei den weiteren Bauarbeiten rund um die anderen Zugänge ins Gundeli ins Auge gefasst wird. Ich glaube, eine entsprechende Motion wurde auch bereits eingegeben. Es ist einfach wichtig, dass das Gundeli zugänglich bleibt, dass nicht das Gundeli den ganzen Umleitungsverkehr nach und auf das Bruderholz und nach Binningen abkriegt an nur noch zwei statt drei Stellen, weil ansonsten wirklich die Lebensqualität der vielen Personen, die im Gundeli wohnen und auch arbeiten und auch der Arbeitsweg sehr eingeschränkt wird, was mühsam ist.

Entsprechend bin ich mit der Situation weiterhin nicht zufrieden und harre der Dinge, die da kommen, aber mit der Antwort bin ich zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.12. Interpellation Nr. 101 Nicole Kuster betreffend Einführung eines Bachelor-Studiengangs «Sustainable Development» an der Universität Basel

[13.09.23 16:42:48, 23.5386.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Nun hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Frage 1. Mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen im Umgang mit der Klimaproblematik teilt der Regierungsrat grundsätzlich das Anliegen der Interpellantin. Nachhaltigkeitsziele sind nicht allein als technologische Herausforderungen zu betrachten, sondern sozialgerecht auszugestalten. Dies ist nur mit einem interdisziplinären Ansatz möglich. Vor diesem Hintergrund erachtet es der Regierungsrat für wichtig, dass auch die Universität Basel über ein ausgezeichnetes disziplinübergreifendes Angebots im Bereich der Nachhaltigkeit verfügt.

Frage 2.: Die Interpellantin weist daraufhin, dass die Universität den Bedarf eines interdisziplinären Lehrangebots im Bereich der Nachhaltigkeit bereits vor langer Zeit erkannt und mittels eines Master-Angebots in der Lehre etabliert hat. Dass die Bedeutung der Nachhaltigkeitsforschung und Lehre seither aus bekannten Gründen gestiegen ist, ist der Universität bewusst. Nicht zuletzt aus diesem Grund prüft sie derzeit eine Stärkung der intra- und interdisziplinären Zusammenarbeit des Departements für Umweltwissenschaften durch die räumliche Zusammenführung seiner verschiedenen Einheiten. Im Zusammenhang mit dieser Planung wird der Regierungsrat die Frage nach einem strukturell und quantitativ zeitgemässen Lehrangebot des Departements einbringen. Ob die Einführung eines Bachelorstudiengangs eine curricular sinnvolle Massnahme darstellt, muss von der Universität unter Berücksichtigung ihrer Gesamtsystematik in der Lehre geprüft und beantwortet werden.

Frage 3. Der Regierungsrat erkennt in der Weiterentwicklung des Departements für Umweltwissenschaften eine grosse Chance, die Nachhaltigkeitsthematik nachhaltig. Das heisst, sowohl infrastrukturell wie auch auf Seiten des Lehr- und Forschungsangebots anzugehen. Nicht vergessen werden darf dabei, dass Bemühungen um eine Förderung der Nachhaltigkeitsthematik in Lehre und Forschung nicht an den Kantonsgrenzen haltmachen darf. Die Stärkung von Basel als Zentrum der Nachhaltigkeitsforschung ist eine Chance, die auch hochschulübergreifend mit der Fachhochschule der Nordwestschweiz FHNW, insbesondere mit der im Umweltbereich bereits tätigen Hochschule für Life Sciences anzugehen ist. In diesem Sinn haben die Regierungen der Trägerkantone der FHNW den zusätzlichen Auftrag gegeben, in ihrem Antrag für die kommende Leistungsperiode 2025 bis 2028 auch eine Erweiterung der Hochschule für Technik um den Bereich Umwelt vorzusehen. In die Planung dieser Erweiterung sind alle FHNW-Trägerkantone sowie relevante Institutionen wie die Universität Basel einbezogen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Nicole Kuster-Simon (LDP): In der Nacht des 1. November 1986 brannte Schweizerhalle lichterloh. Im Zuge der Aufarbeitung dieser Katastrophe wurde 1992 die Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt gegründet und ein Programm entwickelt, das Fächer übergreifend und praxisorientiert Umweltfragen und Nachhaltigkeit an der Universität Basel lehrte. 2005 wurde das Programm vollständig in die universitären Strukturen integriert und der Masterstudiengang «Sustainable Development» ist heute Teil des Departements Umweltwissenschaften.

Dieser interdisziplinäre Masterstudiengang ist marktführend in der Schweiz. Leider fehlt der entsprechende Bachelorstudiengang. Damit Studierende sich im Bereich Nachhaltigkeit an der Universität Basel fokussieren können, braucht es einen Bachelor mit Note 5 in einem Bereich wie zum Beispiel Naturwissenschaften. Und wie allgemein bekannt ist, fehlen die Studierenden gerade im Bereich der Naturwissenschaften. Mit einem entsprechenden Bachelorstudiengang könnte ein neuer attraktiver Studiengang geschaffen werden und neue Studierende würden sich für unsere Universität interessieren. Zudem würden Fachkräfte im Bereich Nachhaltigkeit ausgebildet, welche in der Zukunft gefragt sein werden.

Ich freue mich, dass der Regierungsrat einen Beitrag zur Entwicklung dieses zukunftsorientierten Studienganges an der Universität Basel leisten will und bin zufrieden mit der Antwort.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.13. Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden

[13.09.23 16:47:56, 23.5394.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

16.14. Interpellation Nr. 103 Sasha Mazzotti betreffend Fachbereich Psychomotorik im Kanton BS

[13.09.23 16:48:12, 23.5395.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Frage 1. Einleitend ist festzustellen, dass Psychomotorik ein wertvolles Unterstützungsangebot für Kinder mit Entwicklungsrückständen in den Bereichen Motorik und Verhalten ist. Insbesondere für Kindergartenkinder mit entsprechendem Bedarf ist Psychomotorik eine zielführende Unterstützung. Auch in der Primarschule kann Psychomotorik zu einer positiven Entwicklung beitragen. Ab Sekundarschule kann Psychomotorik für Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen Behinderung oder einer Mehrfachbehinderung unterstützend sein, beispielsweise für Schülerinnen und Schüler, die ein Spezialangebot besuchen. Mit den in Konsultation gegebenen Massnahmen zur Verbesserung der integrativen Schule war der Regierungsrat bestrebt, ein möglichst ausgewogenes Paket zur Diskussion zu stellen. Die differenzierten und umfassenden Rückmeldungen dazu werden aktuell ausgewertet. Welche Massnahmen dem Grossen Rat nach Auswertung der Konsultation unterbreitet werden, hat der Regierungsrat noch nicht entschieden.

Frage 2. Grundsätzlich wächst das Budget für Logopädie und Psychomotorik mit der Schülerinnen- und Schülerzahl. In den letzten 11 Jahren war das Stellenwachstum jedoch zeitweise deutlich höher als das Schülerwachstum. Im Jahr 2012 wurden Logopädie und Psychomotorik in die Verantwortung der Volksschule gegeben. Die Zahlen lassen sich ab diesem Zeitpunkt wie folgt beziffern: Im Jahr 2013 wurden an der Primarstufe Basel 1'563 Stellenprozente für Logopädie und 374 Stellenprozente für Psychomotorik eingesetzt. 2023 sind es 2'239 Stellenprozente für Logopädie und 565 Stellenprozente für



Psychomotorik. Dies bedeutet eine Erhöhung um 43 Prozent bei der Logopädie und eine Erhöhung um 51 Prozent bei der Psychomotorik.

Frage 3. Dies lässt sich so pauschal nicht beantworten, weil es vom jeweiligen Förderbedarf beziehungsweise vom jeweiligen Krankheitsbild abhängt. Ein Schüler mit der Diagnose Autismus-Spektrum-Störung mit Bedarf an Logopädie und unterstützter Kommunikation benötigt beispielsweise deutlich mehr Ressourcen als eine Schülerin mit einer Sprachentwicklungsstörung

Frage 3b. Das Erziehungsdepartement teilt die Ressourcen auf der Primarschule nach Anzahl Klassen beziehungsweise Anzahl Schülerinnen und Schüler. 60 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel werden linear zugeteilt. 40 Prozent der Mittel werden gewichtet nach Sozialindex der einzelnen Schulen gesprochen. Primarschulen, die Integrationsklassen oder Klassen mit spezifischer Sprachförderung führen, erhalten zusätzliche Ressourcen, die wie folgt berechnet werden: Pro Integrationsklasse gibt es fünf zusätzliche Stellenprozente für die spezifische Sprachförderung, in der Regelklasse erhält ein Kindergartenkind mit entsprechender Indikation fünf zusätzliche Lektionen pro Schuljahr und ein Primarschulkind drei zusätzliche Lektionen in den ersten drei Schuljahren. Auf der Sekundarstufe 1 wird Logopädie standortübergreifend angeboten.

Frage 3c. Es gibt dazu keine Erhebung des Erziehungsdepartements. Gemäss Empfehlung des Verbands Psychomotorik Schweiz sollten pro 100-Prozentstelle nicht mehr als 32 Kinder betreut werden.

Frage 4. Wie bereits erwähnt, ist Psychomotorik ein sehr gutes Unterstützungsangebot, besonders für jüngere Kinder. Durch Psychomotorik können Schülerinnen und Schüler mit Auffälligkeiten in der Bewegung, in der Wahrnehmung und im Verhalten nachhaltig gefördert werden.

Fragen 5 und 6. Wie eingangs erläutert, wird die Konsultation des Massnahmenpakets zur Verbesserung der integrativen Schule aktuell ausgewertet. Welche Massnahmen dem Grossen Rat unterbreitet werden, hat der Regierungsrat noch nicht entschieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): In meinem Votum fliesst jetzt meine Begründung mit ein, darum habe ich am Anfang verzichtet. Conradin Cramer, ich bedanke mich für die Beantwortung der Interpellation und auch für die Anerkennung und die wertvolle Unterstützung, die Psychomotorik unseren Schülerinnen und Schülern bietet. Umso erstaunter bin ich etwas über die Antworten. Die Antwort der Regierung auf Frage 1 umschiffte die Frage weiträumig und geht nicht darauf ein, weshalb die Ressourcen in der Psychomotorik bei den Massnahmen zur integrativen Schule nicht erhöht wurden. Mit der Antwort der Regierung, die eben auf die Wichtigkeit der Psychomotorik eingeht, muss ich also davon ausgehen, dass hier gespart wurde. Sie erwähnen dazu die Konsultationsantworten, die zurzeit mit in den Ratschlag zu den Massnahmen der integrativen Schule einfließen werden. Das finde ich positiv, aber die Frage ist doch: Wird auf die Spezialist*innen gehört? Bekommen sie mehr Gewicht als eine Lehrperson, die zwar ein Problem feststellt, aber die mögliche Lösung nicht bei der Psychomotorik sieht oder sehen kann zwecks ihres Kompetenzfeldes?

In der Beantwortung der Frage 2 zeigt die Regierung zwar auf, dass die Psychomotorik seit 2012 prozentual stärker erhöht wurde, aber von einem Ausgangswert, der um 76 Prozent tiefer liegt. Das heisst, hier besteht nach wie vor eine klare Schieflage, die auch in Zukunft von Seiten des ED nicht korrigiert wird. Allenfalls nach Auswertung der Konsultation, was aber noch unklar scheint. Zur Frage 3 schreibt die Regierung in ihrem Einleitungssatz, dass sich diese Frage nicht pauschal beantworten lässt. Ich gehe davon aus, dass das ED Kenntnis über den Stellenschlüssel des Berufsverbandes hat. Hier wird ein Stellenschlüssel von 1'000 bis 1'500 Schülerinnen und Schülern auf eine 100 Prozentstelle empfohlen. Für einen 3-zügigen Standort mit 18 Klassen und 7 bis 9 Kindergärten steht den Basler Schulen zurzeit 6,5 Lektionen für Psychomotorik zur Verfügung. Dies entspricht etwa einem Stellenschlüssel von 100 Prozent auf 2'500 Schülerinnen und Schülern und liegt damit weit unter der Empfehlung.

3c, meine Zusatzfrage, ob das ED eine Erhebung plant, wurde leider nicht beantwortet. Dabei ist dies zur Verteilung der Ressourcen absolut notwendig und würde eine sorgfältige Herangehensweise an diese Problematik aufzeigen. Entscheidend scheint mir nicht alleine, was der Verband empfiehlt, sondern eine Bedarfserhebung. Als Kindergärtnerin sehe ich einen klar erhöhten Bedarf über die Jahre. Die Gründe sind vielfältig und ein gesellschaftliches Thema. Dies könnte man natürlich als subjektive Wahrnehmung sehen, kann ich verstehen, und darum ist eine Erhebung notwendig.

Ich möchte deshalb Conradin Cramer bitten, spätestens in der Beratung in der Kommission auf diese Frage einzugehen, der grundlegenden Frage, weshalb die Regierung zum Beispiel Logopädie bei den Massnahmen zur integrativen Schule erhöht, was ich absolut richtig finde, und nicht gegeneinander ausspielen will, die Psychomotorik, die aber immer noch deutlicher



weniger Ressourcen hat und nicht im Vorschlag der Regierung berücksichtigt wird. Trotz meiner Fragen in dieser Interpellation wird dies nicht beantwortet.

Ich denke, nicht nur ich, sondern ein Grossteil der Lehrpersonen und der Fachlehrpersonen ist mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.15. Interpellation Nr. 104 Michael Hug betreffend durch die Teilspernung der Margarethenbrücke verursachte Kosten

[13.09.23 16:56:38, 23.5397.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf ein Votum. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt: Der Regierungsrat stellt fest, dass der Tram-Ersatz mit Bussen infolge Sperrung der Margarethenbrücke gut funktioniert und von den Nutzenden des öffentlichen Verkehrs gut angenommen wird. Die Gesamtkosten für den Tram-Ersatz belaufen sich pro Tag auf rund Fr. 10'000. Neben personellen entstehen weitere Mehrkosten unter anderem für den Tram-Ersatz.

Frage 1a. Der Personalbestand der BVB ist so ausgelegt, dass ein Mehrbedarf an Personal infolge Sperrungen und Umleitungen für eine kürzere Zeit aufgefangen werden kann. Das gilt aber nicht für ungeplante mehrmonatige Sperrungen wie bei der Margarethenbrücke. Deshalb greift die BVB seit August auf zusätzliches Fahrdienstpersonal eines externen Dienstleisters zurück. Täglich sind das bis zu 12 Mitarbeitende.

Frage 2, zum Gleisbogen. Auch da habe ich übrigens eine kurze Grafik mitgebracht, weil für viele, glaube ich, nicht ganz klar ist, wo dieser Gleisbogen dann auch durchführen würde. Es ist eine etwas rustikale Grafik, aber einfach zur Verdeutlichung. Der provisorische Gleisbogen ist nicht derselbe wie der geplante definitive Gleisbogen, der mit Weichen- und Haltestellen-Anpassung geplant ist und damit einen deutlich grösseren Nutzen aufweist. Mit dem provisorischen Gleisbogen könnte einzig vom Bahnhofseingang Gundeldingen herkommend in Richtung links zur IWB abgebogen werden, wie Sie eben auf diesem Bild sehen. Abklärungen zur Machbarkeit und den Kosten eines provisorischen Gleisbogens hat die BVB gemeinsam mit dem Kanton früh an die Hand genommen. Wie die SBB gestern mitteilte, beginnen diese Woche die Vorarbeiten für zusätzliche Stützreihen für die Margarethenbrücke. Spätestens Ende März 2024 soll die Brücke wieder für Tramzüge befahrbar sein. Angesichts der kurzen Einsatzdauer des eher kleinen Nutzens sowie der hohen Investitionskosten von rund Fr. 1'200'000 werden die BVB, wie gestern kommuniziert, vom Bau eines provisorischen Gleisbogens absehen.

Frage 3. Die BVB sieht es als ihre oberste Priorität, dass ihre Kundinnen und Kunden möglichst ohne Unterbruch ihr Reiseziel erreichen können. Bereits drei Stunden, nachdem die nötige Sperrung bekannt wurde, hatten Sie einen ersten Tram-Ersatz eingerichtet. Keine der Haltestellen zwischen Markthalle und Binningen/Kronenplatz waren je unbedient. Infolge dieser kurzfristigen Reaktion auf die völlig unerwartete Sperrung mussten die BVB weniger wichtige Aufgaben tiefer priorisieren. Es mussten aber keine Projekte vollständig gestoppt oder weit nach hinten geschoben werden. Der Regierungsrat anerkennt, dass dadurch für die Tram- und Busbetreiber ein enormer Aufwand auch mit hohen Belastungen für das Personal entstanden ist. Dank des Einsatzes der zusätzlichen externen Fahrdienstmitarbeitenden kann die Zahl der Überstunden in Grenzen gehalten werden.

Zur letzten Frage bezüglich Kosten SBB/BVB. Die Kantonspolizei und das Bau- und Verkehrsdepartement erfassten ihre Kosten, die durch die Sperrung der Margarethenbrücke anfallen. Der Regierungsrat fordert und erwartet, dass die Kosten des Kantons und der betroffenen Tram-Betreiber von der SBB übernommen werden. Die entsprechenden Gespräche mit der SBB sind am Laufen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.



16.16. Interpellation Nr. 105 Raoul I. Furlano betreffend Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen

[13.09.23 17:00:42, 23.5399.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsräsident Beat Jans das Wort.

Regierungspräsident Beat Jans: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Frage 1. Der Regierungsrat und die zuständigen Fachstellen kennen die verschiedenen Studien und die aktuelle Diskussion rund um das Thema Lohngleichheit. Der Kanton Basel-Stadt bezieht sich wie der Bund und alle anderen Kantone und Städte auch auf die Zahlen der Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik. Die beiden von Ihnen aufgeführten Studien, die eine im Vergleich zur Lohnstrukturerhebung geringere Lohndifferenz ausweisen, werden von Fachpersonen im Bereich Lohngleichheit kritisiert. Dies unter anderem deshalb, weil sie in ihren Methoden nur gleiche Berufe beziehungsweise Funktionen miteinander vergleichen. Diese ökonomische Methode erfüllt aber nicht die Anforderung, die sich aus dem Grundsatz der Bundesverfassung und dem Gesetzesauftrag ergibt, nämlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Aus rechtlicher Sicht gilt die Lohngleichheit somit auch bei unterschiedlichen Berufen, wenn sie dieselben Anforderungen und Belastungen aufweisen. Eine Beschränkung des Anspruchs der Lohngleichheit nur auf gleiche Berufe ist rechtlich nicht zulässig.

Frage 2. Die Lohnstrukturerhebung weist den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern aus und differenziert zwischen erklärbar und unerklärbar. 2020 betrug der unerklärbare Anteil des Lohnunterschieds von Frauen, der Lohnunterschied also, der nicht durch objektive Faktoren wie berufliche Stellung, Ausbildung, Branche, etc. begründet werden kann, monatlich Fr. 717. Die Statistik des Bundesamtes für Statistik untersucht somit die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern. Die nationale Lohnstatistik äussert sich nicht zur Lohndiskriminierung im juristischen Sinne oder zum quantitativen Ausmass an Lohndiskriminierung. Der in der nationalen Lohnstatistik ausgewiesene unerklärbare Anteil der Lohndifferenz begründet aber eine Vermutung auf eine potenzielle Lohndiskriminierung. Ob eine tatsächliche Lohndiskriminierung vorliegt, muss dann auf individueller Ebene geprüft werden, zum Beispiel im Rahmen einer betrieblichen Lohngleichheitsanalyse mit einem Analysetool. So wird überprüft, ob möglicherweise eine strukturelle Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Lohnsystem des Unternehmens vorliegt. Mit Blick auf die Medienmitteilung ist festzuhalten, dass sie in der Tat verkürzt formuliert ist, präzise wäre gewesen, ich zitiere: Dieser unerklärbare Anteil des Lohnunterschieds weist auf eine potenzielle Lohndiskriminierung hin, Lohndiskriminierung wirkt sich negativ auf Rente sowie auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Ende Zitat.

Frage 3. Der Kanton ist verpflichtet, dem verfassungsmässigen Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit» zu gewährleisten und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Der Regierungsrat erachtet es als geeignete und verhältnismässige Massnahme, dass Unternehmen die Lohngleichheit in ihrem Betrieb nachweisen müssen, wenn sie einen staatlichen Auftrag oder einen Staatsbeitrag möchten. Der Aufwand ist insbesondere für kleine Unternehmen überschaubar. Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden müssen ca. einen halben bis einen Tag für eine Lohngleichheitsanalyse aufwenden. Ein erstellter Nachweis ist zudem vier Jahre gültig und kann mehrmals eingereicht werden. Ausserdem galt für kleinere Unternehmen eine zweieinhalbjährige Einführungsphase, in der sie sich mit dem Analysetool vertraut machen konnten. Der Kanton bietet darüber hinaus eine Vielzahl von Hilfestellungen an, beispielsweise diverse Merkblätter oder eine Veranstaltung zu Anwendungsfragen rund um das Lohngleichheitsanalysetool diesen Herbst, des Weiteren steht die Fachstelle Gleichstellung für Fragen von Unternehmen und Institutionen zur Verfügung.

Frage 4. Die für die Lohngleichheitsanalyse verwendeten Variablen müssen objektiv und diskriminierungsfrei sein, damit Sie rechtlich zulässig sind. Das verwendete Standard-Analysetool Logib erfasst die relevanten Faktoren, wie dies unter anderem eine Studie im Auftrag des Bundes bestätigt hat. Das Tool ist wissenschaftlich und rechtskonform. Der Signifikanztest und der Grenzwertstellen bei Logib sichern, dass Unternehmen nicht fälschlicherweise der Diskriminierung bezichtigt werden. Besteht ein Unternehmen die Kontrolle nicht, sucht die Fachstelle Gleichstellung das Gespräch mit dem Unternehmen. Dabei werden die Ergebnisse besprochen, danach hat das Unternehmen 12 Monate Zeit, Anpassungen vorzunehmen und durch eine externe Fachperson einen qualifizierten Nachweis erstellen zu lassen. Wenn dieser qualifizierte Nachweis keine potenzielle Lohndiskriminierung mehr anzeigt, ist das Ziel erreicht und das Unternehmen hat einen Nachweis, dass es die Lohngleichheit einhält.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Raoul I. Furlano (LDP): Danke, Regierungspräsident Beat Jans, für Ihre Antworten. Ein wissenschaftlicher Regierungsrat, der juristisch eine halbe Dissertation uns bringt, ist auch einmal willkommen. Ich hatte ein wenig Mühe, das alles zu verstehen, aber ich glaube, vernünftigerweise habe ich verstanden, dass die zitierte Rechtsgleichheit mit dem Grundsatz, Sie haben gesagt: Gleiches ist nach Massgabe seiner Gleichheit gleich zu behandeln. Und das ist in Ihrer Antwort nur unvollständig zitiert, denn es gibt einen zweiten Grundsatz, nämlich der: Ungleiches ist nach Massgabe seiner Ungleichheit zu behandeln und damit können unterschiedliche Berufe auch unterschiedlich behandelt werden. Und die verkürzte Abbildung durch die Regierung ist meines Erachtens und auch der Meinung nach von Juristen bei mir in der Fraktion nicht wirklich zutreffend formuliert. Richtigerweise entgegen führt die Regierung aus, dass staatliches Handeln immer verhältnismässig ausgeführt werden sollte.

Absolut einverstanden, aber warum dann müssen alle offerierenden Unternehmen die geforderten Angaben betreffend Lohngleichheit schon in der Angebotsrunde Nummer 1 angeben? Warum dann schon kleine KMU, grosse, alle? Das ist doch nicht verhältnismässig und für mich als Liberaler muss staatliches Handeln, wie gesagt, wenn immer möglich verhältnismässig sein. Warum ist es nicht möglich, dass man von den Bewerbenden zum Beispiel eine Unterschrift verlangt bei der Bewerbung, bei der ersten Eingabe, dass sie dort bezeugen, dass sie das Gesetz, das Gott sei Dank schon besteht, dass sie das bekräftigen und dass sie das einhalten. Eine Unterschrift, fertig, ich halte das Gesetz ein. Wäre einfacher, oder? Anstatt 100'000 Flyers und Hilfsangebote und was weiss ich was für einen administrativen riesigen Aufwand vom Staat und vor allem von den KMUs. Sie sagen da locker, ein Tag, was ist schon ein Tag. Ja, wenn man dann arbeitet und zu zehnt in einer Bude ist, ist ein Tag Arbeit sehr viel, sehr viel sogar. Also das ist nicht ganz so sympathisch übergekommen.

Noch etwas, in der Diskussion, auch wieder mit einer Juristen-Fachfrau in unserer Fraktion, ist die Frage aufgetaucht, darf der Staat überhaupt so viele unnötige Daten erheben, weil am Schluss sind die unnötig. Wir wissen nicht, ob die dann wirklich relevant sind oder nicht und unser Datenschutz erlaubt ja nur die Erhebung von Daten, die eine Forderung sind und nicht eine Datensammlung auf Vorrat. Ich bin der Meinung, dass die erhobenen Daten zum Zeitpunkt der Offertenstellung, also ganz am Anfang wirklich noch nicht nötig sind und damit eigentlich zu diesem Zeitpunkt vielleicht sogar nicht erlaubt wären. Honi soit qui mal y pense.

Und es gibt ja noch vieles mehr, das man abfragen könnte. Nicht, dass ich jetzt schlafende Hunde wecken will, um Gottes Willen, sonst springen mir die KMUs noch an den Hals, aber müssen die Anbietenden auch darlegen, ob sie die Arbeitszeiten einhalten? Müssen Sie darlegen, ob Schwangere genügend geschützt werden, müssen sie angeben, ob sie einen Stillort anbieten und auch Stillpausen einhalten können für die Frauen, für Mitarbeiterinnen? Und noch ganz vielmehr gäbe es und Sie sehen, der Apparat wächst für etwas, für das es eigentlich schon ein Gesetz gibt. Kurzum, wir haben Gesetze, die sollen eingehalten werden, der Staat soll schlank sein, verhältnismässig dafür sorgen und bitte immer die Balance suchen und finden zwischen staatlichem Handeln, individueller Freiheit und das heisst, die Rechte der Bürger respektieren und gleichzeitig die Einhaltung der Gesetze gewährleisten.

Ich hoffe, und das ist wirklich eine ehrliche Hoffnung, dass das Thema, das Sie angesprochen haben, ein viel beredetes Thema Lohngleichheit, dass das überhaupt kein Thema mehr ist, weil es nämlich selbstverständlich ist und dann ist es kein Thema mehr. Ich bin nicht befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.17. Interpellation Nr. 106 Adrian Iselin betreffend Unterstützung der Organisation «RheinWelten» durch den Kanton Basel-Stadt

[13.09.23 17:11:35, 23.5400.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt: Aus Sicht des Regierungsrats sind touristische Initiativen, wie die RheinWelten, die touristische Region vernetzen und einen Beitrag an einen sanften und nachhaltigen Freizeittourismus leisten, interessant. Der Kanton Basel-Stadt hat die operative Tourismusförderung an Basel Tourismus delegiert. Der Regierungsrat vertraut auf die Expertise von Basel Tourismus, welche jeweils eine finanzielle Beteiligung an einem Projekt im Sinne ihrer strategischen Ausrichtung und finanziellen Möglichkeiten prüft.



Frage 2. E-Bike-Routen liegen vor allem in ländlichen Gebieten im Trend. Eine Vernetzung in diesem Bereich mit anderen Kantonen wie auch über die Landesgrenzen hinweg erachtet der Regierungsrat dennoch auch für einen Stadtkanton und unter Nachhaltigkeitsaspekten für prüfenswert. Der Freizeittourismus wird in Zukunft eine wesentliche Rolle im Tourismusmix in Basel-Stadt spielen.

Frage 3. Basel Tourismus ist im Austausch mit RheinWelten und prüft eine Beteiligung im Sinne der strategischen Ausrichtung der Tourismusorganisation. Eine Beteiligung an RheinWelten liegt im Ermessen von Basel Tourismus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Ich bin auf diese Interpellation gekommen, da das eidgenössische Parlament und so auch ein Exponent der LDP eingeladen war beim Besuch von Martin Candinas auf dem Rheinschiff. Und was rauskam, ist eine gewisse Peinlichkeit, dass der Kanton Basel-Stadt als einziger der Rheinanliegerkantone keine Beiträge an RheinWelten bezahlt. Wir wurden, glaube ich, etwas als Trittbrettfahrer angesehen und das ist vielleicht nicht optimal. Ich bedanke mich beim Regierungsrat Kaspar Sutter. Ich finde es gut, wenn Basel Tourismus prüft, allfällige Beiträge da zu leisten und bin deshalb mit der Antwort zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.18. Interpellation Nr. 107 Thomas Widmer-Huber betreffend soziale Verantwortung der Basler Kantonalbank

[13.09.23 17:14:34, 23.5406.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Wie aus den Medien zu entnehmen war, hat die Basler Kantonalbank bei ihrem Halbjahresbericht einen Rekordgewinn ausgewiesen. Besonders deutlich gestiegen ist der Bruttoerfolg aus dem Zinsgeschäft und das in einer Zeit, in der die Inflation das Leben spürbar verteuert. Das Thema ist brisant und wird nicht nur von mir jetzt hier zur Sprache gebracht. In der letzten Sonntagszeitung, vielleicht haben Sie es gesehen, es ist sogar auf der Titelseite: Rekordgewinne, Kantonalbanken zocken Kunden ab, hohe Margen. Die Staatsbanken machten im ersten Halbjahr ein Plus von über zwei Milliarden Franken, das sorgt für breite Kritik. Soweit aus der Sonntagszeitung.

Dass die Basler Kantonalbank einen Gewinn erzielt, ist auch in meinem Sinn, ein Teil des Gewinns kommt ja auch dem Kanton zugute. Aber es stellt sich mir die Frage der Verhältnismässigkeit und sozialer Verantwortung. In einer Zeit, in der die Inflation das Leben spürbar verteuert, sollte die Basler Kantonalbank ihre soziale Verantwortung stärker wahrnehmen, mit gutem Beispiel vorangehen und beispielsweise die Zinsen auf Sparkonten auf mindestens 1 Prozent erhöhen. Ich denke dabei primär an Personen mit weniger als Fr. 100'000 auf dem Konto. Natürlich gibt es noch andere Möglichkeiten, mit denen unsere Kantonalbank ihre Kundschaft entlassen könnte, etwa bei den Gebühren.

Die Regierung kann nicht in das operative Geschäft der Kantonalbank eingreifen, das ist mir klar, aber politische Fragen stellen sich mir trotzdem zum Spannungsfeld Gewinnoptimierung gegenüber sozialer Verantwortung. Deshalb kann die Regierung auch in dieser Sache mit den Verantwortlichen der Bank das Gespräch suchen. Nun bin ich gespannt auf die Antwort der Regierung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung beantwortet diese Interpellation wie folgt:



Frage 1. Aus Sicht des Regierungsrates nimmt die BKB die Aufgabe, eine sichere und nachhaltige Anlage zu ermöglichen, wahr. Sie stellt die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen und die Kreditversorgung in Basel sicher. Die BKB hat in den letzten beiden Jahren ihr Angebot an nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen stark erweitert.

Frage 2. Das BKB-Gesetz und die Eignerstrategie stellen verschiedene Anforderungen an die BKB. Die Vorgaben an die BKB sehen jedoch keine Gewinnmaximierung vor. Im BKB-Gesetz wird unter Paragraf 2 gefordert, dass die BKB nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen ist und einen ihrem Zweck angemessenen Gewinn anstrebt. Der Regierungsrat erwartet vom Bankrat, dass die BKB finanziell solide aufgestellt ist.

Frage 3. Das Finanzdepartement führt regelmässig Eignergespräche mit der BKB. Im Rahmen dieser Gespräche wurde auch das heutige Zinsumfeld und die Zinskonditionen thematisiert. Die Basler Kantonalbank ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Entscheidungen betreffend Preis-, Zins- oder Kreditpolitik betreffen die operative Geschäftsführung und fallen in die Autonomie der BKB.

Frage 4. Die BKB hat ihre Zinsen den geänderten Marktbedingungen angepasst. Letztmals hat die BKB per 1. August 2023 die Zinsen erhöht. Die Zinsen für Anlagesparkonten wurden auf 0,8 Prozent und jene für Jugendsparkonten auf 1 Prozent erhöht. Bei einer längerfristigen Anlage von Geldern kann eine Verzinsung von über 1 Prozent erzielt werden. Eine zweijährige Kassenobligation der BKB bringt aktuell eine Verzinsung von 1,375 Prozent. Der Regierungsrat erwartet, dass die BKB die Zinsschritte der SNB möglichst zeitnah und so weit möglich an die Kundinnen und Kunden weitergibt. Der Regierungsrat macht jedoch keine konkreten Vorgaben zur Zinshöhe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich danke Regierungsrätin Tanja Soland für ihre Antwort auf meine Interpellation. Aus der Antwort entnehme ich, dass der Regierungsrat vom Bankrat erwartet, dass die BKB finanziell solide aufgestellt ist. Diese Erwartung teile ich, aber die Frage nach der Haltung des Regierungsrats im Spannungsfeld Gewinnmaximierung gegenüber sozialer Verantwortung ist für mich nicht wirklich beantwortet. Ich begrüsse es, dass die Basler Kantonalbank einen Teil der Zinsen den geänderten Marktbedingungen angepasst hat und teilweise die Zinsen erhöht hat. Ich kann nachvollziehen, dass dies bei Personen geschah, die ihr Vermögen bei der BKB angelegt haben und bei Jugendsparkonten. Das macht ökonomisch Sinn. Aber bei Personen, die weniger als Fr. 100'000 auf dem Konto haben und kein Geld anlegen können, sind die 0,6 Prozent Zins sehr bescheiden, eben für mich zu tief. Insbesondere in Zeiten der Inflation wünsche ich mir, dass die Kantonalbank mehr soziale Verantwortung wahrnimmt. Von der BKB erwarte ich, dass sie hier nachbessert. Ich erwarte auch eine Reduktion bei den Gebühren.

Natürlich soll die BKB auch in Zukunft Gewinn erwirtschaften, aber bei einer Kantonalbank müssen das nicht Rekordgewinne sein. Wie wir gehört haben, führt das Finanzdepartement regelmässig Eignergespräche mit der BKB, dabei würden auch Zinskonditionen thematisiert. Natürlich kann der Regierungsrat keine Vorgaben zur Zinshöhe machen, aber ich begrüsse die Erwartung des Regierungsrats, dass die BKB die Zinsschritte der Schweizerischen Nationalbank möglichst zeitnah und so weit möglich an die Kundinnen und Kunden weitergibt.

Wie erwartet wurde bei der Interpellationsantwort die Haltung des Regierungsrats im Spannungsfeld Gewinnmaximierung gegenüber sozialer Verantwortung für mich nicht ausreichend geklärt. Deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.19. Interpellation Nr. 108 Lukas Faesch betreffend schikanierte Hauseigentümer

[13.09.23 17:22:28, 23.5407.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Regierungspräsident Beat Jans: Gerne beantworte ich Ihnen im Namen des Regierungsrates diese Interpellation wie folgt:



Frage 1. Herr Leuthardt konnte gewählt werden, weil er vor der Wahl als Geschäftsführer des Mieterinnen- und Mieterverbandes Basel-Stadt zurückgetreten ist. Das Vorliegen von Ausstandsgründen im Einzelfall hat die Wohnschutzkommission immer mit Blick auf den jeweiligen Sachverhalt zu prüfen.

Frage 2. Der Regierungsrat hat bei der Wahl mögliche Rollenkonflikte berücksichtigt. Für das Vorliegen von Ausstandsgründen im Einzelfall ist die Wohnschutzkommission zuständig. Zudem kann jeder Gesuchsteller und jede Gesuchstellerin Unbefangenheit geltend machen und unabhängig beurteilen lassen.

Fragen 3 und 4. Diese Fragen können aktuell nicht beantwortet werden, da es sich um einen ersten Anwendungsfall handelt.

Frage 5. Nein.

Frage 6. Die Stimmbevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat am 28. November 2021 die Gesetzesinitiative «Ja zum echten Wohnschutz» angenommen. Diese Entscheidung der Stimmbevölkerung gilt es zu respektieren und die neuen gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden. Aufgrund dieser neuen Gesetzeslage, des damit zusammenhängenden Systemwechsels sowie der erstmaligen Besetzung des Beurteilungsgremiums konnte sich bislang noch keine Praxis der Gesetzes- und Verordnungsanwendung vollständig etablieren. Allgemein gültige Erfahrungswerte der Anwendung liegen somit noch nicht vor. Es ist deshalb heute, ein gutes Jahr nach Inkrafttreten des Wohnschutzgesetzes noch zu früh, um einen ursächlichen oder abschliessenden Zusammenhang mit der Anzahl Baugesuche herstellen zu können, insbesondere weil die Bautätigkeit aktuell auch durch andere Faktoren wie steigende Hypothekenzinssätze, steigende Baukosten sowie die generell zunehmende Komplexität der Baubewilligungsverfahren beeinflusst wird. Der Regierungsrat beobachtet die weitere Entwicklung und wird Massnahmen prüfen, sollten sich unerwünschte Wirkungen oder Missstände zeigen.

Frage 7. Die Berechtigung des Mieterinnen- und Mieterverbandes zur Erhebung von Einsprachen und Rekursen ist Teil von der Stimmbevölkerung am 28. November 2021 angenommenen Gesetzesänderung. Diese Entscheidung der Stimmbevölkerung gilt es zu respektieren und das Gesetz ist anzuwenden.

Frage 8. Die Gesetzesinitiative sah vor, dass das Gesetz innert 6 Monaten nach Annahme durch die Stimmbevölkerung in Kraft zu treten hat. Die Wohnschutzkommission hat im November 2022 ihr erstes Gesuch erhalten und dieses Innert kürzester Fristen behandelt.

Fragen 9, 10 und 11. Die Erfahrungen fehlen. Der Regierungsrat hat betreffend Umsetzung eine Evaluation in Auftrag gegeben und wird auf Basis der Ergebnisse bei Bedarf Massnahmen prüfen.

Lukas Faesch (LDP): Zuerst vielen Dank an den Regierungspräsidenten für die Antworten. Ich wollte das Augenmerk primär auf den Rechtsgrundsatz der Befangenheit legen und der ist in diesem Falle mindestens heikel, das brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Wenn ein Behördenmitglied in einer Sache bereits im Vorfeld sich damit befasst und sich dann in einer anderen Rolle wie das Behördenmitglied zum Beispiel als Mitglied der Wohnschutzkommission wieder mit dieser gleichen Sache befasst, dann ist er nach den gängigen Regeln zumindest befangen oder er macht den Anschein einer Befangenheit. Das wollte ich eigentlich herausstellen. Mit dieser Antwort des Regierungsrates bin ich nicht einverstanden. Falls Herr Leuthardt in diesem konkreten Fall, der in der BaZ geschildert wurde, als Beschwerdeführer des Vermieterverbandes aufgetreten ist und dann, falls er das gemacht hat, ich weiss es nicht im Einzelfall, dann wieder als Mitglied der Behörde über diesen gleichen Fall beurteilt, dann ist das nicht richtig. Wenn die Regierung sagt, Schadenersatz und Entschädigungen gibt es für überlange Verfahrensdauern nicht, dann finde ich das sehr mutig, um nicht zu sagen salopp, denn selbstverständlich stellt sich die Frage nach Schadenersatz und zwar immer dann, wenn die Grundsätze von staatlichen Handeln wie zum Beispiel das Beschleunigungsgebot nicht eingehalten werden. Wenn ein Bauwilliger ein Jahr warten muss für einen Umbau, dann muss man sich schon fragen, sind diese Grundsätze, die für alle staatlichen Stellen gelten, noch eingehalten.

Aber ich höre sehr gerne und werde das auch weiterverfolgen, dass Regierungsrat willens ist, die Auswirkungen des Wohnschutzgesetzes zu beobachten und gegebenenfalls unerwünschte Wirkungen oder gar Missstände auszumerzen. Und ich bin weiter auch gespannt und bin auch dankbar, dass der Regierungsrat bereits angekündigt hat, dass er die Umsetzung dieses Gesetzes evaluieren wird und dass er auch dann wieder gegebenenfalls Massnahmen prüfen wird. Ich bin teilweise befriedigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.20. Interpellation Nr. 109 Jenny Schweizer betreffend Adressen von Jungwähler

[13.09.23 17:28:31, 23.5415.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Stephanie Eymann ist heute krankheitsbedingt entschuldigt, darum wird sie heute durch Regierungsrätin Tanja Soland vertreten. Ich wünsche Stephanie Eymann gute Besserung. Für den Regierungsrat hat das Wort Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung beantwortet die Interpellation wie folgt: Grundsätzliche Bemerkungen. Im Paragraph 21 Abs. 1 lit. a des kantonalen Informations- und Datenschutzgesetzes ist normiert, dass ein öffentliches Organ Personendaten bekanntgeben kann, wenn eine gesetzliche Bestimmung sie dazu ermächtigt. Diese Ermächtigung findet sich im Paragraph 11 Abs. 2 lit. d des kantonalen Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt. Das Einwohneramt ist deshalb befugt, privaten Personen und Organisationen auf schriftliches Gesuch hin nach bestimmten Kriterien geordnet Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und Adresse von Personen bekannt zu geben, die in der Gemeinde wohnen, wenn die Daten ausschliesslich für schützenswerte ideelle Zwecke verwendet werden. Zulässige Kriterien sind ausschliesslich Alter, Geschlecht, Adresse, Stimmberechtigung und Zuzug. Ob nach dem zitierten Paragraphen auch Adressauskunftsgesuche von politischen Parteien und Organisationen fallen, wurde seinerzeit bei der Behandlung des neuen Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalte im Grossen Rat intensiv diskutiert.

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission hielt in ihrem Bericht an den Grossen Rat vom 12. Dezember 2016 zum entsprechenden Ratschlag folgendes fest: Datenauskunftsgesuche von politischen Parteien und Organisationen sind bis anhin von der Einwohnerkontrollbehörde nur mit äusserster Zurückhaltung behandelt worden. Aufgrund neuester kantonalen Rechtsprechung muss die bisherige Praxis überdacht werden. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zug hat in seinem Entscheid vom 30. März 2016 die Sammelauskunft an eine Partei bei einer eng definierten Zielgruppe und in Bezug auf einen begrenzten Zeitraum als schützenswertes ideelles Anliegen qualifiziert und damit die Herausgabe der Daten von Jungen und Neuzugezogenen an eine politische Partei mit Sitz im Kanton Zug zum Zwecke der Wahlwerbung vor eidgenössischen Wahlen als zulässig erachtet. Systematische Datenbekanntgaben sind gemäss Gesetz über die Information und den Datenschutz weiterhin nicht zulässig. Zitat Ende.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag zum neuen Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt am 11. Januar 2017 einstimmig gutgeheissen. Daraufhin ist das Einwohneramt, welches alle Grunddaten der Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Basel-Stadt erfasst und verwaltet, übergegangen, Adressen auch an politische Parteien weiterzugeben. Dies aber natürlich nur, sofern die Daten nicht mit einer Datensperre belegt sind. Die Adressauskünfte wurden demnach vom Einwohneramt und nicht vom Datenschutzbeauftragten herausgegeben.

Frage 1. Nein. Wie einleitend ausgeführt wurde, besteht eine Regelung im Paragraph 11 Abs. 2 lit. d des kantonalen Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt und die neuere Rechtsprechung qualifiziert die Sammelauskunft an eine Partei bei einer eng definierten Zielgruppe und in Bezug auf einen begrenzten Zeitraum als schützenswertes ideelles Anliegen.

Fragen 2 und 3. Wie einleitend ausgeführt, besteht eine Regelung im Paragraph 11 Abs. 2 lit. d des kantonalen Gesetzes über Niederlassung und Aufenthalt und die neuere Rechtsprechung qualifiziert die Sammelauskunft an einer Partei bei einer eng definierten Zielgruppe und in Bezug auf einen begrenzten Zeitraum als schützenswertes ideelles Anliegen. Gemäss langjähriger gemeinsamer Absprache und Praxis bietet das Einwohneramt als Einwohnerkontrolle der Stadt Basel den Gemeinden Riehen und Bettingen den Service gesamthafter Datenziehungen an. Dies aus technischen Gründen und im Sinne der Effizienz. Die Einwohnerkontrollen der Gemeinden haben also unabhängig von Einzelfällen grundsätzlich Kenntnis davon, dass das Einwohneramt jeweils auch die Daten der Gemeindebevölkerung liefern kann. Das Einwohneramt ist in diesem Bereich auch als kommunales Dienstleistungsorgan tätig.

Frage 4. Ja, es gab und gibt fortlaufend Anfragen, welche alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons betreffen. Die Anfragen erfolgen oft im Auftrag von anderen kantonalen oder kommunalen Dienststellen. Adressauskünfte zu schützenswerten ideellen Zwecken werden selten erbeten.

Frage 5. Vor Bekanntgabe der Daten wird zunächst eine detaillierte Datennutzungsvereinbarung abgeschlossen, in der nebst dem Dateninhalt, dem Datenumfang und dem Verwendungszweck auch die Löschungspflichten verbindlich festgelegt sind. Um den Datenschutz sicherzustellen, werden die Daten in der Folge nicht direkt, sondern einer zwischengeschalteten Stelle ausgehändigt, welche die Verpackung und den Versand übernimmt sowie die Retouren der Post verarbeitet. So erhält das Einwohneramt keinen Einblick in den Inhalt des zu versendenden Datenmaterials und die auftraggebende Partei keinen Zugriff auf das Adressdatenmaterial. Dieser Prozess ist mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten abgesprochen.

Frage 6. Adressen werden bekanntgegeben, wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind.

Frage 7. Der Regierungsrat verweist auf die vorher erwähnten gesetzlichen Vorgaben im Informations- und Datenschutzgesetz und im Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt.



Frage 8. Es wird keine Statistik geführt. In den letzten fünf Jahren wurden aber lediglich zweimal auf schriftliches Gesuch hin ausschliesslich zur Verwendung aus schützenswerten ideellen Zwecken Adressauskünfte an politische Organisationen erteilt. Einmal an die FDP Basel-Stadt und dieses Jahr an die JUSO Basel-Stadt.

Jenny Schweizer (SVP): Regierungsrätin Tanja Soland, ich danke Ihnen für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich kann mir vorstellen, dass die damalige mediale Berichterstattung über die Herausgabe von Adressdateien bei einem Teil der Bevölkerung zu Unsicherheit geführt hat, da mir dort auch der Bericht etwas wirr vorkam. Daher bin ich jetzt dankbar für die Ausführungen und bin mit der Beantwortung zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.21. Interpellation Nr. 110 Catherine Alioth betreffend Zukunft Liegenschaft Venusstrasse 7 in Binningen

[13.09.23 17:37:01, 23.5418.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt: Die Liegenschaft Venusstrasse 7 befindet sich im Finanzvermögen der Einwohnergemeinde der Stadt Basel. Das Gebäude soll mittelfristig saniert werden. Aus diesem Grund wurde eine Zwischennutzung installiert. Eine konkretere Planung liegt noch nicht vor. Eine Veräusserung ist aber aktuell nicht geplant, auch nicht an die Gemeinde Binningen. Weil die Liegenschaft ausserhalb der Bauzone liegt, müssen zuerst die Nutzungsmöglichkeiten abgeklärt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, weitere Angaben zu machen.

Catherine Alioth (LDP): Ich bedanke mich bei Regierungsrätin Tanja Soland für die rasche Beantwortung meiner Interpellation. Das Angebot im Kosmos Space ist unbestritten sehr wertvoll und scheint sich zu etablieren. Auch scheinen die Räumlichkeiten sehr geeignet zu sein. Es wäre sehr schade, wenn dieses Angebot nicht fortgeführt werden könnte. Auch ist der astronomische Verein und die meteorologische Beobachtungsstation, die auf der Dachterrasse der Räumlichkeiten von Kosmos Space Messinstrumente hat, ebenfalls betroffen, wenn dort ein Neu- oder ein Umbau gebaut würde. Wir haben es gehört, das Gebäude gehört der IBS und es ist nicht bekannt, was die IBS nach 2025 plant. Vieles scheint tatsächlich sehr offen zu sein. Das ist für die Planung zur Sicherung des Angebots und Organisation ungünstig und wirklich sehr schwierig. Die Zwischennutzung dauert bis Ende 2025, das sind noch etwas über zwei Jahre. Das ist wirklich sehr wenig Zeit, um die Zukunft einer Organisation zu planen.

Ich hoffe und wünsche mir, dass der Regierungsrat den Wert der Institution im Auge behält, wenn dann Entscheidungen betreffend Grundstück und Liegenschaft getroffen werden müssen und der Institution Hand bietet. Ich erkläre mich teilweise zufrieden mit der Antwort.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

16.22. Interpellation Nr. 111 Oliver Thommen betreffend Massnahmen während Hitzeperioden

[13.09.23 17:40:28, 23.5420.01]

Claudio Miozzari (Statthalter): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.



Oliver Thommen (GAB): Der Regierungsrat ist jetzt leider nicht da, ich wollte eigentlich nur noch ganz kurz etwas mitgeben. Das Wetter ist heute nicht so schön, wir sind heute nicht so von der Hitze betroffen, es ist ein normaler Sommertag im September. Nichtsdestotrotz, die Klimaerhitzung wird diese Hitzeperioden immer stärker zur Erscheinung bringen und viele Kantone oder einige Kantone, vor allem in der Romandie, kennen solche Hitzeaktionspläne, denn diese Hitzeperioden stellen eine Gesundheitsgefährdung dar.

Nachdem ich meine Interpellation eingereicht habe, hat der Kanton noch kommuniziert am 5. September zu den Ozonwerten und diese waren wiederum stark erhöht. Ich war etwas erstaunt, dass dann in der Kommunikation des Kantons nicht von Hitzeperioden, sondern von Schönwetterperioden die Rede ist und dass eigentlich in der ganzen Kommunikation nirgends über Massnahmen geredet wird, obwohl die Grenzwerte so überschritten wurden und zum x-mal überschritten wurden. Ich wollte eigentlich nur noch den Regierungsrat darum bitten, ob er das vielleicht auch noch in seine Beantwortung aufnehmen kann. Vielleicht schaut er ja zu.

16.23. Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt

[13.09.23 17:42:11, 23.5426.01]

Claudio Miozzari (Statthalter): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Lisa Mathys (SP): Ich respektiere natürlich, dass Regierungsrätin Esther Keller sich etwas mehr Zeit ausbedingen musste, um die Zahlen zusammenzutragen oder zu sichten, nach denen ich frage. Ich denke einfach, es ist wichtig, dass wir das hier noch einmal zu Protokoll geben, worum es eigentlich geht und was das gemeinsame Verständnis sein könnte bezüglich Rückbau der Osttangente nach einem allfälligen Bau des Rheintunnels. Aus unserer Sicht ist es wirklich sehr wichtig, dass wir das so verstehen, dass es bei diesem Rückbau um eine Umnutzung der bestehenden Fläche geht, eine Umwidmung zugunsten der Bevölkerung, zugunsten der Menschen, die in dieser Stadt leben und die zum Beispiel vielleicht von der Breite ins Kleinbasel spazieren möchten oder so. Es gibt dort sicher Raum für Begrünung, Esther Keller hat das in ihrer Beantwortung zur Interpellation von Christian Moesch auch so bestätigt. Das habe ich gehört und ich bin froh darum.

Ich möchte einfach an dieser Stelle noch einmal sagen, dass es ganz wichtig ist, dass wir jetzt als Kanton Basel-Stadt verbindliche Signale nach Bern senden zum ASTRA, dass wir unsere Position klären und auch unseren Anspruch als Kanton, der von einer Stadtreparatur extrem profitieren würde und können müsste, weil das wirklich ein Bauwerk ist, das so niemals mehr gebaut werden würde, dass wir uns wirklich diese Chance nicht verspielen und dort einfach alles so lassen und wieder möglichst viele Autos auf diese Brücke leiten. So haben wir nämlich dann wirklich auch keine Lösung für die Anwohnenden, die vom Lärm betroffen sind und wir haben vor allem auch keinen Gewinn für diese Stadt. Wir verpassen die Chance für eine Stadtreparatur, wenn wir als Basel-Stadt jetzt nicht auf die Hinterbeine stehen und dafür sorgen, dass wenn der Rheintunnel kommt, dass er wirklich eine Chance ist für uns. Und diesem Wunsch möchte ich noch einmal hier mit Nachdruck Kraft verleihen und freue mich dann auf die Beantwortung der Interpellation im nächsten Monat.

16.24. Interpellation Nr. 113 Balz Herter betreffend unkompliziertem Umgang mit Arbeitszeitverschiebungen auf Baustellen bei extremer Hitze

[13.09.23 17:44:28, 23.5431.01]

Claudio Miozzari (SP): Der Interpellant ist krank. Wir wünschen ihm gute Besserung. Die Interpellation wird mündlich beantwortet von Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Auch ich wünsche dem Interpellanten gute Besserung und beantworte im Namen des Regierungsrates die Interpellation wie folgt: Der Gesundheitsschutz im Baugewerbe ist sehr wichtig. In der Verantwortung



stehen dabei die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Die Aufsicht obliegt dabei der SUVA. Die kantonale Lärmschutzverordnung sieht in Paragraph 11 vor, dass an den Werktagen Bauarbeiten zwischen 7.00 Uhr und 12.00 Uhr sowie zwischen 13.00 Uhr und 19.00 Uhr durchgeführt werden dürfen. An Sonn- und Feiertagen sind Bauarbeiten nicht gestattet. Ausnahmen sind gemäss Paragraph 12 möglich, wenn zwingende technische oder wichtige betriebliche Gründe vorliegen oder ein öffentliches Interesse gegeben ist und keine überwiegenden Interessen der betroffenen Bevölkerung entgegenstehen. Das Amt für Umwelt und Energie kann dann auf rechtzeitigem Gesuch hin Bauarbeiten ausserhalb der in Paragraph 11 festgelegten Arbeitszeiten bewilligen. Temperaturen, ob warm oder kalt, gelten in Paragraph 12 jedoch nicht als Ausnahmegrund.

Frage 1. Im Zeitraum Juni bis August 2023 wurden insgesamt 40 Ausnahmegewilligungen schriftlich beim AUE beantragt. Ausnahmegewilligungen für einen vorzeitigen Arbeitsbeginn aufgrund der Tagestemperaturen wurden im gleichen Zeitraum zweimal telefonisch angefragt.

Frage 2. Von den schriftlich eingereichten Anträgen wurde keiner abgelehnt. Alle 40 Gesuche konnten aus technischen und betrieblichen Gründen gemäss Paragraph 12 Lärmschutzverordnungen bewilligt werden. In den meisten Fällen handelte es sich um Nacharbeit, in wenigen Fällen um Arbeiten über die Mittagszeit. In zwei Fällen gab es bei den Ausnahmegewilligungen zeitliche Einschränkungen. Beantragt waren Belagsarbeiten an Sonntagen bereits ab 6 Uhr morgens, zum Schutz der Anwohnenden wurden die Arbeiten hier erst ab 8 Uhr bewilligt. Die beiden mündlichen Anfragen wurden am Telefon negativ beantwortet.

Frage 3. Wie gesagt, wurden alle schriftlich eingereichten Anfragen vom AUE bewilligt. Die zwei mündlichen Anfragen mussten jedoch abgelehnt werden, weil die heute geltende kantonale Lärmschutzverordnung heisse Temperaturen nicht als Ausnahmegrund vorsieht.

Frage 4. Die heute geltende Lärmschutzverordnung lässt bereits Arbeitszeit bis 19 Uhr zu, ohne dass eine Bewilligung nötig ist. Wie in den mediterranen Ländern üblich, könnten die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dafür die Mittagspause zu einer Art Siesta verlängern, so dass die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter vor Arbeiten in der heissen Tageszeit geschützt wären. Mit einer Änderung der Lärmschutzverordnung könnten neu in Paragraph 12 auch hohe Tagestemperaturen als Ausnahmegrund berücksichtigt werden. Dann wären Bauarbeiten in den Abendstunden auch nach 19 Uhr möglich. Der Regierungsrat möchte aber nicht, dass die Bauarbeiten in den frühen Morgenstunden vor 7 Uhr verlegt werden. Gerade an Hitzetagen ist auch der Schlaf der Anwohnerinnen und Anwohner ein schützenswertes Gut.

Claudio Miozzari (SP): Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.

16.25. Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?»

[13.09.23 17:48:15, 23.5433.01]

Claudio Miozzari (Statthalter): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte eigentlich nur ganz kurz etwas sagen, und zwar habe ich, glaube ich, noch nie auf eine Interpellation so viele Antworten bekommen, insbesondere von jungen Menschen, von ganz vielen jungen Frauen, jungen Mädchen, die Fussball spielen und sich schon unendlich darauf gefreut haben, Ballenmädchen sein zu dürfen und jetzt Angst haben, ein ganzer Verein hat sich gemeldet, dass das nicht stattfinden könnte. In diesem Sinn bitte ich einfach die Beteiligten, und zwar alle Beteiligten, auch den FC Basel, vielleicht hören sie ja zu, sich da wirklich durchzuringen und versuchen, eine Lösung zu finden, dass wir die Frauenfussball-Europameisterschaft in Basel haben können, und zwar mit genügend Spielen und mit einem würdigen Auftritt für unsere Region und unsere Stadt.



16.26. Interpellation Nr. 115 Melanie Eberhard betreffend Förderung der niederschweligen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung

[13.09.23 17:49:16, 23.5435.01]

CLaudio Miozzari (Statthalter): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Melanie Eberhard (SP): Sehr gerne möchte ich kurz begründen, weshalb ich diese Interpellation eingereicht habe. Vielleicht haben es einige von Ihnen in der letzten Woche auch in den Medien gesehen. Die Situation ist aufgrund der verschiedenen aktuellen Krisen für Kinder und Jugendliche sehr belastend. Viele von ihnen leiden unter psychischen Krankheiten und suchen deshalb auch verschiedene Beratungsstellen auf. Vergangene Woche hat namentlich die Pro Juventute kommuniziert, dass sie überlaufen werden von Anfragen, sei es beispielsweise telefonisch über das 147, aber auch die Dargebotene Hand kommunizierte immer wieder, dass sie seit Corona deutlich mehr Anfragen haben. Die Situation ist für diese Stellen sehr herausfordernd, nicht nur für diese Erstanlaufstellen, die eine wichtige Aufgabe wahrnehmen, wir haben es auch verschiedentlich in anderen Kontexten gehört, auch die ambulante Betreuung ist sehr gefordert.

Aufgrund dieser aktuellen Multikrise, die insbesondere auch junge Menschen sehr stark belastet, möchte ich vom Regierungsrat wissen, wie er gedenkt, diese Angebote weiter zu unterstützen und im Sinne der Prävention, welche strategischen Massnahmen er da vornimmt. In diesem Sinne bin ich gespannt auf die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation.

16.27. Interpellation Nr. 116 Beat K. Schaller betreffend selektive Reaktionsgeschwindigkeit des Regierungsrates

[13.09.23 17:51:15, 23.5437.01]

Claudio Miozzari (Statthalter): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation gerne wie folgt:

Ich nehme die drei Fragen zusammen: Der Kanton hat im Bereich Tinguely Museum kurzfristig eine Parkverbotszone für E-Trotts und andere Sharing-Fahrzeuge angeordnet. Auslöser dafür ist der seit Jahren bekannte Nutzungsdruck in diesem engen Raum, Promenade mit dem Rheinschwimmen, auch mit der Veloroute. Und in keinem anderen städtischen Raum bestand ein derart unmittelbarer Druck zu handeln wie dort. Die Sperrzone wurde in enger Zusammenarbeit mit Polizei und Sharing-Anbietern vorbereitet und umgesetzt. Der Kanton wird auf Basis der guten Erfahrungen diesen Weg weitergehen. Im Oktober werden weitere Zonen für Park- und Fahrverbot eingerichtet. In der Steinenvorstadt, auf dem Marktplatz und in der Freien Strasse ist eine Fahrverbotszone vorgesehen. Eine Parkverbotszone ist für den Bereich vor dem Bahnhof SBB geplant mit Ausnahme natürlich der Sharing-Zone. Zudem soll in einigen Grünanlagen das Parkieren von E-Trottnetten nicht mehr möglich sein. Schliesslich sind weitere Massnahmen in Vorbereitung, um die geschilderten Probleme pragmatisch zu lösen. Zum Beispiel sollen alle Benutzenden beim Abstellen ihres Fahrzeugs ein Foto vom Fahrzeug machen müssen. Diese Massnahmen sollen ebenfalls zusammen mit den Unternehmen ausgearbeitet werden.

Claudio Miozzari (SP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke Regierungsrätin Esther Keller für diese doch überraschend positive Antwort. Der Regierungsrat hat bewiesen, dass er kann, wenn er will. Ich wünschte mir, dass er viel öfter noch können wollte, aber das Ganze ist ja jetzt auf gutem Weg. Ich bin zufrieden.

Claudio Miozzari (SP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



16.28. Interpellation Nr. 117 Michela Seggiani betreffend Ozonbelastung in Basel

[13.09.23 17:53:14, 23.5438.01]

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Frage 1. In diesem Sommer wurden Spitzenkonzentrationen an den 7 Messstationen zwischen 157 und 174 Mikrogramm pro m³ gemessen. Sie lagen damit über dem Grenzwert von 120 Mikrogramm pro m³, aber unter 180 Mikrogramm pro m³. Die Bau- und Umweltschutzdirektorenkonferenz hat im Jahr 2005 ein gemeinsames überregionales Vorgehen bei noch höheren Kurzzeit-Ozonbelastungen festgelegt. Bei Überschreitung von 180 Mikrogramm pro m³ wird eine schweizweite Information veröffentlicht. Sie orientiert sich am europäischen Schwellenwert von 180 Mikrogramm, bei dessen Überschreitung die Bevölkerung verstärkt informiert werden soll. Bei den aktuellen Ozonbelastungen unterhalb 180 Mikrogramm pro m³ sind grundsätzlich keine akuten gesundheitsgefährdenden Wirkungen zu erwarten. Je nach Konzentration und Dauer der Belastung können Reizungen von Augen, Nasen, Hals und Atemwegen auftreten. Weiter kann die momentane körperliche Leistungsfähigkeit herabgesetzt werden. Es ist zu beachten, dass die Empfindlichkeit gegenüber Ozon sehr verschieden ist und daher jeder Mensch anders reagiert.

Frage 2. Bei Werten weit über 180 Mikrogramm pro m³ kann die körperliche Leistungsfähigkeit und die Lungenfunktion stärker beeinträchtigt und die Sterblichkeit erhöht werden. Der Schwellenwert von 180 Mikrogramm pro m³ entspricht dem anderthalbfachen Wert des Ozon-Immissionsgrenzwerts der Schweizer Luftreinhalte-Verordnung LRV. Als persönliche Schutzmassnahmen können die Aufenthalte im Freien durch besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Kleinkinder, ältere und/oder vorerkrankte Personen reduziert werden. Am Tag mit hohen Ozonwerten ist körperliche Betätigung grundsätzlich möglich, allerdings wird während der heissesten Tageszeit von sportlichen Aktivitäten abgeraten, weil dann auch die Ozonkonzentration hoch ist. Es empfiehlt sich zudem, den Sport im Wald zu treiben, da er dort schattiger und kühler und damit weniger belastend für den Körper ist als auf offenem Feld.

Frage 3. Ozon ist ein Schadstoff, der sich aus den Vorläuferstoffen Stickoxid und den flüchtigen organischen Verbindungen in der Luft bildet. Eine Ozonminderung kann deshalb über die Reduktion der Vorläuferstoffe erreicht werden. Hohe Ozonbelastungen treten grossflächig und vor allem in ländlichen Gegenden auf. Die Ozonminderungs-Strategie setzt auf eine dauerhafte Reduktion der Emissionen der Vorläuferstoffe, weil kurzfristige und temporäre Massnahmen keine sofortigen und spürbaren Wirkungen entfalten. Der gültige Luftreinhalteplan Basel-Stadt und Basel-Landschaft von 2016 baut wie seine Vorgänger auf diese Strategie der permanenten Massnahmen auf.

Von besonderer Bedeutung sind die überregionalen, bundesweiten und internationalen Anstrengungen zur Ozonbekämpfung. So sollen die Fahrzeug-Abgasgesetzgebung und Grenzwerte für Industrieanlagen konsequent nach dem Stand der Technik nachgeführt werden. Eine wirksame Massnahme zur Reduktion der Ozonwerte ist die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs. In diesem Sinn hat der Regierungsrat vor kurzem seinen Ratschlag zur Förderung der Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkieranlagen zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Der in Erarbeitung befindliche nächste Luftreinhalteplan wird diese Strategie und die bisherigen Massnahmen weiterführen. Neue Massnahmen werden sich am aktuellen Stand des Wissens orientieren. Der Regierungsrat wird den Luftreinhalteplan beraten und dem Grossen Rat zur Kenntnis vorliegen.

Frage 4. Die Festlegung von Immissionsgrenzwerten liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Die Empfehlung der WHO über Grenzwerte zur Luftreinhaltung galten für die Schweiz bisher als Leitwerte zur Festlegung von Immissionsgrenzwerten in der Luftreinhalte-Verordnung. Zu einer Adaption der schweizerischen Gesetzgebung an die WHO-Empfehlung 2021 hat sich der Bund bisher nicht geäussert.

Frage 5. Das Lufthygieneamt beider Basel betreibt zusammen mit den Nordwestschweizer Kantone die Plattform www.luftqualität.ch. Hier wird die Luftqualität in Echtzeit mittels einer Belastungskarte publiziert. Eine einfache Farbgebung zeigt die Belastung durch Schadstoffe auf. Ozon, aber auch Feinstaub und Stickstoffdioxid. Die schweizweit betriebene App «airCheck» bietet dieselbe Dienstleistung für das Smartphone. Weiter informiert das Lufthygieneamt mit regelmässigen Medienmitteilungen über den Zustand der Luft und macht auch Verhaltensempfehlungen bei hoher Ozonbelastung im Sommer.

Fragen 6 und 7. Hier verweisen wir auf die Beantwortung der Frage 3 zum kommenden Luftreinhalteplan.



Claudio Miozzari (SP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Für die rasche Beantwortung meiner Interpellation möchte ich mich bedanken. Die hohe und ungesunde Ozonbelastung wird ernst genommen, so interpretiere ich auf jeden Fall die am 5. September erschienene Medienmitteilung und auch die Interpellationsbeantwortung. Auch wenn die Empfindlichkeit gegenüber Ozon sehr verschieden ist und die Menschen unterschiedlich reagieren, müssen dringend Massnahmen ergriffen werden, um die hohen Werte runter zu kriegen, denn sie schaden Mensch und Umwelt. Ich selbst habe diesen Sommer auch die Ozonbelastung stark gespürt. Ich begrüsse es, dass im Luftreinhalteplan, der in Arbeit oder in Überarbeitung ist, weitere Massnahmen neben dem Ratschlag zur Förderung der Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkierungsanlagen empfohlen und auch ergriffen werden. Ich bin dementsprechend mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden, mit der Situation der hohen Ozonwerte selbstverständlich nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Mit Blick auf die Uhr schliesse ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Schluss der 26. Sitzung

18:00 Uhr



Protokoll

der 27. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 20. September 2023, um 7:04 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilung	2
16.29. Interpellation Nr. 118 Beda Baumgartner betreffend Zukunft des Jugendzentrums «Chillout» in Kleinhüningen – werden die Jugendlichen im Stich gelassen?	2
16.30. Interpellation Nr. 119 Melanie Nussbaumer betreffend neue Gebühren für Geburtsurkunden	4
2. Interpellation Nr. 120 Pascal Messerli betreffend die Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen für kleine Unternehmen	5
16.32. Interpellation Nr. 121 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Brücken und Strassen in fremden Händen	5
11. Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG); Gewährung eines Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten von Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen und Nachtragskredit zum «Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern Tagesbetreuungsgesetz, TBG)»	6
12. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2022	12
13. Petition P417 "Rehe auf dem Friedhof am Hörnli"	15
14. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse"	17
15. Petition P462 "Tramerneuerung Linie 15 Bruderholz - Keine Aufhebung (Airolostrasse), keine Verschiebung (Tramhaltestellen Bruderholz und Lerchenstrasse)"	21
17. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen	25
18. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport	25
19. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend ein Gesamtkonzept für die Umgestaltung des Kasernenareals	28
20. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche	28
21. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes	28
22. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat	33



Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 20. September 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilung

[20.09.23 09:00:14]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Guten morgen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Geschätzte Kollegen und Kollegen und habe vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespende heute morgen.

Andre Auderset spendiert heute morgen den Kaffee. Er tut dies zum einen, weil er heute Geburtstag hat übrigens den letzten vor der Pensionierung und weil er morgen also erst nach der Ratssitzung wieder auf seiner geliebten Insel sein darf.

[Applaus]

Ich bedanke mich im Namen des Grossen Rates für die grosszügige Spende und wünsche André Auderset alles Gute zum Geburtstag.

Parlamentarische Gruppe Fussball-Region Basel

Wir haben eine neue parlamentarische Gruppe zum Thema Fussball-Region Basel. Mehr Information über die Gruppe erhalten Sie bei Raoul Furlano oder Melanie Eberhard.

Unser neues Abstimmungssystem.

Wir haben an der letzten Sitzung festgestellt, dass es zu Problemen führt, wenn die Abstimmungskarte während einer laufenden Abstimmung aus dem Leser gezogen wird. Danach wird auf der Punktewand die entsprechende Stimme nicht mehr korrekt angezeigt, aber immer noch korrekt gezählt. Wir sind dabei, dieses Problem mit dem Anbieter zu lösen und dafür muss die Programmierung geändert werden, was noch nicht erfolgen konnte. Entsprechend bitte ich Sie, während laufenden Abstimmungen nicht ihre Karte zu entfernen.

Wechsel im Fraktionspräsidium der GLP

Bereits seit 1. Juli 2023 ist Grossrätin Claudia Baumgartner Fraktionspräsidentin der GLP. Sie löst David Wüst-Rudin ab und ich wünsche ihr viel Freude in diesem Amt.

16.29. Interpellation Nr. 118 Beda Baumgartner betreffend Zukunft des Jugendzentrums «Chillout» in Kleinhüningen – werden die Jugendlichen im Stich gelassen?

[20.09.23 09:00:14, 23.5439.01]

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt: Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird in Basel von privaten Trägerschaften angeboten und durch den Kanton mit Finanzhilfen unterstützt. Die Trägerschaften suchen selbst nach geeigneten Standorten und klären mit dem Kanton eine allfällige Mitfinanzierung.

Befindet sich ein Standort in einem Quartier, in dem ein hoher Bedarf nach einem Jugendzentrum besteht, wie in Kleinhüningen, dann unterstützt der Kanton die Anbieter bei der Suche, zum Beispiel, indem er bei eigenen Liegenschaften nach Möglichkeiten sucht oder auch Abklärungen bei Privaten vornimmt.

Zu den einzelnen Fragen:



Frage 1: Der Regierungsrat bedauert sehr, dass sich die Suche so schwierig gestaltet. Verantwortlich für die Standortsuche ist das Jugendzentrum Chillout beziehungsweise die Trägerschaft JuAr Basel. Für eine längere Zeit sah es so aus, als hätte JuAr einen langfristigen Standort gefunden. Leider kam diese Lösung dann doch nicht zustande und tatsächlich ist es in der ganzen Stadt schwierig, geeignete Standorte für Jugendzentren zu finden.

Frage 2: Das Erziehungsdepartement hat zusammen mit JuAr bereits verschiedene Standorte geprüft. Das Erziehungsdepartement unterstützt JuAr und das Jugendzentrum aktiv bei der Suche zum Beispiel mit eigenen Abklärungen. Befindet sich ein möglicher Standort im Eigentum des Kantons, klärt das Erziehungsdepartement auch intern Möglichkeiten ab.

Frage 3: Nebst der Unterstützung bei der Standortsuche ist die Absicherung der Finanzierung eines neuen Standorts zentral. Die Verträge mit den Anbietern offener Kinder- und Jugendarbeit werden derzeit für die nächste Finanzierungsperiode 2024 bis 2027 neu verhandelt. Für das Chillout sind zusätzliche Mittel vorgesehen, um die voraussichtlich höhere Miete an einem neuen Standort mitfinanzieren zu können.

Frage 4: Da der Standort in Kleinhüningen sein muss, sind die Möglichkeiten beschränkt. Leider kann der Kanton selbst aktuell nichts Passendes anbieten. Falls sich dennoch eine Möglichkeit eröffnet, wird dies dem Verein selbstverständlich unverzüglich mitgeteilt.

Frage 5: Die Stadt ist auf engem Raum dicht besiedelt. Es gibt wenig Freiräume und geeignete Räumlichkeiten sind rar. Das gilt insbesondere auch für Kleinhüningen. Der Kanton unterstützt das Jugendzentrum nach Möglichkeiten. In der Vergangenheit ist es dem Jugendzentrum Chillout bereits zweimal gelungen, trotz schwieriger Voraussetzungen einen neuen Standort zu finden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Antwort. Ich kann aber schon vorausschicken, dass ich, wenn überhaupt, nur teilweise mit der Antwort zufrieden bin.

Ich finde es sehr gut zu sehen und zu hören, dass der Regierungsrat sich grundsätzlich dafür einsetzen will, einen Standort, auch einen längerfristigen Standort, für das Jugendzentrum Chillout zu finden. Ich finde es auch gut, dass zusätzliche Mittel vorgesehen sind, um eine mögliche höhere Miete an einem neuen Standort mitfinanzieren zu können. Aber ich finde auch gerade in dem Kontext der Diskussion, die wir jetzt seit einigen Tagen über die Verhältnisse im unteren Kleinbasel oder im Kleinbasel an sich führen, dass wir hier an einem Punkt sind, an dem es sehr wichtig wäre, alles zu machen, was möglich ist, um für das Jugendzentrum Chillout, eine Sozialinstitution in Kleinhüningen, die einen grossen Bedarf hat, die teilweise auch Jugendliche aus anderen Kantonen und auch aus anderen Teilen der Stadt aufnimmt, eine Lösung zu finden.

In diesem Kontext würde ich dem Regierungsrat gerne noch zwei Dinge mitgeben. Erstens, wir haben, wie Sie alle wissen, ziemlich grosse Investoren, die sich Rhystadt nennen oder andere Player, die ziemlich viele Areale in Besitz haben hinsichtlich dieses möglichen Standorts des Jugendzentrums. Wir führen bereits die Diskussion bezüglich des Schulhausstandorts. Da wird das Ackermätteli diskutiert. Ich möchte den Regierungsrat ermuntern, mit Nachdruck nachzufragen, was die Investoren von Rhystadt konkret an öffentlicher Infrastruktur zur Verfügung stellen können, vielleicht auch für einen Standort für das Jugendzentrum. Was ich ausserdem immer wieder gehört habe und wobei ich um Flexibilität bitten würde, ist die Frage des konkreten Standortes, auf welcher Seite der Wiese. Ich würde also den Regierungsrat wirklich mit Nachdruck bitten zu überlegen, ob das Jugendzentrum zwangsweise auf der richtigen Seite der Wiese angesiedelt werden muss oder ob man nicht im Hinblick auf einen guten Standort, einen einfacheren und flexibleren Standort, vielleicht auch eine gewisse Flexibilität walten lassen kann. Ich finde es sehr wichtig, dass wir in Kleinhüningen, einem Quartier, das verschiedene Herausforderungen zu bewältigen hat, ein gutes und funktionierendes Jugendzentrum haben. Ich spüre das grundsätzliche Kommitment des Regierungsrates, dies auch sicherzustellen, aber ich bitte auch, dass man alle Möglichkeiten zu nutzen versucht und vielleicht auch die eine oder andere kreativere Lösung anstrebt.

Ich bin darum mit der Antwort des Regierungsrats nur teilweise zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



16.30. Interpellation Nr. 119 Melanie Nussbaumer betreffend neue Gebühren für Geburtsurkunden

[20.09.23 09:09:03, 23.5440.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Allgemeine Ausführungen: Momentan registriert das Zivilstandsamt Basel-Stadt rund 5'000 Geburten pro Jahr. Das ist rund ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren. Bei der letzten statistischen Auswertung hatte über die Hälfte der Mütter keinen Wohnsitz in Basel-Stadt. Diese zunehmende Beliebtheit von Basel-Stadt als Geburtskanton hat zur Folge, dass das Zivilstandsamt einer erhöhten Arbeitslast ausgesetzt ist. Die Registrierung von Geburten im Personenstandsregister muss nämlich durch das jeweilige Zivilstandsamt am Geburtsort erfolgen, unabhängig vom Wohnsitz der Mütter. Für die Registrierung einer Geburt müssen unter anderem Abklärungen zu Namen, Zivilstand, Wohnsitz und Herkunft der Eltern getätigt werden. Aufgrund des höher werdenden Anteils an ausserkantonalen und ausländischen Eltern hat die Komplexität der Abklärungen zugenommen, die im Vorfeld der Registrierung gemacht werden müssen. Bisher wurden die zivilstandsamtlichen Tätigkeiten für die Registrierung einer Geburt nicht verrechnet, obwohl die Dienstleistungen der Zivilstandsämter gemäss eidgenössischer Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen gebührenpflichtig sind. Neu werden für ab dem 1. September 2023 erfolgte Geburten die Gebühren für die effektiv angefallenen Tätigkeiten erhoben. Wenn alle Unterlagen beim Zivilstandsamt vorhanden sind, bleibt die Registrierung kostenlos.

Zu den konkreten Fragen:

Frage 1: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass höhere Gebühren immer zu einer finanziellen Belastung führen können. Die Gebührenhöhe ist jedoch moderat und wird nach dem konkreten Aufwand bemessen.

Frage 2: Dem Regierungsrat ist kein entsprechender Konsens bekannt. Gemäss eidgenössischer Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen sind Dienstleistungen der Zivilstandsämter gebührenpflichtig.

Frage 3: Aus Pietätsgründen ist keine entsprechende Gebührenerhöhung geplant.

Fragen 4 und 5: Wie einleitend ausgeführt, bleibt die Geburtseintragung kostenlos, wenn alle Unterlagen beim Zivilstand vorhanden sind. Der Regierungsrat erachtet die zusätzliche Belastung auch bei einem grösseren Aufwand für finanziell verkraftbar.

Frage 6a: Die einzelnen Aufwandpositionen werden in der Rechnung des Zivilstandsamts aufgeführt. Die eidgenössische Gebührenverordnung sieht vor, dass der Aufwand zu einem festen Tarif pro Halbestunde grundsätzlich ohne Begrenzung abgerechnet werden kann. Um die Belastung für die Eltern weiterhin überschaubar zu halten, stellt das Zivilstandsamt jedoch nur die erste Halbestunde pro Aufwandposition in Rechnung. Die Kontrolle ist somit für die Rechnungsadressatinnen und -adressaten vollumfänglich gegeben.

Frage 6b: Die erwähnten Faktoren haben keinen direkten Einfluss auf die Gebührenhöhe. Der Aufwand bemisst sich insbesondere daran, ob die Eltern bereits im eidgenössischen Zivilstandsregister eingetragen sind und deshalb auf die Überprüfung von Dokumenten verzichtet werden kann.

Frage 7: Grundsätzlich werden immer wieder Möglichkeiten zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit geprüft. Das Bundesrecht sieht jedoch bei den Geburtseintragungen vor, dass die Eintragung am Geburtsort erfolgen muss und dort auch die entsprechenden Gebühren erhoben werden können.

Frage 8: Nein. Der Regierungsrat möchte die neu zu schaffenden Stellen nicht aus dem ordentlichen Budget finanzieren. Von abgabepflichtigen Personen veranlasste Amtshandlungen sind grundsätzlich zu entgelten, vor allem wenn ein besonderer Aufwand für die Verwaltung entsteht. Die Kostendeckung des Zivilstandsamts beträgt lediglich rund 50 Prozent, was dem gesamtschweizerischen Durchschnitt entspricht. Ein substanzieller Teil der Arbeit des Zivilstandsamts wird somit von der Allgemeinheit finanziert, so auch weiterhin bei den Geburtseintragungen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich bin mit der Antwort leider nur teilweise zufrieden. Das Positive zuerst: Der Regierungsrat hat soeben verlauten lassen, dass er nicht vor hat, bei Todesfällen Gebühren zu erhöhen. Das freut mich sehr. Meines Erachtens sollte das aber natürlich auch bei Geburten so gehandhabt werden, dazu später mehr. Positiv ist auch, dass dank dieser Interpretationsbeantwortung klarer wird, wie die Gebühren abgerechnet werden, und der Aufwand wird für die Betroffenen transparent gemacht. Das heisst, man kann nachvollziehen und nachprüfen, wie viel man zahlen muss.



Auch war mir durch die Medienmitteilung nicht klar, dass es zu keinen Kosten kommt, wenn alle Unterlagen eingereicht werden. Das ist natürlich auch sehr begrüssenswert. Nichtsdestotrotz ist nicht davon auszugehen, dass alle immer alle Unterlagen bei der Seite haben, für die einen ist das Zusammensuchen der Unterlagen schwieriger als für die anderen, je nach dem, woher man kommt, je nachdem, welche Herkunft man hat und welches die aktuelle Situation ist. Dass der Regierungsrat an der Gebühr festhalten will, finde ich deshalb natürlich schade.

Folgende Gründe sprechen meines Erachtens gegen die Gebühr: Bisher wurde das Prinzip hochgehalten, dass sowohl bei Geburten wie auch beim Todesfall eben keine obligatorischen Gebühren anstehen sollen, weil eben genau diese zwei Ereignisse zum Leben gehören. Dieses Prinzip wird neu hintergangen. Für mich klingt das fast ein bisschen so, als würden wir die Leute bestrafen, die Kinder kriegen. Das kann es meiner meines Erachtens nicht sein. Die Gebührenhöhe geht neu nach Aufwand. Das ist vielleicht aus Verwaltungslogik fair, aber von einer sozialen Perspektive gesehen macht das natürlich keinen Sinn, denn was kann zum Beispiel eine alleinerziehende Frau aus dem Baselland dafür, wenn sie aufgrund zum Beispiel einer Risikoschwangerschaft im Universitätsspital Basel gebären muss? Wieso wälzen wir genau die Kosten auf sie ab?

Aber nicht nur alleinerziehende Frauen werden unter dieser Gebühr leiden. Es gibt über 140'000 Kinder in der Schweiz, die in Armut leben. Kinder zu haben entspricht einem der grössten Armutsrisiken in der Schweiz. Ich sehe schon ein, dass es nichts ändern würde, wenn diese Gebühr jetzt wieder gestrichen würde. Diese Zahl wäre weiterhin so hoch. Aber warum man gerade jetzt angesichts der Inflation, der steigenden Mietkosten, der Energiekosten und so weiter Familien zusätzlich belastet, und zwar alle gleich, egal aus welcher Einkommensschicht, ist für mich nicht nachvollziehbar. Übrigens finde ich es auch einen Hohn, zu sagen, dass 200 Franken – so hoch kann diese Gebühr sein – finanziell stemmbar und nicht so schlimm sei. Das ist je nach Situation ein grosser Betrag. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen.

Dann würde ich gern noch kurz etwas ausholen. Wir haben erst gerade über das Steuersenkungspaket abgestimmt in Basel. Die SP war dafür, es war ja ein Kompromiss, den wir mitgetragen haben. In der öffentlichen Debatte wurde immer wieder von rechts moniert, dass es ja sehr fair wäre, wenn man für die oberen Einkommen die Steuern senkt, weil ja die untersten Einkommensschichten sowieso sehr privilegiert seien – was ich an sich schon komisch finde – weil sie keine Steuern zahlen müssen. Diese Gebühr für Geburten, wie wir sie jetzt einführen, zeigt eben einmal mehr, dass das eine Mär ist. Solche nicht einkommensabhängige Gebühren sind eigentlich indirekte Kopfsteuern. Deshalb ist es für mich ganz wichtig zu sagen, dass die These, dass es Leute gäbe in Basel, die keine Steuern zahlen, einfach nicht stimmt, und mit dieser neuen Gebühr noch weniger als vorher schon.

Ein weiteres Problem an dieser Gebühr ist, dass im Vorhinein eben nicht genau klar ist, wie hoch dann die Gebühr pro Familie anfällt. Das weiss man erst, nachdem die Registrierung gemacht wurde. In der Schuldenprävention heisst es immer, man müsse ein Budget erstellen, um die Ausgaben im Überblick zu haben, wenn man so viele Ausgaben habe, die man nicht vorher kenne, dann sei das ein Problem.

Zusammenfassend: Ich finde es wirklich immer noch schade, dass wir jetzt diese Kopfprämien einführen. Wir wälzen Ausgaben des Service Public auf die einzelnen Familien ab und das schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich unterstütze das nicht und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mir der Interpellation teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

2. Interpellation Nr. 120 Pascal Messerli betreffend die Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen für kleine Unternehmen

[20.09.23 09:18:53, 23.5441.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten.

16.32. Interpellation Nr. 121 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Brücken und Strassen in fremden Händen

[20.09.23 09:19:07, 23.5442.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Frage 1: Auf Kantonsgebiet gibt es diverse Kunstbauten wie Brücken und Tunnels in fremdem Eigentum. Der SBB gehören beispielsweise die Erdbeergraben-Brücke, die Peter Merianbrücke, die Brücke Oberwilerstrasse und die Eisenbahnbrücken. Der deutschen Bahn gehören unter anderem die Brücken über die Bäumlihof-, die Riehen- oder die Grenzacherstrasse. Der Bund wiederum ist Eigentümer der verschiedenen Nationalstrassen, Brücken und Tunnels, und der BVB gehört die Birs-Brücke St. Jakob.

Frage 2: Grundsätzlich sind die Eigentümer für den Unterhalt ihrer Bauwerke zuständig. Sind Nutzer und Eigentümer einer Brücke nicht identisch, so bestehen vertragliche Regeln für den Unterhalt.

Frage 3: Für die Sicherheit eines Bauwerks ist in jedem Fall der Eigentümer verantwortlich. Das Vorgehen zu Inspektion und Überprüfung legt der Eigentümer fest. Die Brückentunnels und Strassen im Eigentum des Kantons werden regelmässig kontrolliert und sind in einem guten Zustand.

Frage 4: Der Regierungsrat verweist dazu auf seine Antwort zur Interpellation von Falkenstein betreffend Teilspernung der Margarethen-Brücke von letzter Woche, in der die Historie des falls Margarethen-Brücke ausführlich geschildert wurde.

Frage 5: Wie bereits in der vorletzten Frage ausgeführt, befinden sich die Brücken im Eigentum des Kantons in einem guten Zustand und die Sicherheit ist gewährleistet.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht im Saal und kann nicht sich erklären. Somit ist die Interpellation erledigt.

11. Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG); Gewährung eines Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten von Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen und Nachtragskredit zum «Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern Tagesbetreuungsgesetz, TBG»

[20.09.23 09:21:32, 23.0857.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Die Finanzkommission beantragt, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Franziska Roth (SP): Mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz hat der Kanton für alle Kitas mit Betreuungsbeiträgen Modellkosten festgelegt. Diese setzen sich aus den Lohnkosten, den Miet- und den Sachkosten zusammen. Aufgrund dieser Modellkosten werden auch die Elternbeiträge berechnet und in Verträgen mit den Eltern festgehalten. Es ist zwar vorgesehen, dass diese Modellkosten regelmässig überprüft und angepasst werden können. Dies geschieht aber nur alle vier Jahre und hat bei Anpassungen zur Folge, dass alle Verträge mit den Eltern neu erarbeitet werden müssen. Die Teuerung ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. So hat der Kanton für das Jahr 2022 einen Teuerungsausgleich von 1,3 Prozent und für das Jahr 2023 einen Ausgleich von 2,9 Prozent gewährt. Unter dem alten Gesetz hätte dieser Teuerungsausgleich auch den Kitas mit Leistungsvereinbarung einfach ausgesprochen werden können. Mit den Modellkosten des neuen Gesetzes geht das aber nicht mehr ohne riesigen bürokratischen Aufwand. Darum hat der Regierungsrat nach einer Lösung gesucht, was zusammen mit der Umsetzung, die uns jetzt heute vorliegt, sehr lange gedauert hat. Um den Prozess nun etwas zu beschleunigen und den Kitas und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas mehr finanzielle Sicherheit zu geben, hat die BKK den Ratschlag dringlich behandelt.

Nun liegt uns eine Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes vor, die ermöglicht, dass allen Kitas mit Betreuungsbeiträgen einen Teuerungsausgleich ausbezahlt werden kann, ohne dass es eine sofortige Wirkung auf die Modellkosten hat. Da der Kanton mit den Modellkosten den Kitas finanzielle Vorgaben macht, sind die Kitas sehr eingeschränkt, was die Festlegung der Löhne anbelangt, und es ist Ihnen kaum möglich, von sich aus ihren Mitarbeitenden einen jährlichen Teuerungsausgleich



zu gewähren. Mit der vorliegenden Änderung im Tagesbetreuungsgesetz können nun die Mitarbeitenden der Kitas in Bezug auf den Teuerungsausgleich gleichbehandelt werden, wie das Kantonspersonal. Die Kitas mit Betreuungsbeiträgen erhalten den jährlichen Teuerungsausgleich vom Kanton zusätzlich ausbezahlt, ohne dass es eine sofortige Wirkung auf die Modellkosten und somit auf die Elternbeiträge hat.

Ich habe es schon gesagt, es ist vorgesehen, dass die Modellkosten alle vier Jahre angepasst werden und dann werden auch die Kosten für den gewährten Teuerungsausgleich eingerechnet. Dies wird dann auch Auswirkungen auf die Elternbeiträge haben.

Im Tagesbetreuungsgesetz wird jetzt auch festgelegt, dass die Kitas den Teuerungsausgleich den Mitarbeitenden auch tatsächlich ausbezahlen und das vom Kanton bezahlte Geld nicht anders verwenden können.

Die Mehrkosten für das Jahr 2023 betragen für den Kanton inklusive Riehen und Bettingen 2,4 Millionen Franken, für die Stadt Basel belaufen sich die Mehrkosten auf 2,25 Millionen Franken. Das ist auch der Betrag, den wir als Nachtragskredit zu Lasten des Budgets 2023 zu beschliessen haben. Wie sich die zukünftigen Mehrkosten entwickeln, hängt von der Höhe der zukünftigen Teuerung ab.

Die BKK unterstützt mit 10 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung sowohl die Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes wie auch den Nachtragskredit von 2,25 Millionen Franken und empfiehlt dem Grossen Rat, dies auch zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Besten Dank. Für die Finanzkommission hat das Wort Ehrenpräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission hat es bereits erwähnt, es gibt in diesem Geschäft auch einen Nachtragskredit und die Finanzkommission hat sich entsprechend ihrer Vorgabe oder den gesetzlichen Vorgaben mit diesem Nachtragskredit befasst und wir können ihn gerne mitteilen, dass wir diesen Nachtragskredit in der Höhe von 2,25 Millionen Franken für das Jahr 2023 genehmigt haben. Wir bitten Sie, dies heute auch so zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Wir beantragen Ihnen heute eine Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes, ungefähr einen Monat, bevor wir dann noch umfassend auch über genau dieses Tagesbetreuungsgesetz reden möchten. Aber wir brauchen jetzt beim Teuerungsausgleich eine schnelle Lösung. Deshalb ist es sicher sinnvoll, das vorzuziehen, und ich danke den beiden involvierten Grossratskommissionen, dass sie Hand geboten haben, das unkompliziert und schnell in das Ratsplenum zu bringen mit eben der jetzt gerade erfolgten mündlichen Berichterstattung.

Dem Regierungsrat ist es ein grosses Anliegen, dass den Mitarbeitenden in Kindertagesstätten der Teuerungsausgleich gewährt werden kann. Das Problem stellte sich damals bei der Revision des Tagesbetreuungsgesetzes weniger beziehungsweise nicht akut. Wir haben ja seit 2010 keine Teuerung mehr. Entsprechend ist man damals davon ausgegangen, dass es wohl reicht, wenn man alle vier Jahre in den Modellkosten die Teuerung nachschreibt. Nun hat uns die Realität eines Besseren belehrt. Die Teuerung ist so stark, dass man gerade in Bereichen, wo die Löhne nicht in den Himmel steigen, nicht vier Jahre warten kann, bis dann ein Teuerungsausgleich erfolgt.

Deshalb möchten wir das Gesetz entsprechend anpassen, so dass nun wirklich jährlich der Teuerungsausgleich gewährt werden kann. Das soll administrativ unkomplizierter erfolgen, was auch eine gewisse Herausforderung war. Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr sämtliche Kitaverfügungen im Kanton neu machen müssen, sondern der Teuerungsausgleich soll unkompliziert direkt den Kitas überwiesen werden können, aber natürlich dann auch mit der Verpflichtung, diese zusätzlichen Mittel, die der Kanton an die Kitas auszahlt, direkt und vollständig den Mitarbeitern weiterzugeben. Auch das haben wir nun verpflichtend so geregelt. Die Regelungen zum Teuerungsausgleich entsprechen den Regelungen, die für das Personal des Kantons Basel-Stadt gelten. Da sind wir also deckungsgleich. Auch ist festzuhalten, dass sämtliche Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen Anspruch auf diesen Teuerungsausgleich haben.

Die Modellkosten werden wir natürlich trotzdem anpassen, aber eben wie vorgesehen alle vier Jahre. Das ist dann der Moment, wo der Teuerungsausgleich auch bei den Elternbeiträgen berücksichtigt wird. Über die Höhe der Elternbeiträge reden wir ja dann auch nächsten Monat im Rahmen der Gesamtrevision des Tagesbetreuungsgesetzes.

Ich freue mich, dass wir das heute behandeln können und ich bitte Sie, diesen Teuerungsausgleich so zu gewähren zugunsten der Mitarbeitenden in Kitas, die eine enorm wichtige Arbeit leisten und die diesen Teuerungsausgleich nicht nur verdient haben, sondern eben weil es nicht eine Hochlohnbranche ist, auch brauchen. Die Mehrkosten sind überschaubar, wie die Präsidentin der BKK ausgeführt hat. 2,25 Millionen Franken jetzt für die Stadt Basel und für die Gemeinden Riehen und Bettingen rund 150'000 Franken. Wie auch schon gesagt wurde hängen natürlich die weiteren Mehrkosten direkt von der



Entwicklung der Teuerung ab. Den Teuerungsausgleich, den wir Ihnen heute beantragen, soll rückwirkend auf 1. Januar 2023 ausbezahlt werden, natürlich sobald der Beschluss rechtskräftig ist. Viele Kitas sind da auch schon in die Vorleistung gegangen zugunsten von ihren Mitarbeitenden. Umso wichtiger ist es, dass nun der staatliche Beitrag für den Teuerungsausgleich nachfolgt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Seit 2022 ist das neue Tagesbetreuungsgesetz in Kraft. Dieses Gesetz weist eine Lücke auf. Während unter dem alten Tagesbetreuungsgesetz eine Ausbezahlung des Teuerungsausgleiches für Kitas mit Beitragsbeiträgen möglich war, ist dies im neuen Modell nicht mehr so einfach möglich.

Damit eine Teuerung berücksichtigt werden kann, müssen die Modellkosten neu berechnet werden, was, wie wir gehört haben, sehr kompliziert ist und mit grossem administrativem Aufwand verbunden ist. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen haben Kitas mit Beitragsbeiträgen wieder unkompliziert Anspruch auf den Teuerungsausgleich. Die Kitas erhalten das Geld und sind verpflichtet, dieses an die Mitarbeitenden weiterzugeben. Das ganze soll rückwirkend für das Jahr 2023 geschehen. Entsprechend ist ein Inkrafttreten der Bestimmung per 1. Januar 2023 vorgesehen. Jetzt kommen die rechnerischen Feinheiten dazu. Die aktuellen Modellkosten basieren auf den kantonalen Lohntabellen des Jahres 2020, das heisst, es muss die kumulierte Teuerung seit 2020 berücksichtigt werden und das ergibt dann die 2,25 Millionen Franken für Basel.

Im Namen der Fraktion LDP beantrage ich Ihnen, diese Gesetzeslücke zu schliessen und den Nachtragskredit zu bewilligen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion kann diesem Ratschlag nicht zustimmen. Es erschliesst sich uns nicht, weshalb die Mitarbeitenden der Tagesstätten eine Gleichbehandlung wie das Kantonspersonal erfahren sollen. Diese Tagesstätten sind private Institutionen. Das Argument des Regierungsrates, dass es sich dabei um eine Tieflohnbranche handelt und deshalb die Gewährung zwar grosszügig, aber sinnvoll sei, können wir so nicht gelten lassen. Ich glaube, jeder hier im Saal könnte noch einige Berufe aufzählen, die sich in der Tieflohnbranche befinden. Sie haben aber nicht das Glück, dass der Kanton den Teuerungsausgleich übernimmt. Dies ist eine Ungerechtigkeit, die wir so nicht gelten lassen wollen und können. Auch kleine Gewerbebetriebe können nicht einfach wie der Kanton grosszügig den Teuerungsausgleich gewähren. Dies hängt ja schliesslich von verschiedenen Faktoren ab. Und Herr Regierungsrat Condradin Cramer, wenn Sie dann noch betonen, wie wichtig die Leistung der Mitarbeitenden Kindertagesstätten sind, so muss ich Ihnen sagen, die Wichtigkeit ist, glaube ich, in jedem Beruf gegeben.

Zudem erscheint uns ein Teuerungsausgleich von 2,9 Prozent für 2023 ziemlich hoch. Im Vergleich zu Basel-Landschaft und Zürich erhalten die Kantonsangestellten 2,5 Prozent, ebenso das Bundespersonal. Zudem erachten wir es als etwas schwierig - und darauf sind Sie leider nicht eingegangen -, dass die Mitarbeitenden, die in der Zwischenzeit nicht mehr in den Tagesstätten arbeiten und auch nicht mehr kontaktierbar sind oder sein können, ihren ihnen zustehenden Betrag nicht erhalten können, denn die Auszahlung wird rückwirkend auf den 1. Januar 2023 vorgenommen.

Wir machen zudem darauf aufmerksam, dass bei einem Ja zur Änderung des Gesetzes dieser Automatismus nun generell gilt, dass künftig also nicht mehr einzeln pro Jahr darüber entschieden werden kann als Parlament, ob ein Teuerungsausgleich nun gewährt wird oder nicht. Dies halten wir ebenso für falsch, zumal ich daran erinnern möchte, dass wir auch viele Jahre eine Negativteuerung gekannt haben. Dazumal gab es ebenfalls keine Anpassungen nach unten und schon gar nicht automatisiert.

Und zuletzt fehlt uns im Ratschlag die Stellungnahme der Gemeinden, wie dies eigentlich üblich sein sollte. Mit Rücksprache der zuständigen Gemeinderätin wurde mir mitgeteilt, dass die Gemeinden weder informiert noch zu einer Stellungnahme gebeten wurden. Ich finde dieses Vorgehen sehr fraglich und ich möchte den Regierungsrat auffordern, bei Geschäften, die die Gemeinden betreffen und finanzielle Auswirkungen auf sie haben, lückenlos zu informieren und einzubeziehen. Hätten Sie dies in diesem Falle getan, wüssten Sie, dass die Gemeinden dieses Geschäft ebenso ablehnen wie wir.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.



Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich denke, bei der Vorlage ist es verständlich, dass man sich Gedanken darüber macht, warum der Kanton privaten Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen einen Teuerungsausgleich gewähren sollte, während andere lokale KMU keine Unterstützung erhalten und mit steigenden Personalkosten allein klarkommen müssen. Doch es wurde bereits erwähnt, Kindertagesstätten unterscheiden sich in ihrer Natur erheblich von anderen Betrieben. Die staatliche Modellkostenrechnung schränkt ihre Flexibilität ein, insbesondere in Bezug auf die Lohnpolitik. Dies führt quasi zu einer wirtschaftlichen Scheinfreiheit. Die GLP ist sich bewusst, dass der automatische Teuerungsausgleich und die geplante Überprüfung der Modellkosten alle vier Jahre auch Anpassungen der Elternbeiträge und der kantonalen Beiträge alle vier Jahre bedeuten kann. Dennoch unterstützt die GLP-Fraktion die Gesetzesänderung samt dem Nachtragskredit.

Die Gewährung des Teuerungsausgleichs steht in direktem Zusammenhang mit einer angemessenen Bezahlung für Kita-Mitarbeitende, die in einer Tieflohnbranche arbeiten, die mehrheitlich durch Frauen besetzt ist. Dies betrifft auch Riehen und Bettingen. Ein angemessenes Salär ist ein Schritt zur Anerkennung ihrer wertvollen Arbeit und ein Mittel gegen den Fachkräftemangel.

Da die Anpassung nur für Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen gilt, nutze ich nun die Gelegenheit, um auf ein anderes Problem aufmerksam zu machen. Es betrifft Kindertagesstätten ohne Betreuungsbeiträge, die seit der Einführung der neuen Verordnung zum Tagesbetreuungsgesetz im Januar 2021 nicht mehr in das staatlich verordnete Muster passen, jedoch die Kriterien für eine Bewilligung erfüllen, samt den pädagogischen Ansprüchen, und über qualifiziertes Personal verfügen. Eltern also, deren Kinder oft kleinere familiäre Kitas mit individuellen pädagogischen Konzepten besuchen, erhalten keine kantonale Unterstützung mehr und die Kitas entsprechend auch keinen Teuerungsausgleich.

Die zahlreichen staatlich aufgestellten Regeln zur Organisation von privaten Kindertagesstätten und deren Anforderungen erscheinen übermässig regulierend und behindern den natürlichen Wettbewerb. Das finde ich insofern störend, als dass Einrichtungen von den Eltern aufgrund ihrer Qualität und pädagogischen Philosophie ausgewählt werden, die den Bedürfnissen der Kinder entsprechen. Dieses Kriterium ist denn auch in der Kantonsverfassung verankert. Es ist mir unklar, weshalb beispielsweise eine Kita, wenn Sie nicht während mindestens 12 Stunden pro Tag geöffnet hat, dem Bedürfnis der Kinder nicht entsprechen sollte. Die Innovation und hochwertige pädagogische Betreuung, die beispielsweise von kleinen familiären Einrichtungen geboten werden, leisten einen wertvollen Beitrag zur Vielfalt in der Kinderbetreuung von Baselstadt.

Die wirtschaftliche Situation für diese Betreuungseinrichtung, von denen einige Pionierarbeit in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet haben, ist aufgrund der starren Regelung schwierig. Es besteht die Gefahr, dass sie nacheinander schliessen könnten. Innovation in der Kinderbetreuung trägt jedoch dazu bei, die Bildung und Entwicklung der Kinder zu verbessern, die Vielfalt im Betreuungssystem zu fördern, die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten, wirtschaftliche Vorteile zu schaffen und die Qualität der Betreuung insgesamt zu erhöhen. Es ist von entscheidender Bedeutung, sorgfältig abzuwägen, ob umfassende Regulierungen wertvolle pädagogische Einrichtungen gefährden und neue dieser Art verunmöglichen. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass wir uns über diese Fragen auseinandersetzen sollten und wollen hiermit einen Denkanstoss geben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Nicolas Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Im Namen der Fraktion GAB und der SP-Fraktion möchte ich unsere Unterstützung für den vorgeschlagenen Teuerungsausgleich im Rahmen der Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes zum Ausdruck bringen. Wir sind der Überzeugung, dass der Teuerungsausgleich ein wichtiger Schritt ist und begrüssen die Art und Weise, wie er im neuen Gesetz geregelt ist. Zentral dabei ist, dass der Teuerungsausgleich direkt an die Mitarbeitenden weitergegeben wird. Es ist unbestreitbar, dass es einen Teuerungsausgleich benötigt und es ist gut, dass dieser fest im Gesetz verankert ist.

Die Möglichkeit, den Mitarbeitenden in den Kindertagesstätten einen jährlichen Teuerungsausgleich auf den Lohnkosten zu gewähren, der sich nach der Entwicklung der Personalbetreuung beim Kanton richtet, ist eine transparente und klare Regelung. Dennoch möchte ich betonen, dass dieser Teuerungsausgleich zwar wichtig ist, ab dennoch nur das absolute Minimum darstellt, um die heute vorhandene Unterfinanzierung in der Kinderbetreuung nicht weiter zu verschlimmern. Bereits jetzt leiden viele Kindertagesstätten unter Mangel an Personal und es ist zu erwarten, dass der Personalbedarf in Zukunft weiter steigen wird. Dieser Personalmangel stellt nicht nur eine Belastung für die Mitarbeitenden dar, sondern gefährdet auch die Qualität der Betreuung. Eine der Ursachen für diesen Personmangel ist das nach wie vor viel zu niedrige Lohnniveau und das Fehlen eines Stufenanstiegs, wie ihn das Kantonspersonal kennt. Auch beim Betreuungsschlüssel muss angesetzt werden, wie es von einer vom VPOD eingereichte Petition gefordert wird. Um die Qualität der Kinderbetreuung sicherzustellen, entsprechendes Personal zu finden und auch im Job zu halten, ist eine deutliche Aufwertung des Berufs mittel Reallohnerrhöhung und einer Anhebung des generellen Lohnniveaus erforderlich.

Wir begrüssen es, dass der Kanton endlich anerkennt, dass kantonale Gelder für Lohnkosten mit einer Verpflichtung zur direkten Auszahlung an die Mitarbeitenden verbunden sind und nicht anderweitig verwendet werden dürfen, wie dies bei den



restlichen Lohnkosten der Fall ist. Dieses System sollte somit auch auf die Löhne insgesamt und einen zusätzlichen Stufenanstieg angewendet werden.

Insgesamt unterstützen wir also den vorgeschlagenen Teuerungsausgleich und die Art und Weise, wie er im neuen Gesetz geregelt ist. Wir anerkennen die Bemühungen des Kantons, die Situation zu verbessern. Gleichzeitig möchten wir betonen, dass es weitere Schritte braucht, um die bestehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unterfinanzierung und dem Personmangel in der Kinderbetreuung effektiv anzugehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Vielen Dank für die gute Aufnahme. Ich möchte kurz auf die Einwände eingehen. Zunächst auf die von der Sprecherin der SVP-Fraktion, Jenny Schweizer. Ich glaube, der Vergleich mit anderen privaten Institutionen ist nicht ganz statthaft. Die Kindertagesstätten sind sehr staatsnah. Ein Grossteil der Einnahmen von Kindertagesstätten erfolgen über die Betreuungsbeiträge, die der Kanton leistet. Entsprechend haben Sie weniger Möglichkeiten, aus eigener Kraft die Teuerung weiter zu geben an ihre Kundinnen und Kunden. Sie können das in beschränktem Ausmass, in dem sie die Elternbeiträge erhöhen, aber das schenkt dann überproportional ein, vor allem bei denjenigen Eltern, die eben Betreuungsbeiträge bekommen vom Kanton, weil sie über tiefe Einkommen verfügen. Also, die Kindertagesstätten haben hier nicht die vollen Möglichkeiten, wie sie andere Private haben, die eine Dienstleistung anbieten. Deshalb, glaube ich, ist es schon adäquat, wenn wir uns hier an den Teuerungsansätzen für das Kantonspersonal orientieren.

Dann bin ich war ich jetzt etwas überrascht über die Bemerkungen von Sandra Bothe Wenk, der Sprecherin der grünliberalen Fraktion. Ich habe das noch nie so gehört, dass die Innovation von Kindertagesstätten eingeschränkt wird durch Paragraph 13 des Tagesbetreuungsgesetzes, also die Anforderungen an Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen. Diese Anforderungen, die wir ja hier verhandelt haben vor einigen Jahren im Zuge des neuen Tagesbetreuungsgesetzes, ehen vor, dass eine Kindertagesstätte, konfessionell und politisch neutral zu sein hat, dass sie diskriminierungsfrei Kinder aufnehmen soll, dass sie angemessen auch Ausbildungsplätze anbieten soll, was ganz entscheidend ist, dass wir überhaupt auch in Zukunft Kitas haben können, dass sie eine Betreuung an fünf Tagen gewährt und nicht mehr als vier Wochen, was auch grosszügig ist, nicht mehr als vier Wochen Betriebsferien hat. Das schränkt nicht die Innovation ein. Im Gegenteil, ich glaube, das sind notwendige Regeln, um eine gewisse gleiche Qualitätsstufe unter den Kitas gewährleisten zu können bei der gleichzeitigen Freiheit, pädagogische Akzente zu setzen in den verschiedenen Kitas. Ich bin froh, wenn Sandra Bothe Wenk mir nachher noch im bilateralen Gespräch konkret sagen kann, wo sie denn da die Problematiken sieht. Meine Mitarbeiterinnen und ich, die täglich mit den Kitas zu tun haben, sehen die so nicht, im Gegenteil, ich glaube, es ist wichtig, dass wir diese Anforderungen haben und sie auch nicht aufweichen.

Im weiteren glaube ich wirklich, dass das Hauptproblem, und das hat auch Nicolas Goepfert vorhin gesagt, der Fachkräftemangel ist. Die Kitas, damit Sie prosperieren können, damit Sie innovativ sein können, damit auch neue Kitas entstehen können, brauchen Mitarbeitende, und dazu ist neben vielen anderen Faktoren natürlich auch die Entlohnung ein wichtiger Faktor. Da kann ein Teuerungsausgleich etwas beitragen, dass die Arbeitsbedingungen in Kitas attraktiver werden. Über weitere Möglichkeiten werden wir ja dann eben in der grossen Debatte voraussichtlich nächsten Monat sprechen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Römisch I

§ 13 Abs. 1 lit. h, i und j (geändert)

§ 18a (neu)

Römmisch II. Änderung anderer Erlasse

Römisch III. Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV. Schlussbestimmung



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001309, 20.09.23 09:47:05]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG) vom 8. Mai 2019 [1] (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 1

1 Eine Kindertagesstätte, die Plätze mit Betreuungsbeiträgen anbietet, muss:

h) (geändert) Kinder mindestens während der Hälfte der anwesenden Zeit in deutscher Sprache betreuen;

i) (geändert) ihren Betrieb langfristig finanzieren können und

j) (neu) einen nach § 18a gewährten Teuerungsausgleich ihren Mitarbeitenden weitergeben.

§ 18a (neu)

Teuerung

1 Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen wird jährlich ein Teuerungsausgleich auf den Lohnkosten gewährt, der sich nach der Entwicklung der Personalteuerung beim Kanton richtet.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2023 in Kraft.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II Nachtragskredit (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001311, 20.09.23 09:47:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Gewährung des Teuerungsausgleichs an Kindertagesstätten mit Betreuungsbeiträgen wird für das Jahr 2023 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 2'250'000 bewilligt (Erziehungsdepartement, Dienststelle 290).



Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss 2 zugestimmt mit 81 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

12. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2022

[20.09.23 09:48:12, 23.0744.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die IPK-Fachhochschule Nordwestschweiz beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Gemäss Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Basel-Stadt über die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW führen die Trägerkantone die FHNW mit einem Leistungsauftrag. Dieser wird von den Regierungen erteilt und von den Parlamenten genehmigt. Die FHNW erstattet den Vertragskantonen jährlich Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags, die Verwendung der Finanzierungsbeiträge und den Rechnungsabschluss. Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag ist von den Parlamenten zu genehmigen. Die Berichterstattung an die vier Parlamente erfolgt gemäss dem vierkantonalen Reporting-Konzept in Form eines Berichts der FHNW zur Erfüllung des Leistungsauftrags, dem Jahresabschluss sowie zwei Monitoring-Tabellen mit Kennzahlen. Diese Berichte sind publik und online einsehbar.

Zur Kommissionsberatung: Die interparlamentarische Kommission der FHNW hat den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2022 an der Kommissionssitzung vom 19. Juni 2023 beraten. Bei einem Gesamtaufwand in Höhe von 501,94 Millionen Franken schliesst die FHNW per. 31.12.2022 mit einem Aufwandüberschuss von 1,28 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Defizit in der Höhe von 5,944 Millionen Franken. Dementsprechend verringerte sich das Eigenkapital per Ende 2022 entsprechend von 30,8 auf 29,5 Millionen Franken.

Die IPK FHNW zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung der FHNW im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrages. Für die Leistungsperiode 2021 bis 2024. Besonders das finanzielle Leistungsergebnis wird angesichts der schwierigen Umstände - Stichwort Teuerung – positiv hervorgehoben. Ebenso erfreulich ist, dass die Vorgabe betreffend der durchschnittlichen Ausbildungskosten über alle Hochschulen hinweg nicht nur eingehalten, sondern unterschritten wurde. Die Vorgabe beträgt 28'500 Franken, die durchschnittlichen Kosten für die Ausbildung und der FHNW belaufen sich auf 28'000 Franken.

Am 15. Oktober 2022 waren 13'329 Studierende an der FHNW in 31 Bachelor- und 20 Masterstudiengängen immatrikuliert. Im Vergleich zum Jahr 2021, dem ersten der Leistungsperiode, entspricht dies einem Rückgang von 1 Prozent nach Personen, beziehungsweise 2 Prozent nach Vollzeitäquivalenten. Die Kommission diskutierte erneut die Entwicklung der Studierendenzahlen, mit der weder die Regierungen noch die FHNW selbst zufrieden sind. Von besonderem Interesse ist jeweils die Anzahl Neueintritte. 2022 begannen 3'809 Personen ein Studium an der Hochschule. Budgetiert waren 4'320. 2021 waren es noch 3'933 Personen. Als bedauerlich wird die Tatsache genannt, dass in Bereichen, in denen ein Wachstum erwünscht und angesichts des Fachkräftemangels sehr willkommen wäre, dies nicht realisiert werden konnte. So studierten 2022 an der Pädagogischen Hochschule 3'620 Personen, zwei mehr als im Vorjahr, während an der Hochschule für Technik und der Hochschule für Wirtschaft die Studierendenzahl sogar zurückging. Angesichts dieser Entwicklung wollte die Kommission wissen, ob es sich um ein Problem der Hochschule oder eine generelle Entwicklung handelt. Ihr wurde aufgezeigt, dass der Bestand der Studierenden gesamtschweizerisch zurückging und dass benachbarte Fachhochschulen sinkende Zahlen in ähnlichem Masse aufweisen.

Für eine generelle Entwicklung der sinkenden Zahlen lassen sich noch keine erhärteten Fakten nennen. Allerdings gibt es Überlegungen, welche einen Erklärungssatz bieten. So könnte die ausserordentlich hohe Anzahl Neueintritte im 2020 mit den wirtschaftlichen Unsicherheiten, welche die Coronapandemie mit sich brachte, erklärt werden. Der Schritt, ein Studium zu beginnen, mag vielen jungen Menschen als sicherer Weg erschienen sein. Zudem konnte festgestellt werden, dass die Studierenden sich früher zu diesem Schritt entschieden haben. Als weiterer Grund für die sinkende Anzahl Neueintritte wurde die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt genannt. Der Fachkräftemangel führt dazu, dass viele Berufsmaturaabsolventinnen und -absolventen Angebote erhalten, bei ihren Lernbetrieben zu bleiben und das Studium entsprechend zu verschieben.

Als weiterer Faktor für die sinkende Anzahl Neueintritte wurde analoge Abnahme der Anzahl Absolventinnen und Absolventen der Berufsmaturität genannt. Einerseits habe dies demografische Gründe, andererseits wurde die Kommission



exemplarisch die Entwicklung der Zahlen zwischen 2018 und 2021 in verschiedenen Berufen und in der Region Nordwestschweiz genannt. Einige Beispiele: Kaufmann/Kauffrau mit Berufsmatur minus 7 Prozent, Polymechniker:in mit Berufsmatur minus 40 Prozent, Zeichner:innen mit Fachrichtung Ingenieurbau minus 45 Prozent. Die Berufsmaturität ist eine Voraussetzung für ein Fachhochschulstudium. Je weniger potenzielle Studierende es gibt, desto schwieriger wird es für die FHNW, ihre Anteile konstant zu halten oder gar zu wachsen.

Kommission, Regierungsratsausschuss und FHNW sind sich einig, dass die Stärkung der Berufslehre mit Berufsmaturität wichtig ist und es sich um eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Hochschule handelt. Im Gegensatz zu anderen Berufen ist bei Informatiker:innen weiterhin ein Wachstum festzustellen, plus 52 Prozent. Allerdings verliert die FHNW Informatikstudierende an die Konkurrenz. Dadurch lässt sich der stärkere Rückgang im Bereich Technik im Vergleich zu umliegenden Fachhochschulen erklären. Diesem Umstand begegnen die Trägerkantone mit dem Entscheid, auf die nächste Leistungsauftragsperiode eine Hochschule für Informatik zu gründen.

Die Kommission interessierte sich auch für mögliche Risiken, erstens die Digitalisierung. Im Hinblick auf die Grenze zwischen analoger und digitaler Hochschule verweist die Fachhochschule darauf, dass die Coronapandemie diesbezüglich neue Möglichkeiten mit sich gebracht habe, die nicht mehr verschwinden werden. So wird hybrides Lernen nicht nur von den Studierenden gewünscht, sondern ermöglicht auch, Studium und Arbeit besser vereinbaren zu können. Die FHNW bestehen in den Bereichen auf Präsenzunterricht, wo es didaktisch sinnvoll ist. Die Rückkehr zu einer Präsenzhochschule wie vor 10 Jahren würde aber weder positiven Einfluss auf die Neueintritte haben noch von der Wirtschaft geschätzt.

Als weiteres mögliches Risiko erwähnte die FHNW die Zunahme der Inanspruchnahme des psychologischen Betreuungsangebots seit der Coronapandemie. Diese Entwicklungen lassen sich durch schweizweite Studien bestätigen, ohne dass die genauen Gründe für diese Entwicklung bekannt wären. Die IPK FHNW nahm diesen Hinweis zur Kenntnis und wird sich von der FHNW über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Kenntnisnahme des Geschäftsberichts: Gemäss § 16 Absatz 1 Lit. b des Staatsvertrags obliegt der IPK FHNW die Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes. Die IPK FHNW nahm den Geschäftsbericht mit 18 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zur Kenntnis.

Anträge an die Parlamente der Trägerkantone: Die IPK FHNW beantragt einstimmig mit 18 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen wie folgt zu beschliessen: Erstens den Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsantrags 2022 zu genehmigen, der Beschluss unter Ziffer 2 steht unter dem Vorbehalt, dass auch die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden. Ich beantrage Ihnen, diese Anträge zu bestätigen.

Zum Schluss möchte ich noch allen Personen danken, die sich für die FHNW einsetzen, im Speziellen dem Fachhochschulrat, der Direktion und den Angestellten der FHNW. Allen Studierenden wünsche ich weiter viel Erfolg.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Vielen Dank. Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Wir würdigen heute die Berichterstattung der FHNW über ihr Leistungsjahr 2022 und dies auf der Grundlage des Berichts der interparlamentarischen Kommission. Mit der interparlamentarischen Kommission IPK freue auch ich mich über das finanzielle Leistungsergebnis der FHNW. Dank des haushälterischen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, auch dank den Erfolgen bei der Drittmittelinwerbung konnte die FHNW die herausfordernde Teuerungssituation meistern.

Ich schliesse mich dem Urteil der IPK auch beim Thema Studierendenwachstum an. Dieses kann ja nicht ganz befriedigen. Immerhin kann ich jedoch informieren, dass die neuesten Entwicklungen auf eine Trendumkehr verweisen. Die Anmeldezahlen für das kommende Herbstsemester sehen vielversprechend aus. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, dass die FHNW in diesem Jahr die budgetierten Neueintritte auch zu erreichen vermag.

Wir haben Gründe für diese positive Entwicklung oder mindestens dürfen wir mutmassen. Zum einen verweise ich gerne auf den Bildungsbericht Schweiz aus diesem Jahr. Auch wenn nicht anzunehmen ist, dass die Studieninteressierten den Bildungsbericht vor der Hochschulwahl konsultieren, so hat sich wohl doch herumgesprochen, wie hervorragend die FHNW im Vergleich zu den anderen Fachhochschulen bewertet wird. So sagen Absolventinnen und Absolventen der FHNW am häufigsten von allen Fachhochschulen, dass sie ihr Studium ein weiteres Mal an der FHNW absolvieren würden. Und auch bei dem vom Bundesamt für Statistik erhobenen Arbeitsmarktvollsdaten kann die FHNW punkten. Nicht nur ist die erwerbstätigen Quote von FHNW-Absolventinnen sehr hoch, hoch ist im gesamtschweizerischen Vergleich auch der Anteil jener Absolventinnen und Absolventen, die nach Abschluss eben ausbildungsadäquat beschäftigt sind. Das ist bei einer Hochschule, die nicht nur die klassischen Fachhochschulbereiche, sondern auch Kunsthochschulen führt, ein ausgezeichnetes Resultat.

Und hinzuweisen ist auch auf den aktuellen Leistungsauftrag an die FHNW. Dort ist unter der Rubrik Entwicklungsschwerpunkte festgehalten, dass sich die FHNW in der laufenden Periode auf die Aktualisierung und



Erneuerung ihres Studienangebots konzentrieren soll. Die FHNW hat diesem Auftrag auch schon Folge geleistet. Bis Ende der laufenden Leistungsauftragsperiode im Jahr 2024 wird es insgesamt 11 neue Studiengänge geben, 20 sind überarbeitet und 6 neue Studienformen sind lanciert.

Die Attraktivität und Aktualität des FHNW-Portfolios wird ebenfalls eines der Kernthemen des kommenden Leistungsauftrags sein. So wurde die IPK bereits darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Regierungen auch auf der Ebene der Hochschulen Neuerungen vorsehen. Vorgesehen ist die Gründung einer Hochschule für Informatik in Brugg Windisch mit einem zweiten Standort in der Region Basel, die Hochschule für Technik wird um den Fachbereich Umwelt erweitert und auch die Hochschule für Wirtschaft soll ihr Portfolio überprüfen und erweitern.

Die IPK wird im Dezember über das Fortschreiten dieser Planungen im Rahmen des Verhandlungsmandats informiert. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir nach einer Phase der Angebots- und Kostenkonsolidierung nun in eine nächste Phase eintreten können, in der der Fokus verstärkt eben auf die Lancierung neuer Angebote liegt, mit dem Ziel auch einer guten und stabilen Auslastung der FHNW-Campus in allen vier Kantonen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Jahresrechnung 2022 zur Kenntnis und genehmigt die Berichterstattung. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei den roten kritische Punkte angesprochen werden. Die erreichten Zielsetzungen nehmen wir mit Genugtuung zur Kenntnis, werden sie jedoch nicht näher beleuchten. Ich habe mir mein Votum vom letzten Jahr zuerst angesehen und dort hatte ich bemängelt, dass die Anzahl Neueintritte gesamthaft um 5 Prozent zurückgingen. Wenn wir die jetzigen Zahlen anschauen, wird es nicht besser. Das Budget bei Neueintritten wurde um 12 Prozent unterschritten und es sind 3 Prozent weniger als letztes Jahr, wo, wie ich eingangs dargelegt habe, auch schon die Neueintritte eingebrochen waren. Leider – und das ist wirklich sehr bedauerlich und fordert eine Erklärung – gibt es immer noch keine Analyse zur Feststellung der Gründe. Diese fehlte letztes Jahr und dieses Jahr ist sie auch nirgends erwähnt. Daher gehe ich davon aus, dass sie immer noch pendent ist, was natürlich schlecht ist, weil so auch keine gezielten Verbesserungen vorangetrieben werden können.

Für mich ist es ein Widerspruch, dass immer die hohen Maturandenquote genannt und kritisiert wird, aber diese Abgänge sind ja für die Neueintritte in der FHNW gerade auch interessant. Es ist ja nicht so, dass nur Angebote für Berufsmaturitätsabgänge bestehen. Vielleicht sollten hier die Abschlussjahrgänge an den Gymnasien besser abgeholt werden.

Vergleichsdaten mit anderen Fachhochschulen liegen auch nicht vor, da der Bericht vorher abgeschlossen wurde. Aber so ist es natürlich schwierig, diese Leistungsberichte zu interpretieren, wenn Berichte ohne wichtige Analysen verfasst werden. Es wäre vielleicht sinnvoll, die Berichte dann zu präsentieren, wenn die interessanten und realen Fakten alle zusammengetragen werden konnten. Nur so können konkrete Rückschlüsse gezogen werden. So aber versteigen wir uns in Interpretationen und Annahmen, die eigentlich Zeitverschwendung sind, da uns wichtige Teile im Gesamtbild fehlen.

Weiter habe ich mir die Bezüge des Fachhochschulrates angeschaut. Vielleicht erinnern Sie sich, dass letztes Jahr mediale Kritik aufkam, dass die Präsidentin im Vergleich zu anderen Präsidien in der Schweiz ein Vielfaches an Bezügen bekommt. Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich ihre Summe um keinen Rappen verändert hat und die Kommission in ihrem Bericht dieses Jahr auch nicht darauf eingeht. Somit steht die Frage immer noch im Raum, ob die Kommission diese Summe überhaupt in der Zwischenzeit hinterfragt hat.

Die Bezüge der Fachhochschulräte im Allgemeinen geben mir Rätsel auf. Was sich nun wie eine schreckliche Mathematikaufgabe anhört, sieht so aus: Die einzelnen Beträge der Fachhochschulräte belaufen sich zwischen 12'000 Franken als tiefster Bezug und 31'800 Franken als höchster Bezug. Kein Mitglied des Fachhochschulrates erhält einen gleichen Betrag. Wie kommen diese Beträge zustande? Ich danke Ihnen, Herr Regierungsrat, wenn Sie eine kurze Erläuterung geben könnten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort. Er wünscht das Wort.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Die Entschädigungen des Fachhochschulrates und namentlich der Präsidentin des Fachhochschulrates sind absolut adäquat. Die vier Kantone haben dazu auch Stellung genommen. Wir sind ja bald im Prozess, für die jetzige verdiente Präsidentin des Fachhochschulrates eine Nachfolge zu finden. Klarerweise müssen wir da konkurrenzfähig sein, nicht nur in der Art der Arbeit und der spannenden Herausforderung, sondern eben auch in einer



adäquaten Entschädigung. Das ist entscheidend für eine so grosse Institution mit einem Budget von über einer halben Milliarde jedes Jahr. Die Fachhochschule ist ein grosser Laden, entscheidend für unsere ganze Region, für die wirtschaftliche Prosperität, für die Ausbildung unserer jungen Leute. Ich halte es, wenn ich das so ausdrücken darf, für kleinlich, wenn man sich derart an diesen Entschädigungen abarbeitet. Ich sehe das Entsetzen in Ihren Gesichtern. Deshalb wiederhole ich es noch einmal, ich halte das wirklich für kleinlich. Ich glaube, wenn wir gute Leute wollen für diese wichtigen Ämter, dann brauchen wir auch attraktive Bedingungen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass wir das auch bei der Fachhochschule anbieten können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Absatz 1 Leistungsauftrag 2022

Absatz 2 Vorbehalt Zustimmung Partnerkantone

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001313, 20.09.23 10:08:21]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2022 wird genehmigt.
2. Der Beschluss unter Ziffer 1 steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung

13. Petition P417 "Rehe auf dem Friedhof am Hörnli"

[20.09.23 10:08:36, 20.5273.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Petitionskommission das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne erlaube ich mir Ihnen nachfolgend zur Petition 417 «Rehe auf dem Friedhof Hörnli» Bericht zu erstatten.

Die Rehe beschäftigen nicht nur uns als Petitionskommission, sondern waren in der Vergangenheit auch immer Thema in den lokalen Medien. Meist war es jedoch eher negativ belastet, insbesondere durch die Schäden, welche die nicht bescheidene Anzahl an Wildtieren am Friedhof hinterlassen haben. Umso erfreulicher ist es, dass zwischenzeitlich durch die Petentschaft selber eine erste Lösung gefunden werden konnte. Ich gehe davon aus, dass Sie dies zwischenzeitlich auch mitbekommen haben. Nichtsdestotrotz möchte ich kurz über die Arbeit der Petitionskommission in der Angelegenheit berichten.



Anliegen der Petentschaft: Die Lancierung der Petition geht auf eine vom Justiz und Sicherheitsdepartement am 12. Mai 2020 erteilte Bewilligung zum Abschuss der auf den Friedhof am Hörnli lebenden Rehe zurück. Dagegen reichte die Fondation Franz Weber Rekurs ein. Zum Zeitpunkt der Anhörung durch die Petitionskommission war die Abschlussbewilligung deshalb sistiert. Die Petentschaft hat die Petitionskommission im Rahmen des Hearing gebeten, mit der weiteren Behandlung der Petition zu warten, bis das Ergebnis des Runden Tisches bekannt ist oder, sollte dieser zu keiner Erkenntnis kommen, bis über den Rekurs entschieden ist. Die Präsidentschaft hat zudem ins Feld geführt, dass vor einem Abschuss der Tiere noch diverse Möglichkeiten zu prüfen sind, wie die Tiere davon abgehalten werden können, weitere Schäden an der Landschaft und auch an den Gräbern zu verursachen und hat dazu auch verschiedene Vorschläge gemacht.

Vorgehen: Der Grosse Rat hat die Petition 417 «Rehe auf dem Friedhof Hörnli» an seiner Sitzung vom 9. September 2020 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 21. September 2020 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings zwei Vertreterinnen der Präsidentschaft, eine Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements sowie den Kreisleiter Grünflächenunterhalt Hörnli an. Danach wartet die Petitionskommission auch auf Wunsch der Petentschaft bis zur Verabschiedung ihres Berichts an den Grossen Rat das Ergebnis eines aus einer Vertretung der Fondation Franz Weber, drei Departementen des Kantons sowie der Gemeinde Riehen zusammengesetzten Runden Tisches ab.

Die Petitionskommission hat nach dem Hearing mit der weiteren Behandlung der Petition, wie von der Präsidentschaft gewünscht, zugewartet. Gemäss einer Medienmitteilung des Bau- und Verkehrsdepartements vom 7. Februar dieses Jahres hatte der Runde Tisch, bestehend aus der Fondation Franz Weber, Vertreter des Bau- und Verkehrsdepartements, des Gesundheitsdepartements, des Justiz und Sicherheitsdepartementes sowie der Gemeinde Riehen verschiedene Lösungsansätze evaluiert und Massnahmen umgesetzt. So wurden zum Beispiel probeweise zwei Durchgänge zum Wald gebaut, den aber nur wenige Tiere zum Verlassen des Friedhofes genutzt haben.

Seit Einreichung der Petition hat sich die Zahl der auf dem Friedhof lebenden Rehe weiter erhöht. Eine wissenschaftliche Zählung der Fondation Franz Weber ist im Jahr 2020 auf eine Zahl von rund 60 Tieren gekommen. Die hohe Dichte der auf der beschränkten Fläche lebenden Tiere führte unter den Tieren zu Stress und Inzucht. Deshalb ist gemäss Medienmitteilung eine starke und dauerhafte Reduktion des Bestandes unabdingbar. Die Teilnehmenden des Runden Tisches seien zudem übereingekommen, dass künftig nur noch der obere naturnahe und waldähnliche Teil des Friedhofes für Rehe zugänglich sein soll. Um das Leben der Tiere zu retten, hat sich die Fondation Franz Weber im Sinn eines Pilots für eine Umsiedlung der Tiere eingesetzt. In ihrer Medienmitteilung vom 9. März dieses Jahr stellte sie fest, dass das Einfangen und die Freilassung von 21 Tieren im Kanton Jura ohne Zwischenfälle geglückt ist.

Sie ist bestrebt, Gebiete und Kantone zur Aufnahme von Hörnlirehen zu finden. Sobald der Hauptteil des Friedhofes frei von Rehen ist, soll gemäss BVD ein neuer Zaun an ein Justo Management dafür sorgen, dass keine Rehe mehr dorthin gelangen. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat dafür einen Ratschlag vorlegen. Die Petitionskommission stellt fest, dass sich die Fondation Franz Weber mit dem Ergebnis des Runden tisches und der ersten Umsiedlungsaktion zufrieden zeigt. Mit dem nun verfolgten Ansatz kommt es, wie von der Petentschaft gewünscht, zu keinem Abschuss von Rehen.

Antrag: Die Petitionskommission ist erfreut, dass für Bambi und seine Freunde mit der Umsiedlung eine wesentlich erfreulichere Lösung gefunden werden konnte, ohne dass das Leben der Tiere als Rehpfeffer oder Asche mit Hörnli auf der Speisekarte der lokalen Gastronomie geendet hätte. Aus diesem Grund beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Petition als erledigt zu erklären.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sie haben gesagt, es komme zu keinem Abschuss von Rehen. Gilt das nur für das Territorium unseres Kantons oder auch für den Kanton Jura?

Christian C. Moesch (FDP): Ich weiss nicht, ob die Rehe gekennzeichnet sind als ehemalige Hörnlirehe und dann vom Abschuss in anderen Kantonen ausgenommen werden. Wir werden sehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet der Kommissionspräsident. Die Petition beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie haben die Petition stillschweigend als erledigt erklärt.



14. **Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse"**

[20.09.23 10:15:21, 23.5095.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne erteile ich Ihnen nachfolgend Bericht zu Kommissionsberatung und Beschluss über die Petition 4 61 «Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse – Mittlere Strasse – Friedensgasse».

Zur Petition: Das Bürgerspital Basel erhielt von den Basler Behörden eine Ausnahmegewilligung für den Bau eines überdimensionierten Renditegebäudes innerhalb einer der grössten intakten Grünzonen im Quartier am Ring. Durch die geplante Versiegelung von rund 300 m² Naturboden würde eine für den Klimaschutz und das Stadtklima wertvolle Grundlage unwiederbringlich zerstört. Das mehr als 24 Meter lange viergeschossige Gebäude mit einer sichtbaren 13 Meter hohen Betonbrandmauer würde weit über den Blockrand hinaus in den grünen Hinterhof ragen und die Luftzirkulation innerhalb des Viertels empfindlich beeinträchtigen. Die kühlende Wirkung des Grünraums nach aussen ginge damit stark zurück. Zwei geschützte Bäume in unmittelbarer Nähe des Bauprojektes drohen durch die geplante Versiegelung einzugehen. Auch müsste eine jahrzehntelang gewachsene, 5 Meter hohe Hecke komplett gerodet werden, um das Baugerüst zu errichten. Die Unterzeichnenden verlangen vom Grosse Rat nebst dem Erhalt des intakten Grünraums in der Schutzzone Maiengasse, Mittlere Strasse, Friedensgasse einen Stopp der Versiegelung von Naturböden für Renditebauten im grünen Hinterhofgebiet sowie den Schutz von Bäumen und Hecken durch unsinnige Verdichtung. Im weiteren fordert die Petentschaft die Einhaltung der Richtlinien des Stadtklimakonzepts des Kantons Basel-Stadt, insbesondere durch öffentlichrechtliche Organisationen wie das Bürgerspital Basel sowie die Gewährleistung des Klimaschutzes und der Erreichung der CO₂ -Ziele, insbesondere durch Verhinderung von Hitzeinseln.

Zum Vorgehen der Petitionskommission: Der Grosse Rat hat die Petition 461 «Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse – Mittlere Strasse – Friedensgasse» an seiner Sitzung vom 15. März 2023 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 24. April 2023 hörte die Kommission zwei Vertreter der Petentschaft und die Leiterin des Bau- und Gewerbeinspektorats als Vertreterin des BVD an. Sie beschloss gleichentags zusätzlich die Haltung des Bürgerspitals Basel einzuholen. Das Hearing mit dessen Direktor und dessen Leiter Servicecenter Immobilien fand am 19. Juni 2023 statt.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die beiden Vertreter Petentschaft haben gegenüber der Petitionskommission ein generelles und ein konkretes Anliegen vorgebracht. Sie stellen einen grundsätzlichen Interessenkonflikt zwischen der Schaffung von weiterem Wohnraum in bereits dicht besiedeltem und bebautem städtischen Raum und eine Verbesserung des Stadtklimas fest und fordern die politischen Akteure deshalb auf, sich Gedanken über die Vereinbarkeit dieser beiden Ziele zu machen und Lösungsansätze zu definieren. Ihrer Meinung nach besteht in Basel ein mindestens so grosses Interesse an zusätzlichem öffentlichen Grünraum wie an zusätzlichem Wohnraum. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass der Regierungsrat den städtischen Hitzeinseln und dem hohen Anteil an asphaltierten und bebauten Flächen mit dem Stadtklimakonzept begegnen will.

Das Geviert Maiengasse, Mittlere Strasse und Friedensgasse gehört zu den Zonen mit hohem Handlungsbedarf. Für die Luftzirkulation seien nichtüberbaute Hinterhöfe wichtig. Konkreter Wunsch der Petentschaft ist es deshalb, dass der Regierungsrat das Bürgerspital zum Rückzug seines Bauprojektes an der Maiengasse 52 auffordert, damit der bestehende Grünraum erhalten bleibt. Das Projekt stammt aus einer Zeit lange vor dem Stadtklimakonzept und würde ein komplett unbebautes Gelände unwiederbringlich versiegeln. Das zur Überbauung vorgesehene Gebäude befindet sich laut Petentschaft in der Stadt- und Dorfbildschutzzone sowie in der Baumschutzzone. Das projektierte Gebäude mit 12 Wohneinheiten bezeichnet sie als Renditeobjekt. Auf dem gesamten Gelände befinden sich laut Petentschaft mehrere schützenswerte Bäume. Zwei unabhängige, im Auftrag der Bauherrschaft erstellte Gutachten kämen zum Schluss, dass die auf Nachbargrundstücken stehende Buche und Platane nicht überlebten. Aus Sicht der Petentschaft sei zudem das Vorhaben auch aus verschiedenen rechtlichen Standpunkten und Sichtweisen fragwürdig. Da es sich beim Bürgerspital um eine öffentlich-rechtliche Institution handelt, dürfte es dem Regierungsrat aus Sicht der Petentschaft möglich sein, einen Weg zu finden, um das Projekt zu verhindern und damit zu beweisen, dass er das Stadtklimakonzept ernst nimmt. Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass der Kanton dem Bürgerspital ein anderes Grundstück zur Verfügung stellt.



Erläuterung seitens der Verwaltung: Die Leiterin des Bau- und Gewerbeinspektorats ist auf die bisherige Geschichte dieses Projektes eingegangen. Das fragliche Grundstück befindet sich in der Bauzone. Früher betrieb die Bürgergemeinde darauf eine Gärtnerei. Im Jahr 2009 reichte sie mit der Absicht, ein Mehrfamilienhaus zu bauen, ein generelles Baubegehren mit Grundsatzfragen ein. 2010 wurde die Bauherrschaft von den Behörden zur Durchführung eines Varianzverfahrens verpflichtet. Sie mussten mehrere qualifizierte Büros einladen, um Lösungen für die spezielle Situation zu finden. Die aus dem Varianzverfahren hervorgegangenen Projektideen sind in der Folge von Fachleuten beurteilt worden. 2012 reichte die Bürgergemeinde das Siegerprojekt nochmals als generelles Baubegehren ein, in welchem es nur um Grundsatzfragen ging. 2013 erhält sie mit Auflagen die Zusage zur Realisierung des Gebäudes. Alle involvierten Stellen, Baumschutz, Naturschutz, Denkmalpflege, Städtebau und Architektur sowie Bau- und Gewerbeinspektorat, waren damit einverstanden, einen Baukubus in der Parzellenmitte zu platzieren. Gegen das generelle Baubegehren wurde Einsprache erhoben 2014 bestätigte die Baurekurskommission die Erteilung der Baubewilligung. 2016 stützte das Appellationsgericht und 2017 das Bundesgericht diesen Entscheid. Baurekurskommission oder Appellationsgericht hatten volle Kognition, konnten den Entscheid der Baubewilligungsbehörde als umfassend prüfen. Das konkrete Baubegehren hat das Bürgerspital im Jahr 2020 eingereicht. Auch gegen dieses wurde von Personen aus der Nachbarschaft Einsprache erhoben, welche jedoch von der Baurekurskommission abgewiesen wurde. Erneut gelangten die Gegner des Projektes an das Appellationsgericht. Dessen Urteil wird auf Ende 2023 oder Anfang 2024 erwartet und könnte an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Stellungnahme des Bürgerspitals: Die beiden Vertreter des Bürgerspitals sind auf die in der Petition formulierten Einwände gegen das von zur Diskussion stehende Projekt Merlin eingegangen. Sie hielten fest, dass das Bürgerspital im geschaffenen Wohnraum Mieterträge generieren wolle. Das Projekt halte sämtliche gesetzliche Vorgaben ein und folge somit der Strategie der inneren Verdichtung des Bundes als auch der Strategie der Siedlungsentwicklung des Kantons Basel-Stadt. Der Neubau mit 8 Wohnungen führe insofern zu keiner zusätzlichen inneren Verdichtung, als sich die Parzelle seit langer Zeit in der Bauzone befindet. Im Gegensatz zur Petentschaft erachtet das Bürgerspital das Projekt weder als überdimensioniert noch als renditegesteuert. Das Geviert zwischen Maiengasse, Mittlere Strasse und Friedensgasse sei inklusive der Parzelle des Bürgerspitals 11'490 m² gross. Rund 55 Prozent davon sei als Freifläche dem innenliegenden Grünraum zugewiesen. Ein zusätzliches klimatisches Problem für die Stadt Basel entsteht in der Einschätzung der Vertreter des Bürgerspitals durch den Neubau nicht, da die Grundfläche des Gebäudes lediglich 4,8 Prozent der totalen Arealfäche beansprucht.

Gegen eine Fortsetzung der Blockrandbebauung habe der Kanton im Jahr 2010 sein Veto eingelegt. Nachdem das Bürgerspital ein genaues Baubegehren mit der Idee eingereicht hatte, den bestehenden Block-Rand weiterzuführen, sei es vom Kanton verpflichtet worden, ein Varianzverfahren, also einen architektonischen Wettbewerb, durchzuführen und zu einem Solitärbau ermuntert worden. Das geplante Projekt stellt gemäss den Vertretern des Bürgerspitals einen starken Bezug zum Baumbestand im Aussenraum her. Der Schutz der Bäume sei bereits beim Start des Varianzverfahrens eine wichtige Rahmenbedingung gewesen. Deshalb sei die Baumschutzkommission einbezogen worden. Das von einem Baumschutzpflieger erstellte Baumschutzkonzept ist gemäss den Vertretern des Bürgerspitals von der Stadtgärtnerei anerkannt worden.

Hingewiesen haben die Vertreter des Bürgerspitals schliesslich auf die Verwendung der mit dem Projekt generierten Mieteinnahmen. Da der Betriebsertrag des Bürgerspitals Basel die Betriebskosten nicht deckt, ist das Bürgerspital auf das Finanzvermögen und auf Einnahmen aus nicht operativen Tätigkeiten angewiesen. Die mit dem Projekt Merlin verbundenen Mieterträge dienen also der Deckung des Betriebsverlustes.

Feststellungen und Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass keine politische Handhabe zur Verhinderung des Projekts Merlin existiert. Das Bürgerspital verfügt über eine allerdings noch nicht rechtskräftige Baubewilligung. Die Gegner des Vorhabens haben sich in den letzten 10 Jahren sowohl gegen das generelle Baubegehren als auch gegen das konkrete Bauprojekt auf juristischem Weg gewehrt. Sollte das Appellationsgericht den von der Baurekurskommission im August 2022 abgewiesenen Rekurs gegen die Baubewilligung stützen, bliebe als letzte Möglichkeit die nochmalige Anrufung des Bundesgerichtes. Mit Einreichung der Petition haben die Kreise, die den Bau des Gebäudes verhindern wollen, einen neuen Weg eingeschlagen. Ihre Forderung, den Grünraum zu erhalten, liesse sich selbst bei entsprechendem politischem Willen weder vom Grossen Rat noch vom Regierungsrat durchsetzen. Dass das Bürgerspital auf dem ihm gehörenden baureifen Land bauen will, ist für die Petitionskommission nachvollziehbar, und da seit der Einreichung des ersten generellen Baubegehens schon fast 14 Jahren vergangen sind, kann die Petitionskommission auch nachvollziehen, dass das Bürgerspital am vorliegenden Projekt festhält. Ein angepasstes Projekt müsste das gesamte Baubewilligungsverfahren von Neuem durchlaufen.

Verständnis hat die Petitionskommission für grundsätzlichen Widerstand gegen die Überbauung von hochwertigen Hinterhöfen. Zwischen der Innenentwicklung und dem Erhalt beziehungsweise der Erweiterung von Grünflächen besteht ein Zielkonflikt. Um die weitere Zersiedelung zu verhindern, sollte gleichzeitig die Innenentwicklung gefördert werden. Die Petitionskommission ist sich einig, dass sich der Regierungsrat zu dieser Problematik Gedanken machen und äussern sollte. Uneinig war sie sich jedoch, auf welchem Weg eine entsprechende Stellungnahme eingeholt werden soll. Letztlich hat sich eine Mehrheit der Kommission für eine Überweisung an den Regierungsrat ausgesprochen mit der Bitte um Beantwortung von diversen Fragen.



Die Petitionskommission beantragt somit dem Grossen Rat mit 6 zu 4 Stimmen, die Petition «Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse – Mittlere Strasse – Friedensgasse» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Christian C. Moesch (FDP):

Nicole Amacher (SP): Wie wir eben schon vom Präsidenten der Petitionskommission gehört haben, ist die gesamte Petko aufgrund der Ausgangslage zum Schluss gekommen, dass keine politische Handhabe zur Verhinderung oder Redimensionierung des bereits 14 Jahre alten Projekts Merlin besteht. Es geht der Kommissionsmehrheit in ihrem Antrag lediglich darum, die bei uns durch die Behandlung dieses Geschäftes entstandenen offenen Fragen von der Regierung beantwortet zu bekommen.

Es ist sicher von uns allen hier drin unbestritten - und vor allem noch unter dem Eindruck des Megasommers 2023, der uns bis zum letzten Wochenende Temperaturen bis zu 30 Grad beschert hat -, dass es aufgrund der Hitzeentwicklung in Basel eben gerade nicht einen Abbau von Grünflächen, sondern deren Erweiterung dringend braucht. Der Mehrheit der Petko und auch der SP-Fraktion ist deshalb das berechtigte Anliegen der Petentschaft, nämlich des Schutzes und Erhalts von Grünraum und somit möglichst eine Verhinderung weiterer Überbauung von hochwertigen Hinterhöfen sehr verständlich.

Der Zielkonflikt von Erhalt dieser kleinen Oasen und von Verdichtung liegt somit auf der Hand. Genau deshalb ist es der Mehrheit der Kommission in dem Zusammenhang und vor allem auch vor dem äusserst wichtigen Hintergrund, dass die Regierung 2021 das Stadtklimakonzept verabschiedet hat, sehr wichtig, jetzt von der Regierung eine Stellungnahme zu erhalten, wie ihre Positionierung künftig im Zielkonflikt zwischen der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sowie der Verdichtung und dem Erhalt sowie der Schaffung von Grünflächen aussehen wird. Das ist der Grund für den Überweisungsantrag. Deshalb bitten wir Sie um Überweisung, damit die Regierung zu diesen Fragen Stellung nehmen kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist die Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede im Folgenden auch für die Fraktion der LDP. Was sollen wir sagen zu dieser Petition? Wenn man alle Rechtsmittel ausgeschöpft hat, durch das Band verloren hat, dann versucht man es halt noch mit einer Petition. Das ist unseres Erachtens ein doch eher fragwürdiges Verständnis der demokratischen und juristischen Prozesse.

Lassen Sie mich noch einmal ganz kurz den Vorgang zusammenfassen. Er ist doch sehr bemerkenswert. Das Baugesuch 2009 vor 14 Jahren, Zusage 2013, Rekurs, 2014 Bestätigung der Baubewilligung durch die Baurekurskommission, 2016 Appellationsgericht, 2017 stützt das Bundesgericht stützt diesen Entscheid, konkretes Baubegehren im 2020, darauf wieder Einsprache, abgewiesen von der Baurekurskommission, jetzt vor Appellationsgericht, dessen Entscheid Ende dieses Jahrs, Anfang 2024 erwartet wird. Vielleicht kommt es dann weiter vor das Bundesgericht. Das Projekt hält sämtliche gesetzlichen Vorgaben ein, folgt sowohl der Strategie der inneren Verdichtung des Bundes als auch der Strategie der Siedlungsentwicklung des Kantons und gemäss Stadtgärtnerei ist das Baumschutzkonzept ebenfalls in Ordnung. Die Petitionskommission stellt fest, dass keine politische Handhabe zur Verhinderung des Projektes existiert. Das Bürgerspital verfügt über eine allerdings noch nicht rechtskräftige, aber nichtsdestotrotz über eine Baubewilligung. Das Projekt mittels Petition jetzt noch zu verzögern, dünkt einen Teil der Petitionskommission eine Trölerei und er möchte die Petition auch aus diesem Grund erledigt erklären.

Lassen Sie mich auf den bereits erwähnten Interessenkonflikt eingehen. Er ist grundlegend. Dieser Konflikt zwischen vermehrtem Bauen von Wohnraum und der Verbesserung des Stadtklimas. Es stellt sich die Frage, wie wir als Grosser Rat damit umgehen. Die Mehrheit der Kommission möchte das Thema im Rahmen dieser Petition vom Regierungsrat beantwortet haben. Wir stellen wohlgermerkt die Fragen, die hier gestellt werden, überhaupt nicht in Zweifel. Es sind richtige und wichtige Fragen. Wir erachten aber die Lösung dieses komplexen Problem als derart wichtig, dass sie nicht einfach als Beigemüse zur Beantwortung einer Petition erledigt werden sollte. Die Lösung dieses weitreichenden grundsätzlichen Konfliktes muss unseres Erachtens als eigenes unabhängiges Geschäft in den parlamentarischen Prozess kommen, damit die Lösung den ihr gebührenden Raum erhält.

Ich fasse zusammen: Erstens, nach unserer Beurteilung ist es fraglich, wenn jemand die rechtlichen Mittel ausschöpft, dabei durchs Band verliert und jetzt auf dem Weg einer Petition vielleicht doch noch Recht bekommen will. Zweitens, die Lösung des grundsätzlichen Interessenkonflikts zwischen der Schaffung von neuem Wohnraum und der Verbesserung des



Stadtklimas soll nicht Teil eines anderen Geschäftes sein, sondern als gesondertes Geschäft in den parlamentarischen Prozess einfließen, damit es den ihm zustehenden Raum erhält, damit Regierungsrat und Verwaltung die nötige Zeit haben, um dieses wirklich grundlegende schwierige komplexe Problem in der Tiefe zu beantworten. Aus diesen beiden Gründen empfehlen Ihnen SVP und LDP, die Petition als erledigt zu erklären.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wie bereits zwei Mal gesagt wurde, kann dieses Bauprojekt auf dem politischen Weg nicht verhindert werden und es kann entgegen der Aussage meines Vorredners auch nicht verzögert werden, ob wir das jetzt nun möchten oder nicht. Es ist einfach ein Bauprojekt, das den rechtlichen Weg geht und je nachdem, was die Gerichte entscheiden, dann realisiert werden kann oder nicht.

Deshalb geht es hier nicht um die Frage dieses Projekt als einzelnes ist, sondern darum, was damit zusammenhängt. Ich kann aber sagen, dass uns dieses Bauprojekt als GAB nicht überzeugt und dass wir sehr gut nachvollziehen können, dass sich das Quartier dagegen wehrt. Ich persönlich kann auch sagen, dass ich es unterstützungswürdig finde, wie sich das Quartier gegen den Verlust dieser Grünfläche und dieser Bäume wehrt.

Die Versiegelung des Bodens, die an diesem Ort passiert, und der Verlust der grossen alten Bäume wird sich auch auf das Mikroklima auswirken, nicht auf die ganze Stadt, aber auf die umliegenden Gebäude, auf die umliegenden Strassen wird das einen negativen Effekt haben. Die zusätzliche Versiegelung führt auch dazu, das ist nicht bestritten, dass die anderen Pflanzen, insbesondere die Bäume auf diesem Areal in Zukunft weniger Wasser zur Verfügung haben werden, was gerade in den trockenen, heissen Sommer auch ein Problem sein wird.

Das Bürgerspital begründet das Festhalten an diesem inzwischen doch etwas veralteten Bauprojekt – ich glaube, es sind sich alle einig, dass man das heute vielleicht nicht mehr genau so lancieren würde – damit, dass es die Rendite braucht, um seine anderen Aufgaben zu erfüllen. Wir fragen uns da schon, ob es wirklich ein sinnvolles und auch ein soziales und nachhaltiges Geschäftsmodell ist, wenn auf solche Bauten gesetzt werden muss, um die sozialen Aufgaben des Bürgerspitals zu erfüllen. Ich denke, darüber könnte sich die Kommission des Bürgerspitals oder die Leitung der Bürgerspitals sich auch Gedanken machen.

Aber jetzt weg von diesem konkreten Projekt: Es geht eben nicht um die Beurteilung des konkreten Bauprojekts, das ist nicht unsere Aufgabe im Parlament, jedenfalls nicht, wenn es nicht um einen Bebauungsplan, sondern um privates Bauprojekte mit einem Baugesuch geht wie hier. Aber es ist unsere Aufgabe, die generellen Regeln, die generellen Fragen und die generelle Strategie dahinter zu diskutieren und festzulegen. Genau darum geht es mit der beantragten Überweisung zur Stellungnahme an den Regierungsrat. Rs hat niemand etwas gegen die Beantwortung dieser Fragen. Spannend ist es trotzdem, dass es Anträge gibt, diese Petition nicht zur Stellungnahme zu überweisen. Aber die generelle Frage ist doch, wie die Innenentwicklung gesteuert werden kann, damit sie eben nicht auf Kosten von Bäumen und Grünflächen und des Stadtklimas geht, wie wir dafür sorgen können, dass nicht einfach mehr Beton entsteht, sondern tatsächlich mehr Wohnraum, also dass in den Gebäuden mehr Nutzungsfläche entsteht, dass mehr Menschen pro Fläche wohnen. Das ist auch ein Problem bei diesem konkreten Projekt. Hier wird nicht darauf gesetzt, eine möglichst dichte Nutzung, sondern möglichst viel bauliche Substanz zu erreichen.

Und noch etwas: Basel hat unter den Grossstädten in der Schweiz mit 70 Prozent versiegelter Fläche den zweithöchsten Versiegelungsg, nur Genf liegt mit 71 Prozent noch etwas höher. Die meisten liegen ungefähr bei zwei Drittel oder weniger. Das heisst, Basel-Stadt hat sogar grösseren Bedarf, sich hier diese Frage zu stellen, im Gegensatz zu anderen Städten.

Wir wissen nicht nur wegen dieser Petition, sondern auch wegen anderer Anfragen aus der Bevölkerung, dass es ein wichtiges Thema ist. Dann ist es schon etwas speziell, zu sagen, dass man die Frage nicht weitergeben wolle, weil es ein so wichtiges Thema sei. Ich finde das ziemlich widersprüchlich. Ich bitte Sie, diese Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen, damit er eine Strategie entwickeln kann, wie in Zukunft dafür gesorgt werden kann, dass private Bauten oder generell Bauten nicht auf Kosten des Stadtklimas umgesetzt werden, und, wenn es dafür eine Anpassung der Baugesetzgebung braucht, das auch entsprechend vorzubringen. Dann können wir nochmals intensiv darüber diskutieren. Ich danke für die Überweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist David Wüest Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich möchte ganz kurz auf Tonja Zürcher reagieren. Natürlich haben wir uns das als Fraktion der Grünliberalen auch überlegt. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass die Fragen, die die Petitionskommission stellen



will, grösstenteils im Stadtklimakonzept beantwortet werden. Es gibt eine Strategie des Kantons, das ist das Stadtklimakonzept. Das BVD hat gearbeitet. Man hat den Rahmen, man anerkennt die Thematik und die Problematik. Diese Fragen werden bearbeitet. Wir brauchen nicht im Zusammenhang mit dieser Petition einen gesonderten Bericht. Und es gibt auch Fragen, die wir nicht mehr als sinnvoll erachten, wie zum Beispiel jene, ob der Kanton dieses Projekt realisiert hätte, wenn er das Land gekauft hätte. Das ist eine nachträgliche Beurteilung des Projekts des Bürgerspitals, die so nichts bringt. Das haben Sie ja selber gesagt. Das ist ein konkretes Bauprojekt, das man jetzt nicht ex post noch beurteilen muss. Und die grundsätzlichen Fragen werden im Stadtklimakonzept beantwortet. Deswegen sind wir auch für Erledigung der Petition.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher, nehmen Sie sie an? Ja, sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Das Projekt wurde ja vor dem Stadtklimaprojekt Konzept lanciert. Was würde anders geschehen, wenn es erst heute, nachdem dieses Konzept lanciert wurde, vorgelegt würde?

David Wüest-Rudin (GLP): Das kann ich so nicht beantworten. Ich bin nicht kompetent, das einzeln zu beurteilen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. In der zweiten Runde hätte Christian Moesch das Wort. Er verzichtet.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Beat K Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Abstimmung

Wir kommen zur Abstimmung. JA heisst erledigt, NEIN heisst Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme gemäss Antrag Petko.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001316, 20.09.23 10:43:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

15. Petition P462 "Tramerneuerung Linie 15 Bruderholz - Keine Aufhebung (Airolostrasse), keine Verschiebung (Tramhaltestellen Bruderholz und Lerchenstrasse)"

[20.09.23 10:43:42, 23.5129.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Petitionskommission hat das Wort deren Präsident Christian Moesch.



Christian C. Moesch (FDP): Als letztes stelle ich Ihnen den Kommissionsbericht zur Petition-»Tramerneuerung, Bruderholz« vor. Die Erneuerung der Traminie 15 über das Bruderholz gab und gibt seit längerem Anlass zu unterschiedlichen Diskussionen. So durfte sich die Petitionskommission in diesem Frühling dem Thema erneut annehmen, sich mit der eingereichten Petition auseinandersetzen und das Geschäft in diesem Rahmen auch ausgiebig beraten. Gerne berichte ich Ihnen nachfolgend darüber.

Die Ausgangslage: Aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes planen das Baudepartement Basel-Stadt und die BVB eine Veränderung diverser Tramhaltestellen. Es betrifft dies die Tramhaltestellen Bruderholz, Airolostrasse und Lerchenstrasse, wobei im Rahmen dieser notwendigen Veränderung die Haltestellen Airolostrasse ersatzlos gestrichen wird und für die beiden anderen Haltestellen der Standort, massgeblich bedingt durch die Anpassung zur Einhaltung des Behindertengleichstellungsgesetzes, leicht verändert werden muss..

Zum Anliegen der Petentschaft: Mit der eingereichten Petition verlangt der neutrale Quartierverein Bruderholz die drei folgenden Änderungen an der vom Grossen Rat am 27. Juni 2018 beschlossenen Anpassung der Traminfrastruktur auf der Achse der Traminien 15 und 16 auf dem Bruderholz: Erstens den Verzicht auf Verschiebung der Endhaltestelle Bruderholz, zweitens den Erhalt statt die Aufhebung der Haltestelle Airolostrasse und drittens den Erhalt der Haltestelle Lerchenstrasse an der heutigen Lage oder die Verschiebung in Richtung Studio Basel anstatt in Richtung Wolfsschlucht. Gemäss der Vertretung der Petentschaft setzt sich der neutrale Quartierverein Bruderholz für ein attraktives Wohnumfeld ein und befasst sich deshalb seit über 12 Jahren mit der Erneuerung der Tramhaltestellen auf dem Bruderholz. Dass diese aufgrund der Bestimmung des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes umgestaltet werden müssen, stellt er grundsätzlich nicht in Frage. Mit dem vom Regierungsrat mit dem Ratschlag 18 04 11 01 zur Anpassung der Traminfrastruktur auf der Achse der Traminien 15 und 16 auf dem Bruderholz im Zuge von Sanierungsmassnahmen präsentierten Projekt ist er, abgesehen von den drei genannten Haltestellen, denn auch einverstanden. Um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden und den inzwischen bereits erfolgten Gleisersatz in der Wolfsschlucht und am Jakobsberg nicht zu blockieren, seien nach dem Beschluss des Grossen Rates im Juni 2018 auf ein Referendum verzichtet worden. Mit den Plänen zu den Haltestellen Airolostrasse, Bruderholz und Lerchenstrasse sei der NQV Bruderholz aber seit der ersten Studie im Jahr 2011 nicht einverstanden, habe dies auch mehrfach zum Ausdruck gebracht.

Zur Airolostrasse: Die für die Aufhebung der Haltestelle Airolostrasse angeführte Begründung – zu kurze Abstände zwischen den Haltestellen - bezeichnet die Präsentschaft aufgrund der nicht mit den anderen Stadtquartieren vergleichbaren Topografie und Besiedlung als nicht überzeugend. Für die vielen älteren Menschen, welche die Haltestelle nutzten, sei deren Erhalt essentiell. Sie liesse sich aus der heutigen Kurvenlage in die eine oder in die andere Richtung verschieben. Als ein weiteres Argument gegen die Aufhebung der Tramhaltestelle Airolostrasse führt die Petentschaft das starke Bevölkerungswachstum an. In Zukunft sei insbesondere südlich von dieser mit einer weiteren markanten Zunahme der Zahl an Bewohnerinnen und Bewohnern zu rechnen.

Zur Endhaltestelle Bruderholz: Die Endhaltestelle Bruderholz bildet gemäss Petentschaft einen Dorfcharakter mit Zugang zu Lebensmittelgeschäften, weiteren Gewerbebetrieben und zwei Kirchen. Sie soll auch zu Lasten eines Grünraums in westliche Richtung verschoben werden. In der Einschätzung der Petentschaft liesse sich dies problemlos an der heutigen Lage begradigen.

Zur Lerchenstrasse: Die Haltestelle Lerchenstrasse soll vom Plateau abwärts in Richtung Wolfsschlucht verschoben werden, um sie behindertengerecht zu machen. Dies würde die Haltestelle aus Sicht der Petentschaft aber unattraktiv machen. Der Zugang zum ÖV verschlechtert sich insbesondere für Gehbehinderte, da eine Rampe mit einem Gefälle von 6 Prozent überwunden werden müsste. Aufgrund der Besiedlung sinnvoller wäre eine Verschiebung in Richtung Haltestelle Studio Basel statt in Richtung Wolfsschlucht.

Zu den Argumenten der Verwaltung: Die Vertreter der Verwaltung weisen vorab auf die demokratische Legitimation der Erneuerung der Traminfrastruktur auf dem Bruderholz hin. Als Auslöser für die Anpassung der Tramhaltestellen auf dem Bruderholz haben die Vertreter der Verwaltung das Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes genannt. Dieses fordert unter anderem, dass bis 2023 alle Tram- und Bushaltestellen behindertengerecht ausgestattet sind. Aufgrund der gesetzlich vorgegebenen maximalen horizontalen und vertikalen Spaltmasse müssen behindertengerechte ÖV-Haltekannten zwingend in Geraden liegen. Sogenannte Kissenlösungen, bei denen nur ein Teil der Haltestelle behindertengerecht ist, werden vom BAV abgelehnt, wenn eine vollständige gesetzeskonforme Lösung möglich ist. Dies ist bei allen drei in der Petitionen aufgeführten Haltestellen der Fall. Die Haltestelle Airolostrasse müsste dafür aber in Richtung Bruderholz verschoben werden. Die schon heute geringe Distanz zwischen den beiden Haltestellen würde nochmals kleiner. Da es auf dem Netz der BVB nur zwei Haltestellen mit noch geringerer Fahrgastfrequenz gibt, ist man in einer Abschätzung der Gesamtsituation zum Schluss gekommen, die Haltestelle Bruderholz, um etwa 60 Meter in Richtung Westen zu verschieben und die Haltestelle Airolostrasse aufzuheben. Bezüglich der Haltestelle Lerchenstrasse hat die mit der ersten Studie beauftragte Firma eine Verschiebung aus der heutigen Kurvenlage in jenem Teil der geraden Strecke vorgeschlagen, in dem Platz für eine Haltestelle vorhanden ist. Die vorgesehene künftige Lage ermöglicht neu den direkten Zugang vom Kirschblütenweg zur Haltestelle. Eine Verschiebung der Haltestelle in die andere Richtung, also wie von der Präsidentschaft angeregt, hätte eine Einengung der Bruderholzallee zur Folge. Die Verschiebung oder Aufhebung der Haltestellen Airolostrasse und



Lerchenstrasse ist somit aufgrund der starken Kurvenlage unumgänglich. Bei der Haltestelle Bruderholz würde geprüft, ob zwei versetzte statt parallele Haltekanten in Frage kommen. Dafür müssten aber nicht nur der Kehrplatz, sondern auch die Zufahrt zu einigen Häusern aufgehoben werden und das Wartehäuschen der BVB, das zu einer Velostation umfunktioniert werden soll, abgerissen werden. Die Vertreter der Verwaltung begründen zudem, dass sich auch nach der Neuordnung der Haltestellen gemäss bewilligtem Projekt nahezu alle Liegenschaften auf dem Bruderholz in einem Abstand von maximal 300 Meter zur nächsten Tramhaltestelle liegen und damit in der höchsten Qualitätsstufe.

Die Petitionskommission stellt fest, dass im Rahmen der Erneuerung der Traminfrastruktur auf dem Bruderholz nicht an der heutigen Lage der Haltestellen Lerchenstrasse und Airolostrasse festgehalten werden kann. Beide weisen wegen ihrer Kurvenlage zu hohe Spaltmasse auf und lassen sich nur mit Verschiebung in eine Gerade behindertengerecht ausgestalten. Theoretisch möglich, aber mit gewissen Nachteilen verbunden, wäre eine Begradigung an bestehender Lage bei der Haltestelle Bruderholz. Nicht nur aufgrund der Bestimmung des Behindertengleichstellungsgesetzes, sondern auch des rechtskräftigen Beschlusses des Grossen Rates aus dem Jahr 2018 steht für die Petitionskommission fest, dass das für die Umsetzung des Projektes zuständige Tiefbauamt keine Möglichkeiten hat, um auf die Anliegen der Petentschaft einzugehen. Weiter weist sie daraufhin, dass der Grosse Rat selbst mit einer Überweisung der vorliegenden Petition an den Regierungsrat das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes nicht übersteuern könnte. Dieses müsste auch bei einem angepassten Projekt eingehalten werden. Existiert eine Lösung, mit der das Gesetz eingehalten wird, genehmigt das BAV keine andere. Der Spielraum war deshalb bereits bei der Erarbeitung des Ratschlages sehr klein. Unter Einhaltung der Gesetzesbestimmungen handelt es sich bei der vorliegenden um eine logische, nachvollziehbare Lösung. Hinzu kommt, dass gegen den Beschluss des Grossen Rates zur Anpassung der Traminfrastruktur auf dem Bruderholz das Referendum hätte ergriffen werden können. Darauf hat der mit dem Projekt unzufriedene NQV Bruderholz verzichtet. Stattdessen hat er seine Haltung ein erstes Mal 2018 und ein zweites Mal 2023 mit Petitionen zum Ausdruck gebracht. Dies ist für die Petitionskommission nicht nachvollziehbar. Der demokratisch korrekte Weg wäre die Ergreifung des Referendums gewesen. Mit der nun vorliegenden Petition wird hingegen versucht, einen fünf Jahre zurückliegenden Beschluss des Grossen Rates quasi durch die Hintertür rückgängig zu machen. Dies ist aus Sicht der Petitionskommission nicht legitim.

Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 12 zu 0 Stimmen, also einstimmig, die vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Aufgrund der Kreuztabelle ist in diesem Saal niemand mehr bereit, auf einen Entscheid zurück zu kommen, der aus Sicht der Anwohner des Bruderholzquartiers völlig falsch ist. Was möchte die Petition erreichen? Sie will, dass der Kanton den Antrag auf Realisierung des Projekts beim Bundesamt für Verkehr zurückzieht und eine Neuplanung in Auftrag gibt. Beanstandet werden, wie es der Kommissionspräsident bereits gesagt hat, die Verschiebung der Endhaltestelle vom Quartierzentrum weg nach Westen, die Aufhebung der Haltestelle Airolostrasse und die Verlegung der Haltestelle Lerchenstrasse in die Steigung der Wolfschlucht. Gegen diese Haltestelleänderungen sind noch 50 Einsprachen beim BAV hängig, die gestern grossmehrheitlich übrigens abgewiesen wurden. Sie können davon ausgehen, dass ein Weiterzug ans Bundesverwaltungsgericht sicher ist.

Dabei gäbe es mehrere Ideen, die diese Bedürfnisse der Anwohner besser abdecken würden. Hier ein Beispiel: Die Endhaltestelle bleibt, wo sie ist. Eine Begradigung der Strecke ist gemäss Ingenieuren – und von denen gibt es einige im Quartier - problemlos. Um dem Wunsch nach einer Reduktion der Anzahl Haltestellen nachzukommen, könnte man die Haltestellen Lerchenstrasse und Studio Basel zusammenlegen. Dies gäbe dann die Möglichkeit, die Airolostrasse 50 Meter nach Westen zu verlegen, wo der Bau einer behindertengerechten Haltestelle möglich wäre.

Aber von all dem wollen das BVB und auch dieses Parlament nichts wissen. Ich versuche trotzdem, Sie hier noch umzustimmen und ich möchte folgende Aspekte in die Diskussion einbringen. Erstens § 55 der Kantonsverfassung: Aufgrund der Erfahrungen im Quartier kann dieser Paragraph bedenkenlos aus der Verfassung gestrichen werden. Seit mehr als 12 Jahren kämpft das Quartier gegen die falsche Planung der Haltestellen. Dutzende von Diskussionen, Quartieranlässen und Gesprächen der Quartiervertreter mit Managern aus der Verwaltung brachten überhaupt nichts. Es wurde schlichtweg nicht zugehört. Die erste Idee des BVB musste, koste es, was es wolle, umgesetzt werden.

Als die Pläne dann konkret Vorlagen, haben 800 Personen eine Petition eingereicht, damit die Planung überarbeitet werde. Aber dieses Parlament, vertreten durch den UVEK, fand es nicht einmal nötig, die Petenten zu einem Gespräch einzuladen. Nun liegt eine zweite Petition mit 1500 Unterschriften vor, von der Sie wieder keine Notiz nehmen wollen. Bedenken Sie, jeder sechste Anwohner im Quartier hat unterzeichnet, und es ist Wahlkampf.

Zu den Grünflächen: Ich werde den Eindruck wirklich nicht los, dass Sie hier im Saal nicht ganz redlich sind und die Stimmberechtigten hinters Licht führen. Sie, diejenigen, die die Initiativen und Gegenvorschläge für mehr Grün und mehr



Bäume unterstützen, stimmen das Hohe Lied der Entsiegelung unter Baumpflanzungen an. Sie fordern, dass Tausende von Quadratmetern begrünt werden. Sie möchten weniger Beton und Asphalt. Sie sind aber bei der ersten Gelegenheit bereit, ein halbes Fussballfeld neu zuzubetonieren und Bäume zu fällen. Liebe Grüne und Grünliberale, wollt Ihr das wirklich. Oder zur Förderung des ÖV. Ich bin doch erstaunt, dass Parteien, die den ÖV fördern möchten, alles daran setzen, dass der Service Public auf dem Bruderholz massiv verschlechtert wird. Zukünftig werden die Haltestellen nicht mehr dort sein, wo sie längerfristig benötigt werden oder sie werden sogar entfernt. Bedenken Sie, dass rund um die Haltestelle Airolostrasse die meisten neuen Wohnungen im Quartier gebaut werden. Enttäuscht bin ich auch von dem BVB, dass es diesem Leidienstleistungsabbau kommentarlos zuschaut.

Liebe SP, ist das wirklich das Ziel eurer Politik, weniger ÖV dafür mehr Autoverkehr? Ich freue mich bereits jetzt, die Nationalratskandidaten und -kandidatinnen von SP, GAB und GLP morgen Abend in der Elefantenrunde der Quartierbevölkerung entgegenzustellen. Dann könnt ihr dort eure Argumentation anbringen, wie es zu dem Projekt steht. Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, die Meinung zu ändern. Überweisen Sie die Petition an den Regierungsrat.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Fraktionsprechende mehr eingetragen. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Thema BVB beschäftigt mich immer. Wir reden da über Tramschienen und neue Haltestellen. Aber man muss sich auf das Wichtige konzentrieren. Wenn Sie hier zum Rathaus kommen: die Schiffflände, das Nadelöhr der BVB, ist bis Ende September geschlossen. Es wird ständig irgend etwas erneuert, was gar nicht notwendig wäre. Ich habe kurz mit einem Arbeiter gesprochen gestern morgen, der gesagt hat, es wird wegen Verschleiss neu gemacht. Ich habe mir dann gesagt, dass es in Bulgarien oder Rumänien zwar ein bisschen mehr holpert beim Tram, aber die Schienen liegen dort 50 Jahre. Ich muss einfach feststellen, dass ständig alles aufgerissen wird, die Schiffflände schon vor fünf Jahren, jetzt noch einmal. Ich muss wie mein Vorredner Erich Bucher an die Grünen und die SP appellieren. Ich finde es nicht okay, wie viele Ressourcen verbraucht werden, das ist einfach übertrieben und nur, um die ganzen Leute zu beschäftigen.

Die Tram-Erneuerung der Linie 15 braucht es nicht. Das ist eine Zwängerei der Multimillionäre, die dort oben im Bruderholz wohnen. Den Quartierverein Bruderholz braucht es meiner Meinung nach auch nicht. Das sind für mich Egointeressen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte reden Sie zum Inhalt Tramerneuerung Linie 15.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss einfach feststellen, wenn die auf dem Bruderholz keine anderen Probleme haben als Tramhaltestellen zu verlegen, finde ich das wirklich merkwürdig. Ich komme zum Thema Schiffflände: Das ist wichtig. Das Bruderholz ist ein Aussenbreich. Wenn man jetzt die Tramhaltestellen verlegt, dann komme sie in zehn Jahren wieder und finden die Lage der Tramhaltestelle wieder nicht richtig. Darum bin ich für Nichteintreten und ich möchte die Petition zurückweisen an die Kommission.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Erich Bucher beantragt, sie an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petko, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001319, 20.09.23 11:03:17]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition als erledigt zu erklären



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Petition als erledigt erklärt mit 81 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

17. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen

[20.09.23 11:03:51, 23.5245.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

18. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport

[20.09.23 11:04:00, 23.5263.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bestreite die Überweisung dieser Motion. Fairer Wettbewerb, gleich lange Speise, das klingt ja alles sehr gut. Ich glaube, diese Begriffe wurden bewusst gewählt, damit nicht ganz genau gelesen wird, was in dieser Motion steht.

Dass Uber sich an das Sozialversicherungsrecht halten muss, das ist klar, das hat das Bundesgericht festgestellt und das muss umgesetzt werden. Ich glaube, die Regierung hat dafür alle notwendigen Instrumente. Jetzt verlangen Sie gleich lange Spiesse beim gewerblichen Personentransport und verlangen dabei die Kennzeichnung der Überfahrzeuge. Es gibt das Taxigesetz. Dieses wird mit keinem Wort erwähnt. Im Taxigesetz gibt es eben auch Privilegien für Taxis. Es gibt Standplätze, es gibt spezielle Spuren, es gibt Orte, wo nur Taxi durchkommen. Das kann Uber nicht. Gleich lange Spiesse heisst nicht nur gleich viele Pflichten sondern auch gleiche Rechte. Das würde aber bedeuten, dass Uber dann in Genuss aller Rechte gemäss Taxigesetz kommt. Ich glaube, das wollen Sie eben nicht. Sie wollen ungleiche Situationen weiterhin beibehalten und einen wirksamen Wettbewerb beim Personentransport, der eben auch für die Konsumentinnen und Konsumenten etwas bringt, wollen Sie verhindern.

Zur Zeit ist klar, dass Uber auf gewisse Privilegien verzichtet. Sie müssen sich dem Sozialversicherungsrecht vollständig fügen und unterstellen und allen möglichen Sachen aus dem Arbeitsgesetz, aber ich gebe diese Motion will nicht das, was sie vorgibt zu wollen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Es haben sich jetzt nicht wahnsinnig viele Leute in die Redeliste eingetragen und deshalb könnte ich es auch dem Motionär überlassen, diese Fragen zu beantworten. Aber ich nehme es jetzt schon einmal vorweg, es geht hier um die Arbeits- und Ruhezeit, also um die Arbeits- und Ruhezeitverordnung und das Vollzugsproblem. Es ist eben wirklich ein unfairer Wettbewerb. Deshalb ist es ja auch so, dass das Gewerbe und sein Verband zur Überweisung dieser Motion aufgerufen hat. Das freut uns sehr.

Im Namen der SP bitte ich Sie, hier dem Gewerbe zu folgen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Auch ich kann es kurz machen. Es sollte uns mittlerweile allen klar sein, dass die Schonzeit für Uber vorbei ist. Dieses ausbeuterische Geschäftsmodell muss gestoppt werden und dafür braucht es klare Regelungen. Es braucht Regelungen zum Schutz der Konkurrenz, also der Taxi-Betriebe. Das sind alles KMU. Es braucht Regelungen zum Schutz der Taxifahrer und -fahrerinnen, aber es braucht auch Regelungen für die Angestellten von Uber. Denn es ist ja nun gerichtlich erwiesen, dass diese Fahrer und Fahrerinnen nicht selbständigerwerbend sind.

Diese Motion fordert eine gesetzliche Grundlage, damit die Kennzeichnung von Uber-Fahrzeugen realisiert werden kann, und sie fordert die Prüfung weiterer Massnahmen, um die Personentransportbranche zu regulieren. Damit geht sie genau in die richtige Richtung.

Ich bitte Sie auch im Namen des GAB, diese Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Sie haben vielleicht gesehen, dass wir uns in der SVP nicht ganz einig waren, was dieses Anliegen betrifft. Es gab jenen Teil, der in der Tat auch mit den liberalen Überlegungen von David Jenny sympathisierte und es gibt den Teil, und den vertrete ich hier, der dazu verhelfen will, dass der Staat seine Aufgaben durchsetzen kann, wenn es um diese Uber-Fahrzeuge geht.

Zu David Jenny einfach einen Gedanken: Es geht nicht darum, aus Uber ein voll gültiges Taxiunternehmen zu machen. Es geht nicht darum, jetzt Taxispuren zu öffnen, weil sonst müsste man auch die Transportpflicht bei Uber einführen und das wird ja nicht beantragt. Es ist ganz klar, dass Uber und Taxis immer noch unterschiedliche Rechte und unterschiedliche Pflichten haben, aber was das Bundesgericht festgestellt hat hinsichtlich Sozialversicherungen muss der Staat durchsetzen können und das kann er nur wenn, man dem Fahrzeug ansieht, dass es als Uberfahrzeug einen Transportauftrag ausführt. Deshalb unterstütze ich persönlich dieses Anliegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Motionär Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Die Geschichte der Firma Uber in Basel und in der Schweiz ist eine Geschichte von Gesetzessmissachtungen, Dumpinglöhnen, unlauteren Wettbewerbsbedingungen und vor allem einer grossen Ignoranz, einer Ignoranz für das lokale Gewerbe, einer Ignoranz für lokale Gesetze, für ein lokales Taxigesetz, für die lokalen Behörden, für die Vollzugsbehörden. Sie ist aber auch eine Geschichte von Lobbying und viel viel guter PR.

Für die Tatsache, dass ein Uberfahrzeug am Ende eben nicht viel anderes macht als eine gewerbliche Fahrtransportleistung, nämlich einen Passagier von A nach B zu bringen, nach Bestellung oder Aufnahme auf der Strasse. Der grosse Vorteil von Uber ist, dass die Preise am Anfang und je nachdem in grossen Nachfragezeiten nicht sehr tief sind oder waren, und der Clou dieses tollen neuen Business-Modells dieses unglaublich innovativen Tech-Konzerns aus Kalifornien, ist, dass das alles auf dem Rücken der Überfahrenden gemacht wird, mit Dumpinglöhnen und dem Fahren ohne die benötigten Auflagen sowie auch der Missachtung der Arbeitszeit und Ruhezeitverordnung. Und das gehört auch zur Geschichte des Konzerns in diesem Kanton. Bereits kurz nach dem Aufkommen dieses Modells wurde interpelliert und nachgefragt. Wir haben bei der letzten Revision des Taxigesetzes wahrscheinlich wirklich eine Gelegenheit und eine Möglichkeit verpasst, diesem neuen Gewerbe Modell Einhalt zu gebieten.

In einer Interpellationsantwort hat der Regierungsrat festgehalten, dass ihm lediglich 80 Überfahrer im Kanton Basel-Stadt bekannt sind, und zusätzlich hat er auch festgestellt, dass die fehlende Kennzeichnung der Fahrzeuge ein wesentliches Hindernis für das Ahnden von möglichen Verstössen gegen das Sozialversicherungsgesetz oder gegen die Arbeits- und Ruhezeitverordnung darstellt.

Jetzt habe ich einfach eine Bitte an Sie, vor allem an die Herren und Damen von der FDP Fraktion und die Teile der SVP-Fraktion und GLP-Fraktion, die vielleicht nicht mitstimmen wollen. Reden Sie mal mit Taxifahrenden in diesem Kanton und setzen Sie das dann in den Kontext mit den 80 bekannten Überfahrer und -fahrerinnen, die der Regierungsrat angibt. Wenn Sie dann immer noch überzeugt sind, dass es kein Problem gibt in diesem Bereich, dann sei Ihnen das freigestellt, ich bin



aber ziemlich überzeugt, dass Sie diesen Eindruck nicht mehr haben werden. Es ist ein real existierendes Problem, dass es sehr viele Überfahrende in diesem Kanton gibt.

Und an David Jenny: Die FDP-Fraktion ist dann immer sehr schnell, wenn es darum geht, ob man KMUfeindlich ist auf der linken Seite. KMUfeindlich ist, wenn man ein grosses Unternehmen toleriert, das sich an keinerlei Gesetze hält, die Sozialversicherungsrechte in in der Schweiz für nicht achtenswert hält, und dann den Vollzug gegen dieses Unternehmen blockiert. Sie können das momentan nicht vollziehen. Sie können mit Stichproben vielleicht immer wieder einmal Überahrer und -fahrerinnen herausholen, aber Sie können den Vollzug nicht sicherstellen gegen das Geschäftsmodell.

Zu den Privilegien: Ja, natürlich gibt es Privilegien, die die Taxifahrenden haben über das Taxigesetz. Aber das ist genau der entscheidende Punkt. Uber missachtet lautende Gesetze in der Schweiz sehr willentlich und ich bin sofort offen für eine Diskussion, ob wir Uber unter das Taxigesetz unterstellen sollen. Ich glaube, wir hätten dann aber auch wieder eine sehr Kontroversediskussion. Ich wäre überrascht, wenn David Jenny für die Unterstellung von Uber unter das Taxigesetz Hand bieten würde. Aber jetzt gerade geht es in der Motion nur darum, ob wir den Vollzug sicherstellen können.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des Gewerbeverbands Basel-Stadt enden. Ja, Sie können das festhalten, ich zitiere jetzt den Gewerbeverband Basel-Stadt. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst die Forderung nach der Sicherstellung der Kennzeichnung von Überfahrzeugen, denn fehlende Kennzeichnungen der Überfahrzeuge führen dazu, dass Verstösse und Kontrollen nur unzulässig durchführbar sind. Die stellt eine Ungleichbehandlung von Überfahrenden gegen das Taxigewerbe dar.

Darum geht es, Kolleginnen und Kollegen. Es geht real um gleich lange Spiesse und es ist keine Nebelpetarde. Wenn Sie sich mit der Realität auf dem Taximarkt in diesem Kanton auseinandersetzen, dann wissen Sie das auch.

Ich bitte Sie darum um eine Überweisung dieser Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber, nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Grundsätzlich teile ich Ihre Vorbehalte gegen Uber, aber ich habe eine Frage zum Vollzug. Ist es denn nicht möglich, dass die Behörden ein Uber bestellen und das Uber dann auch kontrollieren? Ich verstehe nicht genau, wieso das nicht möglich sein soll. Können Sie mir das erklären?

Beda Baumgartner (SP): Die GLP ist ja immer interessiert an einem effizienten Ablauf des Staatswesens und ich sehe deutlich effizientere Varianten, als dass Angestellte des zuständigen Amt für Wirtschaft und Arbeit oder die für Schwarzarbeitkontrolle zuständigen Personen vom JSD reihenweise Uberbestellungen auf einer App durchführen. Effizienter ist, diese Fahrzeuge zu kennzeichnen, damit wir sie normal kontrollieren können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001323,]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 77 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.



19. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend ein Gesamtkonzept für die Umgestaltung des Kasernenareals

[20.09.23 11:16:53, 23.5269.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

20. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche

[20.09.23 11:17:13, 23.5272.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

21. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes

[20.09.23 11:17:37, 23.5271.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die vorliegende Motion verlangt, dass mit dem Whistleblowing-Gesetz eine neue Meldestelle geschaffen wird, an welcher Missstände gemeldet werden können. Die meldenden Personen sollen besonderen Schutz geniessen und verletzen beispielsweise das Amtsgeheimnis nicht.

Die Fraktion LDP spricht sich nicht gegen den besseren Schutz von meldenden Personen aus, findet aber, dass bestehende Strukturen genutzt und ausgebaut werden könnten. So könnte die bestehende Ombudsstelle mit dem Aufgabenbereich betraut werden und das Gesetz über die Ombudsstelle ergänzt werden. Nicht zu vergessen ist die Tätigkeit der GPK, welche Missstände aufdeckt.

Die Fraktion LDP findet ein neues Gesetz und eine Dienststelle nicht erforderlich und beantragt deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.



Johannes Sieber (GLP): In diesem Vorstoss geht es um die Fragen, ob ich das Recht habe, auf Missstände hinzuweisen und ob mich der Staat ausreichend schützt, wenn ich es tue.

Stellen wir uns vor, in Basel wird ein neues Gebäude gebaut, ein hohes, ein teures, nehmen wir an für die Universität. Ein Leuchtturm soll es werden, ein stadtplanerischer Meilenstein, mitten drin und für alle sichtbar. Die Begeisterung für das Projekt ist euphorisch, das Profilierungspotenzial für involvierte Entscheidungsträger und -trägerinnen ist unbegrenzt. Die Umsetzungswahrscheinlichkeit liegt bei 100 Prozent und ist alternativlos. Nehmen wir weiter an, dass dieses Projekt aus dem Ruder läuft. Ungenügende Bestellung, unzählige nachgereichte Anforderungen, rollende Planung während dem Bau, zerstrittene Teams von Stadtplanern und Architekten, Zuständigkeitschaos auf der Baustelle, Absage von Sitzungen in der obersten Führungsebene, gestellte, aber nicht beantwortete Vertrauensfragen, ein sich abzeichnendes Debakel punkto Bauzeit und Kosten, ein überzogenes Budget von 100 Millionen Franken. Fiktiv und in Realität kam wahrscheinlich. Stellen Sie sich vor, Sie mitten drin, als kleines Rädchen im System, vielleicht bringen Sie den Kaffee, vielleicht verantworten Sie die Belegung der Sitzungszimmer. Vielleicht schreiben Sie die Protokolle der Sitzungen, die nicht stattfinden oder schreddern sie. Stellen Sie sich vor, Sie wissen, dass das alles gar nicht gut kommt, lesen aber in der Zeitung, wie grossartig alles werde, wie uns der Turm zu Basel als Forschungsstadt auf ein neues Level heben würde. Bald schon freuen sich die bekannten Koryphäen aus Welt und Wissenschaft öffentlich auf den bevorstehenden Einzug in den neuen Olymp der Erkenntnis. Stellen Sie sich vor, Sie wüssten, dass dem nicht so sein wird wie versprochen und schon gar nicht zu diesem Preis, und vielleicht haben Sie es sogar gewagt, jemanden zu warnen oder versucht, mit kritischer Würdigung zumindest ein Innehalten und Hinterfragen zu bewirken. Erfolglos. Was tun Sie?

Basel-Stadt regelt das Whistleblowing in einem einzigen Artikel im Personalgesetz. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat. Die diesbezügliche Verordnung sieht für Meldungen ein Verfahren bei der Ombudsstelle vor, jedoch ohne dass klar wäre, wie dieses Verfahren exakt ausgestaltet ist. Anders als in den Kantonen Genf und Zürich oder beim Bund ist die Meldestelle des Kantons Basel-Stadt nicht über ein verschlüsseltes Onlinesystem erreichbar, anonyme Meldungen und die verschlüsselte Korrespondenz mit der Meldestelle sind nicht möglich.

Christian von Wartburg und ich meinen, dass die aktuelle Regelung bezüglich Whistleblowing in unserem Kanton nicht reicht. Wir wünschen uns mehr Schutz für Whistleblower:innen und schlagen darum in dieser Motion ein Gesetz vor, das genau das bewirken soll. Der zusätzliche Schutz könnte zu mehr qualitativen Meldungen führen, was im Sinne der Transparenz zu begrüssen wäre. In diesem Sinne danke ich für die Überweisung der Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra-Dill.

Alexandra Dill (SP): Vieles funktioniert in unserem Kanton, wie es soll, und niemand hat Unregelmässigkeiten zu melden. Wenn es aber einmal zu einem Missstand kommt, ist es enorm wichtig, dass wir ihn beheben und nicht immer ist alles von aussen sichtbar. Manche Missstände erkennt man nur von innen.

Menschen, die einen Missstand erkennen, stecken dann in einem inneren Konflikt. Es ist enorm schwer, damit umzugehen und abzuwägen zwischen den persönlichen Interessen und den öffentlichen Interessen. Menschen, die einen Missstand melden, gewichten das öffentliche Interesse höher als ihren persönlichen Schutz, denn sie setzen sich zwangsläufig aus, und dies erfordert enormen Mut. Ich finde, das wir das wertschätzen sollten. Wir wissen nicht, wie viele Menschen in ihrer Abwägung zum Schluss kommen, ihren persönlichen Schutz zu priorisieren und sich entscheiden, sich den Nachteilen einer Meldung nicht auszusetzen. Ich glaube persönlich, dass es viele Menschen, die die Abwägung für sich so machen und sich selbst schützen.

Wenn wir also unsere Organe verbessern wollen, müssen wir zulassen, dass Unregelmässigkeiten aufgedeckt werden. Wir können die Chance enorm steigern, wenn wir dafür sorgen, dass die Abwägungen zwischen persönlichem und öffentlichem Interesse anders ausfällt, mit einer anonymen Meldemöglichkeit, digital, mit einer dafür zuständigen Meldestelle mit Zeug:innenschutz.

Die Motionäre haben sich von den Kantonen Genf und Zürich sowie vom Bund inspirieren lassen und sie legen einen ausgereiften Vorschlag vor. Die SP-Fraktion unterstützt diese Motion und bittet Sie um Überweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Motionäre hier offensichtlich einen Paradigmenwechsel wollen. Sie wollen nicht mehr, dass die Ombudsstelle für diesen Bereich zuständig ist und Sie wollen ein anonymisiertes Verfahren. Wir stellen uns schon auch die Frage, ob es das wirklich braucht. Für eine Gesetzesänderung müsste es ja konkrete Fälle gegeben haben, wo wir empfunden haben, dass



dieses System hier bei uns im Kanton Basel-Stadt ungenügend sei. Kollege Sieber behauptet jetzt, die Kostenüberschreitung beim Biozentrum hätte es wahrscheinlich nie gegeben, wenn wir ein Whistleblowinggesetz gehabt hätten. Da kann ich jetzt auch behaupten, das wäre genau gleich passiert. Also ich glaube, hier fehlen uns die Fälle, angesichts derer wir wirklich sagen müssen, dass unser System aktuell ungenügend ist. Da bleibe ich dann doch auch bei meiner Vorrednerin von der LDP, welche diese Doppelspurigkeiten anspricht, die die Überweisung der Motion mit sich bringen würde. Es bräuchte wirklich einen Mehrwert, um hier dieser Gesetzesänderung zustimmen zu können.

Und dann noch ein paar Worte zu diesem anonymisierten Verfahren. Ich stelle schon in Frage, ob es wirklich besser wäre, ein System, wo man alles anonym melden kann, gerade in der heutigen Zeit. Ist es wirklich etwas, das wir wollen, dass wir alle irgend jemanden anonym anprangern können und dann wieder Misstrauen in irgendwelchen Ämtern entsteht? Wollen wir das wirklich? Ich stelle mir die Frage, ob das es wirklich ein Mehrwert für unseren Kanton ist. Selbstverständlich, wenn jemand eine Meldung machen will, dann ist es immer einfacher, wenn man das anonym machen kann und jemandem eines auswischen kann und mit dem Namen nicht hinstehen muss. Das ist immer einfacher. Aber es ist das gesamtgesellschaftlich für unser System besser, wenn jeder anonym irgendjemanden melden kann und für diese Person ja immer noch eine gewisse Unschuldsvermutung gelten soll. Das stellen wir ganz klar in Frage und wir sind auch nicht der Meinung, dass das zu grösserer Transparenz führt, sondern eher zu Intransparenz, ja eher dazu führt, dass wir Unsicherheiten in den einzelnen Ämtern, in den einzelnen Büros, in den einzelnen Institutionen schaffen, wenn man erfährt, dass jemand wieder etwas Anonymes gemeldet hat und man nicht weiss, wer es ist.

Wir sind der Meinung, wenn man etwas meldet, dann kann man in unserem Rechtssystem auch mit dem Namen hinstehen und deshalb bitten wir Sie gesamthaft, diese Motion so nicht zu überweisen und auf das bewährte System zu vertrauen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ist denn die SVP-Fraktion nicht auch der Meinung, dass ein Fall wie das Biozentrum nicht mehr vorkommen soll und dass wir alles daran setzen sollen, dass das nicht mehr geschieht?

Pascal Messerli (SVP): Ich sehe deinen Kausalenzusammenhang zwischen Kostenüberschreitung beim Biozentrum und einem Whistleblowinggesetz nicht wirklich, es tut mir Leid.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich möchte noch ein paar Punkte aufnehmen, welche jetzt hier vorgebracht worden sind und Sie bitten, auch im Namen meiner Fraktion, diese Motion zu überweisen. Wir hoffen, dass der Regierungsrat den Gesetzesentwurf auch noch so präzisieren kann, dass er dann auch wirklich umsetzbar ist.

Ich möchte nur drei Dinge anmerken. Einerseits wurde auch gerade wieder vom Kollege Pascal Messerli gesagt, dass man halt damit leben muss, dass man als Person veröffentlicht wird. Wir erleben das in der GPK immer wieder mit diesem Whistleblowing. Es gibt hier eine persönliche Ebene. Es wurden hier hypothetische Beispiele genannt, die vielleicht ein Whistleblowing sinnvoll erschienen lassen hätten. Sie müssen sich auch vorstellen, für diese Person ist das extrem zermürbend. Wir sehen das auch, wenn sie in die GPK kommen. Das ist persönlich extrem zermürbend, diese Personen leiden psychisch bis aufs Äusserste. Wenn sie sich anonym irgendwo melden können, ist das extrem wichtig für sie, schon nur aus psychohygienischen Gründen.

Wenn Sie dann auch darauf vertrauen können, dass sie wirklich nirgendwo genannt werden, dass es nicht herauskommt, dass sie das gesagt haben, ist das extrem wichtig. Wenn sie in der GPK sind und als Whistleblower oder Whistleblowerin auftreten, schützen wir sie natürlich und versuchen, dies geheim zu halten. Aber wir können es nicht garantieren. Die GPK berichtet irgendwann und es wird dann öffentlich. Vielleicht wird die Person nicht direkt nachvollziehbar sein, wenn sie einen Missstand gemeldet hat, aber in dieser Stadt, die so klein ist, wird geredet, sicher nicht von der GPK, aber es ist klar, dass es weitergeht und es ist klar, dass es eine Gefahr birgt für die Person, wenn sie sich nicht vollständig anonym melden kann.

Das zweite ist dann noch die Ombudsstelle. Ich denke, hier muss man einfach klar sehen, sie muss vor allem eine vermittelnde Funktion wahrnehmen und ich würde in Frage stellen, dass diese die geeignete Stelle ist für Whistleblowing, wo es wirklich um Fälle geht, bei denen es absolute Geheimhaltung braucht. Eine neue Stelle, wo es, wie Johannes Sieber bereits gesagt hat, auch digital möglich ist, solche Eingaben zu machen, wäre sicher sinnvoll.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es kommt nicht von ungefähr, dass ich als weiteres GPK-Mitglied für die Überweisung dieser Motion spreche. Pascal Messerli, der dagegen war, ist nicht Mitglied der GPK.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sehr wichtig ist, die Whistleblower, die Leute, die nicht zu ihrem Namen stehen können, aus welchen Gründen auch immer, zu schützen. Es bestehen keine befriedigenden gesetzlichen Grundlagen, die diesen Schutz wirklich ermöglichen. Es ist wirklich nötig, dass hier etwas geht. Es geht nicht darum, dass jemand nicht zu seinem Namen oder zu seiner Aussage stehen würde. Es geht darum zu verhindern, dass die Person nachträglich Sanktionen ausgestellt ist und sich fürchten muss, in ihrem Betrieb Nachteile zu erleiden.

Wir haben das in dem PUK-Bericht gelöst mit externen Anwälten, bei denen diese Whistleblower aussagen konnten. Aber befriedigend ist diese Lösung nicht. Die Ombudsstelle hat eine andere Flughöhe. Die Ombudsstelle wird nicht von sich aus aktiv, sondern die Whistleblower melden sich bei ihr und danach wird dann versucht zu vermitteln. Das ist ein ganz anderer Sachverhalt, als wenn wir von der GPK aus Untersuchungen machen für Sie, meine Kolleginnen und Kollegen. Dann müssen wir auch Leute anhören können, die Angst davor haben, zu einer Aussage zu stehen. Wir werden selbstverständlich die nötigen Prüfungen nachholen, so dass wir diese Aussagen auch verifizieren können, ohne dass wir hier der Regierung ungerecht in den Rücken fallen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen, sie ist wirklich notwendig.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Ja, sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Löblicherweise wird das vollständige Gesetz dieser Motion vorgelegt. Mir ist bekannt, dass wir Paragraphen verwenden. Warum muss man nun hier Artikel verwenden?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Wir können diesen essenziellen Mangel natürlich beheben und die Artikel durch Paragraphen ersetzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir sind ja hier alle Einzelsprecher, auch die Regierungsrätin, deshalb ich überrascht, dass sie nach mir sprechen kann. Es gibt auch keine andere Regel für Regierungsräte. Ich möchte das zu Handen des Protokolls festhalten.

Wir haben jetzt viele GPK-Mitglieder gehört, die zu diesem Geschäft gesprochen haben. Ich bin ehemaliges langjähriges GPK-Mitglied und ich sehe es nicht so wie meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der GPK. Andrea Strahm hat einen Vergleich gebracht, der nicht stimmt. Selbstverständlich ist es immer so, dass ein Whistleblower aktiv auf eine Stelle zugehen muss, und das ist genau eben das, was bei der Ombudsstelle möglich ist. Ein Whistleblower ist immer jemand, der etwas aktiv zu vermitteln hat. Wir fragen ja nicht jede zweite Woche die Leute, ob sie irgendetwas haben, was ihnen nicht passt und dann nehmen wir es auf. Also insofern haben wir im Kanton diese Stelle bereits, die dafür zuständig ist, die für Anliegen von Verwaltungsangestellten die erste Ansprechstelle ist, aber auch letztlich für Bürgerinnen und Bürger, die ein Problem haben. Diese Whistleblowing-Möglichkeit gibt es heute schon und es gibt auch bereits heute einen ausreichenden Schutz, wenn es darum geht, dass eine Person sich meldet. Die Vergangenheit hat ja bewiesen, dass das so ist. Gerade die GPK hat das ja gezeigt. Es gab und gibt vermutlich auch heute noch immer Menschen, die sich an diese Stelle, an die Ombudsstelle oder an die Oberaufsichtskommission gewendet haben und ein Anliegen geäussert haben. Man hat es dann vertieft untersucht, und diese Menschen sind bis heute geschützt. Diese Menschen sind nirgends einer Repression ausgesetzt gewesen oder haben danach ihre Anstellung verloren. Zumindest ist mir keine solche Situation bekannt. Sie müssten Sie dann konkret benennen, wenn es eine solche Situation gegeben hat.

Ich kann die grundsätzliche Besorgnis von Christian von Wartburg und Johannes Sieber, den beiden Motionären, ja schon verstehen, aber wir müssen trotzdem ein bisschen aufpassen, dass wir hier nicht das Kinde mit dem Bade ausschütten. Es gibt im Kanton bereits ausreichend Regelungen, die wir anwenden können. Es ist vielleicht gut gemeint, aber hier ein zusätzliches Gesetz zu schaffen, das dann allenfalls auch wieder eine zusätzliche Bürokratie nach sich zieht, neue Stellen, die geschaffen werden müssen beim Kanton, das erachten ich für nicht zielführend und ich bitte Sie deshalb auch als ehemaliges GPK-Mitglied, diesen Vorstoss abzulehnen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Joël Thüring (SVP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Johannes Sieber und eine andere von Andrea Strahm. Nehmen Sie sie an? Sie werden beide angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben jetzt mehrfach gesagt, dass der Schutz ausreichend sei. Welches Gesetz schützt mich denn tatsächlich, wenn ich etwas melde, das nicht in Ordnung ist?

Joël Thüring (SVP): Zum Beispiel schützt Sie das Personalgesetz des Kantons Basel-Stadt. Der Kanton hat ein sehr strenges Personalgesetz. Sie können zum Beispiel niemanden einfach so entlassen. Das ist ein erster einfacher Schutz zum Beispiel und dann gibt es selbstverständlich noch ganz viele andere Bestimmungen. Beim Kanton wird niemand willkürlich entlassen und das wäre ja dann willkürlich, wenn Sie jemanden entlassen, nur weil er ein Whistleblower ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Haben Sie die Situation schon vergessen, als wir Leute anhören wollten, die Angst hatten, den Namen nicht sagen wollten und dann als Whistleblower befragt werden konnten? Die gingen von sich aus weder zur Ombudsstelle noch kämen sie zu uns.

Joël Thüring (SVP): Diese Situation habe ich nicht vergessen, aber ein Whistleblower-Gesetz kann diesen Menschen diese Angst nicht nehmen. Sie haben heute schon die genau gleichen Möglichkeiten, diese Menschen zu schützen, auch ohne zusätzliches Gesetz.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich habe nicht das Schlusswort, das wird dann der Motionär haben. Die Regierung ist bereit, die Motion entgegenzunehmen, nicht weil wir jetzt genau das Gesetz so übernehmen möchten, das werden wir sicher noch prüfen und Ihnen in einer allfälligen Stellungnahme berichten. Aber die Möglichkeit einer anonyme Meldung würden wir gerne prüfen, obwohl ich sehe, was Pascal Messerli gesagt hat. Es ist heikel, es hat Vor- und Nachteile. Wir würden das aber gerne prüfen, ob wir der Meinung sind, das könne Sinn machen oder nicht. Ich glaube, dass das sich das lohnt, da haben wir eine gewisse Lücke und es gibt sicher Dafür und Dawider.

Auch die Frage, ob man den Geltungsbereich auf die anderen Beteiligungen des Kantons, auf öffentlich-rechtliche Anstalten ausweiten soll, können wir prüfen, ebenso, welche Möglichkeiten bei ihnen vorgesehen sind. Schwieriger finde ich die Frage der Ombudsstelle. Da bin ich eher etwas irritiert. Ich finde eigentlich die machen das sehr gut. Ich finde auch, dass das dort gut angegliedert ist, aber am Ende wird das der Grosse Rat entscheiden. Das sind Ihre Organisationen. Aber vielleicht es auch nicht nötig sein, das zu wechseln. Ich hatte eigentlich bisher den Eindruck, dass sie auch die Leute gut schützen, dass sie nur auf uns zukommen, wenn es nötig ist. Es ist auch nicht so, dass sie uns immer die Namen der betreffenden Personen nennen, das habe ich also auch schon anders erlebt. Daher bin ich eher etwas erstaunt.

Aber wir sind bereit, das zu prüfen und in einer ersten Stellungnahme darzulegen, ob wir da etwas machen und was wir Ihnen empfehlen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat der Motionär Christian von Wartburg das Wort.

Christian von Wartburg (SP): Sie haben mich teilweise darauf angesprochen, warum wir gleich noch einen Entwurf für dieses Gesetz der Motion angefügt haben.

Ich bin in einem Parlament und ich gebe zu, ich wäre gerne in der Gesetzgebung tätig im Parlament und habe mir zusammen mit Johannes Sieber die Freiheit genommen, auch einmal zu versuchen, ein Thema so umfassend auch in einer Motion einzuleiten, dass die Zielrichtung und die Stossrichtung der Motion sehr klar wird. Das heisst selbstverständlich



nicht, dass die Regierung dann aus meiner Sicht gebunden ist an einen solchen Entwurf, sondern das soll einmal die Stossrichtung aufzeigen und wir haben uns stark orientiert am Genfer Gesetz über das Whistleblowing, das sehr neu ist, zusammen mit Ideen aus dem Kanton Zürich, und wir haben das einmal eingebettet in einen Entwurf und wir hoffen, dass das zumindest Anhaltspunkte gibt, in welche Richtung unser Vorschlag geht.

Der Grund, warum wir der Auffassung sind, dass das Verfahren, so wie es heutzutage ausgestaltet ist, zu wenig modern, zu wenig klar ist, liegt zum einen in der persönlichen Erfahrung, die wir in der GPK machen. Es war immer wieder sehr schwierig, diese Abstimmung zwischen Ombudsstelle und dann GPK zu koordinieren. Denn die Idee ist, dass die Ombudsstelle, wenn sie erste Anlaufstelle ist und merkt, dass es einen Cluster gibt, ein systematisches Problem gibt, der GPK übergibt, was dann aber auch zu Frustrationen geführt hat bei den Personen, die sich bei der Ombudsstelle gemeldet haben. Es gibt irgendwo ein systematisches Problem, dass es zur Geschäftsprüfungskommission hinüber wechselt, was dann aber auch zu Frustrationen geführt hat seitens der Personen, die sich bei der bei der Ombudsstelle oder auch direkt bei uns gemeldet haben. Ich halte es einfach für sinnvoll, dieses System einmal grundsätzlich zu prüfen, so dass es klar wird für jemanden, der einen Missstand melden möchte, wer zu welchem Zeitpunkt für was zuständig ist und welche Schritte einzuhalten sind und wie es genau vonstatten gehen soll.

Ich glaube, da zeigt die EU-Richtlinie, dass man das besser machen kann als wir. Da haben wir sehr klare Vorgaben und da zeigt auch dieses Genfer Gesetz, dass es eben sinnvolle, klare Strukturen gibt, die man schaffen muss, Gefässe, die man dafür schaffen muss. Warum nicht die Ombudsstelle? Es ist keineswegs ein Misstrauensvotum gegenüber der Ombudsstelle, sondern es hat strukturelle Gründe. Aus unserer Sicht ist die Ombudsstelle ein Ort der Vermittlung, ein Ort der Konfliktbewältigung und nicht ein Ort der Compliance. Es ist ein Unterschied, ob Sie in einem Konflikt mit der Verwaltung stehen und dann die Hilfe einer Ombudsstelle in Anspruch nehmen, um diesen Konflikt zu bewältigen, oder ob Sie einen Missstand sehen, der grundsätzlicher Natur ist, den Sie jemandem zur Kenntnis bringen möchten zur Behebung. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied und ich denke es ist sinnvoll, einen anderen Ort zu finden als die Ombudsstelle, weil man auch aus meiner Sicht deren Tätigkeit in der Vermittlung stört, wenn sie eine Pseudo-Aufsichtsbehörde wird, die diese Missstände entgegennimmt.

Ein letztes Wort noch zu Whistleblowing: Das hat immer noch eine sehr negative Konnotation. Es gehört aber in einem modernen Staat und auch in einer modernen Firma zur sorgfältigen Compliance, dass man eine solche institutionalisierte Möglichkeit zu Whistleblowing hat. Denken Sie an die katholischen Kirche. Ich brauche nicht mehr zu sagen und habe damit geschlossen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 32 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001327, 20.09.23 11:47:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 61 JA-Stimmen bei 32 Gegenstimmen und keiner Enthaltung

22. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat

[20.09.23 11:47:21, 23.5297.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Michael Hug (LDP): Ja, wir haben ein Problem bei der Spitalfinanzierung. Es gibt Risiken, die wir kennen und die sich manifestiert haben beim Felix Platter-Spital. Wir haben letzten Mittwoch ausgiebig darüber diskutiert und wir werden im Oktober anlässlich der Behandlung des Bebauungsplanes für Campus Gesundheitsklinikum 3 noch einmal ausgiebig darüber diskutieren.

Wir haben in der Kommissionsberatung viel über dieses Problem und dieses Risiko diskutiert und uns Gedanken gemacht. Wir haben uns innerhalb der Fraktion auch überlegt, ob wir den Vorschlag von Stefan Wittlin unterstützen. Wir sehen den Punkt, dass damit ein Problem verbessert werden sollte. Wir gehen aber nicht damit einig, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt die Option ist, die unsere Fraktion verfolgen will, dies aus folgenden Gründen: Wir haben es schon letzten Mittwoch gehört, im Jahr 2011 wurde auch vom Stimmvolk beschlossen, dass die Spitäler ausgelagert werden sollten, was dann auch umgesetzt wurde. Wir fragen uns, ob die Politik wirklich besser in der Lage ist in einer solchen Situation, wo es darum geht, eine Investition zu machen, dies zu beurteilen und die Risikoeinschätzung besser zu machen als ein Verwaltungsrat und eine Geschäftsleitung, die ja eigentlich in diesem Bereich Expertenwissen haben, welches die Kommissionen, mit Verlaub, schon haben, aber vielleicht nicht in der gleichen Ausgestaltung.

Wir haben nach der Diskussion auch beim Bericht zum Bebauungsplan Campus Gesundheit einen Mechanismus eingebaut, der, so finden wir, dieses Problem adressiert, aber nicht gleichzeitig die Spitalauslagerung unterwandert. Es soll in Zukunft darum geben, dass, wenn es sich bei grossen Investitionen bemerkbar macht, dass die Finanzierungswirkung schwierig wird, die Tragbarkeit nicht mehr da ist und so weiter, dann muss oder soll in Zukunft jedes Jahr die GSK formiert werden in Form eines Berichtes und falls eben die Tragbarkeit nicht mehr gegeben ist, um ein zweites Felix Platter-Spital zu vermeiden, dann soll auch die Finanzkommission informiert werden und der Regierungsrat aufgefordert werden, Sofortmassnahmen zu erlassen. Wir finden diesen Weg den pragmatischeren und momentan den sinnvolleren, weil wie gesagt auch die Spitalauslagerung ein Entscheid des Volkes war, denn es zu berücksichtigen gilt.

Aus diesen Überlegungen spricht sich die LDP-Fraktion gegen diese Motion und deren Überweisung aus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Unabhängig, ob Sie die Auslagerung der Spitäler als sinnvoll erachten oder nicht, würde mich interessieren, wann für Sie oder die LDP der richtige Zeitpunkt ist für eine nachhaltige Finanzierung der Spitäler.

Michael Hug (LDP): Vielleicht muss ich die Frage zurückgeben: Was ist eine nachhaltige Finanzierung der Spitäler?

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die finanziellen Risiken, welche die Spitäler mit ihren Bauvorhaben eingehen, sind sehr relevant und die Frage ist natürlich richtig, wer diese Risiken legitimieren muss. Ich selbst habe diesbezüglich auch schon eine schriftliche Anfrage gestellt. Allerdings, es wurde gesagt, die Spitäler sind verselbständigt und der von der Motion vorgeschlagene Eingriff bedeutet eine konzeptionelle Anpassung. Die vorliegende Motion geht eigentlich etwas gegen das bisherige reine System der kompletten Eigenständigkeit der ausgegliederten Unternehmen, die ausschliesslich über die Eignerstrategien und allenfalls Mandatierung der Verwaltungsräte sowie über die Aufsicht durch den Regierungsrat politisch gesteuert werden.

Die Grünliberalen stehen zum System der Ausgliederung und zur sogenannten Public Corporate Governance, die wir in Basel leben. Aber das System der Public Corporate Governance kann und leben darf. Es kann und darf weiterentwickelt werden. Es ist schon lange eine wichtige Frage und es gibt dazu auch Kritik, ob und wie weit die Parlamente oder sogar die Bevölkerung miteinbezogen werden müssen. Denn immerhin erfüllen die ausgegliederten Betriebe und Unternehmen öffentliche Aufgaben, sonst sollte der Kanton sie gar nicht in seinem Beteiligungsportfolio haben. Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben muss politische Mitsprache ermöglichen. Es ist aber wichtig, und dazu stehen die Grünliberalen, dass wir als Parlament weder in die Unternehmensstrategie noch operativ eingreifen, oder wie es Michael Hug gesagt hat, die Auslagerung wollen wir in dem Sinne nicht unterwandern. Die politische Mitsprache fokussiert sich auf die Gesetzgebung und auf Vorstösse, mit denen wir den Regierungsrat beauftragen können, in seiner politischen Steuerung Akzente zu setzen. Das reicht uns Grünliberalen aber nicht ganz. Wir unterstützen zwei Ergänzungen: Erstens sollte das Parlament die



Eignerstrategien aller wesentlichen Beteiligungen zumindest zur Kenntnis erhalten. Die nachfolgende Motion der GSK fordert ja genau das. Wir könnten uns auch vorstellen, dass die Eignerstrategien vom Grossen Rat genehmigt werden müssten oder zumindest mit Vorstössen darauf eingewirkt werden können müsste. Zweitens sollte das Parlament bei strategischen Entscheiden von sehr grosser Tragweite oder bei Investitionen mit einem sehr grossen finanziellen Risiko für den Kanton sein Veto einlegen können. Eine solche Weiterentwicklung der Public Corporate Governance befürworten wir, zumindest möchten wir fundierter darüber nachdenken können. Damit käme das Parlament wieder etwas mehr in eine grundlegende politische Verantwortung, ohne operativ einzugreifen.

Das heisst auch, die Motion Wittlin sollte eigentlich für alle wesentlichen Beteiligungen des Kantons gelten, also zum Beispiel auch für die IWB oder die BKB, bei denen wir auch ein Risiko haben. Nun, wir fangen mal bei den Spitälern an und können die Diskussion auch allgemeiner führen.

Eine Frage ist natürlich, warum 100 Millionen Franken die richtige Grenze sein soll. Es ist etwas willkürlich. Für uns sind die 100 Millionen Franken auch nicht sakrosankt. Wir können in einem allfälligen Gesetzgebungsprozess über die richtige Höhe der Summe, welche ein Einbezug des Parlaments auslöst, durchaus diskutieren. Klar ist, dass der Einbezug des Parlaments bei Investitionsentscheidungen eine Ausnahme bleiben muss, die vielleicht ein bis zwei Mal alle 10 Jahre vorkommt. Es darf nicht zur Regel werden, weil wir damit eben nicht die Auslagerungen unterwandern wollen.

Die Grünliberalen wünschen uns also die Public Corporate Governance im Sinne der politischen Verantwortung für öffentliche Aufgaben und für die Kantonsfinanzen gezielt und punktuell weiterzuentwickeln im Sinne der Motion. Darüber hinausgehen möchten wir aber nicht. Wir finden es nach wie vor richtig, dass gezielt öffentliche Aufgaben in ausgegliederten Betrieben unternehmerisch erfüllt werden und dass das Parlament nicht zu weit eingreifen soll. Den hier vorgeschlagenen Schritt finden wir richtig und stimmen daher der Überweisung der Motionen zu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Uhr schliesse ich hier unsere Sitzung und wir treffen uns um 15 Uhr für das Votum von Georg Mattmüller wieder.

Schluss der 27. Sitzung

11:57 Uhr



Protokoll

der 28. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 20. September 2023, um 7:06 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

01.	Mitteilungen	2
22.	Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat	2
23.	Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat	8
24.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen.....	8
25.	Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen	8
26.	Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!.....	9
27.	Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen.....	9
28.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen.....	14
29.	Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten.....	21
41.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen	21
31.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen	24
32.	Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz	24
33.	Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention	25
34.	Anzug Daniel Hettich betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse.....	29
35.	Anzug Eric Weber betreffend Straftaten verhindern.....	31
1.	Traktandum 1.....	31
36.	Anzug Eric Weber betreffend Nachtsitzungen gehören abgeschafft	33
37.	Anzug Eric Weber betreffend Besucher-Badge für Grossrats-Besucher	34
38.	Anzug Eric Weber betreffend feste Sprechzeiten für den Parlamentsdienst	35



Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 20. September 2023, 15:00 Uhr

01. Mitteilungen

[20.09.23 15:00:01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Save the Date Jassturnier

Die Organisatoren des diesjährigen kantonalen Jassturniers Tim Cuénod und Daniel Albiez möchten Ihnen mitteilen, dass das Jassturnier in diesem Jahr am 14. Dezember 2023 ab 18:15 Uhr hier im Rathaus stattfinden wird. Eine offizielle Einladung werden Sie zu einem späteren Zeitpunkt erhalten.

22. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat

[20.09.23 15:01:23, 23.5297.01]

Georg Mattmüller (SP): Ja, es ist richtig, die öffentlichen Spitäler sind selbstständige Organisationen und können sich im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons operativ entfalten. Die Politik und auch das Stimmvolkvolk haben das so gewollt. Man kann sich nun aber schon fragen, weshalb das Universitätsspital ausgerechnet in einem Einzelfall den Wettbewerb im Nachbarkanton sucht. Das Beispiel, und ich komme nochmals darauf zurück, zeigt letztlich nur, dass von einer gemeinsamen Gesundheitsregion nicht gesprochen werden kann, auch wenn dies ebenfalls ein Volkswille war.

Der bikantonalen Webseite zur gemeinsamen Gesundheitsregion GGR entnehmen wir dazu: Die Versorgungsplanung wurde in der Region bisher von jedem Kanton separat durchgeführt. Mit dem am 10. Februar 2019 vom Stimmvolk der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft angenommenen Staatsvertrag zur Planung und Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung erhalten die beiden Kantone die Möglichkeit, die Versorgungsplanung nun gemeinsam durchzuführen.

Ja, die beiden Kantone haben die Möglichkeit erhalten und machen trotz gesetzlichem Auftrag und Volkswillen nicht davon Gebrauch. Die Kantone haben sich in ihrer Definition der Gesundheitsversorgung auf Planung, Regulation und Aufsicht von Leistungen reduziert. Bezüglich der Organisation der Leistungserbringer, also der Spitäler der beiden Kantone, die den öffentlichen Versorgungsauftrag erfüllen müssen, gibt es keine gemeinsame Planung. Die aktuellen Verantwortlichen können die damalige Spitalfusionsabstimmung beklagen, sollten sich aber schnell besinnen, denn das Universitätsspital USB wie das Kantonsspital Baselland KSBL haben zusammen in den kommenden zwei Jahrzehnten einen Investitionsbedarf von vier bis viereinhalb Milliarden Franken. Rechnet man die kleine Investition der Dialysestation des USB in Baselland, die zweifelsohne in einem so genannten Konkurrenzmarkt zu Überkapazitäten führt, hoch auf die Planung der Spitäler der öffentlichen Gesundheitsversorgung, muss einem das Sorgen machen. Schaffen wir potenziell Überkapazitäten in der Höhe von 100 Millionen Franken?

Das Beispiel des Kanton Aargaus, der eben erst 240 Millionen Franken für das Kantonsspital Aarau sprechen musste, zeigt deutlich, dass trotz des vielbeschworenen sogenannten Markts letztlich der Spital-eigner, also der Kanton und damit die Steuerzahlenden, für die öffentliche Gesundheitsversorgung in die Pflicht genommen werden.

Mit der universitären Altersmedizin Felix Platter UAFP hat der Kanton Basel-Stadt aktuell bereits schon fast 100 Millionen Franken in der Rechnung abschreiten müssen. Offensichtlich war der erste Spitalbau im sogenannt marktregulierten Verhältniss nicht erfolgreich. Auch kann Regierungsrat Lukas Engelberger nach Aussage in der vergangenen Woche eine Rekapitalisierung des UAFB durch den Kanton nicht ausschliessen.

Ohne eine Eingliederung der Spitäler in die kantonale Verwaltung zu fordern, macht es Sinn, vor allem grössere und teure Investitionen in öffentliche Spitäler, deren gesamtstaatlichen finanziellen Risiken sehr gross sind, politisch zu legitimieren. Da



sich die beiden kantonalen Spitalträger im Wettbewerb befinden, anstatt Verlustrisiko reduzierend zu kooperieren, braucht es offenbar im Rahmen der Spitalgesetzgebung ein politisches Regulativ. Das Parlament muss daher auf kritische kantonale Grossinvestitionen, wie jene der Spitäler, einen aus einen Einfluss haben können.

Im Namen der SP-Fraktion bitte Sie daher, die Motion gutzuheissen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Diese Motion ist Symptombekämpfung. Das sage ich normalerweise, wenn ich etwas Negatives meine. Das ist es in diesem Fall nicht. Ich werde nachher noch darauf eingehen. Aber weshalb ist es bloss eine Symptombekämpfung? Diese Motion löst die falschen Anreize, die wir mit den Fallpauschalen im Gesundheitswesen haben, nicht, sie löst den Wettbewerb um so genannte gute Patientinnen nicht, sprich um Diagnosen, die Gewinn abwerfen. Sie löst auch nicht das grundlegende Problem, dass es eben mit diesen Fallpauschalen und der Auslagerung der Spitäler im Gesundheitswesen primär um Gewinnmargen, um Konkurrenzkampf und um Spardruck geht, anstatt darum, die bestmögliche und vielleicht auch die finanzierbare Gesundheitsversorgung im Sinn zu haben.

Dieses System, das wir jetzt haben, schweizweit, nicht nur hier in Basel und auch über die Schweiz hinaus, kann nicht funktionieren, jedenfalls nicht für diejenigen Betriebe, die, wie das Felix Platter oder das USB oder andere öffentliche Spitäler, sich nicht nur auf die lukrativen Diagnosen, auf die sogenannten guten Patientinnen fokussieren können.

Aber wir können dieses grundlegende Problem hier in Basel nicht lösen und auch schweizweit sieht es leider momentan nicht danach aus, dass es genügend schnell gelöst wird. Deshalb eben kommt die Symptombekämpfung jetzt. Genau wie wir auch bei einer Schmerzpatientin, bei der wir die Ursache nicht lösen können, trotzdem auch Schmerzmittel verschreiben, ist es wichtig, dass wir hier diese Symptombekämpfung machen.

Es ist so, weder Schulen noch Bibliotheken noch die Feuerwehr oder die Polizei rentieren. Sie alle Werfen keinen Gewinn ab. Sie alle müssen ihre Investitionen nicht finanzieren über ihren Gewinn. Sie können es nicht und genausowenig können es eben die öffentlichen Spitäler, die eine Grundversorgung über alle Bereiche und auch für die komplizierten Fälle sicherstellen müssen. Es ist nicht möglich, im heutigen System genügend Gewinnmarge abzuwerfen. Deshalb ist uns allen klar, dass am Schluss der Kanton einspringen muss, wenn es finanziell nicht aufgeht.

Es gibt eigentlich nur zwei Alternativen, die schlussendlich das gleiche bewirken. Die eine wäre, beim Personal so stark zu sparen, dass man schlussendlich kein Personal mehr hat, dann kann man auch schliessen, oder man geht direkt in Konkurs. Deshalb musste ja auch eben Felix Platter-Spital vom Kanton gestützt werden, oder auch das Kantonsspital Aarau, wo jetzt 240 Millionen Franken als Finanzspritze bewilligt wurden, um den Konkurs abzuwenden. Es ist nicht so, dass es einfach einzelne Spitäler sind, die Fehler begehen, sondern es ist das Grundproblem. Unser Grundproblem heisst, wenn wir eine gute Gesundheitsversorgung haben möchten, dann tragen wir auch die Verantwortung dafür und dann ist es aus meiner Sicht auch klar, dass wir mitreden dürfen. Es geht hier ja nicht nur um 2 oder 3 Fränkli, die wir vielleicht noch etwas verkraften können und nicht so dramatisch finden, wenn sie irgendwo im Budget untergehen. Es geht hier um dreistellige Millionenbeträge. Ja, beim USB wären es vielleicht sogar vierstellig.

Es ist extrem viel Geld, und da finde ich es nicht übertrieben, dass wir als Parlament, als Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit, die schlussendlich diese Beträge bezahlen muss, auch mitreden können. Und da kommt auch das, was Georg Mattmüller angesprochen hat, hinzu. Wenn wir über diese Gelder sprechen würden, dann würden wir auch ganz klar erwarten, dass ebendiese regionale Gesundheitsplanung gemacht würde. Das ist heute einfach nicht der Fall. Sie wird nicht gemacht und wir haben keine Einflussmöglichkeiten darauf. Es wird einfach ignoriert, was die Bevölkerung beschlossen hat.

Deshalb bitte ich Sie im Namen des GAB, diese Motion zu überweisen, damit wir eine demokratische Kontrolle dieser Ausgaben haben, die so oder so auf uns zukommen werden, und zwar dass wir dann mitreden können, bevor sie fix und fertig auf dem Tisch liegen, sondern den man sie noch beeinflussen kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrageentschuldigung von Pasqualine Gallacchi. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Wie soll das Parlament hier Einfluss nehmen, was was kann das Parlament machen? Sie haben es selber gesagt, es sind Symptome, die man bekämpft. Ich kann mir nicht vorstellen, inwiefern das Parlament hier Lösungen bieten kann.



Tonja Zürcher (GAB): Das Parlament kann zum einen verlangen, dass diese Planung regional abgestimmt ist. Das kann man bei jeder Botschaft überprüfen, nachfragen, weitere Abklärungen verlangen. Wir können entscheiden, ob das genügend gemacht wurde oder nicht. Wir können Überprüfungsanträge stellen, ob die Beträge richtig sind und so weiter, also wie bei jedem anderen Geschäft, bei dem wir über 100 Millionen Franken oder mehr als Ausgaben bestimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist jetzt Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Mit der Ausgliederung der öffentlichen Spitäler aus der Verwaltung vor nunmehr über 10 Jahren wurden diese in die operative Selbstständigkeit entlassen. Der Kanton ist zwar nach wie vor Eigentümer, die einzelnen Institutionen agieren aber als rechtlich selbstständige Unternehmen. Investitionsentscheide liegen somit nicht mehr beim Kanton, sondern beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung, hier bei den jeweiligen Spitalern. Die Einbindung oder die erneute Einbindung des Grossen Rates in diesen Entscheidungsprozess untergräbt die Idee der Auslagerung der öffentlichen Spitäler. Das wäre in etwa vergleichbar, wie wenn bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen die Aktionäre Investitionsentscheidungen treffen würden oder müssten. Ein Entscheidungsvorbehalt verlängert zudem und verkompliziert nicht nur den gesamten Prozess, sondern führt auch zu einer Verbesserung der Verantwortlichkeiten. Es ist dann auch mehr als fraglich, ob die Politik tatsächlich besser beurteilen kann, ob eine Investition sinnvoll und finanzierbar ist.

Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch das Problem, dass der Steuerzahler bei Fehlinvestitionen ein finanzielles Risiko trägt, wie es beim UAFP deutlich geworden ist. Wir haben ja zu Genüge darüber debattiert. Dieses Problem bleibt aber bestehen und nota bene trägt der Steuerzahler dieses Risiko nicht nur bei Staatsbetrieben oder staatsnahen Unternehmen, sondern, Sie wissen es, auch bei privaten – Stichwort systemrelevanten Banken.

Im Zusammenhang speziell nun mit den Spitalern kann oder muss gegebenenfalls auch die Eigentümerstrategie des Kantons insbesondere im Zusammenhang mit Grossinvestitionen im Gesundheitswesen überdacht, überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Dies liegt aber vorab in der Verantwortung des Regierungsrates als oberste Instanz. Der Einbezug des Grossen Rates ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Wir empfehlen deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das Gesetz, über das wir hier eigentlich sprechen, ist jetzt zwölf Jahre alt. Wir haben also einige Jahre Erfahrung mit der Auslagerung der Spitäler und ich glaube, man kann ohne weiteres sagen, dass sich das sehr bewährt hat. Wir sind sicher auf dem richtigen Weg. Trotzdem scheint es mir, dass nach zwölf Jahren eine Überprüfung und allenfalls Feinjustierung oder Neuregulierung durchaus angezeigt sein kann. Ich glaube, es ist zu Recht ein gewisses Unbehagen erkennbar geworden im Zusammenhang mit der Kapitalisierungsfrage des Felix Platter Spitals.

Wir sind als Parlamentarier und Parlamentarierinnen ja schon auch dazu aufgefordert, über die Steuergelder und die sinnvolle Nutzung der Steuergelder zu wachen. Manchmal frage ich mich aber wie ernsthaft wird das tun und wie gut wir in der Lage dazu sind. Ein Beispiel: Heute Morgen haben wir während etwa sieben Minuten debattiert über ein 500 Millionen Geschäft und wir haben über 25 Minuten debattiert über Rehe auf dem Friedhof Hörnli. Das Parlament ist natürlich tatsächlich nicht unbedingt geeignet, solche Geschäfte zu debattieren, aber die letzte Verantwortung können wir nicht wegdiskutieren. Deshalb denke ich, die Motion bietet vielleicht die Chance, dass der Regierungsrat sich überlegen kann, wo wir nach zwölf Jahren Erfahrung sagen können, einen gewissen Handlungsbedarf entdeckt zu haben, zum Beispiel bei der Finanzierungsfrage, ob es da einen sinnvollen Schlüssel gibt im Verhältnis Investition Eigenkapital.

Diese 100 Millionen Franken können nicht sakrosankt sein, die hier als Thema oder als Vorschlag vorliegen, aber sie können eine Anregung sein zu fragen, wie wir mit solchen Grossrisiken in unserem Hause umgehen. Deshalb bin ich für die erste Überweisung dieser Motion, aber klar auch mit der Aussage, dass es auf keinen Fall dazu führen darf, dass wir einen Schritt zurück machen in die Geschichte, als die Spitäler in der Verwaltung integriert waren. Das hat sich nicht bewährt. Die Auslagerung hat sich sehr bewährt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie machen offensichtlich die Bedeutung eines Geschäfts an der Redezeit hier im Ratsplenum fest. Rechnen Sie die Zeit, mit der sich eine Kommission mit einem Geschäft beschäftigt, und andere Vorbereitungen nicht mit ein?



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke für den Hinweis. Es war für mich heute Morgen einfach ein wunderbares Beispiel, wie schlank 500 Millionen Franken durchrutschen und wie andere Themen uns offensichtlich weit mehr beschäftigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich schliesse mich den Antrag auf Nichtüberweisung an, möchte aber doch noch einige Gedanken anfügen. Der Sprecher der SP hat hier auf eindrückliche Weise Krokodilstränen geweint darüber, was alles nicht klappt in unserer Region mit der Zusammenarbeit in diesem wichtigen Bereich. Aber ich meine, die SP hat aktiv torpediert, dass wir ein sinnvolles System bekommen mit der Ablehnung der Spitalfusion. Die Schwesterpartei in Basel-Landschaft hat das auch versucht, ist dort aber zum Glück nicht durchgedrungen. Einige Probleme wären uns erspart geblieben, wenn wir ein gemeinsames, starkes öffentliches Spital hätten. Diese historische Verantwortung kann heute die SP nicht wegdiskutieren. Entgegen eine rot-grünen Regierung hat sie das torpediert.

Etwas anderes hat auch bereits Bruo Lötscher angesprochen. Diese 100 Millionen Franken sehen nach sehr viel Geld aus, ist es auch, aber das müsste ja auch in einen Zusammenhang gestellt werden mit der Risikofähigkeit mit dem Eigenkapital eines jeden öffentlich-rechtlichen Spitals. Das ist viel Geld für das Felix-Platter, die psychiatrischen Klinik, für das Universitätsspital ist es, ich sage es mal vereinfacht, ein Klacks. Da brauchen wir eine differenzierte Antwort.

Der Vorschlag ist ja, dass jetzt alles in den Grossen Rat kommt. Hätten wir dem Felix Platter-Spital zugestimmt? Natürlich hätten wir ihm zugestimmt und hätten dann vielleicht noch irgend etwas aufgestockt, um zeh Bäume mehr dort zu pflanzen. Wenn es mehr Verantwortung geben soll, dann sollte diese der Ebene der Regierung angesiedelt sein. Wenn diese beim Grossen Rat liegt, können nachher alle sagen, ja ihr habt es so gewollt und abgesegnet, ihr habt alles gewusst. Das ist eine Diffusion von Verantwortlichkeit. Wenn diese neu angesiedelt werden sollte, dann beim Regierungsrat als Genehmigungsinstanz mit auch den möglichen Instrumenten, das wirklich nachzuprüfen, was da vorgerechnet wurde von einem Spital und seinem Verwaltungsrat. Aber so nehmen Sie einfach das Spital, den Verwaltungsrat und den Regierungsrat völlig aus der Verantwortung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die angeregte Debatte, die sich natürlich jetzt nahtlos einfügt in die Diskussionen, die wir hier bereits geführt hatten, beispielsweise über die Jahresrechnungen der Spitäler. Das wird dann weitergehen mit dem Bebauungsplan für den Perimeter B des Unispitals, worüber wir nach den Herbstferien uns werden unterhalten dürfen.

Ich bin vorweg denjenigen dankbar, die zum Ausdruck gebracht haben, dass sie die Selbstständigkeit der Spitäler respektieren und auch schätzen. Ich möchte das meinerseits auch zum Ausdruck bringen. Die Spitäler sind rund 10 Jahre nun autonom, als eigene öffentlich-rechtliche Anstalten konstituiert und als solche tätig. Ich glaube, wir dürfen alles in allem doch sagen, dass sie sich in dieser Zeit erfolgreich entwickelt haben. Ich meine sagen zu dürfen, dass unsere Spitäler ein deutlich patientenfreundlicheres Angebot entwickelt haben. Sie machen heute eine bessere Medizin. Sie haben wichtige Teile ihrer Infrastruktur erneuert und modernisiert und Sie haben etwa in in der Covidpandemie eindrücklich ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ich bekomme das auch von Nichtbasler Beobachterinnen und Beobachter des Gesundheitswesens regelmässig so mitgeteilt und ich glaube, das darf man an dieser Stelle auch würdigen.

Es ist im übrigen auch nicht so, dass wir jetzt ein Angebot hätten, das flächendeckend über den Bedarf liegen würde. Diese Aussagen, die in den Raum gestellt wurden, dass wir hier nämlich ein flächendeckendes Überangebot hätten, sind in meiner Beurteilung falsch. Das ist die Perspektive von vor der Pandemie, da hat man das noch so darstellen können, als würden vor allem die Spitäler um ihre Patientinnen und Patienten kämpfen. Ich muss Sie daran erinnern, es war umgekehrt. In der Pandemie haben die Patientinnen und Patienten, in gewissen Regionen der Schweiz mehr ausgeprägt, aber bei uns teilweise auch, um ihre Behandlung kämpfen müssen und nicht umgekehrt. Jetzt ist es noch einmal anders. Jetzt kämpfen die Spitäler um ihre Mitarbeitenden. Das ist der entscheidende Faktor und nicht, wer über wie viele Etagen in welchem Gebäude verfügt. Also, diese Szene hat sich massiv verschoben, die die Marktverhältnisse, wenn man von einem Markt sprechen will, haben sich massiv verschoben und zwar so, dass wir heute nicht mehr einfach in den Raum stellen dürfen, wir hätten ein Überangebot.

Ich muss dezidiert widersprechen, wenn gesagt wird, die Regierungen von Stadt und Land würden dem Auftrag aus dem Staatsvertrag betreffend gemeinsame Gesundheitsregion nicht korrekt nachkommen. Ich widerspreche vehement. Dieser



Staatsvertrag, der in beiden Kantonen angenommen wurde, regelt unsere Planungsaufgabe. Und die Planungsaufgabe nehmen wir übrigens als einzige zwei Kantone schweizweit vollumfänglich gemeinsam wahr. Damit erfüllen wir den Staatsvertrag. Sie wissen, dass wir gerne einen zweiten Staatsvertrag auch angenommen gehabt hätten, über die Spitalfusion. Das ist zu akzeptieren, dass das abgelehnt wurde und somit haben wir keine gemeinsame Finanzierungsbasis für unsere Spitäler. Wir haben unterschiedliche Spitäler mit unterschiedlichen Eignern. Und jetzt zu erwarten, dass wir aus der Stadt das Recht hätten mitzureden bei den Investitionen des Kantonsspital Basel-Landschaft und umgekehrt, ist meines Erachtens nicht legitim.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben noch 40 Sekunden Redezeit.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Dann muss ich jetzt stark abkürzen.

Wir nehmen das entgegen aus Respekt vor den Kompetenzen des Grossen Rates. Sie entscheiden unter Vorbehalt der Stimmbevölkerung, wie die Kompetenzen in unserem Kanton verteilt sind und wenn Sie darauf wieder eintreten möchten, dann haben wir uns dem nicht zu verweigern. Wir werden uns inhaltlich dann in der zweiten Etappe äussern, falls überwiesen wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben es gesehen bei uns in der Kreuztabelle steht ein Offen. Es sind alles Einzelsprecher, deshalb darf auch jeder einzeln dazu sprechen.

Wir haben diesen Vorstoss in unserer Fraktion intensiv besprochen und die Debatte vorher, für diejenigen, die für die Überweisung sind wie für diejenigen, die dagegen sind, hat so ziemlich genau auch unsere Fraktionsdebatte widerspiegelt. Ich habe den Vorstoss von Stefan Wittlin mitunterzeichnet, deshalb stehe ich auch weiterhin zu meiner Unterschrift. Es gibt sicherlich Bedenken bei gewissen Punkten, die in dieser Motion enthalten sind, aber ich persönlich komme schon auch zum selben Schluss wie Stefan Wittlin in der Grundstossrichtung. Ich glaube, wir müssen uns Gedanken machen, wie das Parlament bei solchen Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler – das sind keine privaten Institutionen – involviert wird. Ob das mit diesen 100 Millionen Franken jetzt der richtige Weg ist, ob es andere Ideen oder Möglichkeiten gibt, das soll uns der Regierungsrat nun darlegen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat ganz am Schluss in seinem Votum ja auch gesagt, dass die Regierung bereit sei, diese Motion entgegenzunehmen, um uns einmal zu berichten, welche Möglichkeiten es gibt. Das soll uns in ungefähr drei Monaten dann die Möglichkeit, uns noch einmal vertieft mit diesem Anliegen auseinanderzusetzen.

Ich persönlich stehe weiterhin hinter der Auslagerung der Spitäler, daran gibt es aus meiner Sicht auch nichts zu rütteln. Ich kann die Kritik von David Jenny an der SP im Zusammenhang mit der Spitalzusammenarbeit oder der Zusammenlegung unserer Spitäler mit denjenigen von Basel-Landschaft verstehen. Aber nichtsdestotrotz bleibt es wichtig, dass die parlamentarische Sicht nicht vergessen geht. Angesichts der Diskussionen zum Felix Platter-Spital aber auch angesichts der weiteren Projekte, die auf unseren Kanton im Bereich der Spitalplanung zukommen, macht ein vertiefter Gedanke, wie wir das künftig vielleicht etwas besser justieren können, durchaus Sinn.

Ich bin hier auch sehr bei Bruno Lötscher. Wir diskutieren hier tatsächlich Stunden über Rehe, über andere Dinge wie Parkplätze, aber wenn es dann um so grosse Kisten geht - und das ist eine grosse Kiste -, dann ist die Diskussion meistens doch sehr kurz und es beteiligen sich nur sehr wenige an der Diskussion. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, uns als Parlament zu überlegen, wie wir mit solchen grossen Geschäften umgehen, auch damit, was wir mit der Zustimmung zu solchen grossen Geschäften auslösen. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir das hier nach einer gewissen Zeit, seit diese Spitäler ausgelagert worden sind, uns noch einmal überlegen, ob alles so, wie wir es damals getan und beschlossen haben, richtig ist oder ob es nicht allfällige kleine Justierungen braucht. Das ist kein Votum für eine Einlagerung in den Kanton, David Jenny, sondern es ist wirklich eine grundsätzliche Fragestellung, die es aus meiner Sicht zu diskutieren gilt.

Wir haben auch immer wieder aus den Oberaufsichtskommissionen, namentlich aus der Geschäftsprüfungskommission, gehört, dass es Diskussionen darüber geben könnte, wie die Aufsicht über unsere Spitäler organisiert wird innerhalb der Regierung, ob es sinnvoll ist, dass all diese Hüte in Gesundheitsdepartement sind oder ob es allenfalls nicht ein zweites Departement geben müsste, welches hier auch eine gewisse Rolle spielt, wie wir es aus anderen Kantonen kennen. Auch das sind wir wertneutral und offen.

Aber diese Diskussion jetzt mit der Motion anzustossen ist richtig und deshalb bitte ich Sie sehr in meinem persönlichen Namen, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat der Motionär Stefan Wittlin das Wort.

Stefan Wittlin (SP): Ich danke Ihnen für die angeregte Debatte und auch für die generelle Offenheit gegenüber dem Umgang mit der Grundproblematik der Spitalfinanzierung. Den Anstoss für diese Motion gab tatsächlich diese Abschreibung bei dem Felix Platter Spital, aber natürlich auch der Bebauungsplan Campus Gesundheit. Obwohl es bei diesem Geschäft um nutzungsplanerische und baurechtliche Fragen geht, war in der Debatte in den Kommissionen die Finanzierung das Hauptthema.

Es bestehen grosse Bedenken, ob das Projekt finanziell tragbar ist und zwar in beiden vorberatenden Kommissionen Die einzige Möglichkeit, das Projekt wirkungsvoll zu steuern, wäre, den Bebauungsplan zu ändern oder abzulehnen. Änderungen sind schwierig. Dazu fehlen uns die Grundlagen. Wir können nicht einfach aufgrund von Bedenken zur Finanzierung sagen, dass wir beispielsweise zwei Geschosse weniger zulassen. Das wäre unprofessionell, das wäre nicht hilfreich. Dafür sind die Bauvorhaben der Spitäler schlicht zu komplex. Wenn Sie den Bericht der BRK und der GSK zum Campus Gesundheit gelesen haben, dann wissen Sie, dass wir zwar diese grossen Bedenken haben, aber dennoch mehrheitlich zum Schluss gekommen sind, Ihnen die Genehmigung des Bebauungsplans zu beantragen.

Das finanzielle Risiko bleibt an der Allgemeinheit haften. Was machen wir, wenn wir einige Jahre nach Fertigstellung des Neubaus des Unispitals erfahren, dass sich dieser nicht refinanzieren lässt? Wir, also der Kanton Basel-Stadt, wir springen ein, weil wir uns der Verantwortung bewusst sind. Wir springen ein, weil wir es uns leisten können, wir springen ein, weil wir offensichtlich keine andere Wahl haben.

Hätten wir einen demokratischen Prozess für die Finanzierung solcher gross pod Grossprojekte vorgelagert, dann wäre die Diskussion eine andere. Wir könnten frühzeitig über die Gesundheitsversorgung sprechen und was uns diese Wert ist. Wir könnten uns damit auseinandersetzen, welche Rolle das Unispital für den Forschungsstandort Basel spielt und wie wir uns da positionieren wollen. Wir könnten demokratisch über den Umgang mit den Finanzen der öffentlichen Spitäler entscheiden und damit auch Risiken bewusst in Kauf nehmen. Darum geht es in dieser Motion.

Ich möchte auf einige Voten von vorher eingehen. Michael Hug hat gesagt, dass mit dieser Motion tatsächlich ein Problem gelöst werden könnte, dass nun aber der falsche Zeitpunkt sei. Leider habe ich auch aufgrund der Zwischenfrage keine Antwort erhalten, wann denn der richtige Zeitpunkt wäre. Das lässt mich ein bisschen ratlos zurück.

Dann wurde der Betrag von 100 Millionen als wahrscheinlich willkürlich bezeichnet. Das ist tatsächlich so, da möchte ich auch nicht widersprechen. Mir fällt auf, dass es wahrscheinlich uns allen schwer fällt, sich etwas vorzustellen unter 100 Millionen Franken, und wenn man das vergleicht mit anderen Bauten dann ist das ist ein enorm hoher Betrag. Er ist so hoch gewählt, weil es tatsächlich auch um teure Bauten gehen soll. Wenn man ihn aber in ein Verhältnis setzt zu den 1,4 Milliarden Gesamtkosten des Campus, dann scheint es doch nicht so hoch zu sein. Ich finde den Vorschlag gut, dass man in der weiteren Beratung wirklich überprüft, was das heisst.

Dann noch kurz zur Auslagerung und dass wir da einen Schritt zurück machen wollten. Natürlich ist das kein Schritt zurück. Ich verstehe Ihre Sicht, dass sich die Auslagen bewährt habe. Wir akzeptieren diese Situation nun auch. Wir machen nicht einen Schritt zurück, sondern wir legen den Finger darauf, wo ein Problem besteht, nämlich mit diesem Risiko, das wir als Gesellschaft tragen. Dort wollen wir konkret etwas ändern, alles andere soll Bestand haben.

Ganz kurz noch zum Vorwurf, dass wir, die SP, die Spitalfusion abgelehnt hätten und nur deshalb nun diese Probleme nun beständen: Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass eine Mehrheit der Bevölkerung diese Spitalfusion abgelehnt hat, mit guten Gründen, und es wäre zu einfach jetzt alles einfach darauf abzuschieben.

Abschliessend möchte ich kurz auch auf das nächste Traktandum verweisen, die Motion der GSK betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien an den Grossen Rat, die ja wahrscheinlich unbestritten überwiesen wird. Diese beiden Motionen ergänzen sich gut und es braucht meiner Ansicht wirklich beide. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die Überweisung beider Motionen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung



65 Ja, 32 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001330, 20.09.23 15:34:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 32 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

23. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat

[20.09.23 15:35:13, 23.5324.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

24. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen

[20.09.23 15:35:39, 23.5332.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

25. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen

[20.09.23 15:36:08, 23.5333.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.



26. Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!

[20.09.23 15:36:38, 23.5346.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

27. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen

[20.09.23 15:37:08, 23.5347.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zu Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion teilt das Anliegen der Motion, Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ergreifen. Die in der Motion geforderte Ausweitung der Ferienbetreuung auf alle Tagesstrukturstandorte teilt sie nicht. Eine differenzierte Betrachtung der Forderung zeigt, dass diese für die Eltern keinen Nutzen bringt.

Nun von vorne: Im Kanton Basel-Stadt gibt es ein breit gefächertes Betreuungsangebot während den Schulferien, mit Wahlmöglichkeiten und flexiblen Anmeldeöglichkeiten. Diese unterstützen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Familien. Die Forderung der Motionärinnen und Motionäre, das Ferienangebot in Tagesstrukturen von den drei bestehenden auf alle auszuweiten, wird regelmässig im Parlament vorgebracht. Die Antwort des zuständigen Erziehungsdepartements ist stets die gleiche. Die Situation wird beobachtet und der Ausbau erfolgt nachfrage- und bedarfsorientiert. Das ist seit 2019 der Fall mit der Eröffnung der drei Standorte Bläsi, Isaak Iselin und Thierstein. Die Belegungszahlen nehmen seither jährlich zu, aber ausgebucht war das Angebot nie, im Gegensatz zu den Tagesferien, wo einzelne Angebote jeweils stark nachgefragt und jeweils ausgebucht sind.

Damit das Angebot der Ferienbetreuung in der Schule für Familien gut funktioniert, braucht es einerseits das ED, das die Bedürfnisse der Eltern erkennt und so weit wie möglich berücksichtigt, andererseits die Konzilianz der Eltern. Es ist Ferienzeit, viele Leute sind in den Ferien abwesend, auch Betreuungspersonen. Die Ferienzeit wird oft auch für nötige Unterhaltsarbeiten in Tagesstrukturen genutzt. Die Räumlichkeiten sind folglich nicht uneingeschränkt nutzbar. Je nach Situation werden die Kinder andere Betreuungspersonen haben und alternative Standorte besuchen müssen. Betreuungskontinuität am möglichst gleichen Standort kann am besten durch die Kita gewährleistet werden.

Hinzu kommen die Kosten, die ein flächendeckender Ausbau der Ferienbetreuung in Tagesstrukturen auslösen würde. Ob und wie sich die Eltern daran beteiligen, bleibt zu diskutieren. Bereits heute ist die Ferienbetreuung in Tagesstrukturen teurer als Tagesferien.

Die von den Motionärinnen und Motionären geforderte Verbesserung der Bewerbung der Angebote ist lösbar und es sollte im Interesse des ED liegen, einen möglichst guten Service anzubieten. Die Angebote und deren Preise sind auf der ED-Webseite klar beschrieben. Wir sind der Meinung, dass das Anliegen erkannt ist, das ED die Situation beobachtet und nachfrage- und bedarfsorientiert reagiert. Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir eine Erstüberweisung dieser Motion als nicht notwendig. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Sprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe dieses Votum so vorbereitet, dass es auch diejenigen hier drin verstehen, die keine schulpflichtigen Kinder haben. Das ist wahrscheinlich die Mehrheit. Deshalb nehme ich mir auch die Zeit, nochmals kurz



auszuführen, welche Angebote es im Moment gibt. Catherine Alioth hat schon damit angefangen, aber ich finde, es ist immer noch nicht ganz klar geworden, was die Unterschiede genau sind und wo es eben Lücken gibt. Und das ist wichtig für diese Motion.

Die Ausgangslage ist, dass ja die meisten berufstätigen Menschen hier im Kanton vier Wochen Ferien haben. Schulferien haben wir 13 Wochen. Das heisst, 13 Wochen minus 4 Wochen sind schon mal 9 Wochen, während denen es Betreuungslücken gibt, wenn die Kinder in den Tagesstrukturen sind respektive während denen man sich etwas organisieren muss. Dies ist die Ausgangslage.

Jetzt gibt es Angebote, wie Catherine Alioth schon gesagt hat. Das ist wirklich so und die sind nicht alle schlecht, das ist mir ganz wichtig zu betonen. Erstens gibt es die sogenannten Tagesferien. Das ist ein bisschen verwirrend, weil das sind keine Tagesangebote, sondern das sind Wochenangebote. Also die kann man nur wochenweise buchen. Pro Kind kosten diese Wochen etwa 200 Franken. Wenn man jetzt mehrere Kinder hat sind das bei 3 Kindern zum Beispiel 600 Franken pro Woche. Das kann man dann aufrechnen auf 9 Schulferienwochen, die betreut werden müssen.

Auf jeden Fall kostet es auch etwas. Diese Tagesferien werden zum Beispiel von den Robispielplätzen angeboten oder von der E9 und anderen externen Anbieterinnen und Anbietern. Das sind keine schlechten Angebote, es gibt immer verschiedene Themen, unter denen die Kinder auswählen können, und da gibt es wohl Gruppendynamiken, die zum Teil cool sind, zum Teil nicht so cool. Das ist sehr unterschiedlich.

Aber eben, es sind immer ganze Wochen, es sind für die Kinder immer neue Gruppen. Es sind immer andere Betreuungspersonen. Diese Angebote sind sehr oft am Rande der Stadt – alle diese Robispielplätze zum Beispiel - und vor allem sind sie sehr oft sehr früh ausgebucht. Das haben wir heute Morgen schon angesprochen, die sollen ausgeweitet werden. Das ist super, aber im Moment reicht das nicht.

Dann gibt es das andere Angebot, das heisst Ferienbetreuung in der Schule. An den genannten drei Schulstandorten kann man dieses Angebot tageweise buchen. Ich finde nur schon nur diese Bezeichnung «Ferienbetreuung in der Schule» problematisch.. Wer will in den Ferien die Schule? Niemand will in die Schule in den Ferien. Das ist schon per se vom Namen her völlig falsch aufgegleist und natürlich auch sehr unattraktiv. Und es ist auch wirklich so, dass die Kinder das differenzieren. Diejenigen, die Kinder haben in den Tagesstrukturen wissen es. Die Kinder sagen nicht: Ich war heute den ganzen Tag in der Schule, sondern sie sagen: Ich war am Morgen in der Schule und am Nachmittag in der Tagesstruktur. Auch wenn das örtlich sehr nahe beieinander liegt, ist es nicht das gleiche. Tagesstruktur bedeutet sehr oft zusammen spielen, Aktivitäten, basteln, auch Ausflüge und so weiter. Nur wenn man von Fernbetreuung in der Schule spricht, hat man hier nicht wirklich viel gewollt.

Es gibt diese drei Standorte, das stimmt, die sind wirklich nicht ausgebucht, wie eine schriftliche Anfrage von mir gezeigt hat. Meine These ist, dass das so unattraktiv, dass das natürlich auch niemand bucht. Dann beisst sich die Katze in den Schwanz. Aber das wäre eigentlich das System, das wir ausbauen wollen, weil es eben einzelne Tage sind, die man buchen kann. Aber auch bei diesen drei Standorten kennt man die anderen Kinder nicht, man kennt die Betreuungspersonen nicht. Es sind je nachdem sehr lange Wege, je nachdem wo man wohnt und der Anmeldeschluss ist schon längst vorbei und man weiss nicht, ob es noch Platz hat oder nicht.

Aus der Perspektive der Eltern bedeutet das viel Organisation, Unsicherheit, lange Wege, und bei mehreren Kindern ist es extrem aufwendig und eben nicht dem Bedürfnis entsprechend, weil man auch einfach nicht immer die ganze Woche buchen will, sondern vielleicht die Kinder auch einfach nur einzelne Tage abgeben will. Aus der Perspektive der Kinder macht es auch nicht viel Sinn, weil eben diese Tagesferien immer ganze Wochen sind, im Extremfall 9 Wochen pro Jahr. Die Kinder wollen auch einfach mal in den Ferien zu Hause sein und nicht immer ganze Wochen weg sein. Die Betreuungspersonen sind nicht bekannt, die Kinder sind nicht bekannt, der Weg ist nicht selbst bestreitbar und so weiter. Also wir haben Angebote, aber Sie gehen an den Bedürfnissen der Eltern und der Kinder vorbei.

Claudio Miozzari (SP):

Melanie Nussbaumer (SP): Das System ist äusserst kompliziert und deshalb braucht es einen Change. Mit dieser Motion haben wir eine Chance, diesen Change herbeizuführen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diese Motion nicht überweisen. Sie kennen alle das Sprichwort «Vorfriede ist die schönste Freude». Nun stellen Sie sich vor, dass Schülerinnen und Schüler, die die schulinterne



Tagesstruktur während der Schulzeit besuchen, während den Ferien ihre Zeit auch noch dort verbringen sollen. Dann ist ihre Vorfreude auf ihre Ferien wirklich die schönste Freude.

Interessant war auch für mich die Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Melanie Nussbaumer. Denn dort erhalten wir ziemlich viele Antworten, weshalb die Einführung einer Ferienbetreuung an allen schulinternen Tagesstrukturen nicht nötig und auch nicht erfolgsversprechend ist. Eine Evaluation zeigt nämlich, dass viele Kinder ein Ferienprogramm in einer externen Freizeiteinrichtung bevorzugen. Das Interesse an einer Ferienbetreuung an der Schule ist so gering, dass die drei Tagesstrukturen an Schulen, die heute eine Ferienbetreuung anbieten, nur eine Auslastung von 30% aufweisen. Dies kann ich nachvollziehen. Stellen Sie sich vor, Sie hätten Ihre Ferien an der gleichen Kulisse mit den gleichen Betreuungspersonen wie während der Unterrichtszeit verbringen müssen. Ich glaube nicht, dass hier ein wirkliches Feriengefühl aufkommen kann.

Und darum geht es doch. Jedes Kind muss für eine gute Erholung ein Feriengefühl entwickeln, egal wo es die Ferien verbringt. Und dies ist bei den Freizeiteinrichtungen ausserhalb der Schulkulisse der Fall. Das zeigen auch die langen Wartelisten. Anscheinend stimmt die Aussage der Motionäre nicht, dass die Kinder längere Wege, ihnen unbekannte Betreuungspersonen und fehlende «Gspänli» nicht in Kauf nehmen können. Ich gebe zu, dass die Ferienzeit ein Problem darstellt, die Kinder betreuen zu lassen. Aber entweder bieten die Tagesstrukturen Programme an, die denen in der Attraktivität der externen Freizeiteinrichtungen nicht hinterherhinken, oder aber die erfolgreichen Angebote dieser Einrichtungen müssen massiv aufgestockt werden. Es müssen in ihrem Ferienprogramm auch Tagesbuchungen und nicht nur Wochenbuchungen möglich sein.

Aus diesen Gründen können wir die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen zwei Zwischenfragen, von Melanie Nussbaumer und von Oliver Thommen vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich nehme an, Ihnen ist schon klar, dass in den Tagesstrukturen nicht unterrichtet wird. Das ist etwas anderes als Schule.

Jenny Schweizer (SVP): Die Kulisse selbst spielt eben schon eine sehr grosse Rolle.

Claudio Miozzari (SP): Dann ist der Oliver Thommen mit der Zwischenfrage dran.

Oliver Thommen (GAB): Wenn ein Kind in der Schule im Schulgebäude trommelt oder pfeift, ist das für das Kind auch Schulzeit oder sieht es das als Freizeit?

Jenny Schweizer (SVP): Sicherlich sieht es dies als Freizeit. Erstens geht das Pfeifen und Trommeln nicht wochenlang und wahrscheinlich wird es auch nicht am gleichen Standort sein.

Claudio Miozzari (SP):

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Betreuung von Kindern ist für berufstätige Eltern eine Grundlage, dass sie ihre Berufstätigkeit überhaupt ausüben können. Deshalb baut der Kanton ja diese Angebote auch stetig aus und es werden auch immer wieder Verbesserungen des Systems in Angriff genommen, mehr oder weniger gelungen, aber sie werden in Angriff genommen. Das Ganze ist also in Bewegung, und das ist gut so.

Nun haben wir ein spezifisches Problem in den Schulferien. Für Eltern von einem oder insbesondere auch von mehreren Kindern gibt es da einfach noch nicht genügend befriedigende Lösungen. Die Lösungen müssen funktionieren, sie müssen irgendwie machbar sein. Und wenn ich betroffenen Familien zuhöre, dann merke ich, dass es aktuell für einige Eltern und Kinder einfach nicht machbar ist und nicht funktioniert, unter anderem, weil viele attraktive Angebote so rasch ausgebucht sind. Und bei den Ferienangeboten in den Tagesstrukturen ist es lange nicht klar, ob sie überhaupt stattfinden, ob es genug Anmeldungen hat und so weiter. Wenn jetzt also die Zahlen angeführt werden, dann gilt das für mich nicht als Grund, denn diese Zahlen können nicht als Gradmesser hinzugezogen werden. Es war nur unterschwellig, aber es wurde schon ein bisschen so argumentiert, dass Kinder haben auch ein Stück Eigenverantwortung ist. Natürlich ist es das. Eltern von Kindern übernehmen sehr viel Eigenverantwortung in ganz vielen Bereichen, aber die Ermöglichung der Berufstätigkeit, die ist ja vom



Staat gewollt. Wir haben einen Fachkräftemangel, wir haben einen Gleichstellungsauftrag. Wir sind also in der Pflicht, gute Bedingungen, attraktive Bedingungen für die Tagesbetreuung von Kindern zu leisten. Und diese Motion fordert eine kleine Erleichterung, nämlich die Einführung von Ferienlösungen in allen Tagesstrukturen, explizit mit der Möglichkeit, auch Verbundlösungen in den Quartieren zu ermöglichen.

Ich denke, lassen wir die Zahlen mal auf der Seite, lassen wir es doch zu. Wenn wir nach zwei bis drei Jahren sehen, dass das Angebot wirklich nicht genutzt wird, was ich überhaupt nicht glaube, dann können wir wirklich noch einmal über die Bücher gehen. Weil das Ganze ist, wie gesagt, in Bewegung und das finde ich auch gut so. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP):

Claudio Miozzari (SP):

Sandra Bothe-Wenk (GLP): In der Medienmitteilung des Kantons Basel-Stadt vom 12. September bezüglich der Schaffung einer besseren Grundlage für Tagesstrukturen und Ferienangebote betont der Kanton die zentrale Rolle der Aufgabe für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich freue mich ehrlich, dass der Zugang zur Ferienbetreuung im Kanton Basel-Stadt zukünftig für alle Kinder, unabhängig von ihrem Schulort, ob privat oder öffentlich, gleichermassen gewährleistet sein soll. Dies unterstreicht die Offenheit unserer Gesellschaft und stärkt unsere Standortattraktivität. Allerdings sind gesetzliche Anpassungen allein nicht ausreichend, um das strukturelle Problem im Basler Ferienbetreuungssystem zu lösen.

Und hier komme ich doch noch zu ein paar Zahlen: Laut dem Zahlenspiegel Bildung 2022-23 besuchen 13'000 Schülerinnen und Schüler den Kindergarten und die Primarschule im Kanton Basel-Stadt. Von diesen Nutzen 4'840 Kinder die kantonalen Tagesstrukturen. Viele der Kinder benötigen während den Schulferien Betreuung, auch jene, die das Tagesstrukturangebot während der Schulzeit nicht besuchen. Im 2022 wurden ca. 3'900 Kinder in den Ferien betreut. Tendenz ist steigend. Aktuell stehen rund 22 private Angebote mit Plätzen für bis zu 24 Kindern zur Verfügung, sowie Plätze an drei Schulstandorten. Dabei gilt es zu beachten, dass nicht alle Anbieter in allen Ferienwochen Angebote bereitstellen können, was zu Angebotslücken und schnell ausgebuchten Programmen führt.

In der Konsequenz fehlen private Tagesferienangebote in Quartiernähe, was Eltern zu weiten Wegen zwingt und dazu führt, dass ihre Kinder an Orten betreut werden, ohne Garantie, dass sie mit ihren Freunden oder Geschwistern im selben Ferienangebot einen Platz bestätigt bekommen. Die Umstände haben erhebliche organisatorische Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern und ohne privates Betreuungsnetz. Der Ausbau der Tagesstrukturen an Kindergärten verschärft die Situation für Familien weiter. Private Tagesferienanbieter bieten professionell organisierte Ferneangebote, kämpfen aber mit begrenztem Raumangebot. Die Lösung für das Raumproblem könnte durch die Nutzung der 22 aktuell geschlossenen Schulstandorte gefunden werden.

Die Interpellationsbeantwortung zur Anfrage von Melanie Nussbauer bezüglich der Ferienbetreuung an Schulen wurde erwähnt. Das Erziehungsdepartement schreibt in der Beantwortung, dass die Ferienbetreuung an Schulen aus Sicht der Kinder nicht attraktiv genug sei. Aus Sicht der Grünliberalen sollte dieser Punkt zu einer Weiterentwicklung des Angebots mit entsprechender Bewerbungsstrategie und zur besseren Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder führen und nicht dazu, grundsätzlich den Bedarf in Frage zu stellen.

Das Kinderbetreuungssystem in Basel steht vor Herausforderungen, insbesondere auch während der 14 Wochen Schulferien. Die Schülerzahlen steigen und die Kinder haben einen Anspruch auf Betreuung, während ihre Eltern arbeiten. Familien benötigen organisatorisch vertretbare Unterstützung, wenn sie keine privaten Betreuungsoptionen haben, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Tatsache, dass Tagesferienangebote regelmässig ausgebucht sind, verdeutlicht den Bedarf und die Beliebtheit dieser Programme. Es ist sinnvoll, die Erfolgsfaktoren der Tagesferienangebote zu analysieren und sie als Inspiration für die Weiterentwicklung des Ferienangebots an Schulen zu nutzen. In diesem Kontext kann das Fernangebot an Schulen beispielsweise auch in Kooperation mit bestehenden und potenziell neuen privaten Anbietern überdacht und zielgerichtet ausgebaut werden. Um den steigenden Betreuungsbedarf aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig und bedarfsgerecht zu decken sowie strukturelle und organisatorische Betreuungsprobleme zu lösen, setzen sich die Grünliberalen für die Überweisung der Motion ein.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.



Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich bin die älteste Frau hier im Rat und ich kann es nicht nachvollziehen, dass nach 25 Jahren, als ich genau in der Situation war, voll berufstätig mit zwei Kindern, das immer noch Thema ist, dass man immer noch diese 14 Wochen irgendwie hinschummeln muss, die Kinder von der Grossmutter zur Nachbarin, zur Kollegin oder sonst irgendwohin schieben muss. Jenny Schweizer, da kommt kein Feriengefühl auf, weder bei den Eltern noch bei den Kindern. Feriengefühl ist da, wenn sie andere Kinder sehen, wenn sie in die Tagesstrukturen gehen können.

Ich kann das nicht nachvollziehen, dass die Situation für junge Eltern noch immer nicht besser ist, wirklich nicht. Jetzt werde ich vielleicht Grossmutter. Muss ich dann wieder von vorne anfangen? Ich kann das wirklich nicht verstehen. Man kann sich fragen, ob es wirklich notwendig ist, an jedem Schulstandort Betreuungen anzubieten, denn wenn nur zwei Kinder sich angemeldet haben, dann macht das natürlich keinen Sinn. Das kann man sich fragen. Aber ich finde auch nicht in Ordnung, dass man ganze Wochen buchen muss. Wenn man dann schon einen Nachmittag oder einen Tag freinehmen kann als Eltern, dann ist es doch gut, wenn man dann das Kind auch selber betreuen kann, etwas unternehmen kann. Es kann doch nicht sein, dass ich dann mein Kind abgeben muss. Also ich kann das wirklich nicht verstehen. Überweisen wir jetzt diese Motion, es kann so nicht weitergehen. Ich möchte nicht die nächste Generation noch einmal vor den gleichen Problemen sehen, wenn ich dann Grossmutter bin.

Claudio Miozzari (SP): Es gibt keine weiteren Einzelsprechende. Barbra Heer hat das Wort als Motionärin.

Barbara Heer (SP): Eigentlich hätte es das Schlusswort gar nicht gebraucht, denn das Votum von Andrea Strahm war ein wunderbarer Abschluss für diese Diskussion. Ich bedanke mich für die guten Voten. Trotz allem Dissens, möchte ich kurz zusammenfassen, wo wir doch einen Konsens erzielen können. Erstens ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig und das ist bei den Ferien noch nicht optimal gelöst, und zweitens ist das tageweise Buchen etwas ganz Wichtiges.

Wir diskutieren im nächsten Monat die Kitakosten, jetzt sind wir bei den Ferien. Aus meiner Sicht sind das die zwei Kernpunkte, welche die Familie im Kanton am meisten belasten. Eine Strategie von vielen Eltern ist, dass sie niedrigere Stellenprozente arbeiten und während der Schulzeit Überstunden machen, die sie dann während den Schulferien wieder abbauen. Das heisst, über das Jahr gesehen könnten sie höhere Stellenprozente arbeiten, tun dies aber nicht, weil sie die Ferien irgendwie lösen müssen. Wenn wir hier endlich eine gute Lösung haben, hat das direkt Einfluss auf die Erwerbstätigkeit auch von Müttern in diesem Kanton. Das ist angesichts des Fachkräftemangels wichtig. Wir sprechen hier immer schön von Eltern, in der Realität sind es bei einem grossen Teil der Familien immer noch die Mütter, die diese Thematik ausbaden. So ehrlich müssen wir sein.

Es hat auch viele seltsame Auswirkungen. Es wurde gesagt, dass man das Kind in der Kita lassen könne, wenn man die Ferien nicht organisieren könne. Das machen auch tatsächlich Eltern. Aber wenn Eltern eine Kita auswählen, suchen sie diese nicht unbedingt dort, wo sie wohnen, sondern eher in der Nähe des Arbeitsplatzes. Das heisst, dass die Kinder in einen Kindergarten in der Nähe der Kita gehen müssen, was wiederum bedeutet, dass diese Kinder nicht alleine in den Kindergarten gehen können, sondern die Eltern diese Kinder begleiten müssen. Die Kinder haben die Selbständigkeit des Schulwegs erst in der Primarschule, und ihre Beziehungen können sie nicht in die Primarschule mitnehmen.

Das Votum von Andrea Strahm hat es schön gezeigt. Wer kompensiert die Lücke? Das sind einerseits die Mütter, resp. die Grossmütter. Das ist schon ein Thema. Viele Grossmütter sind oft über 70 oder 75 Jahre alt. Ist man dann noch fit genug, während einer Woche auf diese quirligen Kinder aufzupassen? Es kann nicht sein, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie von diesem privaten Betreuungsnetz abhängt.

Ich sehe hier wirklich einen Gap zwischen der Sicht der Regierung und den tatsächlichen Bedürfnissen der Familie. Aus meiner Sicht ist die aktuelle Ferienbetreuung an den Schulen nicht bedürfnisgerecht ausgestaltet. Deshalb steigen auch diese Zahlen ganz langsam. Es braucht nicht nur einen quantitativen Ausbau, sondern das Konzept muss weiterentwickelt werden. Es braucht einen Namen, der verständlich ist, es muss attraktiv gestaltet sein, und diesen Auftrag möchten wir der Regierung mit dieser Motion geben, auch mit der Möglichkeit, zu schauen, dass es Verbundlösungen gibt.

Ich danke für die Debatte und freue mich, wenn Sie diese Motion jetzt überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Catherine Alioth und weiteren. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001336, 20.09.23 16:06:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben die Motion überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

28. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen

[20.09.23 16:06:22, 23.5348.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, die Motionäre und die Initiative wollen beide dasselbe, dass der Kanton seine Steuern erhält und dass die Menschen sich nicht verschulden. Die Initiative überzeugt mich aber mehr. Wenn wir wirklich Steuerschulden verhindern wollen, braucht es einen Lohnabzug für Steuern, denn nur mit einem direkten Lohnabzug erhalten die Arbeitnehmenden nur denjenigen Betrag auf ihr Bankkonto ausbezahlt, den sie ausgeben können und dürfen. Dass das Lohnabzugsverfahren, Steuerschulden verhindern hilft, wird durch ein Gutachten von FehrAdvice klar aufgezeigt. Auch die Schuldenberatungsstellen sprechen sich für das Lohnabzugsverfahren aus. Ein wie in der Motion vorgeschlagener freiwilliger monatlicher Abzug würde von Personen mit Geldproblemen bestimmt nur wenig in Anspruch genommen, denn es gibt bereits heute die Möglichkeit von Ratenzahlungen. Das vorgenannte Gutachten zeigt aber deutlich, dass die Menschen meist lieber beim Standardverfahren bleiben.

Mit der Initiative wäre der Standard das Lohnabzugsverfahren und nur wenige Personen würden die Opt-out-Möglichkeit nutzen, also auf den Lohnabzug verzichten. Ein ganz wichtiger Punkt scheint mir, dass von einem direkten Lohnabzug alle profitieren würden. Einerseits hätte der Kanton weniger Steuerverluste, die er abschreiben muss. Im Kanton Baselstadt werden wegen Steuerausständen jährlich fast 10'000 Betreibungsbegehren gestellt. Im Jahr 2015 beliefen sich die Steuerverluste des Kantons auf über 25 Millionen Franken.

Diese Zahlen würden mit einem direkten Lohnabzug stark sinken und genau das muss unser Ziel sein. Für die Steuerverwaltung würde das Lohnabzugsverfahren ausserdem weniger Inkasso-Aufwand bedeuten. Und andererseits gäbe es weniger Verschuldung von Personen aufgrund von nichtbezahlten Steuerrechnungen.

Schulden führen oft zu Sozialisolation und langfristigen Gesundheitsproblemen aufgrund der psychischen Belastung. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft: Häufigere Absenzen und tiefere Produktivität sind die Folge. Arbeitgeber würden deshalb vom Lohnabzugsverfahren auch profitieren. Las but Not List würde der direkte Lohnabzug auch jenen Steuerzahlenden gerecht, die ihren steuerlichen Pflichten nachkommen.

Wie die vorliegende Motion richtig schreibt, würde ein Steuerabzug für Arbeitgeber einen gewissen Mehraufwand bedeuten. Extrem gross wäre der Aufwand jedoch nicht, denn für im Ausland wohnhafte Arbeitnehmende muss bereits heute die Quellensteuer abgezogen werden. Auch Sozialversicherungsbeiträge müssen bereits heute vom Lohn abgezogen und weitergeleitet werden.

Ganz wichtig zu erwähnen ist dabei, dass gemäss der Initiative die Arbeitgeber vom Kanton eine finanzielle Abgeltung für ihren Aufwand erhalten sollen, was ich fair und sehr sinnvoll finde. Meines Erachtens sollten Arbeitgeber auch bei der Umstellung in der IT vom Kanton unterstützt werden. Für Kleinunternehmen mit weniger als 10 Angestellten ist der



Lohnabzug gemäss Initiative ausserdem freiwillig. Das Argument der Selbstbestimmung der Menschen verstehe ich nicht ganz, denn Arbeitnehmende können mit der Opt-out-Möglichkeit immer noch auf den Direktabzug vom Lohn verzichten.

Ich persönlich fände es zwar logisch, wenn konsequent von allen Löhnen ein Abzug für die Steuer gemacht würde. Meines Erachtens bräuchte es die Opt-out-Möglichkeit im Lohnabzugsverfahren nicht. Übrigens kennen Deutschland Italien und Österreich auch das Lohnabzugsverfahren für Steuern und sie haben damit gute Erfahrungen gemacht. Weshalb also nicht auch in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt? Ich bitte Sie deshalb im Sinne der Schuldenprävention, diese Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ich bin sehr positiv überrascht über die Worte meines Vorredners Christoph Hochuli. Obwohl alles schon sehr gut gesagt worden ist, werde ich es jetzt noch einmal sagen in meinen, in den Worten der SP-Fraktion. Diese stellt sich nämlich entschieden gegen die Überweisung dieser Motion, weil wir ja gerade Unterschriften sammeln für die genannte Initiative und ich kann Ihnen sagen, es steht so gut wie bereits fest, dass sie zustandekommen wird. Die Motionäre haben anscheinend so Angst davor, dass die Steuern vom Lohn abgezogen werden können, dass sie einen auf den ersten Blick gar nicht so schlechten Vorschlag in Form dieses Vorstosses eingereicht haben. Wenn ich aber lese, was der Kanton alles machen soll, nur um das Lohnabzugsverfahren zu verhindern, frage ich mich schon, warum dieser Ruf nach mehr Staat – denn das ist es zweifelsohne – auf einmal besser scheint, als von Arbeitgebenden zu verlangen, dass sie ein Modell anwenden – ähnlich wie sie es sich ja von der Quellensteuer schon gewohnt sind –, um den Arbeitnehmenden entgegenzukommen.

Dieses Alternativmodell schreit förmlich nach einem Budgetpostulat, um Geld für mindestens eine Stelle zu fordern, die all diese Vorschläge dann umsetzen muss. Und diesen Antrag würden wir dann sehr wahrscheinlich auch unterstützen.

Dass auf der Einladung zur Vorauszahlung der Steuern ein konkreter Betrag aufgeführt wird, begrüssen wir sehr. Für das Einführen von provisorischen Rechnungen braucht das FD aber diese Motion nicht. Das kann es auch ohne Überweisung weiterplanen. Als Vorteil wird genannt, dass es keine Privilegierung von Steuerforderungen des Staates gegenüber anderen privaten Forderungen geben soll. Das ist eine falsche Perspektive, weil erstens geht das gegen die Steuerzahlenden selbst und zweitens muss es doch darum gehen, Massnahmen für eine Schuldenprävention zu generieren, denn Steuerschulden sind das grösste Schuldenproblem von Schweizer Privathaushalten. Diese Problematik wird im vorgeschlagenen Modell von Luca Urgese nicht berücksichtigt, denn mit Schuldenprävention hat das nichts zu tun.

Deshalb ist es für uns auch keine Alternative. Lassen wir doch das Volk entscheiden, ob es die Steuern direkt vom Lohn abgezogen haben will. Das Argument, es sei für die Arbeitgeber zu viel Bürokratie, hält nicht stand, denn in allen anderen Ländern in Europa funktioniert das auch. Und Selbstverantwortung haben Sie immer noch, denn die Steuererklärung müssen Sie nämlich nach wie vor ausfüllen, ob mit direktem Abzug vom Lohn mit provisorischer Rechnung oder mit Dauerauftrag.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Ich schliesse mich hier meinem Vorredner und meiner Vorrednerin an. Die Steuern stellen in der Schweiz die grösste Schuldenfalle dar, und es sind Schulden, die sich innert kürzester Zeit zu einem kaum bewältigbaren Schuldenberg anhäufen können, eine Belastung, die einem psychisch stark zusetzt und das eigene Leben massiv einschränkt. Steuerschulden sind ein Missstand, den wir dringend angehen müssen. Und daher freut es uns auch, dass auch von bürgerlicher Seite nun ein Vorstoss vorliegt, der bei diesem wichtigen Thema mit anpacken will. Nur leider schlittert diese Motion am Ziel vorbei.

Auch wenn das Mittel der freiwilligen Vorauszahlungen in vielen Fällen sinnvoll ist, so ist es keine effektive Schuldenbekämpfung. Steuerschulden entstehen meist in persönlichen Krisen, dann, wenn jede Rechnung auf dem Schreibtisch und jeder Gang zum Briefkasten eine Belastung wird. In diesen Fällen greift dieser Vorstoss nicht. Es flattert nur ein weiterer Brief oder meinetwegen ein neues E-Mail in den E-Mail-Posteingang.

Und wenn das Konto wieder fast leer ist, was während der aktuellen Teuerung noch schneller geht, hilft auch eine konkrete Zahl auf der Rechnung nichts, wie es der Vorstoss vorschlägt. Zahlen kann man diese Rechnung sowieso nicht. Hier stier auf die Eigenverantwortung von Steuerzahlenden zu beharren ist realitätsfern und wird der Belastung von Verschuldungen nicht gerecht. Uns erscheint diese Motion daher eher ein Versuch zu sein, eine bessere zielführendere Lösung unter dem Vorwand einer Alternative abzuklemmen. Und auch wie Michela Seggiani vorhin gesagt hat: Die Initiative der SP «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» befindet sich momentan noch in der Sammelphase und sie wird mit Sicherheit



zustandekommen. Nehmen wir hier der Stimmbevölkerung also nicht einen wichtigen Entscheid vorweg und lassen uns nicht auf eine Scheinlösung ein.

Daher bitten wir Sie vom grünalternativen Bündnis, die vorliegende Motion abzulehnen, damit wir uns den Weg zu einer Lösung nicht verbauen, die zielführender und effektiver wäre.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich habe hin und her überlegt, wie ich mich zum Lohnabzugsverfahren durch den Arbeitgeber stellen soll. Dabei habe ich mich unter anderem gefragt: Warum soll der Staat privilegiert werden? Ist es fair gegenüber den privaten Unternehmen? Das hat mich zögern lassen, aber dann habe ich das verhaltensökonomische Gutachten von FehrAdvice aus dem Jahr 2016 durchgesehen. Das Gutachten geht davon aus, dass sich Menschen an so genannten Referenzpunkten orientieren. Dazu gehört auch der Kontostand, das heisst, wenn sich weniger Geld auf dem Konto befindet hat dies einen Einfluss auf das Konsumverhalten. Ich zitiere aus der Studie: «Der insgesamt tiefere Referenzpunkt führt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu einer insgesamt reduzierten privaten Verschuldung.»

Das leuchtet mir ein. Diese Situation, also eine reduzierte Lohnauszahlung, führt zu einem tieferen Kontostand, und diese Situation führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem reduzierten Konsum und damit zu einer insgesamt reduzierten privaten Verschuldung. Diesen Aspekt gewichtig höher als die Gegenargumente, die wir natürlich auch jetzt schon hören werden.

Deshalb entscheide ich mich im Sinne der Schuldenprävention gegen die Überweisung der Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf für die LDP- und die SVP-Fraktion zugleich votieren, und beide Fraktionen bitten Sie, das kann ich vorwegnehmen, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Denn diese Motion ist sinnvoll, hilfreich und beruht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung, das sowohl der SVP als auch der LDP sehr wichtig ist, und deshalb soll diese Motion überwiesen werden.

Sie beruht auf einer proaktiven Kommunikation durch die Steuerverwaltung. Rechnungen pünktlich zu begleichen ist eine Organisationsfrage. Seit Rechnungen per Post, per E Mailanhang und neuerlich auch per E-Mail hereinflattern, ist Übersicht und Disziplin gefragt. Verständlich, dass im Alltag das Errechnen des Steuerakontobetrags sowie das Einrichten eines entsprechenden Dauerauftrags untergehen können. Ganz anders sieht dies aus, wenn die Finanzen knapp sind. Das Begleichen von Rechnungen ist dann nicht nur lästige Pflicht, sondern auch schmerzliche Planung darüber, wie viel zum Monatsende übrig oder eben fehlend ist.

Auch hier schafft der Versand von vorgerechneten Akonto-Einzahlungsscheinen durch die Steuerverwaltung Transparenz. Die Steuerlast wird nicht bis zum Erhalt der Steuerrechnung verdrängt oder gar vergessen, sondern erscheint monatlich mit den anderen Rechnungen im Bewusstsein. Diese Ausgangslage hilft auch bei der Konsultation von Anlaufstellen zu Finanz- und Budgetplanung für Personen mit knappen finanziellen Mitteln, denn von Beginn an ist klar, was in etwa noch für die Steuern gefordert wird.

Das ist im Sinne der Schuldenprävention. Aus der Perspektive als HR-Fachfrau und als Lohnverantwortliche eines KMU erhoffe ich mir ebenso einen Folgeeffekt dieser Motion, denn schon heute verlangen Personen, die gegen Ende Monat Mühe haben, ihre Rechnungen und Kosten zu begleichen, einen Lohnvorschuss. Sollte dies durch den monatlichen Versand einer bezifferten Akonto-Rechnung häufiger vorkommen, kann frühzeitig das Gespräch mit der Person gesucht werden, und es kann dabei Unterstützung geboten werden, den Kontakt mit einer Anlaufstelle, die Expertise in Finanz und Budget-Planungsfragen hat, aufgegleist werden sowie auch auf den Anspruch auf Prämienverbilligung aufmerksam gemacht werden. Weitere finanzielle Hilfen können geprüft werden. Das dient der informierten Unterstützung von betroffenen Personen, ohne dass ein pauschaler Mehraufwand für alle Personen, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsteht.

Diese Motion ist also gar kein Ruf nach mehr Staat, sondern nach einem Mecano, der die Eigenverantwortung stärkt, auch die Eigenverantwortung der Personen, die finanziell knapp bei Kasse sind. Und wie ist es denn mit einer Opt-out-Option, die die SP-Initiative vorsieht? Wenn die Finanzen knapp sind, dann opfert man sich auf, damit man ein bisschen mehr liquide Mittel hat, und wenn die Steuerfrist näher kommt, optet man sich wieder in. Das ist dann so ein Hin und Her, und das kann ich mir noch nicht ganz erklären.

Einen obligatorischen Steuerabzug zu fordern, der dies verhindern würde, hat sich die SP nicht getraut. Denn das wäre wahrscheinlich das Mittel, mit dem man den Leuten dann wirklich aufzwingen kann, dass diese Akonto-Zahlungen getätigt werden.



Aber das, meine Damen und Herren, ist dann gar nicht mehr im Sinne der Eigenverantwortung und pure Bevormundung. Das kann auch nicht im Sinne der Schuldenprävention mehr sein, weil dann werden alle Menschen davon tangiert, auch die Personen, die bereits heute ihre Akonto-Zahlungen zahlen können, rechtzeitig planen können. Das ist nicht für alle der Fall, das ist uns auch bewusst, aber das wäre ganz sicher nicht das Ziel. Deshalb steht es wahrscheinlich auch nicht in der Initiative.

Im Namen der LDP- und der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen und dies prüfen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Annina von Falkenstein, ich finde es sehr toll, dass ihr diese Schuldenprävention macht. Es gibt in Zürich extra ein Projekt zur Sensibilisierung von Arbeitgebern, die genau diese Früherkennung machen und dann die Leute, die einen Vorschuss wünschen, an die Stellen verweisen. Es ist tatsächlich das Problem, dass die Leute sehr spät kommen, wenn es sehr spät ist zu helfen.

Ich setze mich jetzt seit zwei Jahren und neun Monaten beruflich mit dem Thema auseinander und möchte Ihnen wirklich hier aus fachlicher Sicht berichten. Das Thema ist ja nicht neu. Es gab schon einmal einen Vorstoss zu diesem Thema, der wurde dann ganz knapp abgelehnt. Da wurde schon sehr viel Denkarbeit geleistet, unter anderem das bereits angesprochene Gutachten von FehrAdvice, erstellt. Das ist wirklich ein unabhängiges Gutachten aus verhaltensökonomischer Sicht. Dort finden Sie alle Antworten auf die Fragen, die Sie auch gestellt haben. Es ist so, dass die Opt-out-Möglichkeit aus fachlicher Sicht am meisten Sinn macht, weil das zielgerichtet auf die Risikogruppe ist, weil es eben verhaltensökonomisch begründet ist, dass, wenn die Default-Einstellung Steuerabzug ist, dann eben genau die Gruppe davon profitiert, die die Möglichkeit, die es ja heute schon gibt, Akonto-Zahlungen zu machen, nicht wahrnimmt und sich steuerlich verschuldet.

Es wurde mehrfach erwähnt, dass die Steuerschulden wirklich ein grosses Thema sind, das grösste Thema der verschuldeten Personen. Es gibt natürlich noch viele andere Gründe für Verschuldung, die jetzt aber nicht das Thema sind. Wir haben uns in der Fraktion überlegt, ob wir die Motion überweisen sollen. Grundsätzlich finden wir die Idee, dass man provisorische Steuerrechnungen verschickt, im Sinne des Service public keine schlechte Idee. Es hat einfach nichts mit Schuldenprävention zu tun. Wenn die Motion explizit in Stellung gebracht wird als Gegenvorschlag zu einer Initiative, die noch gar nicht eingereicht worden ist, dann können wir das nicht unterstützen, denn für die Schuldenprävention erfüllt sie eben das entscheidende Kriterium nicht, und das entscheidende Kriterium ist, dass der Default so eingestellt ist, dass der Steuerabzug über ein Opt out funktioniert. Die Motion schlägt eine Opt-in-Lösung vor, die eben nicht funktioniert für diese Zielgruppe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von von Annina von Falkenstein vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pascal Pfister (SP):

Annina von Falkenstein (LDP): Verstehe ich richtig, dass Sie nur Vorstösse unterstützen, die der Schuldenprävention dienen und nicht solche, die auch sonst eine gute Idee sein könnten und anderen Personen behilflich sind bei der Planung des Budgets?

Pascal Pfister (SP): Doch, ich habe es versucht zu erklären. Wir finden eigentlich grundsätzlich die Idee nicht schlecht, aber dass sie eben explizit als Gegenvorschlag formuliert ist, unterstützen wir nicht.

Annina von Falkenstein (LDP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.



RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss mich Ihnen vielleicht kurz erklären. Wir sind ja bereit, die Motion entgegenzunehmen. Aber es ist tatsächlich nicht so einfach. Die Motionäre haben uns hier vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Luca Urgese, Sie reden von einer Volksinitiative, die noch nicht eingereicht ist. Ich sehe, was Sie wollen, aber die Regierung kann da dazu natürlich noch nichts sagen.

Dann haben Sie ein bestimmtes Modell aufgegriffen, die provisorische Steuerrechnung. Wir haben auch schon einmal öffentlich gesagt, dass wir am Prüfen sind, dies einzuführen. Alle Kantone in der Schweiz haben das, alle ausser wir. Weiter möchten Sie, dass wir einen Gegenvorschlag zu einer Initiative machen, die noch nicht eingereicht ist.

Sie sehen, es gibt ein paar Fragezeichen für uns. Doch diese Motion nicht entgegenzunehmen wäre etwas seltsam, auch wenn wir sowieso schon daran sein, einen Teil zu prüfen. Wir nehmen das jetzt also entgegen. Vielleicht ist ja bis zur Berichterstattung die Initiative eingereicht und vielleicht hat dann der Regierungsrat auch diesbezüglich einen Auftrag.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen sehen das nun auch in einer Initiative offenbar vorgeschlagen Steuerinkasso via Lohnabzugsverfahren kritisch. Damit nehme ich noch nicht eine Diskussion oder einen Entscheid zur Initiative vorweg. Wir müssen erst noch prüfen, was die genauen Bestimmungen und Bedingungen sind, die diese formuliert. Da sind wir offen.

Wir haben aber schon am 6. Dezember 2017 mit unseren Stimmen zum Nichteintretensentscheid auf die Gesetzesvorlage beigetragen. Die Kritik am Lohnabzugsverfahren wird in der Motion aufgeführt. Ich persönlich teile diese Kritik, allem voran bin ich nicht überzeugt, dass das Lohnabzugsverfahren das Ziel erreicht, weil die Zielgruppe wahrscheinlich den Lohnabzug ablehnen wird. Christoph Hochuli hat den Wunsch geäussert, dass die Leute das alles so stehenlassen, aber wie Fina Girard gesagt hat, in Krisenzeiten, wo es eng wird, kommt man auf diese Opt-Out-Formel, damit man mehr Geld zur Verfügung hat.

Ich bin also nicht überzeugt. Es gibt weitere negative Punkte. Es ist auch nicht unbedingt nötig, weil das mit einem Dauerauftrag ja auch möglich ist. Und es verursacht relevante Aufwände bei den Arbeitgebenden, die dann entweder von den Arbeitgebenden zu tragen sind oder abgegolten werden müssen. Michela Seggiani sagt, die Motion verursache Aufwände. Aber auch das Lohnabzugsverfahren verursach Aufwände. Da müsste man doch diskutieren können, was jetzt der zielführendere Weg ist.

Es gibt weitere Gründe: Wahrscheinlich wird das komplizierte Fälle verursachen. Ungleichheiten schaffen, kantonale ausserkantonal, und es verändert, wie bereits erwähnt, das Verhältnis von Staat und Bürger und Bürgerin und aicj bezüglich der Selbstbestimmung über die eigenen Finanzen.

Ich muss aber sagen: Wir Grünliberalen haben immer anerkannt, dass Steuerschulden für einen relevanten Teil der Bevölkerung in Basel ein Problem sind, und dass Steuerschulden auch bedient werden sollen. Steuerschulden sind Ausstände, welche der Allgemeinheit geschuldet sind und daher ist es legitim, Massnahmen zu ergreifen, dass die Steuern auch bezahlt werden.

Gerade darum begrüssen wir die vorliegende Motion. Sie zeigt einen Weg auf, wie Steuern verstärkt eingetrieben und ausstehende Steuerschulden besser vermieden werden können, ohne das Lohnabzugsverfahren. Wir verstehen die Motion als einen Schritt zu einem möglichen Kompromiss, mit dem ein anerkanntes Thema nun angegangen werden kann. Wir verstehen die Motion in dem Sinne auch als einen verbindlichen Anstoss, eine Lösung zu erarbeiten. Allenfalls kommt man im Prozess der Verarbeitung der Motion auf weitere sinnvolle Ansätze. Solche Ideen können aus unserer Sicht gerne aufgenommen werden und zu einem zweckmässigen Kompromiss verarbeitet werden.

Es wurde gesagt, man solle der Stimmbevölkerung doch nun die die Gelegenheit geben, abzustimmen, ob sie das will oder nicht. Aber man kann ja beides machen. Man kann ja einen möglichen Kompromiss erarbeiten, dann haben die Stimmenden die Möglichkeit zu sagen, ob sie das Lohnabzugsverfahren wollen oder den Kompromiss. Das ist ein besserer Entscheid als »Wir wollen das Lohnabzugsverfahren oder gar nichts«.

Es werden also keine demokratischen Rechte oder demokratischen Prozesse beschnitten, im Gegenteil, er wird erweitert und bereichert. Der Motion hängt alleine etwas der formelle Missstand an, dass die Initiative noch gar nicht eingereicht ist und die Regierung daher eigentlich noch nicht formell auf einen Gegenvorschlag verpflichtet werden kann. Aber ich denke, da kann man ein Auge zudrücken. Die Motion zeigt in eine richtige und wichtige Richtung in diesem Thema, das wir mit einer breiten Auslegeordnung diskutieren müssen. Deswegen bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Pascal Pfister vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Pascal Pfister (SP): Gehen Sie mit mir einig, dass ein Kompromiss ein Aufeinanderzugehen von zwei Personen ist und es deshalb besser wäre, von Alternativvorschlag als von einem Kompromiss zu sprechen?

David Wüest-Rudin (GLP): Von mir aus, dann ist es ein Alternativvorschlag. Die Stimmenden sollen entscheiden können, entweder die Initiative oder den Alternativvorschlag anzunehmen.

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat Motionär Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Es gibt viele Gründe, die gegen einen direkten Lohnabzug der Steuern sprechen, auf den diese Motion eine Antwort ist, grundsätzliche aber auch ganz praktische Gründe. Zuerst zu den grundsätzlichen Gründen und zur ganz fundamentalen Frage des Umgangs mit den Bürgerinnen und Bürgern: Wenn wir feststellen, dass ein Teil der Bevölkerung Probleme mit dem Umgang mit Geld hat, wollen wir das Problem einfach anderen übertragen und diese dazu zwingen, das Problem für sie zu lösen? Oder wollen wir diese betroffenen Menschen befähigen, mit dem Problem eigenständig und mündig umzugehen, sie in diesem konkreten Fall befähigen, mit dem eigenen Geld eigenverantwortlich umzugehen? Bevormunden oder befähigen? Das ist die Grundsatzfrage, die sich im Kontext des Lohnabzuges stellt.

Zweitens, wie diese bereits vielzitierte Studie von FehrAdvice von 2016 ausführt und was wir auch sonst aus der Verhaltenspsychologie oder -ökonomie wissen, ist es schmerzhafter, etwas wegzugeben, das sich bereits im eigenen Besitz befunden hat. Und das trifft den Nagel perfekt auf den Kopf. Ja, ich bin der Meinung, dass Steuern schmerzhaft sein müssen, nicht in ihrer Höhe – Sie wissen bestens, dass ich in vorderster Front für tiefere Steuern einstehe –, sondern in dem Sinne, dass man spüren muss, dass dieser Staat und alles, was wir hier drin beschliessen, die Steuerzahlenden etwas kostet und dass es sie viel kostet.

Besonders entlarvend ist auch der Passus dieser Studie, der sagt: «Der Teil des Einkommens, der den Steuern zugedacht ist, wird erst gar nicht als Besitz wahrgenommen.» Man muss sich vor Augen führen, welches Staatsverständnis dem zugrunde liegt. Die Steuern werden hier nicht verstanden als Forderung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, denen gegenüber er rechenschaftspflichtig ist, nein, das Geld, das die Menschen erarbeiten, soll ihnen gar nie erst gehören. Dann merken Sie auch nicht, wie viel der Staat Ihnen abnimmt.

Und schliesslich drittens: Mit einem gesetzlich verordneten Lohnabzug privilegiert sich der Kanton als Steuergläubiger selbst gegenüber privaten Gläubigern. Das ist weder legitim noch ist es gerecht. Damit stellt der Staat sich und seine Forderung über diejenigen der Privaten. Das ist vom Gesetzgeber, zumindest vom Bundesgesetzgeber, nicht gewollt und entspricht ebenfalls nicht unserem Staatsverständnis.

Und dann gibt es die praktischen Gründe. Zwei wichtige gehen ebenfalls aus der bereits genannten FehrAdvice-Studie hervor, und ich bin froh, dass diese in der Debatte so häufig erwähnt wurde. Ich hoffe einfach, dass auch die Kollegen Christoph Hochuli und Thomas Widmer-Huber haben Sie nicht nur die Titel gelesen, sondern auch den ganzen Text. Die Studie stellt nämlich fest, dass insbesondere Menschen, die bereits verschuldet sind oder solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, sich vermehrt herausoptieren werden. Wir werden also einen wesentlichen Teil der Personen, die mit diesem Lohnabzug anvisiert werden, gar nicht erreichen, und das sagt FehrAdvice über die Initiative. Zu diesem Zweck wurde sie ja schliesslich erstellt. Also muss ich mir schon die Frage stellen, ob denn das Ziel, die Verschuldung zu reduzieren, tatsächlich erreicht wird diesem Vorschlag.

Wir schaffen aber eine klare Mehrbelastung, insbesondere, auch das hat die FehrAdvice-Studie ausführlich dargelegt und ehrlich zugegeben, für kleinere arbeitgebende KMU, die wir schon mit genug anderen Aufgaben, die ihnen vom Staat auferlegt werden, belasten – so von wegen KMU-Freundlichkeit, lieber Beda Baumgartner. In dieser FehrAdvice-Studie ist es bezüglich KMU-Freundlichkeit mit einer roten Ampel gekennzeichnet.

All das kann man sagen, ohne das Problem der Verschuldung im Allgemeinen oder Steuerschulden im Speziellen zu negieren, weshalb auch diese Motion dieses Problem anerkennt und eine Alternative aufzeigt, wie dem Problem begegnet werden kann, eine Alternative, welche zuerst die Möglichkeiten des Staates ausschöpfen will, bevor die Wirtschaft belastet wird, eine Alternative, welche die Verantwortung für das kantonseigene Steuerinkasso nicht der Wirtschaft abdrückt, sondern beim Kanton belässt, eine Alternative, welche die Steuerpflichtigen aktiv dabei unterstützt, ihre Steuerzahlungen zu planen und fristgerecht zu leisten. Dass die Ratslinke und leider offenbar auch die EVP nicht dazu bereit sind, dieses Modell dem Modell des Lohnabzugsverfahrens gegenüber zu stellen und das Problem mit weniger Eingriffen in die Wirtschaft anzupacken, ist zwar nicht überraschend, aber entlarvend. Es zeigt sich, dass es wichtiger ist, das Problem im Hinblick auf die Wahlkampfinitiative für die nächsten Wahlen zu bewirtschaften. Ich danke all jenen Kolleginnen und Kollegen, die wie der



Regierungsrat dazu bereit sind, den hier vorgeschlagenen Ansatz auszuprobieren und somit den betroffenen Menschen ganz direkt zu helfen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Andrea Strahm und die andere von Pascal Pfister. Werden diese angenommen? Sie werden angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Geben Sie mir in Bezug auf die Verzinsung von Vorauszahlungen recht, dass bei Ihrer Lösung der Steuerschuldner von der Verzinsung profitiert, beim Lohnabzug das aber nicht gesichert ist?

Luca Urgese (FDP): Ja, ich bin felsenfest überzeugt, dass mein Vorschlag die bessere Lösung ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP):

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir reden ja zwar eigentlich nicht über die Initiative, aber wir tun es eben doch. Ich wollte einfach darauf hinweisen, es gibt einen Passus, dass für Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern die Teilnahme fakultativ ist. Ist Ihnen das bekannt?

Luca Urgese (FDP): Ja, das habe ich gelesen, aber auch Unternehmen, die mehr als zehn Mitarbeitende haben, sind KMU, und diese haben wirklich mehr Freude daran, für ihre Kunden da zu sein und neue Produkte zu entwickeln, als für den Staat Steuern eintreiben zu müssen.

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Christoph Hochuli und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001338, 20.09.23 16:41:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 49 JA-Stimmen bei 44 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.



29. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten

[20.09.23 16:41:22, 23.5349.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen und es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

41. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen

[20.09.23 16:42:09, 23.5243.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Annina von Falkenstein (LDP): Dieses Mal bestreite ich wirklich und bitte Sie im Namen der LDP-Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen und zwar aus folgenden Gründen: Es besteht aktuell kein Anlass, den Zugang zu bewährten Sozialleistungen weiter zu erleichtern, geschweige denn, sie weiter zu erhöhen und noch mehr Personen zugänglich zu machen. Alle drei Forderungen werden in diesem Anzug laut. Andere Kantone haben sogar strengere Bedingungen an die Wohnsitzpflicht oder kennen weit weniger Sozialleistungen als Basel-Stadt.

Die Gesamtheit der Sozialleistungen in unserem Kanton ist bereits heute überdurchschnittlich. Die LDP engagiert sich seit jeher auch für Menschen, die Hilfe vom Staat brauchen. Die LDP sieht aber auch Bedarf aufzupassen, dass die Schere zwischen dem Mittelstand von Leuten, die alles selber bezahlen, von der Wohnung über die Ausbildungskosten, die Krankenkassenprämien, die Strom- und Heizrechnungen und die obendrauf auch noch Steuern bezahlen und Personen, die aufgrund ihrer Situation staatliche Unterstützung brauchen und diese auch erhalten sollen.

Das ist eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der wir von der LDP durch sorgfältiges Abwägen statt pauschalem Ausbau entgegenwirken möchten. Im Sinne dieser sozialen Schere, die nicht weiter aufgehen soll, bittet Sie die LDP um Ablehnung dieses Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das GAB unterstützt den Anzug von Amina Trevisan und bittet Sie, diesen Anzug der Regierung zu überweisen.

Einmal mehr zeigt sich in der Kreuztabelle, welchen Parteien die soziale Ausgangslage der Menschen wichtig ist und am Herzen liegt. Für mich ist völlig unverständlich, weshalb die FDP, LDP und SVP einmal mehr hier nicht Hand bieten wollen. Die Umsetzung dieses Anzugs ist sinnvoll und vor allem leicht umsetzbar. Erstens gibt es diese notwendige Unterstützung in Basel schon seit langem und diese Beihilfen sind für Menschen mit geringen finanziellen Einkommen von grosser Bedeutung und stärken unmittelbar die Kaufkraft von älteren Menschen und Menschen mit einer Invalidenrente, welche auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind.

Die kantonalen Beihilfen bieten einen sehr wichtigen Beitrag zur Armutsprävention und eine Erhöhung des Betrags sowie eine Ausweitung auf Menschen, die bis anhin noch vom Bezug ausgeschlossen sind, ist nun wirklich angezeigt und können wir uns auch leisten. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Altersarmut ist ein grosses gesellschaftliches Problem, dem wir mit allen Mitteln begegnen müssen. Altersarmut ist mit grosser Scham besetzt, macht krank und einsam. Frauen sind von dieser Gefahr zudem überproportional mehr betroffen. Sie kennen sicher auch jemanden, die über keine oder nur eine tiefe



Pensionskassenrente verfügt und nicht alle verfügen über ein Konto bei der dritten Säule und über Vermögen, um dies zu kompensieren.

Diese Menschen sind daher auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Gerade jetzt, wo die Mietkosten, Energiekosten, die Heiz- und Nebenkosten sowie die Gesundheitskosten viele Menschen sehr belasten, macht es Sinn, dass mehr Menschen von den kantonalen Beihilfen profitieren können, um der allgemeinen Teuerung zu begegnen und Verschuldung im Alter zu verhindern. Hier tragen wir als Parlamentarier:innen dieses Kantons eine Verantwortung.

Und übrigens, die Pro Senectute schreibt auf ihrer Webseite deutlich: Altersarmut hat viele Gesichter, am stärksten betroffen sind Frauen, ausländische Staatsangehörige sowie Personen mit tiefer Bildung. Armut stellt ältere Menschen nicht nur vor finanzielle Herausforderungen, sondern wirkt sich auch auf die Gesundheit, Zufriedenheit und Einsamkeit aus. Die Präsidentin, des Stiftungsrats der Pro Senectute Basel-Stadt ist übrigens unsere Nationalrätin Patricia von Falkenstein. Umso unverständlicher ist die Position der LDP und der FDP. Aber vielleicht ist es halt so, wie ich es vermute, dass nämlich die Frage über Sinn und Zweck von kantonalen Beihilfen zu einer Klassenfrage wird. Weil die eigene Klientel fernab von Armut und Angst vor sozialem Abstieg ist, gehören die Erhöhung der Beihilfen oder andere soziale Sicherheiten nicht ins Denkmuster. Allen anderen danke ich für die Überleistung des Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist die Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das war jetzt ein Votum der Klassenkampfrhetorik von Oliver Bolliger, so wie wir es von ihm gewohnt sind. Das ist auch nicht schlimm. Das darf er als Vertreter der BastA! so auch halten. Bleiben wir aber doch bitte bei den Fakten und da hat der Annina von Falkenstein auch etwas sehr Gutes bereits gesagt. Wie steht der Kanton Basel-Stadt da? Wie unterstützt er seine Mitbewohnerinnen und Mitbewohner? Dann kann man sicher feststellen, dass der Kanton Basel-Stadt hier auf den vordersten Positionen ist. Auch was die Wohnsitzpflicht anbelangt, ist er schon weitaus lockerer als andere Kantone.

Jetzt hier einerseits die Verkürzung der Wohnsitzpflicht zu fordern und dann gleichzeitig auch im gleichen Vorstoss noch die Frage betreffend der Höhe zu stellen, dünkt uns jetzt doch ein wenig das Fuder zu überladen. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass für viele Menschen in diesem Kanton die Belastung sehr hoch ist. Diese Leute werden wahrscheinlich auch wenig Verständnis dafür haben, dass man so viel Geld für eine Ständeratsfeier ausgeben kann. Ja, da bin ich bei Oliver Bolliger. dieses neofeudale Gehabe geht mir auch auf die Nerven. Aber es geht hier um etwas Grundsätzliches, nämlich wie wir unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten. Und es ist tatsächlich so, dass vor allem der Mittelstand bei uns unter die Räder kommt. Das hat auch Annina von Falkenstein bereits gesagt. Diejenigen, die alles noch selber bezahlen müssen, leiden am meisten unter diesen hohen Miet- und Energiekosten in unserem Kanton und in der ganzen Schweiz. Aber die teuren Energiekosten sind eine selbst verursachte Situation von Oliver Bolliger und seinen Freunden der linken Seite. Die teuren Mietkosten haben wir unter anderem deshalb, weil wir eine missratene Energiepolitik in diesem Lande haben, weil wir unnötig aus Technologien aussteigen und weil wir insbesondere verhindern, dass neuer Wohnraum geschaffen wird, weil wir ein zu strenges Wohnraumgesetz in diesem Kanton haben.

Das ist die Ausgangslage und dort glaube ich, könnten wir gemeinsam schauen, dass wir unsere Bevölkerung entlasten. Dann würde es eben auch keine Erhöhung der Beihilfen benötigen, weil dann alle genug zum Leben haben. Es gibt noch einen weiteren Aspekt, den Annina von Falkenstein so nicht erwähnt hat, aber ich glaube, das gehört ein bisschen zu ihren ersten Aussagen. Wir müssen schon ein bisschen aufpassen, dass wir keine Sogwirkung schaffen. Wenn wir in diesen interkantonalen Vergleichen bei allen diesen Unterstützungsmassnahmen grosszügiger sind als der Durchschnitt der Schweiz, dann besteht natürlich die Gefahr, dass der Kanton Basel-Stadt erst recht zu einem Hotspot wird für Menschen, die ganz bewusst auch von diesen Sozialleistungen profitieren möchten. Es gibt ganz viele, die davon nicht Profit profitieren möchten, weil sie tatsächlich zu kämpfen haben. Aber es gibt auch einige andere.

Wir glauben, hier braucht es deshalb ein gutes Mittelmass. Der Kanton Basel-Stadt, die Regierung ist nicht bekannt dafür, mit den Sozialhilfeempfängern oder mit Empfängern von Beihilfen ungrosszügig vorzugehen. Man ist sogar sehr kreativ. Ich möchte daran erinnern, dass der Kanton erst vor wenigen Wochen über den Swisslos-Fonds Gelder gesprochen hat für die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren für die Mietnebenkosten, in der Höhe von fast einer halben Million Franken. Den Swisslos-Fonds dafür zu benutzen, ist eine sehr kreative Lösung. Aber nun gut, nun hat das der Regierungsrat so beschlossen.

Also ich glaube, hier ist der Kanton Basel-Stadt schon heute sehr gut unterwegs und deshalb ist dieser Vorstoss aus unserer Sicht nicht notwendig und wir bitten Sie, ihn deshalb abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Die Armut und die Altersarmut in der Schweiz nehmen nachweislich zu und es steht schon im Vorstoss, gemäss Erhebungen von Pro Senectute sind schweizweit rund 200'000 Personen wirklich armutsbetroffen und weitere 100'000 leben an der Armutsgrenze. Was heisst das, armutsbetroffen zu sein im Alter? Man muss mit 2'279 Franken auskommen. Das sind Fakten. Davon bezahlt man den allgemeinen Lebensunterhalt mit Nahrungsmittel, Kleidung, Hygieneartikel, Mobilität, Telefonieren, Serafe-Rechnungen sowie Wohnkosten. Und Wohnkosten, wir wissen es, sind teuer wie alle anderen Kosten, die ich aufgezählt habe. Man muss davon auch noch Versicherungen bezahlen.

Knapp darüber sind eben weitere 100'000 Personen im Rentenalter. Das ist schweizweit so, das ist aber auch ein Thema in Basel-Stadt. Armut betrifft viele Person, aber insbesondere natürlich auch ältere Menschen, und wie es Oliver Bolliger schon gesagt hat, müssen diese Menschen nicht nur finanzielle Akrobatik vollführen. Es ist auch erwiesen, dass sich das auf die Gesundheit auswirkt, auf die Zufriedenheit und oft sind armutsbetroffene Menschen auch sehr einsam, denn wer arm ist, kann am gesellschaftlichen Leben nur beschränkt teilhaben.

Dass so viele Menschen in der Schweiz so leben, ist bedenklich und für sie und für uns als Gesellschaft eigentlich unwürdig. Und es muss auch gar nicht so sein. Es braucht unsere Anstrengungen, dies zu verändern, auch in Basel-Stadt, auch wenn wir ein gut ausgebautes Sozialleistungssystem haben. Unter anderem können wir die Zugänglichkeit noch sehr verbessern. Die Betroffenen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sind Leute, die in ihrem Erwerbs eben oft in sogenannten Tieflohnbranchen gearbeitet haben. Sie haben körperlich anstrengende Arbeiten verrichtet. Sie waren im Verkauf, in anderen Dienstleistungen, im Handwerk, im Bau und in der Pflege, Reinigung usw. tätig. Sie haben also wirklich hart gearbeitet. Am meisten betroffen davon sind Frauen und Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit, wie Oliver Bolliger schon gesagt hat. Sber sie alle haben einen Beitrag dazu geleistet zu unserem Wohlstand in diesem Land und für viele Annehmlichkeiten, die wir im Alltag so hinnehmen dürfen, wie eben der Gang zur Frisörin oder zum Frisör, Pflege und so weiter.

Wenn jetzt diese Menschen im Rentenalter sind und ihnen die AHV- oder die IV-Leistungen nicht reichen, dann müssen oder dürfen sie Ergänzungsleistungen beantragen, sofern sie denn wissen, dass sie das können. Das ist die Voraussetzung, dass überhaupt Beihilfen beantragt werden können. Paradoxerweise nimmt die Armut und Altersarmut zu und die Ausgaben, auch bei uns in Basel-Stadt, für die bedarfsabhängigen Sozialleistungen wie die Beihilfen sinken.

Was ist da falsch? Die Armutsbetroffenen wissen offenbar nicht, dass sie Anspruch haben und/oder die Zugangshürden sind zu hoch. Beihilfen müssen die Betroffenen eher beantragen, und das wissen viele nicht. 29 Prozent der Anspruchsberechtigten auf Ergänzungsleistungen wissen es nicht, und der Kanton hat gesagt, er möchte Bestrebungen machen, dass dies besser wird. Das hat nämlich eine Studie, die das ASB in Auftrag gegeben hat, so gezeigt. Bei der Beihilfe ist es so, dass wir die Hürde von 15 Jahren Wohnsitz auf 10 Jahre reduzieren möchten. Das gibt keine Sogwirkung. Niemand plant schon 20 Jahre im Voraus, dass er dann im Alter in Basel wohnt, weil er 10 Jahre hier gewohnt haben muss, damit er dann die kantonale Beihilfe beantragen kann.

In dem Sinne bitte ich Sie mitzuhelfen, die Zugänglichkeit zu den Sozialleistungen zu erhöhen, die anspruchsberechtigte Personen in Anspruch nehmen können und bitte Sie, diesen Vorstoss zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugstellerin Amina Trevisan das Wort.

Amina Trevisan (SP): Armut im Alter ist eine verdrängte Realität. Der Kanton Basel-Stadt muss sich aber zur Armutsbekämpfung klar bekennen. Unser Augenmerk sollte sich auf die Schere zwischen Arm und Reich richten und nicht auf die Schere zwischen Arm und Mittelstand. In der Schweiz sind rund 200'000 Personen im Pensionsalter armutsbetroffen, die mit weniger als 2'279 Franken pro Monat auskommen müssen, und wir haben es schon gehört, insgesamt sind 300'000 Personen im Pensionsalter armutsgefährdet.

Auch in Basel gibt es Altersarmut, trotz AHV und Ergänzungsleistungen. Von Armut im Alter sind aber vor allem Frauen, Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit und Menschen mit fehlenden oder nicht anerkannten Bildungsabschlüssen betroffen. Reichen die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV nicht zur Deckung des allgemeinen Lebensbedarfs aus, gewährt der Kanton Basel-Stadt zusätzliche Leistungen und erhöht damit die bundesrechtlichen Ergänzungsleistungen. Der Kanton Basel-Stadt richtet daher nach kantonalem Recht die sogenannte Beihilfe aus.

Anspruch auf den Bezug von Beihilfen haben gegenwärtig nur Personen, die während den letzten 15 Jahren insgesamt 10 Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hatten. Mit der Wohnsitzvoraussetzung für den Bezug von Beihilfen werden Menschen im Pensionsalter ausgeschlossen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, allerdings sehr von den zusätzlichen Leistungen profitieren würden. Mit einer Erhöhung der Beihilfe geht zudem eine Verbesserung der Lebensqualität von AHV- und IV-Rentnerinnen mit Anspruch auf Ergänzungsleistungen einher.

Was können wir konkret tun, um Armut im Alter zu bekämpfen? Nun, die Informationen und der Zugang zu kantonalen Beihilfen sollten niederschwelliger gemacht werden, denn viele Menschen wissen gar nicht, dass es kantonale Beihilfen gibt



oder was sie sind. Zudem kommt es vor, dass ältere Menschen ihren Wohnsitz ändern, weil sie zum Beispiel in eine kleinere Wohnung wechseln wollen oder gar müssen. Geht aber der Bezug einer neuen Wohnung gleichzeitig mit einem Kantonswechsel einher, sollen diese Menschen nicht bei der Inanspruchnahme von kantonalen Beihilfen benachteiligt sein. Es handelt sich nicht um eine Sogwirkung.

Wir möchten, dass die Wohnsitzvoraussetzung für den Bezug von Beihilfen in dem Sinne verändert wird, dass Personen Anspruch auf den Bezug von Beihilfen haben können, die während den letzten 10 Jahren, statt wie bisher 15 Jahren, 5 Jahre, statt wie bisher 10 Jahre, den Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hatten. Dadurch sind mehr Menschen berechtigt, Anspruch auf kantonale Beihilfe zu erhalten. Zudem möchten wir, dass die Höhe der kantonalen Beihilfen angemessen aufgestockt werden, und schliesslich möchten wir erwirken, dass die Einkommensgrenzen, und damit gemeint ist der Einnahmeüberschuss, für die kantonalen Beihilfen angemessen erhöht werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001342, 20.09.23 17:02:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 58 Ja-Stimmen bei 33 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

31. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen

[20.09.23 17:02:16, 23.5244.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen,.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

32. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz

[20.09.23 17:02:44, 23.5253.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.



33. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention

[20.09.23 17:03:17, 23.5267.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dieser wird von Joël Thüring bestritten.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite im Namen meiner Fraktion diesen Vorstoss. Wir können an das Votum vorher anlässlich des Vorstosses von Amina Trevisan anschliessen. Wir sind wirklich nicht der Meinung, dass wir im Bereich der Sozialhilfe eine ergänzende oder eine zusätzliche Massnahme seitens des Kantons brauchen. Wir sind hier auf gutem Weg, auch im interkantonalen Vergleich. Mich dünkt es ein wenig, Sie vergessen, wer in diesem Thema federführend ist. Das ist ein Regierungsrat ihrer Regierungskoalition. Das WSU ist seit vielen Jahren oder fast schon Jahrzehnten in linker Hand. Wir haben seit vielen Jahren eine linke Mehrheit in der Regierung, und Sie versuchen hier permanent an einem System zu schrauben, wo wir doch heute schon sehen, dass es eigentlich perfekt funktioniert. Wir haben die entsprechenden Hilfen dort, wo sie notwendig sind. Wir brauchen nicht ergänzende Massnahmen, wir brauchen keine Erhöhungen. Wir sollten viel eher dafür sorgen, dass wir die Bevölkerung, die in diesem Kanton noch alles selber bezahlt, entlasten. Das schaffen wir, indem wir dafür sorgen dass es weniger Bürokratie gibt, dass die Steuern tief sind – das haben wir jetzt mit einem Steuerpaket auch gerade erst beschlossen – und dass wir die Bevölkerung überall dort entlasten, wo die Kosten steigen: das ist bei der Energie, das ist bei den Preisen für den Strom, bei den Mietzinsen. Dort können wir durch kluge kantonale Politik Kosten für die Menschen reduzieren. Bei den Krankenkassenprämien sind die kantonalen Möglichkeiten tatsächlich etwas gering.

Bei diesen Kosten müssen wir vor allem ansetzen. Ich habe von den Linken dazu bisher sehr wenig konkrete Vorschläge gehört. Wir haben dazu konkrete Ideen, die sie dann aber jeweils unterstützen, gerade wenn es in der Wohnraumpolitik darum geht, noch genügend Wohnraum zu schaffen. Deshalb glauben wir, braucht es diese Vorstösse hier allesamt nicht und ich bitte Sie, auch diesen Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Joël Thüring, man hat gemerkt, dass Sie den Vorstoss nicht gelesen haben. Es geht hier um die Sozialhilfe. Es geht nicht um allgemeine Armutsprävention, sondern um Leute, die in die Sozialhilfe rutschen. Das sind die, die am untersten Rand sind. Wenn Sie da von Steuersenkungen sprechen, ist das einfach nur ein Hohn. Wir reden darüber, ob man 8'000 Franken Vermögen auf der Seite haben kann oder 4'000 Franken Vermögen haben kann, um in die Sozialhilfe zu gehen. Da ist es völlig absurd, von Steuersenkungen sprechen, weil das diese Leute nicht betrifft. Diese Leute brauchen andere Hilfestellungen.

Vielleicht hat das tatsächlich mit dem Regierungsrat zu tun, dass wir jetzt mehr sozialpolitische Vorstösse einreichen, weil wir in der sozialpolitischen Frage nicht mehr eine Mehrheit haben. Sie wissen ganz genau, dass der Vorsteher des WSU nicht alles allein entscheiden kann, auch jetzt nicht, wie auch früher schon nicht. Und dann noch eine weitere Antwort an Sie: Die Sozialhilfe übernimmt sowieso schon die Krankenkasse, Ihre Lösungsansätze bringen auch in dieser Frage nichts.

Es ist es geht hier wirklich um die Leute, die wirklich kein Geld haben, die wirklich am Rand der Gesellschaft sind, und es geht darum, zu welchem Zeitpunkt wir ihnen einen Rettungsring zuwerfen. Warten wir, bis die Leute kurz vor dem Abtauchen sind und keine Energie mehr haben, also wenn sie weniger als 4'000 Franken haben? Dürfen sie erst dann in die Sozialhilfe kommen? Oder dürfen sie vielleicht schon ein bisschen früher kommen? Dürfen sie sich schon ein bisschen früher an dem Schwimmring festhalten, damit sie noch ein bisschen mehr Energie haben und ein Polster haben, um auch wieder schneller davon loszukommen?

Schlussendlich ist es im Interesse von uns allen, dass diese Leute nicht ewig in der Sozialhilfe bleiben, sondern sich wieder ablösen können. Das ist übrigens auch im Interesse der Sozialhilfebeziehenden und das geht einfach schneller, wenn sie ein kleines Polster haben. Deshalb sollen Einzelpersonen 8'000 Franken auf der Seite haben dürfen, auch wenn sie in der Sozialhilfe sind.

Die SP-Fraktion war schon bei den vorherigen Vorstössen dafür, dass man das grundsätzlich erhöht und nicht nur während der Coronapandemie, und das ist jetzt der richtige Anzug, um das eben grundsätzlich zu erhöhen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.



Jo Vergeat (GAB): Vielleicht gab es kurz ein Missverständnis. Wir reden gar nicht über den Mittelstand. Wir reden über diese Menschen, die in den prekärsten Lebensumständen versuchen, ein Teil unserer Gesellschaft zu sein und dieses Leben zu bestreiten. Und letzte Woche war ich hier drin an einem Podium zu unserer Bundesverfassung, und von mehreren Personen auf dem Podium – nicht nur von der linken Seite - wurde ein Teilsatz unserer Bundesverfassung zitiert, als extrem wichtiger Grundsatz, nämlich dass dem Schweizervolk und den Kantonen gewiss ist (...), dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.

Und darum reden wir heute nicht über irgendwelche Stakeholder in irgendeinem System, sondern über Menschen, die im politischen Absicherungsnetz aufgefangen wurden und es darin trotzdem ganz schwierig haben. Die Stigmatisierung von Armut und insbesondere von Menschen, die in der Sozialhilfe sind, wird gerade hier drin immer wieder befeuert. Aber ich muss Sie enttäuschen, es gibt sie nicht, diese eine Geschichte, die auf alle Menschen in der Sozialhilfe zutrifft. Es gibt nämlich Hunderte unterschiedliche Lebensgeschichten und Umstände, die zu einem Bezug von Sozialhilfe führen. Ich glaube, daran müssen wir unsere Massnahmen messen und nicht an einigen wenigen Beispielen.

In der Sozialhilfe landet zum Beispiel ein Vater, der aus dem Arbeitsmarkt gefallen ist, vielleicht wegen einer psychischen Erkrankung, und den Wiedereinstieg nur schwierig findet. Oder eine Person, die mit 53 Jahren aus dem Arbeitsmarkt fällt und keine neue Stelle vor ihrer Pension findet. Der Schritt in die Sozialhilfe ist kein leichter. Wir sagen das manchmal hier so zynisch, dass wir ein perfekt funktionierendes System haben. Ja, das System funktioniert, aber nur weil es funktioniert, heisst das nicht, dass es die perfekte Lösung ist. Es ist unendlich schwierig, wenn man mit Menschen spricht, die in der Sozialhilfe sind. Dann spürt man das, dann weiss man das, es sie ist unglaublich wenig Geld übrig am Ende des Monats, es ist ein stetiger Kampf und überhaupt kein Leben auf dem Ponyhof.

Also müssen wir damit aufhören. Ich glaube, wer auf die Sozialhilfe angewiesen ist, macht sich komplett abhängig vom Staat und zusätzlich auch noch von seinem Umfeld. Der bürokratische Aufwand ist hoch, das vielleicht zu Recht, aber die Stigmatisierung ist noch viel höher. Es ist kein gemütliches Leben ohne Arbeit. Nein, jede Ausgabe wird gerechtfertigt, muss gerechtfertigt werden, und die Teilhabe an der Gesellschaft, die ganz normale Dinge für uns bedeuten, sind immer eine hohe finanzielle Hürde.

Darum wäre gerade diese Massnahme, nämlich den Freibetrag des Vermögens, der jetzt sehr niedrig ist, anzupassen, eine wichtige Massnahme. Sie bietet ein klein bisschen Spielraum. Diese 4'000 Franken mehr bedeuten Flexibilität. Sie bedeuten vielleicht auch Teilhabe am System. Wir alle wissen, wie das Leben spielt. Manchmal kommt eine unerwartete Ausgabe, manchmal ist sie sogar freudig. Es ist ein Geburtstagsfest, das man für das Kind organisieren möchte oder eine traurige Zusammenkunft der Familie in der Ferne, weil vielleicht ein Familienmitglied gestorben ist. Es sind ganz kleine Dinge, die vielleicht für Studentinnen und Studenten auch schwierig aufzubringen sind, aber die wir alle aufzubringen versuchen. Dieser Freibetrag des Vermögens schafft ein klein wenig Raum für Normalität.

Und glauben Sie mir, damit wird keine Sogwirkung verursacht. Ich glaube auch nicht, dass jemand, der Sozialhilfe beantragt und an einem so schwierigen Punkt in seinem Leben steht, denkt: Ach, jetzt gehe ich noch ganz weg von meinem Umfeld, jetzt gehe ich weg von allem, was ich kenne, und ich sehe im Kantonsvergleich, oh in Basel, da kann ich sogar noch 4'000 Franken mehr von meinem Vermögen behalten. Ich glaube, das ist einfach eine sehr fremde Vorstellung, die wir davon haben.

Mit dieser Verstetigung einer jetzt schon effektiven Massnahme können wir mit einer ganz kleinen Handreichung einen grossen Unterschied machen. Darum glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir als Kanton vorausgehen und diese Massnahme verstetigen und somit den Menschen ein bisschen Flexibilität zurückgeben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Die Sozialhilfe ist das unterste Netz und es soll auch das letzte Mittel sein. Es soll nicht so sein, dass die Personen sich schon bei einer anbahnenden finanziellen Schieflage bei der Sozialhilfe melden. Zuerst sind die privaten Reserven aufzubrauchen. Der derzeitige Freibetrag von 4'000 Franken pro Person und 10'000 Franken pro Familie reicht aus unserer Sicht deshalb aus. Dazu kommt, dass persönliche Effekte und Hausrat nicht dazuzählen. Es geht also nur um angespartes Geld. Eine Einzelperson, 8'000 Franken und eine Familie, 20'000 Franken – viele arbeitende Personen haben nicht so viel angespartes Kapital. Ich sehe in der Erhöhung der Freibeträge keine Nachhaltigkeit. Ziel und Ansporn muss es sein, die Abhängigkeit von Sozialhilfe raschmöglichst verlassen zu können.

Aus unserer Sicht konzentrieren wir uns lieber auf die Entlastung des unteren Mittelstandes, der knapp über dem Existenzminimum lebt. Diese Personen gilt es davor zu bewahren, Sozialhilfe beziehen zu müssen. Diese tragen im Moment auch die Hauptlast. Sie zahlen Krankenkasse, sie zahlen Steuern, sie zahlen volle Kitabeiträge und sie zahlen sonstige



Versicherungsbeträge. Diese Personen arbeiten hart, um alles brav und redlich bezahlen zu können, und sie sind dennoch nicht in der Lage, ein finanzielles Polster zuzulegen.

8'000 Franken für Einzelpersonen und 20'000 Franken für Familien, die dazu dienen, sich hier und da mal einen Wunsch zu erfüllen oder die für etwas Unverwartetes (Erfreuliches oder auch Unerfreuliches) ausgegeben werden können, finden wir falsch, wenn man schon auf Kosten von anderen lebt. Wenn wirklich nichts mehr da ist, gebietet uns die Nächstenliebe, diesen Personen zu helfen und das wird in der Schweiz auch so gehandhabt. Niemand muss hier hungern, niemand muss auf der Strasse schlafen und niemand muss um eine Behandlung im Spital bangen.

Die SVP ist deshalb nicht für einen weiteren Ausbau des Sozialstaates und bittet Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer und eine von Tim Cuénod vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Eine kleine Vorbemerkung: Es gibt auch in Basel Leute, die auf der Strasse leben. Meine Frage ist: Wieso finden Sie nicht auch, dass es einfacher ist, sich von der Sozialhilfe abzulassen, wenn man ein gewisses finanzielles Polster hat?

Patrick Fischer (SVP): Es gibt Personen, die auf der Strasse schlafen, aber das ist häufig selbst so gewählt. Ausserdem finde ich ein Polster von 4'000 Franken genügend. Ich selbst arbeite, seit ich 16 Jahre alt bin und ich habe lange Zeit keine 4'000 Franken auf der Seite gehabt.

Melanie Nussbaumer (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage kommt von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Zur so Sozialhilfe wurde nicht sehr viel gesagt, aber dafür haben Sie sich als Anwalt des unteren Mittelstand inszeniert. Wenn Ihnen dieser so wichtig ist, dann würde mich schon interessieren, weswegen dann die SVP immer Forderungen wie die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau oder einkommensabhängige Krankenkassenprämien ablehnt.

Patrick Fischer (SVP): Wir lehnen ja nicht pauschal alles ab. Es kommt einfach differenziert auf die Vorschläge an.

Tim Cuénod (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ehrlich gesagt verstehe ich die Differenz nicht, die hier geschaffen wird zwischen Mittelstand und den sozial Schwächsten. Ich denke, es ist im höchsten Interesse auch des Mittelstands, dass wir einen Sozialstaat haben, der dazu schaut, dass alle Menschen in diesem Kanton eine Möglichkeit haben zu Essen, Gesundheit zu haben, Krankenkassen bezahlen können und eine Wohnung haben. Ich glaube, das ist wirklich im Interesse unserer Gesellschaft und deshalb legt der Regierungsrat auch entsprechend darauf Wert, dass wir einerseits die Sozialhilfe so ausgestalten, dass sie die Grundbedürfnisse der Menschen finanzieren kann und andererseits, dass wir auch beim unteren Mittelstand Transferleistungen haben, damit auch Menschen, die nicht so viel Einkommen haben, Teil haben können an unserem Wohlstand, der wirklich sehr gross ist in unserem Kanton.

Konkret zu diesem Vorstoss: Es geht nicht um die Revolution und um die grossen Geschichten. Es geht eigentlich um eine relativ kleine Sache. Deshalb möchte ich das ein bisschen relativieren. Seit 2016 sind die Sozialhilfefälle in unserem Kanton um 2'000 zurückgegangen. Wir haben eine klar sinkende Fallzahl. Das ist eine sehr tolle und gute Entwicklung. Menschen finden Arbeit im Arbeitsmarkt, können sich das Leben selber finanzieren. Dieser Trend findet statt und er ist sehr erfreulich.



2'000 Fälle weniger, und wir reden jetzt hier von 12 Haushalten, für die dies eine Veränderung gebracht hat. Ja, wir können da jetzt sehr lange diskutieren, der Effekt, die Kosten, da geht es nicht um viel. Uns als Regierungsrat ist es wichtig, dass wir hier eine Verstärkung haben. Sie als Parlament haben dies angepasst das letzte Mal und wir sind der Meinung, dass man uns bei diesem neuen Betrag belassen kann. Es sind 12 Haushalte, die vielleicht durch diese Änderung zwei Monate früher auf die Sozialhilfe kommen, zwei Monate früher auch betreut werden durch die Sozialberatungen bei uns in der Sozialhilfe, was auch positive Wirkung haben kann.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, jetzt diese Erhöhungen, die Sie vor etwa zwei Jahren beschlossen haben, zu verstärken. Die Wirkung ist nicht sehr gross. Ich glaube auch, dass man auf bürgerlicher Seite dem zustimmen könnte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die lebhaftige Debatte und danke der Regierung, dass sie meinen Anzug entgegennehmen möchte.

Vorweg an Joël Thüring: Grundsätzlich richte ich meine Politik nicht nach dem Partei des Departementsvorsitzenden aus, sondern vor allem nach meinen 30-jährigen Erfahrungen sozialer Arbeit in dieser Stadt, auch mal in der Sozialhilfe. Das ist mein Fokus und so richtig meine Politik aus.

Bevor ich auf die von Patrick Fischer geäusserten Bedenken eingehe, möchte ich noch einmal wesentliche Punkte meines Anzugs darlegen, bedanke ich mich aber auch schon bei Melanie Nussbaumer und Joe Vergeat für ihre Voten und ihre Erläuterungen. Ähnlich wie die ersten drei Anzüge zu der Ergänzungsleistungen geht es bei der Verstärkung des höheren Freibetrags in der Sozialhilfe darum, die finanzielle Ausgangslage von Armutsbetroffenen ein wenig zu verbessern. Wer von der Sozialhilfe leben muss, hat keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr. Hier zählt nun wirklich jeder Rappen. Das können Sie unnötig finden, aber auch aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist es zentral, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer noch weiter aufgibt.

Wie schon erwähnt, habe ich meinen Anzug in der Coronazeit geschrieben, um damals zu verhindern, dass Menschen, die ausgesteuert und auf die Sozialhilfe angewiesen wurden, nun ihr ganzes Ersparnis ausgeben mussten, bevor sie das nächste Sicherungssystem in Anspruch nehmen konnten. Es geht dabei ja immer auch darum zu prüfen, ob jemand überhaupt einen Anspruch hat. Das ist immer noch die Grundvoraussetzung für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Die Mehrheit des Grossen Rates hat dieses Anliegen zwei Mal als gut befunden und die Unterstützungsrichtlinien wurden per April 2022 angepasst.

Wie von Regierungsrat Kaspar Sutter schon erwähnt, kam es gemäss Auskunft der Sozialhilfe nicht dazu, dass deswegen mehr Menschen von der Sozialhilfe unterstützt werden mussten oder dass gar ein bewusstes Umsiedeln aus den Landgemeinden stattgefunden hätte. Einzelne Menschen und Familien konnten aber so direkt profitieren und dadurch eine höhere Reserve von ihrem Ersparnis behalten.

Es ist zudem anzunehmen, dass diese Regelung auch förderlich ist für eine schnellere Ablösung von der Sozialhilfe, denn falls diese Person nur noch wenig finanzielle Mittel in Anspruch nehmen muss, weil sie vielleicht wieder eine Arbeit gefunden hat, die nicht das Ganze abdeckt, kann die Person aus dem Ersparnis diesen Betrag kompensieren und sich vielleicht entscheidet, früher die Sozialhilfe zu verlassen. Man kann davon ausgehen, dass das auch in diese Richtung eine Wirkung haben könnte.

Aktuell belastet die allgemeine Teuerung wirklich die Lebenssituation. Die Beschäftigungslage ist zwar gut und zurzeit sind die Sozialhilfefälle auch gesunken. Aber all dies ist nicht in Stein gemeisselt und deswegen macht es Sinn, diese kleine aber sinnvolle Anpassung auch für die kommenden Jahre zu übernehmen. Deshalb freut es mich sehr, dass die Regierung bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Nun noch kurz zu Patrick Fischer bezüglich Mittelstand und Sozialhilfe. Es ist nicht so, dass alle Menschen, die bei der Sozialhilfe sind, noch nie gearbeitet haben. Nein, im Gegenteil, viele Menschen haben schon gearbeitet, sind vielleicht aus krankheitsbedingten Gründen zur Sozialhilfe gekommen. Ich möchte ein klassisches Beispiel nennen: Ein Maurer hat einen Bandscheibenvorfall, kann nicht mehr auf dem Beruf arbeiten, hat Krankentaggeld für zwei Jahre, muss sich bei der IV anmelden. Irgendwann muss er sich dann auch bei der Sozialhilfe anmelden, weil die IV vielleicht nicht greift. Vielleicht geht es länger hin und her. Diese Person hat sehr wohl etwas erspart und muss dies nun aufbrauchen. Später kommt vielleicht der Entscheid der IV, dass er trotzdem jetzt eine Rente hat, aber dann hat er alles schon aufgebraucht. Auch hier haben wir eine Systemschwierigkeit, dass zwischen Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen ein grosser Gap ist. Diese kleine Anpassung wird das auch ein bisschen abflachen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001346, 20.09.23 17:25:36]

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 56 Ja-Stimmen bei 40 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

34. Anzug Daniel Hettich betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse

[20.09.23 17:25:49, 23.5268.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich spreche in meinem Votum sowohl für die GAB-Fraktion als auch für die SP. Die GAB-Fraktion wie auch die SP-Fraktion lehnen den Anzug betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse beide ab und bestreiten. Dazu gibt es zwei Gründe, die ich gerne hier kurz ausführe.

Der erste Grund ist die Verkehrssicherheit. In der Rauracherstrasse gilt grundsätzlich Tempo 50. In der Kommission haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Rauracherstrasse mehr als Strasse mit Zentrumscharakter und wichtiger Quartierfunktion angesehen wird. Das Projekt sieht vor, während Ladenöffnungszeiten zwischen dem Rütliweg und in den Neumatten-Tempo 30 einzuführen. Wir fänden es nach wie vor sinnvoll, wenn in der Rauracherstrasse ganz grundsätzlich Tempo 30 gelten würde. Der Regierungsrat hat so nun auch den Auftrag, Tempo 30 in der Rauracherstrasse voranzutreiben. Die Strasse wird auf beiden Seiten rege genutzt und auch die Menschen, allen voran Schülerinnen und Schüler, überqueren die Strasse auch zwischen den Fussgängerstreifen. Ausserhalb der Ladenöffnungszeiten ist es jedoch noch nicht so weit. In der Rauracherstrasse gilt nach wie vor Tempo 50, auch vor dem Coop.

Wahrscheinlich wird es auch noch eine Weile dauern, bis Tempo 30 durchgehend kommt. Daher muss in unseren Augen die Strasse auch so gestaltet sein, dass trotz des hohen Tempos der Autos die Strasse sicher ist für die Passantinnen und Passanten. Die Verlängerung der Mittelinsel, wie sie die UVEK im Projekt angepasst hat, ist auch in diesem Sinne zu verstehen. Sie führt nämlich dazu, dass die Autos, die von der einen Seite kommen, schon früher abbremsen, also langsamer im belebten Teil der Strasse vorbeifahren und auch langsamer vor dem Coop vorbeifahren und nicht überholen können.

Der zweite Grund, weshalb wir diesen Vorstoss ablehnen, ist die Begrünung. Die begrünte zusätzliche Mittelinsel bringt mehr Grün. Es ist eine Variante, die abgeklärt wurde und von der wir wissen, dass sie gut umsetzbar ist. Bei der Vergrößerung des Vorplatzes hingegen wissen wir nicht, wie dies umgesetzt werden würde. Vorstellbar wäre, dass die Aufhebung der Parkplätze zur Vergrößerung des Vorplatzes dazu führen könnte, dass vor allem Anlieferungen dort stattfinden würden und dies nicht direkt zur Begrünung führen würde. Den Passanten und Passantinnen wäre damit nicht direkt gedient und es wurde auch noch nicht abgeklärt, ob eine Begrünung dort überhaupt möglich ist. Viel wäre es auf keinen Fall. In unseren Augen handelt es sich vielleicht etwa um einen halben Meter. Die dreifachen Mittelinseln hingegen würden sich über das Herz der Rauracherstrasse mit einem grünen Band hinwegziehen, was gestalterisch auch den Raum miteinander verbinden würde.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen besten.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Wir haben jetzt eben die Argumente von GAB und SP gehört, aber sie leuchten mir nicht ein. Zwei Inseln genügen aus meiner Sicht. Es geht ja immer wieder auch um Parkplätze und der Vorstoss nimmt ja in Kauf, dass sechs Parkplätze aufgelöst werden. Es leuchtet mir ein, dass mit der gewonnenen Fläche, statt einer dritten Insel, der Vorplatz des Rauracher Zentrums vergrössert wird. Für diverse regelmässige Veranstaltungen ist der Vorplatz meistens zu klein. Das wissen die Leute aus dem Quartier. Für das Rauracher Zentrum und für die Bevölkerung im Quartier bietet die vorgeschlagene Anpassung einen echten Mehrwert.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Wir hatten ja schon innerhalb der GAB einige Diskussionen über dieses Traktandum. Für mich ist das eine etwas traurige Lösung, die wir hier präsentiert bekommen, einen Kompromiss, als eine Notlösung oder eine Abwehr eines noch schlechteren Vorschlags. Dies aufgrund der Tatsache, dass es scheinbar immer noch wertvoller und wichtiger ist, mit 50 Km/h durchzubrettern, durch eine Strasse, die links und rechts von einem Supermarkt und einer Migros mit Hunderten von Leuten besucht und begangen wird, mit zusätzlich zwei Bushaltestellen. Da müsste eine andere Lösung gefunden werden, die wahrscheinlich auch viel besser in der Riehener-Bevölkerung verankert gewesen wäre.

Ich sehe es absolut so wie auch meine Vorrednerin vom GA B, dass es wahrscheinlich gut ist, dass wir einen schönen Streifen haben, der sicher etwas bringt für die Biodiversität. Ich hoffe vielleicht auch noch, dass man da einige Bäume hinpflanzt, dann wird es noch schöner. Aber ich muss sagen, ich habe mit Leuten der Lokalgruppe 20/30 gesprochen, die dort wirklich aktiv sind und versuchen, die Aufenthaltsqualität dieses Ortes zu erhöhen und die sind mit so einer Lösung einfach nicht glücklich. Es wäre also schön gewesen, wir hätten uns wirklich dazu durchringen können, eine anständige Begrünung zu machen. Die Sache mit den 50 Zentimetern sei dahingestellt. Ich glaube, man hätte mehr Platz schaffen können, um die Begrünung, auch die Biodiversität und die Aufenthaltsqualität der Menschen dort zu erhöhen. Aber scheinbar gibt es hier viele Ängste und wir haben eine Lösung, die einfach ein meiner Meinung nach fauler Kompromiss ist. Aber trotzdem, aus der Angst heraus, dass es noch schlimmer kommen könnte, unterstütze ich den Antrag meiner Fraktion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Einige inhaltliche Argumente wurden ja genannt, also einerseits natürlich das Gewicht der Begrünung, auch wenn das nur eine Mittelinsel ist, aber wir versuchen wirklich wo möglich zu entsiegeln und das Regenwasser aufzunehmen. Der andere Aspekt ist derjenige der Verkehrssicherheit. Und jetzt komme ich zu einem demokratiepolitischen Argument. Sie haben hier diese Güterabwägung zuerst in der Kommission und dann hier im Grossen Rat gemacht. Wenn wir jetzt einen Aspekt ändern, müssten wir den wieder abwägen gegen Verkehrssicherheit, gegen Begrünung, gegen andere Argumente. Das kann in dieser Form nicht mehr geschehen, weil Sie uns dann den Auftrag geben, das zu tun. Natürlich wäre dies ein Prüfauftrag, aber ich frage Sie dann, wie diese Entscheidungskette gehen soll.

Es kommt hinzu, und das ist mir wirklich auch wichtig zu sagen: Dieser Entscheid hier im Grossen Rat genau mit dieser Version ist über zwei Jahre alt. In dieser Zeit haben unsere Teams gearbeitet, geplant, Geld und Stunden investiert in die Koordination und so weiter. Wenn wir zwei Jahre später die Planung stoppen und Dinge umplanen, dann vernichten wir auch Steuergelder. Ich darf Sie wirklich darum bitten, im Sinne auch der Verlässlichkeit von Entscheiden. Ich kann Ihnen garantieren, bei jedem unserer Projekte gibt es Dinge, die sich in der Zwischenzeit wieder geändert haben, gewisse Normen, und wenn wir jedes Mal Projekte stoppen, die auf der Ziellinie sind, die in wenigen Monaten auch für die Planaufgabe reif sind und diese Leute wieder an neuen Projekten arbeiten können, dann blockieren wir uns selber.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass Sie selber ein starkes Votum zugunsten von schnelleren Projektierungszeiten gehalten haben mit der Motion Seiler, Sie da alle unisono gesagt haben, dass wir schneller werden müssen. Das finde ich auch. Wir müssen schneller werden, und genau dies ist jetzt so ein Moment, wo wir sagen müssen, dass dieses Projekt in dieser Form seit zwei Jahren bekannt ist. Ich bitte Sie, nicht in einem derart späten Stadium uns noch mal zurückzuwerfen und wir solche grossen Anpassungen vornehmen müssen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Wort hat nun der Anzugsteller Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie schon ausgeführt, die Rauracherstrasse als Kantonsstrasse führt vor dem Raucher Zentrum durch das Zentrum, ist für Riehen Süd ein wichtiger Ort. Er ist Einkaufsort, er Veranstaltungsort und Treffpunkt für viele, wenn nur einfach zum Kaffeetrinken. Wie im Anzug schriftlich erläutert, wurde die Änderung durch die UVEK gemacht und die Änderung gegenüber dem Regierungsvorschlag konnten wir in Riehen so nicht einsehen.

Die UVEK gewichtet die Vorteile der dritten Mittelinsel höher als der Erhalt von sechs Parkplätzen, was so beantragt und entsprechend die Planung in Auftrag gegeben wurde. Mir geht es im Anzug nicht um die Parkplätze. Das kann, das muss man akzeptieren. Es geht mir auch nicht um das Tempo. Es gilt übrigens schon während der Schulzeit Tempo 30 ab diesem Stück, falls das nicht alle wissen. Es geht mir darum, dass das Zentrum von der dritten Insel nicht wirklich profitieren kann. Die Fläche der Parkplätze, die ja vor dem Zentrum liegen, könnte man wirklich besser einsetzen für das Rauracher Zentrum, für Anlässe, für irgendwelche Aktivitäten. Hinzu kommt, dass durch die Mittelinseln der Verkehr eigentlich näher an das Zentrum heranrückt. Wenn die Leute dort sitzen, fahren sie dann noch näher an den Tischen vorbei, was den Aufenthalt sicher auch nicht gemütlicher macht.

Wie die Fläche schlussendlich gestaltet würde, wäre zu planen. Ich denke, die Änderung ist nicht so gross, die Fläche könnte entsiegelt werden, sie könnte grün sein, es würde sicher der Ambiance des Platzes besser dienen als die Mittelinsel, auf der kein Menschen stehen kann, weil sie nicht dem Überqueren der Strasse dienen können.

Vielleicht noch zum Zeitpunkt: Gebaut ist noch nichts, nach meiner Meinung ist die Änderung nicht so gross und eine Anpassung wäre durchaus, wenn man es dann will, möglich und nicht zu spät.

Ich hoffe, Sie haben ein Herz für Riehen Süd und seinen wichtigen Treffpunkt, das Rauracher Zentrum, und können einer Überweisung vielleicht doch noch zustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 58 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001348, 20.09.23 17:39:42]

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen bei 28 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen.

35. Anzug Eric Weber betreffend Straftaten verhindern

[20.09.23 17:39:57, 23.5273.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

1. Traktandum 1

[20.09.23 17:40:15]



Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann Ihnen nahelegen, Sie können jetzt schon zum Abendessen gehen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich werde die ganze Redezeit ausnützen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt einen Spruch, der zu dieser Sache passt. Der Parlamentarier ist ein Mensch, der das Glück hat, dass sich sein Auftraggeber nur alle vier Jahre um ihn kümmert. So ist es und ich habe mir zu dem Anzug viele Gedanken gemacht.

Sie wissen, wir haben in Basel-Stadt die grösste IV-Quote der ganzen Schweiz. Wenn ich Stadtführungen mache in Basel erkläre ich immer, dass wir weltweit die Stadt sind, welche die meisten IV-Fälle hat, teilweise sogar mit Sozialhilfe. Das muss man wissen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Deswegen habe ich diesen Anzug eingereicht, weil Straftaten von Tätern im Vorfeld verhindert werden müssten. Ich weiss, mein Anzug hat keine Chance, aber ich probiere es trotzdem, denn das sind Dinge, welche die Leute beschäftigen, und in zwei Jahren wird eine andere Partei den Anzug mit ähnlichem Wortlaut einreichen. Ich bin der Zeit voraus.

Eine Präventionsstelle würde sich an volljährige Betroffene richten, die in ihrer Persönlichkeitsstruktur ein Risiko für gewalttätiges Verhalten aufweisen mit einer der folgenden psychischen Erkrankungen: Einer Erkrankung aus dem schizophrenen Formenkreis oder einer schweren Persönlichkeitsstörung. Ich weiss wovon ich rede. Wenn man seine Meinung vertritt, wird man auch heute in Basel einfach auf den Kopf geschlagen. Man wird angegriffen, man wird bespuckt, man wird zusammengeschlagen. Diese Leute, müssen wirklich eingesperrt werden. Diesen Menschen droht aufgrund ihres Verhaltens eine Zwangsunterbringung in der allgemeinen Psychiatrie wegen Fremdgefährdung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wollen Sie alle Ihre Anzüge vorlesen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich gehe davon aus, dass die Leute das nicht gelesen haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Deswegen will ich die wichtigsten Passagen vorlesen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Bei Gewalttaten ist vor allem auch das unmittelbare Umfeld betroffen, also Eltern, Geschwister, Ehepartner und Bekannte. Daher sollten sich auch Angehörige und Freunde an die neue Präventionsstelle wenden und in die Therapie einbezogen werden.

Ich finde, es geht einfach zu weit. Am 11. März 2021 wurde der Grossrat Eric Weber auf dem Claraplatz heimtückisch von hinten auf den Kopf geschlagen. Eric Weber fiel dabei um. Der Täter kam vom Manor und lief in Richtung Messe. Solche Vorfälle nehmen in Basel zu. Als ich noch ein junger Mensch war, hatten die Leute mehr Respekt. Jetzt wird einfach zugeschlagen. Auch Diebstähle nehmen zu. Diese Leute brauchen Hilfe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:



Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001350, 20.09.23 17:45:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 77-Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme ohne Enthaltung.

36. Anzug Eric Weber betreffend Nachtsitzungen gehören abgeschafft

[20.09.23 17:46:06, 23.5274.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegen zu nehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir hatten schon lange keine Nachtsitzung mehr. Wenn Sie sich daran erinnern, an einer Nachtsitzung im letzten Jahr haben die Leute einfach schon Wein oder Bier getrunken. Es ist peinlich für ein solches Kantonsparlament, wenn die Zunge gelockert ist. Sie werden es heute Abend sehen. Ich nenne keine Namen, aber es war peinlich, wenn die Leute trinken gehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Bleiben Sie bitte beim Thema. Das ist der erste Ordnungsruf.

Es ist peinlich für so ein Parlament, wenn die Leute mit lockerer Zunge kommen. Und heute Abend werden wir das sehen. Darum müssen Nachtsitzungen abgeschafft werden. Im Basler Parlament gab es 2022 einen Zwischenfall, als ein Redner seine Rede abbrach und den Saal verliess. Im Basler Grossen Rat geht meistens ein Murren durch die Reihen, wenn es heisst, dass es eine Nachtsitzung gibt.

Eric Weber (Fraktionslos): Darum möchte ich, dass alle Nachtsitzungen abgeschafft werden.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wäre froh, wenn ich mal zwei oder drei Stimmen bekommen würde. Viele Grossräte sind übernächtigt. Doch irgendwie scheinen die Beteiligten stolz darauf zu sein, die ganze Nacht hindurch zu streiten. Ja, an sich ist Streit nicht negativ, wenn wirklich um Gemeinsames gerungen wird, aber nicht zu später Stunden um 22 Uhr.

Spannend war es früher, als wir Nachtsitzungen bis 23.30 Uhr hatten. Da ging hier vorne wirklich etwas ab. Das ist spannend, aber nicht, wenn wir eine Nachtsitzung machen und dann sagen, um 22.30 Uhr ist Schluss. Ich möchte Sie bitten, bis am Schluss zu verhandeln. Heute sind wir verweichlicht. Darum stelle ich heute Abend den Antrag, die Sitzung erst zu beenden, wenn alle Traktanden abgearbeitet sind.

Also streiten Sie sich gern um den besten Kurs für unseren Kanton, aber bitte gehen Sie um 18 Uhr nach Hause. Morgen früh um 7 Uhr sind Sie frisch und haben gute Ideen.



Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie erreicht werden kann, dass im Parlament keine Nachtsitzungen mehr stattfinden. Aber für heute möchte ich, weil wir ja die Nachtsitzung haben, dass diese um 22.30 Uhr nicht abgebrochen wird, sondern erst dann, wenn wir alles durchgearbeitet haben.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001352, 20.09.23 17:51:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung

37. Anzug Eric Weber betreffend Besucher-Badge für Grossrats-Besucher

[20.09.23 17:52:06, 23.5275.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegen zu nehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist einfach unfair. Ich sehe so viele Grossräte mit Gästen, mit ihren Kindern oder Freunden. Diese alle dürfen in den Vorraum, aber wenn ich das will, geht es nicht, weil es heisst, ich würde keiner Fraktion angehören. Ich möchte auch für meine Gäste einen Badge. Ich möchte nicht angeben, aber ich bin der Grossrat mit den meisten Besuchern. Auch heute sitzen wider 15 Jugendliche auf der Tribüne. Wenn man einen persönlichen Gast hat, möchte man natürlich auch einen Badge haben, damit er ins Vorzimmer kann.

Und darum möchte ich in diesem Anzug festhalten: Alle Fraktionen können im Parlament für ihre Besucher einen sogenannten Besucherbadge erhalten. Ein fraktionsloser Abgeordneter erhält das nicht, da er keine Fraktion bilden kann. Das ist ungerecht und stachelt einen noch mehr dazu an, wo einem dann sagt, das ist ungerecht und das stachelt dann einen noch mehr an, hier vorne zu reden und das Recht einzufordern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe noch nicht geendet.

Der Anzug wird nicht durchgehen, aber ich will weiterhin die Parlamentsverwaltung fragen, ob ich einen Besucherpatch haben darf. Ansonsten ist es keine Gleichberechtigung, und solange ich da vorne bin, sage ich das und ich möchte nicht im Untergrund kämpfen. Es ist einfach ungerecht, wenn sich gewisse Leute hier aufspielen, ihre Kinder präsentieren und Alt-Grossräte im Vorzimmer sind, die hier gar nichts zu suchen haben und ich mich dann beschweren muss. Darum möchte ich, dass man darüber abstimmt, dass Eric Weber auch das Recht hat, einen Gast anzumelden kann.

Wir sind gewählte Grossräte und jeder darf seine Meinung haben, und wenn einer eine andere Meinung hat, die nicht passt, finde ich es einfach nicht okay, wenn man ihn dann einfach abwürgt.

Ich komme zum Schluss: Politiker, auch ich, sind Menschen, die über manches wenig und über das meiste nichts wissen, aber über alles etwas zu sagen haben.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001354, 20.09.23 17:57:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 77 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und ohne Enthaltung

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

38. Anzug Eric Weber betreffend feste Sprechzeiten für den Parlamentsdienst

[20.09.23 17:57:51, 23.5276.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es heisst immer, bei uns soll alles besser werden, aber bei uns ist es nicht der Fall. Ich möchte die Vorgeschichte zu dem Anzug erläutern. Seit 2012 kann man nicht mehr zur Grossratskanzlei gelangen. Früher konnte man bei Sabine Canton Dokumente abgeben.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist geändert worden. Das Rathaus ist verriegelt worden, weil die Staatsschreiberin das verlangt hat. Wenn man ein Grossrat ist, möchte man nicht sich unten an der Pforte anmelden bei immer ständig anderen Leuten, die nicht wissen, wer man ist. Das ist für ein Parlament unwürdig.

Andere Landesparlamente arbeiten da ganz anders. Zum Beispiel der Sächsische Landtag in Dresden. Dort kann man als Mitarbeiter und als Abgeordneter ständig zu seinen Ansprechpartnern, die sind alle erreichbar mit offenen Türen. Darum sage ich: Es ist als Grossrat ab und zu nicht einfach, den Parlamentsdienst zu erreichen. Und wenn dann einmal der Parlamentsdienst etwas vom Abgeordneten will, dann soll der Grossrat sofort am besten noch am gleichen Tag erreichbar sein. Damit die Zusammenarbeit verbessert wird, könnte man doch immer den Dienstag vor der Parlamentssitzung als Sprechtag ansetzen. Sollten gleich mehrere Grossräte erscheinen, werden sie in einer Warteschlange in einer Reihe behandelt. Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass immer jeder Dienstag vor einem Parlamentsmittwoch von 9 bis 18 Uhr die Parlamentsdienste für alle Grossräte erreichbar sind, dass dann jemand Dienst schiebt und dass es nicht heisst, es ist keiner da.

Ich möchte einfach, dass es Sprechzeiten sind, an denen man seine Sachen abgeben kann und nicht, dass man sich per Telefon, per E-Mail oder Whatsapp anmelden muss. Man will persönlich zum Parlamentsdienst gehen und man möchte nicht an einer Rezeption abgefertigt werden. Ich wurde bestimmt seit 2013 schon 20 Mal an der Rezeption abgefertigt. Das führt dazu, dass man die Lust am Mitmachen verliert, am Mitdenken. Sie alle wollen ja den Kanton verbessern, aber wenn man keinen Zugang hat zu seinem Chef oder zu seiner Parlamentsverwaltung, ist das für mich sehr traurig.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Früher konnte man hochgehen und ein bestimmtes Gesetzesbuch verlangen, das man dann auch bekommen hat. Aber jetzt werden wir von der Kanzlei ferngehalten und das finde ich traurig. Das gibt es in keinem anderen Schweizer Parlament. Das gibt es nirgendwo, aber in Basel werden wir als freundliche Grossräte ausgesperrt. Da frage ich



mich, wofür es einen Parlamentsdienst braucht, wenn wir als Grossräte ausgesperrt sind. Ich möchte diesen Zustand verbessern und wissen, wann ich den Parlamentsdienst erreichen kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0001356, 20.09.23 18:03:29*]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung.

Eric Weber (Fraktionslos):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgelehnt mit 68 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme ohne Enthaltung.

Schluss der 28. Sitzung

18:04 Uhr



Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 20. September 2023, um 7:06 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

39.	Anzug Eric Weber betreffend Claramatte in einen Riebliacker umformen	2
40.	Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens	3
30.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende	6
42.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaella Hanauer betreffend CO2-Abscheidung bei der Kehrlichtverwertungsanlage der IWB in Basel	9
43.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen.....	11
44.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse	13
45.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz.....	17
46.	Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof.....	19
47.	Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie.....	19
48.	Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"	20
49.	Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"	20
50.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige.....	23
51.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen	24
52.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort	24
53.	Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen	29



Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 20. September 2023, 19:59 Uhr

39. Anzug Eric Weber betreffend Claramatte in einen Riebliacker umformen

[20.09.23 19:59:59, 23.5277.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachtsitzung.

Der Anzugsteller Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Wozu dient meine jetzige Parlamentsrede, um mit der Regierung abzurechnen oder ein neues Gesetz zu machen. Der grösste Fehler der Redner besteht meist darin, dass sie alles mit einem Mal versuchen, statt sich ein konkretes Ziel zu setzen. Mein Ziel ist dieser Anzug. Ich bezeichne mich als Obergrüner. Ich möchte ganz ehrlich sagen, ich habe kein Auto, ich habe keinen Kühlschrank, ich habe kein Fernseher, ich fliege nicht mehr, ich bin Öko durch und durch und darum diesen Anzug. Und Sie wissen es nicht, 1983 hatte meine Liste Volks-Aktion eine Listenverbindung mit der Grünen Liste bei der Nationalratswahl 1983 und bei der Grossratswahl 1984, weil meine andere Restfamilie auch noch kandidiert hat auf einer Liste namens Grünen Liste Basel.

Zurzeit ist ja das Kleinbasel in aller Munde, Frau Olympiasiegerin, ich freue mich, dass ich Sie begrüssen darf. Das Kleinbasel ist in aller Munde und in allen Zeitungen wegen der Kriminalität und ich sehe das aber einmal positiv mit diesem Anzug, was ich da für das Kleinbasel verlange. Ich habe ja gelernt in so vielen Jahren in Basel, dass in diesem Kanton alles nur noch geht zum Thema Klima, andere Ideen will man nicht. Bei der Basler Fasnacht lese ich alle Zettel seit meiner Kindheit, darum habe ich euch die vielen Ideen, die die Medien dann mit Handkuss von mir aufnehmen, ohne dass ich schreibe, dass die Idee von Eric Weber ist.

Bei der Claramatte steht auf dem Fasnachts-Zettel, man sollte die in einen Riebliacker umwandeln. Dann habe ich gedacht, ich bin dankbar für die Fasnacht-Gesellschaft und nehme das als Anzug auf und das nennt sich Fasnachtssujet. Sie wissen alle, wenn Sie das gelernt haben in der Schule, die Anbauschlacht, die die Schweiz im zweiten Weltkrieg machte, ist beeindruckend. Jeder Zentimeter Land wurde ausgenutzt, in den Wäldern wurde nach heruntergefallenem Holz gesucht. In Europa ist wieder Krieg, das steht im Anzug. Basel nimmt Menschen aus der Ukraine auf, aber das soll es nicht gewesen sein.

Ein Beispiel in diesem Anzug ist der Spätsommer 2022. Es gab eine Infotagung vom Kanton in der Schule Bäumlhof. Ich war der einzige Grossrat, der an dieser Infotagung Überbauung Bäumlhof-Areal anwesend war. Man wollte dort Häuser und Container hinstellen für Frauen aus der Ukraine und es gab massive Proteste von der Anwohnerschaft und ich war dort dabei. Und darum finde ich jetzt, wenn das so ist, könnte man das doch mit der Claramatte machen, darum mein Anzug. Ich weiss, mein Anzug kommt nicht durch, aber das ist Politik. Ich habe es versucht, aber ich würde mich freuen, wenn Sie den Knopf einmal anders drücken könnten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001359, 20.09.23 20:05:56]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Überweisung.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

40. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens

[20.09.23 20:06:10, 23.5293.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Joël Thüring (SVP): Die SVP bestreitet diesen Anzug. Er hört sich ja vom Grundsatz her relativ sympathisch an, je nachdem, wie man ihn verstehen möchte, er birgt aber doch relativ grosse Gefahr. Ich war ein bisschen überrascht, dass andere bürgerliche Fraktionen ihn unterstützen. Man kann von diesem Pariser Klimaabkommen halten, was man will, das müssen wir jetzt nicht diskutieren. Ich persönlich halte es für falsch, wenn wir uns auf Ziele einigen, die man dann ohnehin nicht erreichen kann mit einem Enddatum quasi. Man soll die Ziele natürlich trotzdem erreichen, aber sich diese so setzen, dass man die Bevölkerung damit noch halbwegs so mitnimmt, dass sie genug zum Leben haben. Aber das ist ein anderes Thema.

Bei den Kulturbetrieben fordert Béla Bartha nun, dass man entsprechend schaut, dass diese unter anderem energietechnisch auf neuestem Stand sind. Das ist für mich eine Forderung, die man nicht an den Regierungsrat adressieren muss. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat im Rahmen der Sanierungsprojekte aller Institutionen, die ihm gehören, schaut, dass man, wenn man sie sanieren muss, sie energietechnisch sinnvoll auf den neuesten Stand gebracht werden. Das ist in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Und bei den anderen Kulturinstitutionen, die dann auch noch in diesem Anzug gemeint sind, ist es ja so, dass hier, zumindest interpretiere ich das so, die Besitzer der Liegenschaften Private sind, Firmen, Stiftungen, was auch immer. Und hier jetzt quasi das Bau- und Verkehrsdepartement, das Departement ist hier namentlich erwähnt, dann vielleicht dazu zu bringen, mit diesen Institutionen zusammen zu schauen, dass diese vielen Kulturbauten energietechnisch auf dem neuesten Stand sind, das würde jetzt doch arg in das eingreifen, was noch Privatbesitz und Privateigentum anbelangt. Dort, wo der Kanton eine Liegenschaft besitzt, wo der Kanton auch direkt Zugriff hat, dort ist das aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit.

Dann Kooperationen für Kulturbetriebe oder Institutionen für mehr klimagerechtes Handeln. Auch darunter kann man sich sehr vieles und dann wieder nichts vorstellen. Ich bin auch da der Meinung, dass die Sensibilisierung aller Institutionen im Kanton Basel-Stadt in Bezug auf Nachhaltigkeit derart weit fortgeschritten ist, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist. Auch hier braucht es keine gesonderte Aufgabe, die der Kanton an die Hand nimmt und uns dann berichtet. Das sind aus unserer Sicht fortlaufende Prozesse, so wie wir sie auch an anderer Stelle kennen. Und wenn man dann dies zu Ende denkt und dann findet, aber das ist ja trotzdem alles noch gut und der Kanton soll doch und der Kanton muss doch, dann kann ich einfach sagen, liebe Damen und Herren, vor allem der Bürgerlichen, die das unterstützen, auch das wird einfach wieder kosten und das ist dann Geld, das dem Kanton fehlt, vielleicht für diese Kulturinstitutionen, wenn wir dann darin investieren müssen, dass diese klimaneutral sind. Wenn wir dann vielleicht sogar noch mithelfen müssen, dass ihre Gebäude möglichst rasch energetisch saniert sind und man sie dort vielleicht auch noch zusätzlich mit Staatsbeiträgen unterstützen müsste, dann fehlt das Geld dann irgendwann für den eigentlichen Sinn, nämlich des Kulturbetriebs, nämlich für das Angebot in diesem Kulturbetrieb.

Und deshalb glauben wir, ist es nun zwar sehr sympathisch, wenn man diesen Anzug an den Regierungsrat überweist, weil man damit einmal mehr zeigen kann, dass man etwas für das Klima machen will. Wenn man ihn aber zu Ende denkt, dann muss man feststellen, dass das Meiste ohnehin heute schon gelebte Praxis ist und das andere wahrscheinlich auch nicht im Sinne vieler hier in diesem hohen Haus ist, die sich auch für Ausgaben im Kulturbereich einsetzen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Ich bestreite diesen Anzug sicherlich nicht, damit das klar ist, die SP-Fraktion ist für die Überweisung dieses Anzugs. Damals in der Klimakommission, Sie erinnern sich, als wir das Fachwissen verschiedenster Menschen zum Thema Klima beiziehen konnten und uns mit ihnen gemeinsam berieten, wie wir im Kanton Basel-Stadt die Emissionen



vernünftig, effizient und rechtzeitig senken können, kamen wir immer wieder auf das eine, nämlich wie wichtig dabei die Rolle des Kantons selbst ist. Wie er selbst einerseits als Vorbild agieren kann, wie er aber auch selbst seinen eigenen Hebel in seinen verschiedenen Rollen, nicht nur als Staatswesen, sondern auch als Arbeitgeber, als Immobilieneigentümer, als Einkäufer und Besteller oder als Betreiber nutzen kann.

Und dieser Anzug nimmt jetzt genau das wieder auf, der Kanton als Förderer und Partner von Kulturinstitutionen, auch da hat er einen wirksamen Hebel. Zu einer zeitgemässen Kulturpolitik gehört selbstverständlich die Auseinandersetzung mit dem Thema Klima und angesichts der aktuellen Entwicklungen ist wahrscheinlich sowieso jeder Betrieb daran, Nachhaltigkeitsmassnahmen zu implementieren. Viele Prozesse laufen bereits in den verschiedenen Kulturinstitutionen. Ziel ist es, dass diese koordiniert sind. Die Institutionen, die es eben gemeinsam stemmen können, Unterstützung bekommen, ein Erfahrungsaustausch stattfindet, Best Practices geteilt werden, effizient und gemeinsam und am Ende eben auch kostensparend, da kann der Kanton eine Rolle übernehmen, da sind wir überzeugt. Und zu diesem Glück will dieser Anzug ihn jetzt nicht gerade zwingen, aber es ihm ziemlich schmackhaft machen.

Im nächsten Kulturleitbild soll das Thema einen festen Platz bekommen und weil ein Grossteil der Emissionen auf die Gebäude entfällt, sollen auch diese nicht ausser Acht gelassen werden. Hier möchte ich ausdrücklich betonen, dass dies aus Sicht der SP-Fraktion unter Einbezug der grauen Energie geschehen soll. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir jetzt tun, was wir können und was in unserer Verantwortung steht. Das schulden wir nicht nur dem Planeten und seiner Zukunft, sondern auch unserem Zusammenleben und der Kulturstadt Basel. Hier ist wieder so ein kleines konkretes Puzzleteil, das wir beisteuern können zur Bewältigung der Klimakrise, zur Abwendung von grossem Leid und hohen Kosten. Tun wir es.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Letzten November hat sich die Bevölkerung von Basel-Stadt deutlich für die Netto-Null-Strategie 2037 ausgesprochen und ein Jahr davor haben wir, und das finde ich eigentlich bedeutender, als Grosser Rat im Rahmen der Spezialkommission Klimaschutz uns dafür entschieden, klare Massnahmen und Ziele festzulegen, um den Klimawandel abzuschwächen. Unsere Verantwortung als Parlament haben wir selbst mit deutlichem Mehr bekräftigt und gerade in dieser Debatte wurde klar, der Klimaschutz ist ein interdepartementales Thema. Es ist ein extrem komplexes, vielschichtiges Thema und es ist fast ähnlich wie bei der Digitalisierung, es lohnt sich, ihn überall mitzudenken.

Ausserdem wird uns Netto-Null 2037 sowieso nur dann gelingen, wenn wir es in all unseren Lebensbereichen mitdenken und genau das fordert dieser Vorstoss. Ich kann da auch ein bisschen dagegensprechen, dass das einfach schon gelebte Praxis ist und so umgesetzt wird. Im Kulturbereich spüre ich immer noch, dass da auch sehr viel Knowhow fehlt in diesem Bereich, dass es schwierig ist, sich dieses zu erarbeiten und ich glaube, gerade die Kulturstadt Basel hat mit der Kultur einen sehr grossen Sektor, welcher sich eben nicht genug mit dieser Klimagerechtigkeit auseinandersetzt. An was das liegt, ich glaube, da gibt es ganz unterschiedliche Dimensionen, ob das jetzt Desinteresse ist oder mangelnde Ressourcen bis hin zur Komplexitätsfrage dieses Themas.

Aber wenn man sich diesen Kulturbereich mal anschaut, dann geht das weit über das Bauen hinaus. Was für Materialien werden eigentlich für Ausstellungen und Aufführungen gebraucht, wie viel weite Reisen legen solche Ausstellungen oder Musikerinnen und Musiker zurück, wie viel Energie wir in diese konkrete Bewahrung von heiklen Objekten stecken, aber eben auch, wie viel Kultur in unterschiedlichen, auch sehr alten Gebäuden stattfindet. Ein paar Beispiele für die Relevanz der Klimafrage waren das und es ist zum Beispiel möglich, das mit Kreislaufwirtschaft, ökologischem Transport oder Energiesparansätzen zu lösen.

Wir als Kanton können auch hier vorausgehen und ich glaube wirklich, diese Knowhow-Schaffung, die ist extrem wichtig. Es ist nicht nur in der Kultur so, dass wir jetzt Klima- und Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln, das ist eine extrem aufwendige Arbeit. Das wird von der Verwaltung über die Hochschulen bis in den privaten Firmen gemacht mit Ressourcenaufwand. Da wird Knowhow geschaffen, es gibt einen grossen Austausch und das fehlt im Kulturbereich. Und genau da könnte eben auch dieser kantonale Anstoss, diese Hilfe des Kantons dazu beitragen, dass sich das auswirkt, nicht nur auf die öffentlich beeinflussbaren Kulturstätten, sondern eben auch dieses Knowhow, diese Erarbeitung weitergegeben werden kann an die privaten Kulturanbieter.

Für mich ist es darum eigentlich ein No-brainer, dass wir diesen Anzug überweisen, weil wir möchten Klimaneutralität erreichen und zwar nicht nur in diesen Sektoren, die wir mit dem Gegenvorschlag angestrebt haben, sondern grundsätzlich wissen wir ja alle, dass das alle Sektoren betrifft. Wir haben uns als Schweiz in Paris und als Basel letzten November dazu verpflichtet, dass wir das anpacken, also machen wir doch das auch ohne Scheuklappen in allen Bereichen.

Und auf diese Sorge hin der bürgerlichen Kolleg*innen, dass es nur zu ganz vielen Mehrkosten für den Kanton führt, möchte ich noch ein Beispiel anbringen. Ich kenne einen sehr grossen Kulturbetrieb, da wäre die Erstellung eines Klimaplanes, um das Netto-Null zu erreichen sowie eine finanzielle Unterstützung und Zusicherung für diese Unterstützung von Massnahmen,



um schneller Netto-Null zu erreichen, von Dritten finanziert worden. Aber es ist daran gescheitert, dass die Institution keine Daten zu ihrem Ausstoss hat liefern können und auch keine Ressourcen hat, diese herzustellen.

Also ich glaube, es gibt da sogar Bereitschaft und Interesse von Privaten, die Kulturinstitutionen auch dabei zu unterstützen und ganz viel Kulturschaffende, das ist auch schon genannt worden, die beschäftigen sich mit dem Thema. Also ich glaube nicht, dass das in Konkurrenz zu den Kulturveranstaltungen stehen würde und darum empfehle ich Ihnen herzlich im Namen der Fraktion GAB, Überweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GAB): Besser hätte ich es nicht ausdrücken können wie meine Vorrednerinnen. Das ist wirklich toll, was ich da gehört habe, danke vielmal. Natürlich sage ich sehr gerne etwas zum Votum von Joël Thüring. Das war sicher ein Paradebeispiel, weshalb ich überhaupt diesen Anzug gemacht habe. Es scheint doch ganz locker von den Lippen zu gehen, dass man sehr wohl weiss, dass es ein Klimaabkommen gibt von Paris und das dann ratifiziert hat, aber dann hintendran sagt, es ist alles nicht so ernst zu nehmen. Es ist ernst zu nehmen, um das geht es in meinem Anzug, es geht darum, das, was wir im Klimaabkommen von Paris ratifiziert haben, auf die Fläche und auf den Platz Basel zu bringen und das nicht irgendwo in einem internationalen Gremium stecken zu lassen, sondern effektiv zu schauen, dass wir Grundlagen schaffen in Basel, für Basel, in diesem Kanton, wo nämlich nachher die Umsetzung geschehen muss, damit wir überhaupt eine Wirkung hier erzielen für dieses Klimaabkommen, dass wir also effektiv auch Resultate haben. Das wird oft auch ein bisschen unterschätzt, dass wir sagen, wir haben eine wunderbare Strategie, aber am Schluss sind es Leute vor Ort, die in den Institutionen, in den Museen, in den Theatern arbeiten, die da mitarbeiten sollen und die das umsetzen sollen und die da auch mitgenommen werden sollen.

Wir haben jetzt gerade letzte Woche ein sehr schönes Beispiel gehört, nämlich von der Universität, die eine Methodik und auch Knowhow sich anschafft und das verarbeiten möchte und da auch vorangehen möchte, ohne dass es irgendeinen Druck oder Zwang von oben gibt, sondern von unten, von bottom-up Information, Knowhow zusammenträgt. Und wenn man dort fragt, was könnt ihr bringen zum Beispiel für die Kulturschaffenden, dann sagen sie, wir können sicher die Methodik, wie wir das gemacht haben, bringen, aber wenn es dann wirklich um die konkreten einzelnen Massnahmen geht, dann muss das aus den Institutionen heraus von selbst kommen. Dann muss das angepasst sein an die jeweilige Situation, wo die Mitarbeitenden, die Schauspieler, die Musizierenden wirklich aktiv sind. Und das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, dass man einerseits die Massnahmen, die Ziele vorgibt, aber dann, wie es wirklich umgesetzt wird, in Kooperation mit den Menschen macht, die vor Ort agieren.

Und diese Brücke soll dieser Anzug zeigen und wenn wir nicht einmal im Kulturleitbild ein einziges Wort finden von einem Netto-Null-Ziel momentan, von 2020 bis 2025, dann fehlt da etwas, dann fehlt die Grundlage, auf der die Kulturschaffenden zum Beispiel arbeiten können. Und das zu unterlegen, zu untermauern, das ist ein Wunsch, den ich zum Beispiel an das Präsidialdepartement habe. Viel länger will ich nicht werden. Danke vielmal, dass Sie diesen Anzug unterstützen und wir sehen, was dann daraus wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001361, 20.09.23 20:22:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 28 Gegenstimmen und einer Enthaltung.



30. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende

[20.09.23 20:22:26, 23.5298.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP bestreitet diesen Anzug. Der Kanton Basel-Stadt ist als einer der ersten Kantone dem Stipendienkonkordat beigetreten, das seit 2013 in Kraft ist. Das Stipendienkonkordat hat zum Ziel, die 26 kantonalen Stipendiengesetze zu harmonisieren. Dem Konkordat sind bereits 22 Kantone beigetreten. Die Beitrittskantone übernehmen die im Stipendienkonkordat festgehaltenen Grundsätze und Mindeststandards. Unter anderem sind die Grundsätze für die Bemessung der Stipendien definiert, so meine Information. Heute richtet sich die Höhe des Ausbildungsbeitrags nach dem Fehlbetrag im Budget der Person in Ausbildung. Dies führt zu einer gezielten und gerechten Vergabe von Stipendien an Personen, deren Ausbildung ohne Stipendium gefährdet wäre.

Ein Vergleich zwischen den Kantonen und ihren Unterstützungsleistungen ist schwierig, da nicht die Höhe der Stipendien, sondern deren zielgerichteter Einsatz und die erzielte Wirkung von Bedeutung sind. Stipendien haben eine subsidiäre Funktion. Es ist in kaum einem Kanton möglich, den Lebensunterhalt ausschliesslich mit Stipendien zu bestreiten. Es gibt alternative und ergänzende Möglichkeiten. Im Kanton Basel-Stadt gibt es Studienstiftungen, ich verweise hier auf das Basler Stipendienverzeichnis. Sollte jemand nicht in der Lage sein, die Ausbildung und den Lebensunterhalt mit den Eigenmitteln, Mitteln der Eltern und Stipendien zu finanzieren, so bietet der Kanton gegebenenfalls die Möglichkeit, ein Darlehen zu erhalten und es gibt natürlich auch die Möglichkeit, während der Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Eine Erhöhung der Beiträge ohne vertiefte Analyse, nur um zu den Kantonen mit den hohen Beiträgen zu gehören, lehnen wir ab. Wir bitten Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Es steht in diesem Anzug relativ viel Verschiedenes drin. Man spricht vom Teuerungsausgleich, von Lehrabbrüchen, von Chancengleichheit, etwas eine Durchmischung. Ich möchte vielleicht vorne anfangen beim Teuerungsausgleich.

Wir finden, es ist eher sachfremd, wenn wir finden, wegen der Teuerung müssen wir jetzt auch die Stipendien erhöhen. Da müsste man ja auch im Umkehrschluss bei einer negativen Teuerung diese Stipendien auch wieder senken in ein paar Jahren. Da wäre ich dann unsicher, ob dann die Anzugstellenden dafür sind. Dann wird von Lehrlingsabbrüchen gesprochen. Hier bestreiten wir, dass Lehrlinge eine Lehre abbrechen, weil sie zu wenig Möglichkeiten auf Stipendien haben. Das hat oft andere Gründe. Bei den Studierenden ist es gleich und dann ist es auch noch so, dass Regierungsrat Kaspar Sutter heute etwas sehr Interessantes gesagt hat. Er ist ja leider nicht hier im Saal, aber er hat gesagt, man soll den Mittelstand nicht gegeneinander ausspielen mit den Geringverdienenden.

Das ist ja etwas sehr Richtiges und das unterstütze ich ja auch im Grundsatz. Nur ist es momentan einfach in diesem Kanton der Fall, dass ein einseitiger Fokus auf die Geringverdienenden stattfindet. Man erhöht die Sozialhilfe, den Grundbetrag wegen der Teuerung, wegen den erhöhten Stromkosten erhöht man die Prämienverbilligungen. Wir haben heute zahlreichen sozialpolitischen Vorstössen zugestimmt, wir wollen hier die Stipendien erhöhen. Und verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin nicht gegen sämtliche Massnahmen, nur Fakt ist auch, dass es in diesem Kanton auch Menschen gibt, die arbeiten, die vielleicht ein Einkommen erzielen, welches gerade über diesen Voraussetzungen liegt, vielleicht nur ein paar 100 Franken, und diejenigen profitieren überhaupt nicht davon.

Selbstverständlich sind auch wir für einen Sozialstaat, damit die Geringverdienenden in Würde leben können, aber wir müssen auch etwas für diesen Mittelstand machen, der genau über diesen Voraussetzungen liegt. Und anstatt hier ständig den Sozialstaat ins Uferlose auszubauen, müssen wir jetzt sofort daran tun, die Steuern wieder zu senken, damit auch diese Menschen im Mittelstand wieder profitieren können und damit es eben keine Ausspielerei ist, sondern dass alle davon profitieren. Aber momentan findet dieser einseitige Fokus statt und aus diesem Grund geht uns auch dieser Anzug zu weit und wir bitten Sie, diesen abzulehnen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Ich spreche heute auch für die SP-Fraktion. Wir sind uns alle einig, dass Stipendien extrem wichtig sind. Die Bildung muss im Sinne der Chancengleichheit und unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund zugänglich sein. Dass Basel-Stadt in den Stipendienbeiträgen unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt, ist ein Fakt. Ein Fakt ist auch, dass sich seit 15 Jahren die gesprochenen Beiträge kaum verändert haben. Es gibt vielleicht Gründe, wieso Basel-Stadt unter diesem schweizerischen Durchschnitt liegt, vielleicht gibt es auch Gründe, wieso sich die Beträge in den letzten 15 Jahren kaum verändert haben. Es gibt Studien, die behaupten, dass finanzielle Probleme kein Grund für Lehr- und Studienabbrüche sind. Es gibt aber auch Studien, die das Gegenteil behaupten. Schlussendlich ist es extrem wichtig, dass die Regierung Stellung dazu bezieht, denn falls das Stipendienwesen eine Schwachstelle hat, sollten wir diese so schnell wie möglich beheben. Stipendien sind schliesslich eine Investition in unsere Zukunft, gegen Fachkräftemangel, gegen Armut, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft.

Ich verstehe die Argumente der Gegenseite, aber da der Anzug prüfen und berichten soll, empfehlen wir, ihn zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Regelmässig ringen wir darum, dass wir genügend Personal mit guter Ausbildung haben und Jahr für Jahr beim Lehrstellenbericht spätestens wird es ein Thema, dass wir in Basel-Stadt die Quote nicht erreichen. Dieses Ziel wäre, dass Leute mit 25 eine Ausbildung abgeschlossen haben. Stipendien sind nicht der einzige Weg natürlich, um jetzt hier weiterzukommen und es stimmt sicher, dass nicht die Mehrheit der Lehrabbrüche auf Finanzgründe zurückzuführen sind. Aber so zu tun, als würde der Anzug behaupten, das sei der Fall, das ist jetzt auch Dinge in diesen Text hineingelesen, die da nicht stehen. Es gibt aber Menschen, die aus finanziellen Gründen eine Ausbildung nicht abschliessen können. Für einmal kann auch niemand der Gegner das Wort Basler Finish negativ brauchen, denn hier ist Basel wirklich eher am hinteren Ende der zweiten Hälfte.

Natürlich kann man noch genauer hinschauen. Man kann feststellen, überlegen, warum sind diese Unterschiede zwischen den Kantonen vorhanden. Aber da kann man doch auch sagen, es ist ja nicht so, dass in Basel zum Beispiel das Leben sehr viel billiger wäre und man darum zu Recht hier auch wenig Geld braucht, wenn man in Basel eine Ausbildung absolviert. Das würde ich jetzt mal als Grund ausschliessen und die Wirksamkeit ist natürlich schwierig zu messen. Kommen wir dann dahin, dass wir sagen, ein Stipendium für die Wirtschaft, für die Studienrichtung 1, das geben wir, weil das mehr Geld bringt am Schluss als für die Studienrichtung 2. Das wird ja wahrscheinlich auch nicht so gehen. Und wie meine Vorrednerin gesagt hat, es geht ja um prüfen und berichten, damit hat man noch keine Erhöhung beschlossen, auch noch nicht festgelegt, wo die genau liegt. Wir können einfach feststellen, Basel ist hier sicher nicht an vorderster Front.

Es ist sicherlich so, dass wir etwas unternehmen wollen, um zu fördern, dass junge Menschen eine gute Ausbildung nicht nur anfangen, sondern auch beenden und dass da auch nicht Potential verloren geht, wenn Sie aus Familien kommen, die sich das nicht leisten können. Und ich denke auch, jetzt zu sagen, dass hier einmal mehr irgendwie der Mittelstand zu kurz kommt, durchaus auch Mittelstandsfamilien können profitieren, es soll ja einkommensabhängig sein. Und natürlich gibt es da auch im Mittelstand noch Familien, die wahrscheinlich eine Finanzsituation haben, die die Berechtigungen mit sich bringen und selbstverständlich irgendwo ist halt eine Grenze, es können nicht alle das Geld bekommen. Das scheinen mir ein bisschen Ausreden zu sein, um da mal hinzuschauen und wenigstens anzuschauen, ob da nicht ein Handlungsbedarf wäre. In dem Sinne bitte ich Sie, hier zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Brigitte Gysin, von BKK-Kollege zu BKK-Kollegin, Sie haben jetzt die Lehrstellen angesprochen. Haben Sie eine Evidenz im Lehrstellenbericht, dass diese spezifische Thematik, die Amina Trevisan in ihrem Anzug jetzt hier vorbringt, dazu geführt hat, dass Lehrstellen abgebrochen worden sind oder gewisse Personen deshalb keine Lehrstelle angetreten haben? Gibt es dafür eine Evidenz?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe den Lehrstellenbericht im Kontext erwähnt, dass wir dann immer uns darüber beklagen, dass wir diese Quote nicht erreichen. Ich habe keine Evidenz, aber ich kenne Einzelfälle und das reicht ja eigentlich. Es geht ja nicht darum, jetzt möglichst vielen Leuten das zuzugestehen, sondern nur denen, die es brauchen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich schliesse mich gleich dem Votum von Brigitte Gysin an, denn in Anbetracht der niedrigen Abschlussquote von 85,1 Prozent in der Erstausbildung junger Menschen in Basel-Stadt ist es für die Grünliberalen von Bedeutung zu prüfen, ob die Höhe der Stipendienbeiträge ein möglicher Faktor für diese Problematik ist. Die geringe Abschlussquote auf der Sekundarstufe 2 hat schwerwiegende Konsequenzen für die Betroffenen. Ihre beruflichen Möglichkeiten sind begrenzt, sie tragen ein erhöhtes Arbeitslosenrisiko und leiden unter Einkommensungleichheit sowie eingeschränktem Zugang zu Weiterbildung. Dieser Umstand beeinträchtigt nicht nur ihre persönliche Entwicklung, sondern kann auch zu einer sozialen Belastung für die Gesellschaft führen.

Wenn also die Erhöhung der Stipendienbeiträge, allenfalls an den Schweizer Durchschnitt, mehr Basler Schülerinnen und Schüler grössere berufliche Chancen in Bezug auf ihre Erstausbildung ermöglicht, ist dies sinnvoll und ein Kriterium, um sicherzustellen, dass Bildung für alle gleichermassen erreichbar ist. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten sollten wir diesem Umstand auch bezüglich der Stipendienbeiträge Rechnung tragen und die finanzielle Belastung während der Erstausbildung gezielt mindern, wo es notwendig ist. Andernfalls können wir die Bildungschancen junger Menschen negativ beeinflussen, da einige aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation von weiterführenden Bildungs- oder Ausbildungsmöglichkeiten absehen könnten.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass individuelle Umstände und Lebenssituationen variieren. Nicht alle Auszubildenden wohnen während ihrer Grundausbildung bei ihren Familien. Einige tun dies möglicherweise aufgrund schwieriger Familienverhältnisse nicht, andere beginnen direkt nach der Volksschule zu arbeiten, eventuell bedingt durch die wirtschaftliche Situation ihrer Familien. Unser Ziel sollte sein, das Potenzial junger Menschen zu fördern und den Zugang zu Bildung nicht zu behindern. Die Regierung ist bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen und zu berichten. Die Grünliberalen sind auf das Ergebnis gespannt und in diesem Kontext empfehlen wir, den Vorstoss auch zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Anzugstellerin Amina Trevisan hat das Wort.

Amina Trevisan (SP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz. Zu diesem Gut gilt es Sorge zu tragen. Wir müssen es optimal fördern und nutzen. Das ist nur möglich, wenn alle Menschen möglichst gleiche Bildungschancen haben. Gleichzeitig leben wir in einer Gesellschaft, in der die Bildungschancen ungleich verteilt sind. Gemäss dem Prinzip der Chancengerechtigkeit müssten allen Menschen nicht nur der Zugang zur Ausbildung gleichermassen offenstehen, sondern auch faire Chancen zur Überwindung von Nachteilen und zur Entdeckung von Potenzialen. Heute hängt das individuelle Ausbildungsniveau in der Schweiz jedoch noch stark von jenem der Eltern oder von deren Geldbeutel ab. Das gleiche Recht auf Bildung ist somit nicht eingelöst. Ein gut ausgebautes Stipendienwesen ist somit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Aber was bedeutet dies für stipendienberechtigte Schüler*innen, Lernende, Studierende, wenn die Ausbildungsbeiträge nicht ausreichen.

Ich möchte an dieser Stelle eine kurze Differenzierung zwischen Studium und Lehre im Zusammenhang mit Stipendien vornehmen. Ich beginne mit dem Studium. Für viele junge Erwachsene bedeutet das Studium eine Doppelbelastung. Die Ausbildung und das studentische Leben kosten Geld, so dass Studierenden trotz Begabung und Motivation teilweise der Zugang zur universitären Weiterbildung verwehrt bleibt. Gleichzeitig gibt es zahlreiche soziologische und erziehungswissenschaftliche Studien, die deutlich darlegen, dass Studienabbrüche oft mit finanziellen Problemen einhergehen. Im Sinne der Chancengleichheit soll durch Stipendien allen Interessierten, unabhängig vom soziökonomischen Hintergrund, der akademische Zugang ermöglicht werden. Von rund 1'900 Stipendienberechtigten sind ein Drittel, also 625 Studierende im Kanton Basel-Stadt auf Stipendien angewiesen. Von diesen Studierenden wird erwartet, sie sollen ihr Studium mit einem Nebenerwerb mitfinanzieren, es aber gleichzeitig nicht gefährden. Sollte es nicht vielmehr so sein, dass existenzsichernde Stipendien ausbezahlt werden?

Kommen wir nun zu den Lernenden. Wenn die Rede davon ist, dass die vorzeitige Auflösung des Ausbildungsverhältnisses oder gar der Lehrabbruch von jungen Lernenden nicht mit finanziellen Problemen zusammenhängen, klingen diese Aussagen für viele armutsbetroffenen und ökonomisch benachteiligten jungen Menschen wie der blanke Hohn. Auch wenn es in der Schweiz nur wenige aktuelle Studien zu Lehrvertragsauflösung gibt, geht aus diesen hervor, dass die vorzeitige Auflösung des Ausbildungsverhältnisses in Abhängigkeit von Beruf, Branche und sozialen Merkmalen wie der Nationalität, dem Geschlecht und der Einkommenssituation der Eltern stehen. Lernende und Berufsbildner*innen nannten in Studien mehrere Gründe, warum es aus ihrer Sicht zu Lehrvertragsauflösungen kommt. Am häufigsten werden Gründe im Zusammenhang mit defizitären schulischen und betrieblichen Leistungen sowie mit mangelndem Interesse am Lehrberuf genannt, aber auch innerbetriebliche Konflikte scheinen insbesondere für die Lernenden eine Ursache für die



Vertragsauflösung zu sein. Zudem führen viele Lernende Vertragsauflösungen auf betriebsinterne Ursachen wie fehlende Mitbestimmung, unangenehme Arbeit und mangelnde Sachkompetenz der Berufsbildner*innen zurück. Die Berufsbildner*innen hingegen geben häufig betriebsexterne Gründe wie mangelnde Reife und Probleme der Jugendlichen im Elternhaus an. Und genau diese Probleme der Jugendlichen im Elternhaus stehen oft in Korrelation mit finanziellen Problemen der Familie. Finanzielle Probleme in den einkommensschwachen Familien wirken sich wiederum auf die psychische Gesundheit von Jugendlichen aus und bei psychisch belasteten jungen Menschen bestehen zudem höhere Risiken für eine Auflösung von Ausbildungsverträgen oder gar Lehrabbrüchen.

Ich komme zum Schluss. Der Hochschulkanton Basel-Stadt, der zu Recht auf seinen Bildungs- und Forschungsstandort sowie auf das duale Bildungssystem stolz ist, kann sich bei der Vergabe von Stipendien für Schüler*innen, Lernende und Studierenden im schweizweiten kantonalen Vergleich nicht mit dem 17. Rang zufrieden geben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001364, 20.09.23 20:42:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 33 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

42. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaella Hanauer betreffend CO₂-Abscheidung bei der Kehrichtverwertungsanlage der IWB in Basel

[20.09.23 20:42:24, 23.5299.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Wir bestreiten nicht, dass diese Anlage das kann, die kann das ganz sicher und man käme dem Ziel dann auch sehr nahe bei dieser KVA, das auf null zu bringen. Nur der Anzug sagt aber nicht, was das Problem ist. Das Problem ist, das CO₂ muss man nachher wegtun und das kann die Schweiz nicht. Die Schweiz hat dort die Hoffnung gehabt, dass Deutschland das dann in ein Endlager nehmen könnte. Nur das Problem ist, diese Endlager sind so umstritten, dass die Umweltverbände Sturm gelaufen sind in Deutschland und so gross Sturm gemacht haben, dass es in Deutschland im Moment sogar verboten ist, solche Anlagen anzuwenden. Und darum sind wir nicht der Meinung, dass das Basel jetzt hier machen muss, weil man dann einfach das Netto-Null will, aber der Müll kann jemand anders haben. Im Moment gäbe es auch nur Endlager in Norwegen oder in Holland und auch ein Experte in Deutschland sagt ganz klar, und das ist ein grosser Befürworter, der einzige in Deutschland sagt dort, wenn man das rentabel machen will, dann ist das nicht mit LKW, was man jetzt schon macht, sondern das wäre mit einer Pipeline.

Das ist jetzt einfach eine Schuhnummer zu gross für Basel und darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.



Raffaela Hanauer (GAB): Wir haben eine Volksabstimmung gehabt zur Klimagerechtigkeit. Wir haben nun ein Netto-Null-Ziel in der Verfassung und daher müssen wir uns auch die unangenehmen Fragen zu stellen beginnen. Es stimmt, die Kehrichtverbrennung, die stösst CO₂ aus und ja, das CO₂ ist unangenehm. Wenn wir es aus der Atmosphäre nehmen, ja, es gibt Endlagerungsprobleme.

Die unangenehme Frage, die wir uns aber wirklich hier stellen müssen, ist, die Kehrichtverbrennungsanlage, heute wärmt sie unsere Haushalte, aber sie verbrennt eben auch unseren Abfall. Und bisher haben wir immer darüber diskutiert, dass das eigentlich ein guter Synergieeffekt ist, dass das grundsätzlich positiv ist, dass wir diese Verbrennung doppelt benutzen können. Die unangenehme Frage müssen wir jedoch diskutieren. Was machen wir mit dem CO₂, welches wir in die Atmosphäre stossen, wenn wir unseren Abfall verbrennen. Aus grüner Sicht ist klar, weniger Abfall produzieren, möglichst keinen Abfall produzieren, weniger verbrennen ist am wichtigsten. Das sollte eigentlich der Plan A sein. So kommen wir auch um die Endlagerungsproblematik, die Roger Stalder angesprochen hat, herum und dies müssen wir immer mitdenken, wenn wir über diese Thematik sprechen.

Wir müssen uns auch bewusst sein, die Klimakrise ist real, das CO₂, das wir heute ausstossen, das hat einen Effekt. Es hat einen Effekt auf unsere Lebensqualität hier, aber auch, und zwar noch viel massiver und stärker, auf die Lebensqualität in den Ländern des globalen Südens. Klar ist, wir brauchen einen Plan B, wenn wir das Netto-Null-Ziel hier erreichen wollen. Wir können nicht nur darauf setzen, dass wir mit dem Abfall komplett auf null kommen, auch wenn wir Grünen uns das wünschen würden. Basel braucht bis 2037 ganz klar eine Lösung für die Kehrichtverbrennungsanlage und das CO₂, das wir dort ausstossen.

Wir haben nun vier Optionen. Erste Option: Wir können wirklich einfach keinen Abfall mehr produzieren und diesen auch nicht verbrennen, unsere Fernwärme mit anderer Energie speisen. Option 2: Wir können Zertifikate kaufen. Option 3: Wir können Daumen drehen und uns diesem Problem 2036 annehmen, ein Jahr bevor wir den Verfassungsauftrag erfüllen müssen. Oder Option 4: Wir können vorwärtsmachen, wir können uns dieser unangenehmen Frage annehmen. Wir können unsere Pionierrolle, die wir ja so gerne einnehmen würden, auch wirklich versuchen einzunehmen und daher würde ich Sie bitten, diesen Anzug zu überweisen, damit wir die Grundlage für diese Diskussion in Zukunft sehr rasch haben.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir haben von der Basler Stimmbevölkerung den Auftrag erhalten von Netto-Null 2037. Wir haben Ihnen bereits im Bericht des Regierungsrates zum Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative aufgezeigt, dass es dabei auch Brutto noch Emissionen geben wird in Basel. Das war mit dem Datum 2040, aber das ist für 2037 ja das gleiche oder auch noch ein bisschen verstärkt. Das heisst, wir brauchen negative Emissionstechnologien, um das Ziel zu erreichen und ja, CCS ist eine mögliche Variante, eine wichtige, die aber heute noch nicht bei der technologischen Entwicklung ist, die es sein müsste, um das zahlbar und vor allem auch energieeffizient einsetzen zu können. Heute braucht es noch sehr viel Energie, das kostet auch viel Geld, aber es ist trotzdem wichtig, dass die IWB und der Kanton auf diesen Weg geht, dass man anschaut, wie sich diese Technologie entwickelt, dass man auch schauen kann, wo kann man die einsetzen. Es gibt diverse Punkte bei uns im Kanton. Die KVA, die Ende Dreissigerjahre sowieso erneuert werden muss, ist sicher der grösste Punkt. Aber wir haben auch Holzschneitzelheizungen, wo man auch CO₂ je nachdem rausfiltern könnte.

Deshalb ist der Regierungsrat auch bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen mit dem Auftrag auch an die IWB, sich da fit zu machen in dieser Technologie, auch die technologische Entwicklung zu verfolgen, um dann auch die richtigen Entscheide fällen zu können in der Zukunft. Deshalb ist der Regierungsrat bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Nur ganz kurz ein kleiner Hinweis aufgrund des Votums von Roger Stalder. Sie können sehr wohl sehr beruhigt dem Anzug zustimmen. Also erstens ist es natürlich absolut notwendig, das haben wir jetzt gehört, für Netto-Null 2037 und zweitens ist der Bund nun dabei, sich Regulierungen zu überlegen für eine CO₂-Pipeline. Also diese Idee der CO₂-Pipeline ist natürlich schon in Diskussion. Es ist auch klar, dass es dazu Regulierungen braucht und Voraussetzungen, um das zu installieren. Der Bund hat einen etwas weiteren Zeithorizont mit 2050. Wir sind etwas schneller, aber das heisst, wir müssen jetzt beginnen, dass wir dann auch, wie Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat, fit sind, wenn die Pipelines dann kommen, dass wir die auch befüllen können und nicht erst dann anfangen zu überlegen, wie wir das CO₂ abschalten können. Also ich bitte Sie auch, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort.



Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin sehr dankbar, dass die Regierung unseren Anzug von Raffaella Hanauer und mir entgegennehmen möchte. Wir haben ja viele Fragen gestellt. Ich denke auch, die zwei Jahre werden Sie nutzen, diese Antwort zu geben. In zwei Jahren wird sehr viel passieren und es ist tatsächlich so, dass diese Pipelines jetzt angedacht sind. Es ist sicher nicht so, dass die Idee ist, dass wir da noch zusätzlich beim Entsorgen von diesen Emissionen wieder Emissionen verursachen. Aber ich möchte doch hier festhalten, dass wir hier in Basel einen sehr grossen Klimafussabdruck haben und ich denke, auch wenn die SVP sagt, es ist eine Schuhnummer zu gross, ja, wir leben auf grossem Fuss. Aber ich denke, genau wir sind verpflichtet, dieser Technologie, die heute teuer ist, noch Energie braucht, einen Schub zu geben, dass wir forschen, dass die Wirtschaft mit der Universität hier Lösungen sucht, die dann, auch wenn Sie kopiert werden, viel günstiger werden. Dass wir hier First Mover sind, wir auch ein Zeichen nach Bern geben und jetzt hier diese Antworten machen.

Ich hätte sehr gewünscht, was die Argumente der LDP sind, den Anzug nicht zu überweisen, aber Sie haben geschwiegen. Das ist auch ein Zeichen. Ich bin sehr dankbar, wenn Sie diesem Anzug zustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Roger Stalder.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001366, 20.09.23 20:53:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu Überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 22 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

43. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen

[20.09.23 20:53:13, 23.5326.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Patrick Fischer (SVP): Sie sehen und hören es, die SVP ist mal wieder dagegen. Ich kann sie beruhigen, nachher sind wir dann wieder mal dafür. Die SVP ist gegen diesen Anzug, nicht weil wir etwas gegen Velofahrer haben und auch nicht, weil hier, wenn auch nur temporär, Parkplätze verschwinden könnten. Wir erachten diesen Anzug als schlicht unnötig. Bereits jetzt kann bei Baustellen bei Bedarf eine Temporeduktion signalisiert werden. Auf Velostrassen, im Anzug erwähnt, gilt bereits jetzt ausschliesslich Tempo 30.

Und nun zum Beispiel von der Maulbeerstrasse, das im Anzug hier erwähnt wird. Velofahrer mussten hier anhalten und den Gegenverkehr abwarten, anhalten und sogar absteigen. Ja, das ist so, Verkehrsteilnehmer müssen gegenseitig auf sich Rücksicht nehmen. Das kann auch einmal dazu führen, dass ein Fahrradfahrer anhalten und warten muss. Das ist aber auch nicht schlimm. Fahrräder sind in Basel bereits jetzt sehr privilegiert. Velostrassen, Velostreifen, erlaubtes Befahren von Einbahnstrassen, schnelleres Umschalten von Verkehrsregelanlagen, Rechtsabbiegen bei Verkehrsregelanlagen und man



kann das Fahrrad überall parkieren. Man ist mit dem Fahrrad immer noch am schnellsten unterwegs, ich selbst fahre jeden Tag Fahrrad. Die letzten gefährlichen Situationen, die ich aber erlebt habe, fanden durch Velofahrer auf Velostrassen statt mit und ohne E Antrieb. Häufig waren diese mit mehr als 30 km/h unterwegs.

Und nun zum Lichtraum. Ich muss zugeben, dieses Wort musste ich zuerst einmal googeln. Baustellensignale müssen bereits jetzt schon so aufgestellt werden, dass sie niemanden behindern oder gefährden. Baustellen werden auf ihre Verkehrssicherheit geprüft, genehmigt und kontrolliert. Gefahrenstellen können zudem einfach über die Homepage der Polizei mit wenigen Klicks gemeldet werden.

Und dann noch eine letzte Bemerkung. Massnahmen sollen den Fahrkomfort aufrechterhalten. Ich bin für Fahrkomfort, frage mich aber, warum bei Velofahrern der Fahrkomfort mehr zählt als bei anderen Verkehrsteilnehmern, zum Beispiel beim Autofahren, denn da wird gezielt verhindert. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SVP, diesen Anzug abzulehnen.

Anouk Feurer (GAB): Baustellen sind unvermeidbar, um die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Dadurch entstehen Situationen, die unpraktisch für alle Verkehrsteilnehmenden sind. Dabei dürfen wir die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden nicht vergessen. Durch Baustellen werden die ohnehin schon engen Platzverhältnisse noch prekärer. Das fällt auch auf, wenn die Baustellenbeschilderung auf Kopfhöhe von Velowegen und aufs Trottoir ragen. Das ist nicht zuletzt auch für Menschen mit Sehbehinderungen extrem gefährlich. Mit dem Ausbau der Fernwärme müssen wir uns an die vielen Baustellen gewöhnen beziehungsweise lernen mit ihnen umzugehen. Denn trotz den zahlreichen Baustellen sind viele mit dem Velo unterwegs. In Basel ist das Velo als Verkehrsmittel beliebt und darf auch gerne noch beliebter werden. Dafür braucht es aber gute und vor allem auch eine sichere Infrastruktur. Deshalb ist es wichtig, dass man beim Planen und Durchführen von Baustellen ein spezielles Augenmerk auf Velos legt.

Der Anzug von Jérôme Thiriet beinhaltet wichtige Lösungsansätze, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden bei Baustellen zu gewährleisten. Tempo 30 ist dabei eine einfache und kostenlose Massnahme, die schon sehr viel bewirkt. Auch die Forderung nach besonders velofreundlichen Richtlinien für Baustellen an Velostrassen sind begrüssenswert. Eine Baustelle sollte dem Umstand der Priorisierung von Velos nichts ändern. Basel möchte eine Velostadt sein. Was wir heute schon sind, ist eine Stadt der Baustellen. Auch diese müssen wir auf dem Weg zum Velo-Mekka velofreundlich gestalten. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat Schaller. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Anzug bezieht sich ja auf die Sicherheit von Velofahrern. Sie haben im Votum erwähnt, dass Baustellen gefährlich sind für sehbehinderte Menschen. Sind Sie allen Ernstes der Meinung, Sehbehinderte sollen Velofahren?

Anouk Feurer (GAB): Nein, natürlich lieber nicht, aber ich habe davon bei Trottoirs gesprochen, weil die Schilder manchmal auf das Trottoir ragen und mit dem Gehstock sieht man ja nicht, dass diese auf das Trottoir ragen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Anzugsteller Jérôme Thiriet das Wort.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich muss zugeben, ich habe mich schon ein, zwei Sekunden lang gefreut, als Beat Schaller still, regungslos geblieben ist bei diesem Anzug und ich habe gedacht, es ist jetzt einmal vorbei, dass die SVP jeden noch so harmlosen Veloanzug bestreitet. Und in dem Moment ist Patrick Fischer auf die Bühne getreten und hat es doch tatsächlich geschafft, uns hier noch ein bisschen eine längere Nachtsitzung zu beschern und auch mir nochmals hier ein Votum beschert. Ich will aber eigentlich gar nicht mehr allzu lange auf das Kernthema eingehen. Anouk Feurer hat das eigentlich sehr gut schon dargelegt und dabei auch eigentlich die Anspruchsgruppe von Beat Schaller einfließen lassen respektive berücksichtigt.

Es ist klar, diese Baustellen werden einfach irgendwie ausgeschildert und gebaut und vielleicht gibt es Regulationen oder Vorschriften, auf jeden Fall werden die nicht eingehalten. Das ist ein Ärgernis für Velofahrer*innen, es ist vermutlich auch ein Ärgernis für die Autofahrer*innen. Der Unterschied ist, dass die Autofahrer einigermaßen sicher sind in ihren Autos und darum auch komfortabel unterwegs sind, aber die Velofahrer*innen halt eher nicht. Und dort könnte man, wenn man einmal den Anzug überweist, die Regierung bitten zu schauen, wie man das vielleicht ein bisschen vereinheitlichen könnte, dass überall die gleichen Regeln gelten bei diesen Baustellen, wo man sich daranhalten muss, damit es für alle sicherer und einfacher wird, dort vorbeizufahren.



Den Anzug habe ich eigentlich gemacht, weil es wirklich nicht absehbar ist, dass es weniger Baustellen gibt in dieser Stadt, sondern mit dem ganzen Fernwärmeausbau wird uns das noch ganz lange beschäftigen und dann sind wir doch froh, wenn wir für alle Verkehrsteilnehmenden immer gute Voraussetzungen respektive Rahmenbedingungen haben, wie solche Baustellen ausgeschildert sein müssen und die entsprechenden Verkehrsmassnahmen rundherum gemacht werden. Darum bitte ich Sie, auch entgegen der Meinung von Patrick Fischer, diesen Anzug doch bitte zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001368, 20.09.23 21:03:17]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

44. Anzug Daniel Seiler und Consorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse

[20.09.23 21:03:32, 23.5327.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Jean-Luc Perret (SP): Es war ja mein Anzug, der am Ursprung des neuen Verkehrskonzeptes für den Bankverein stand. Ich habe mich über dieses Konzept sehr gefreut und bin deshalb umso mehr irritiert über diesen Gegen-Anzug und entsprechend motiviert, diesen zu bekämpfen.

Im Frühling und im Frühsommer dieses Jahres wurde die Hardstrasse saniert und es gab noch weitere Baustellen in der Umgebung des Aeschenplatzes. Dies führte teilweise zu einer Verkehrsüberlastung, soweit gebe ich Ihnen recht. Davor allerdings hatten wir bereits drei Jahre lang eine Sperrung des Bankvereins wegen der Baustelle des Kunstmuseum-Parkhauses und da ist der Verkehr nicht zusammengebrochen. Scheinbar hat sich also nicht der ganze Verkehr auf den Aeschenplatz verlagert und das wird er auch in Zukunft nicht tun. Dies sollte also die Ausgangssituation sein, nach der wir beziehungsweise Sie alle diesen Anzug beurteilen und nicht ein von der Autolobby heraufbeschworenes Problem, das wir noch gar nicht haben. Bis zur Sanierung des Aeschenplatzes wird es noch Jahre dauern. Nach den UVEK-Beratungen fürchte ich sogar mit Jahrzehnten. Sollte es dann während der Bauzeit doch wieder eine Umfahrungsrouten brauchen, kann man von mir aus auf den Bankverein zurückkommen. Man muss ihn aber nicht jetzt schon vorsorglich über Jahre und auf unbestimmte Zeit offenhalten.

Mein Vorstoss wollte ja vor allem einen Mehrwert schaffen. Er wollte etwas Gutes tun für die zu Fuss Gehenden, für die Trams und für das Verkaufsgewerbe in diesem Teil der Innenstadt. Vom Potenzial dieses Teils konnten wir uns ja gerade am vorletzten Wochenende am Flâneur Festival alle überzeugen. Also ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wir lösen die Verkehrsprobleme am Aeschenplatz nicht, indem wir den motorisierten Verkehr 300 Meter näher an die Innenstadt umleiten. Das kann nicht das sein, was wir unter einer modernen Stadtentwicklung verstehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Mit Blick auf die Kreuztabelle lässt sich feststellen, dass die GLP, Listenverbindungspartnerin von FDP, LDP und Mitte gemeinsam mit Rot-Grün einmal mehr eine autofeindliche und kompromisslose Verkehrspolitik anstrebt. Anstatt diesen pragmatischen Anzug von Daniel Seiler zu unterstützen, möchte man hier ein Verkehrschaos, ein Verkehrskollaps herbeistreiben. Es ist ja völlig klar, dass der Anzug von Daniel Seiler nicht das Ziel hat, dass der St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse ewig geöffnet bleiben. Man kann auch die Umgestaltung des Aeschenplatzes, lieber Jean-Luc Perret, mal 10 rechnen, dass es noch 50 Jahre dauert, aber so ist es ja in der Realität eigentlich nicht. Dementsprechend wäre das doch jetzt ein anständiger Kompromiss, um hier diesen Verkehrskollaps, wenn er dann stattfindet, bei der Umgestaltung des Aeschenplatzes entgegenzuwirken.

Ich finde, Sie spielen hier auch etwas ein falsches Spiel. Sie wollen alle von der rot-grünen Seite diese 10-Millionen-Schweiz, sind aber nicht bereit, die infrastrukturellen Konsequenzen zu tragen. Es ist doch völlig klar, dass bei der Zuwanderung nicht alle mit dem Kistenvelo in die Schweiz kommen. Selbstverständlich führt das in mehreren Jahren zu einem noch grösseren Verkehrskollaps, wie wir es jetzt schon haben. Gehen Sie mal jetzt schon nach Feierabend auf die Strassen, überall haben wir in dieser Region einen Kollaps und das kann man nicht einfach verbessern, indem man einfach Strassen sperrt. Es ist ein Fakt, dass sehr viele Leute auf ein Auto angewiesen sind, dass wir Transitverkehr haben, etc., und diese Situation wird sich in den nächsten Jahren zuspitzen und deshalb müssen wir hier auch vernünftige Lösungen finden.

Daniel Seiler hat hier mit seinem Anzug einen vernünftigen Kompromiss eigentlich erarbeitet und dem kann man jetzt eigentlich zustimmen und das hier abzulehnen, zeigt einfach, dass Sie hier bei der Verkehrspolitik kompromisslos sind. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug zu unterstützen und hier auch eine unideologische Verkehrspolitik anzustreben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich weiss jetzt nicht, was dieser Anzug mit der Listenverbindung zu tun hat. Wir sind halt kurz vor den Wahlen und dies auch in diesem Saal, aber ich möchte sachlich bleiben. Auch von Kollaps des Verkehrs in der Innenstadt, denke ich, ist keine Rede. Wir haben ein Problem.

Ich bin auch nicht immer der gleichen Meinung wie der Anzugssteller in der Verkehrsfrage und Parkierungsfrage, aber diesen Anzug jetzt mal zu überweisen, finde ich richtig. Denn ich habe vor Ort festgestellt, als wir den Bau des Kunstmuseum-Parkings hatten, ist einfach der Verkehr nicht über den Aeschenplatz gefahren, sondern durch das Brunngässlein zum Beispiel am Samstagabend um 11 Uhr Korso wie zu den besten Zeiten in der Steinenvorstadt. Und wenn wir das haben, möchte ich einfach hier auch unsere Regierungsräte bitten, dass wenn Sie dann die Elisabethenstrasse sperren, einfach schauen, dass der Verkehr dann nicht bei uns landet. Und da bin ich auch sehr mal für mich, aber ich muss sagen, wir haben es heute alle gesehen, dass wir nicht die grüne Wand hatten am Marktplatz. Ich habe das sehr geschätzt, nicht diese Trams hintereinander, sondern es war, glaube ich, noch ein Tram, das durchgefahren ist. Also ich habe das sehr geschätzt. Ich fand die Ausweichroute über die Wettsteinbrücke sehr clever und ich möchte einfach sagen, wir werden hier vielleicht mehr Trams haben und vielleicht hat das Auto auch noch Platz.

Das möchte ich mitgeben und ich werde hier diesen Anzug unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK hat sich sehr viel Zeit genommen, damals das Geschäft Aeschenplatz zu beraten und wir haben uns auch damit auseinandergesetzt, ist dieser Anzug von Jean-Luc Perret, der den autofreien Bankverein damals gefordert hat inklusive St. Alban-Graben, Klosterberg, Brunngässlein, vereinbar mit den Plänen für den Aeschenplatz und die Verkehrsexpertin hat uns klar dargelegt, ja, das ist er. Wir haben also hier mal eine Basis. Die zweite Basis, das hat Jean-Luc Perret auch schon erwähnt, waren die letzten Jahre, als die Baustelle des Kunstmuseums war und dort hat man gesehen, auch da funktioniert es. Und ich möchte gerade mein Vorredner beruhigen, das Brunngässlein ist ja dort auch dabei. Also auch das wäre dann vom Autoverkehr befreit und es würde dann nicht nachts um 11 zu diesen Rundfahrten dort kommen.

Und zu meinem Vorredner, der den Kompromiss angesprochen hat. Es gibt einen ganz grossen Kompromiss, der heisst, die Innenstadt ist autofrei, für den Fussverkehr da, für die Aufenthaltsqualität da, um die Geschäfte zu unterstützen, Onlinehandel, teure Mieten, damit sich die Leute dort gerne aufhalten. Und für mich ist der Klosterberg, der Bankverein Teil der Innenstadt und im Gegenzug hat man auch dieses Kunstmuseum-Parking am Rande der Innenstadt toleriert und dafür



aber gesagt, der Autoverkehr soll eben um die Innenstadt, zum Beispiel über den Aeschenplatz gehen. Und dieser Kompromiss sollte nach wie vor gelten unserer Ansicht nach.

Und der dritte Punkt ist, wir wissen gar nicht, wann der Aeschenplatz umgebaut wird. Das ist referendumsfähig. Vielleicht wenn das Geld nicht gesprochen wird, kommt der Umbau gar nicht und warum sollen wir jetzt bereits in einem Anzug festhalten, dass die Elisabethenstrasse nicht für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden darf, wenn es um die Baustellenzeit geht, die irgendwann kommt. Warum warten wir nicht den Ratschlag ab. In jedem Ratschlag zu einem Bauprojekt gibt es ein Kapitel Baustellenverkehr, dann können wir dieses Kapitel analysieren und wenn uns das nicht passt, über die Kommission und wenn man dort nicht erfolgreich ist, dann noch mit einem Vorstoss nachdoppeln. Warum muss man im September 2023 über etwas befinden, was vielleicht gar nie kommt oder erst in 15 Jahren, wenn die Situation sowieso wieder anders aussieht und während diesen vielen Jahren Verkehrsbelastung an einem Ort tolerieren müssen, wo eigentlich der Fussverkehr und der Aufenthalt im Zentrum steht. Das ist total unlogisch. Ich bitte darum wirklich alle Grossrätinnen und Grossräte, sich das nochmals zu überlegen, ob man diesen Anzug unterstützen möchte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Raphael Fuhrer hat eigentlich schon alles gesagt, aber ich will noch einmal kurz auf Pascal Messerli eingehen. Der Verkehr, die 10-Millionen-Schweiz oder wie er es auch immer hergeleitet hat, es ist jetzt eigentlich schon so, dass wir zu viel Verkehr haben in der Innenstadt Richtung Aeschenplatz, Wettsteinbrücke, etc. Es würde vermutlich auch nichts bringen, wenn man noch die Elisabethenstrasse offen halten würde und ich plädiere sehr dafür, dass wir nicht versuchen, die Strassen offen zu halten oder weiter auszubauen, sondern dass man an der Mobilität von diesen Menschen, die offenbar mit dem Auto in die Stadt hineinfahren, um zu arbeiten, also wenn Sie jetzt einmal an den Aeschenplatz stehen, dann sind das in der Stosszeit das Baselbiet, Solothurn, Aargau, Lörrach, Frankreich, Elsass, die dort hinkommen. Und dort müssen wir doch ansetzen, dass wir den Verkehr in der Innenstadt nicht mehr haben mit Park & Ride respektive anderen Verkehrsmittel-Anreizen. Das ist absolut der falsche Ansatz, den Daniel Seiler gewählt hat. Da muss ich sagen, ja, der Verkehr wird gleichbleiben oder sogar noch steigen und wegen dem brauchen wir mehr offene Strassen in der Stadt. Das hat Raphael Fuhrer eigentlich richtig gesagt.

Und dann noch lustig, Franz-Xaver Leonhardt, immer wenn es um die autofreie Innenstadt gegangen ist, habe ich das Gewerbe gehört monieren, dass wenn keine Autos mehr zu unseren Geschäften fahren können, dann gehen wir ein. Jetzt bei Franz-Xaver Leonhardt ist das umgekehrt. Er will keine Autos, die vor seinem Geschäft durchfahren, weil es offenbar besser läuft, wenn keine Autos dort sind. Also sollte man doch auch vom Gewerbe aus schauen, dass die Innenstadt attraktiv bleibt und eben keine Autos durchfahren. Und der Vorschlag vom Raphael Fuhrer finde ich okay, wenn man schaut, wenn die Baustelle dann effektiv kommt, wie es aussieht, dann kann man immer noch temporär den St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse aufmachen, wenn wir sonst dort den Kollaps haben. Aber jetzt ist sicher nicht der Zeitpunkt, um das schon zu entscheiden und uns zu fixieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Jérôme Thiriet, ich wollte Sie fragen, wie erklären Sie sich den Verkehrskollaps während dem Flâneur, als die Elisabethenanlage gesperrt war?

Jérôme Thiriet (GAB): Welcher Verkehrskollaps war das? Den habe ich nicht mitbekommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Natürlich muss ich auf Pascal Messerli jetzt noch etwas sagen. Vielleicht ganz kurze Bemerkungen. Wir haben immer gesagt, Listenverbindungen sind nicht Schmuseverbindungen, aber ich verstehe, wenn man von niemandem eine Listenverbindung angeboten kriegt, dass sich dann ein Frust aufstaut und der sich irgendwann entladen muss. Aber kommen wir zur Sache.

Natürlich wird, es wurde gesagt von Raphael Fuhrer, dort nicht das Chaos ausbrechen. Das zeigt die Erfahrung, das zeigen die verkehrstechnischen Simulationen. Wenn man die Elisabethenstrasse, St. Alban-Graben sperrt, wird dort nicht das Chaos ausbrechen. Wenn zu Stosszeiten, früh morgens und abends, ein Verkehrschaos entsteht, das entsteht immer in der



Stadt, weil halt zu viele Leute in diesem engen Raum rumfahren. Das ist so und damit haben alle Städte zu kämpfen. Da müssen wir eben schauen, dass zu den Stosszeiten weniger Autos unterwegs sind.

Noch zum Stichwort autofeindliche Politik. Das ist nicht autofeindlich, man muss einfach abwägen. Der Platz ist beschränkt, man kann ihn nutzen für Autos, man kann ihn auch nutzen für Lebensqualität, man kann ihn nutzen für Aufenthaltsqualität. Jérôme Thiriet hat es gesagt, man kann ihn nutzen für Attraktivität in der Innenstadt und dieser Perimeter dort ist praktisch Innenstadt und da muss man sich schon überlegen, was will man denn nun nutzen. Will man ihn für das Gewerbe nutzen, für Attraktivität, für Leben oder will man dort Autos durchführen. Und ich sage Ihnen, genau diese Diskussion haben wir, ich weiss nicht mehr genau wann, vor etwa 10 Jahren oder so geführt, als nämlich der Entscheid gefällt wurde zum Parkhaus Kunstmuseum. Und da wurde diskutiert, das ist so nahe an der Innenstadt, dass man das eigentlich nicht möchte und das war eine Art Paket oder Deal oder Abmachung. Das ist natürlich nichts Rechtliches, das ist politisch, dass man sagt, ja okay, wir nehmen das Kunstmuseum, aber dafür sperren wir eben diese Querung und schauen, dass dort das Fussgänger-Y entstehen kann, dass man eben weiter über die Freie Strasse hinauskommen kann. Und wir wollen jetzt da nicht zurück, das wurde einmal abgemacht. Wir finden das sinnvoll und es wurde auch vom Grossen Rat bestätigt, der Anzug Jean-Luc Perret, dass wir das wollen.

Und jetzt hier genau das Gegenteil zu sagen, finden wir nicht sinnvoll. Es gäbe auch völlig ein nicht interpretierbares Signal für die Regierung, was will jetzt der Grosse Rat. Einmal sagt er, er will es, einmal sagt er, er will es nicht, aber nur vielleicht bis der Aeschenplatz gemacht ist. Es wurde gesagt, wenn der Aeschenplatz umgebaut wird, dann kann man schauen, dass man Umleitungen macht, dass man das wieder freigibt. Aber vom Grundsatz her macht es dort Sinn, den Verkehr rauszuhalten, ihn anders umzuleiten, um die Attraktivität in der Stadt hochzuhalten. Und darum ist für mich, für uns in der grossen Mehrheit das auch kein Kompromiss, was hier vorgeschlagen wird in einem Vorstoss und wir empfehlen Ihnen deshalb, ihn abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf da vielleicht gerade anknüpfen. Das ist jetzt schon eine etwas schwierige Situation. Es war erst Juni, in dem Sie der Regierung den Auftrag gegeben haben, genau diese Achse St. Alban-Graben / Bankverein / Elisabethenstrasse vom Verkehr zu entlasten, und zwar über den Anzug Jean-Luc Perret. Ich nehme jetzt mal an, dass Sie damit nicht gemeint haben, wir sollen das in 15 Jahren tun. Ich glaube, Sie wären die ersten, die sich beklagen würden, wenn wir Anzüge jeweils in 15 Jahren erfüllen würden. Das bedeutet, wenn Sie heute diesen Anzug überweisen, haben wir tatsächlich widersprüchliche Aufträge und es ist wirklich widersprüchlich, denn die Planungszeit für den Aeschenplatz beträgt wirklich etwa 10 Jahre. Wir wissen nicht, ob es noch ein Referendum gibt, eine Volksabstimmung, das kann sehr lange gehen und dann mehrere Jahre Bauzeit. Dann muss man doch ehrlich sein und sagen, wir wollen diese Verkehrsberuhigung auf dieser Achse nicht. Aber jetzt zu sagen, das sei jetzt ein Problem während dieser Baustelle, die erst in 10 Jahren eintritt, wo wir noch nicht wissen, was das Verkehrsvolumen in 10 Jahren sein wird, das ist etwas schwierig.

Es kommt hinzu, dass wir ja nichts baulich verändern. Also falls wir merken, dass wir während den Bauarbeiten, wenn Sie dann in 10 Jahren starten, tatsächlich ein Verkehrsproblem hätten, dann können wir das auch wieder ändern. Diverse Vorredner haben auch die Vorzüge schon erwähnt, während den Bauarbeiten für das Kunstmuseum-Parking hat das funktioniert. Es war besser für die Tramverbindung, für die zu Fuss Gehenden, also es gab wirklich Vorteile dieses Verkehrsregimes und deshalb möchte die Regierung das bald umsetzen. Und wie gesagt, falls wir dann sehen, wenn mal gebaut wird, dass das ein Problem wird, dann kann man darauf auch zurückkommen. Deshalb darf ich Sie bitten, dass die Regierung hier nicht einen widersprüchlichen Auftrag bekommt und bitte Sie sehr, diesen Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie haben gesagt, man kann das Verkehrsvolumen in den nächsten 10 Jahren nicht einschätzen. Haben Sie denn das Gefühl, dass das Verkehrsvolumen in den nächsten 10 Jahren weniger wird?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir haben ganz klar das Ziel, den motorisierten Individualverkehr respektive den Flächenverbrauch des Verkehrs zu reduzieren, tatsächlich ja.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben heute Herz gezeigt für ganz unterschiedliche Gruppierungen. Von Bäumen über Rehe, über Kitas, über Velos, aber bei den Autos zeigen wir kein Herz, die müssen weg. Aber die Signale sind immerhin in dem Sinn ein bisschen positiv, dass man sagt, wenn es dann wirklich ein Problem wird am Aeschenplatz, dann ist man bereit, darüber zu diskutieren, die Strasse wieder aufzumachen und dann so umzubauen. Wir notieren das natürlich, wir nehmen das zur Kenntnis und gehen natürlich auch davon aus, dass man dann das in beide Richtungen machen würde.

Aber ich glaube, wir müssen schon die Situation ein bisschen anschauen. Wir haben vor ein paar Monaten am Aeschenplatz Gleissanierungen gehabt und dort ist es schon relativ eng gewesen, von einem Kollaps zu reden, wie dieser Aeschenplatz noch funktioniert hat. Wir haben auch an der Heuwaage Baustellen gehabt und haben auch durch das mehr Verkehr über den Aeschenplatz gehabt. Beim Aeschenplatz ist auch ein Problem der Unsicherheit ohne Lichtsignal Richtung Innenstadt hinein, natürlich mit dem Doppelfussgängerstreifen und auch diesen zwei Tramverbindungen. Es gibt einen anderen Anzug, der die Beschleunigung der Baustellen fordert. Es heisst, man hat das alles im Griff und jetzt heute erfahren wir, dass es 10 Jahre Planung braucht für ein Projekt, das wir eigentlich im Groben schon verabschiedet haben. Ich glaube, auch dort hat es in Zukunft noch ein bisschen mehr Luft drin, dass man dort ein bisschen Gas geben könnte.

Sie haben vorhin über den Kollegen Pascal Messerli gelacht wegen der 10-Millionen-Schweiz. Ich will nicht über die 10-Millionen-Schweiz reden, aber ich glaube, wir müssen uns schon im Klaren sein, wir siedeln immer mehr Sachen im Zentrum dieser Stadt an und dann haben wir auch keine funktionierenden Verkehrssysteme mehr. Ich glaube, wir müssen schon langsam überlegen, ob man mit diesen Ideen alles ins Zentrum zwingen muss. Das Kinderspital, die Landschäftler, dass sie mit dem Velo oder mit dem ÖV kommen, wenn ihre Kinder einen Notfall haben. Wir müssen uns schon ein bisschen überlegen, wie wir mit dieser Zentrumsfunktion umgehen wollen und ob wir dann nicht wirklich auch funktionierende Verkehrssysteme für alle Verkehrsträger brauchen.

Ich darf hier heute im Namen der FDP und der LDP sprechen und appelliere an Sie, dass wir in Zukunft wirklich gemeinsam die Verkehrspolitik machen und auch ein bisschen Herz für die Autofahrer zeigen. Darum appelliere ich an Sie, dass Sie diesen Anzug überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 47 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001370, 20.09.23 21:25:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu Überweisen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 47 Nein-Stimmen bei 37 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.

45. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz

[20.09.23 21:25:57, 23.5328.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.



Erich Bucher (FDP): Franz-Xaver Leonhardt, ich bin ein bisschen irritiert, um ganz ehrlich zu sein. Die ganze Strecke mit zwei kleinen Ausnahmen ist eigentlich bereits so, wie Ihr Wunsch ist. Wir haben mit den ganzen Umbauten, die wir gehabt haben, an und für sich jetzt einen grossen Teil geregelt auf dieser Strecke. Wir haben noch zwei Orte, wo es nicht explizit ausgewiesen ist, und das ist zwischen dem Aeschenplatz und Denkmal, wobei, dort hat es so viel Platz, dass es eigentlich kein Problem wäre, dort noch einen gelben Strich auf den Boden zu machen, aber der Rest ist gemacht.

Es gibt einen kritischen Ort, und da bin ich wahrscheinlich einverstanden mit allen hier im Raum, das ist die Kreuzung vor der Heiliggeistkirche. Aber dort haben wir ein anderes Problem. Dort haben wir nicht nur ein Velo-Problem, sondern dort haben wir ein ÖV-Problem, dort haben wir vor allem ein Fussgänger-Problem. Das ist in meinen Augen die gefährlichste Kreuzung, die wir im Gundeli haben, aber das lösen wir mit diesem Anzug nicht. Aber noch einmal, vom Aeschenplatz bis auf das Bruderholz hinauf ist der Velofahrer mit Ausnahme der Heiliggeistkirche jetzt so organisiert, wie es eigentlich sein müsste. In diesem Sinn empfehle ich Ihnen im Namen der SVP und der FDP, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Grundsätzlich wird eine durchgängig sichere Veloroute Aeschenplatz / Bruderholz nicht bestritten, auch nicht an einem einzigen Standort. Bestreiten möchten wir aber eine hier verlangte Massnahme. Der Anzugssteller bittet unter anderem zu prüfen, die Velostreifen vor der Haltestelle Zwinglihaus durchgehend zu markieren, nötigenfalls auch durch Verschiebung des Baumstandortes, Ja, ein Baumstandort lässt sich schon verschieben, die Bäume aber nicht. Sie müssen gefällt werden und am verschobenen Standort müssen neue jüngere Bäume gepflanzt werden, die klimatisch für viele Jahrzehnte nicht so wertvoll sein werden wie die alten. Wir müssen in der Stadt für jeden Baum kämpfen, auch leider gegen neue sichere Velowege. Dafür braucht es andere Lösungen als die Verschiebung von Baumstandorte. Diesen Einwand geben wir einfach dem Regierungsrat mit, falls dieser Anzug überwiesen wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Patricia Bernasconi hat es schon gesagt, das Grün-Alternative Bündnis hat dort ein Offen. Warum? Sie hat gesagt, wegen den Bäumen dort. Ich möchte aber trotzdem noch kurz etwas sagen. Erich Bucher hat gesagt, es ist eigentlich dort alles schon so, wie es sein muss und ich unterstelle jetzt Erich Bucher einmal, dass er die Strecke weniger häufig fährt als Franz-Xaver Leonhardt. Wenn ich das so lese, denke ich, er geht aus dem Hotel Nomad, dann nimmt er genau diese Strecke, geht auf das Bruderholz in sein Haus mit dem Velo und da vertraue ich Franz-Xaver Leonhardt, dass es dort noch nicht ganz ideal ist. Ich habe den gleichen Arbeitsweg, ich biege einfach bei der Grosspeter- respektive Münchensteinerstrasse ab. Und die einfache Massnahme auf der St. Jakobstrasse, dort den Velostreifen einzuzichnen, keine Ahnung, warum das nicht gemacht wird, aber mit dem Anzug ist es dann erledigt, nachher stimmt es. Es ist super, dass man dort eine Spur aufgehoben hat und das Kreuzen dort auf der Münchensteinerstrasse besser ist.

Dann aber die Lösung, dass man mit dem Velo auf das Trottoir muss, den Gundeldingerrain hinauf und dort in die Quere kommt mit den Schülern und Schülerinnen, die dort zu Fuss unterwegs sind oder mit dem Trottnet, und noch in ein Verkehrsschild knallt, dort sollte man doch einfach auf der Fahrbahn auch gute Verhältnisse für die Velofahrer*innen schaffen. Und da gehe ich mit Ihnen einig, die Heiliggeist-Kreuzung ist eine Katastrophe, da nützt auch der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt nichts, dass das sicherer wird für die Velofahrer*innen. Also dort müsste einmal eine ganz gescheitere Lösung und Entflechtung hin, keine Ahnung, wie man das macht. Aber im Grossen und Ganzen würde ich sagen, überweisen wir diesen Anzug, es kann nur noch besser werden auf dieser Route.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Franz-Xaver Leonhardt das Wort.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Erich Bucher hat natürlich recht, dass es wirklich um diese Strecke geht. Ich fahre nicht geradeaus, sondern ich fahre rechts in die Peter Merian-Strasse hinein, wo ich sehr enttäuscht bin, wo ich hin und zurückgehe, dass wir dort für die Velos keine gute Lösung haben, auch keine Bäume. Man hätte dort wirklich Bäume pflanzen können und das verstehe ich heute immer noch nicht. Es ist für die Velofahrer hinein und hinaus keine gute Lösung. Aber es geht jetzt um den Aeschenplatz Richtung Denkmal. Ich habe geschaut, dort fährt ein Tram und manchmal zwei Trams pro 7 Minuten. Man könnte dort sehr gut einen Velostreifen machen und das Auto mit dem Tram dort teilen. Es ist ein kleiner, man muss etwas machen und ich bin dankbar, wenn Sie das überweisen. Und es stimmt, ich wohne auf dem



Bruderholz in einem Haus und habe Bäume, aber ich interessiere mich auch für Bäume in der Stadt. Sie dürfen gerne mit mir einmal nach Hause kommen und auch einmal das Haus anschauen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Erich Bucher. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001373, 20.09.23 21:33:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 63 Ja-Stimmen bei 20 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.

46. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof

[20.09.23 21:33:41, 23.5329.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

47. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie

[20.09.23 21:34:05, 23.5339.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Ratsbüro stillschweigend überwiesen.



48. Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"

[20.09.23 21:34:35, 23.5340.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend zu überweisen.

49. Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO₂-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"

[20.09.23 21:34:57, 23.5341.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Tonja Zürcher (GAB): Grundsätzlich ist es so, E-Fuels können für gewisse Anwendungen zu gewissen Zeiten vielleicht sinnvoll sein. Das gilt vor allem dann, wenn Fahrzeuge sehr lange am Stück unterwegs sind und unterwegs nicht nachladen, nachtanken können. Das ist jetzt aber für unseren kleinen Kanton vielleicht nicht so die entscheidende Anwendung. Dann wird im Anzug auch der Flugverkehr genannt. Da sind zwar die E-Fuels, oder auch Saft genannt, in aller Munde, das Problem ist aber, dass bei Flugreisen zwei Drittel der negativen oder der schädlichen Klimawirkung gar nicht durch das CO₂ entsteht, sondern durch Stickoxide, Schwefeloxide, Wasserstoffe, usw., Wasserdampf, die aufgrund der Höhe des Ausstosses in der Atmosphäre diese Wirkung erzielen. Klar, das ist für diese Zeit jetzt ein bisschen akademisch, aber Sie können sich einfach merken, es nützt nichts, wenn der Treibstoff CO₂ -frei ist oder es nützt schon etwas, es reduziert genau die Klimawirkung um ein Viertel. Drei Viertel der Klimawirkung ist immer noch da. Also wenn Sie CO₂ -freies Flugkerosin haben, dann haben Sie immer noch drei Viertel der Klimawirkung. Also hier davon zu reden, dass alles plötzlich ganz toll ist, weil es CO₂ -frei ist, ist vielleicht etwas schwierig.

Dann gibt es vielleicht einen einzigen Bereich, den ich sehe, wo E-Fuels wirklich in Bezug auf Basel-Stadt sinnvoll sein können und das ist bei der Schifffahrt. Nun glaube ich aber wirklich, dass die Schweizerischen Rheinhäfen es auch schaffen, ohne dass der Kanton parallel dazu ein Konzept erarbeitet, hier diese Entwicklung im Auge zu behalten, sie zu antizipieren und zu schauen, ob die Elektrifizierung oder der Wechsel auf E-Fuels allenfalls sinnvoll ist.

Ich kann zusammenfassen. Dieser Anzug bringt einfach nichts. Natürlich kann man ihn auch überweisen, wenn er nichts bringt. Das machen wir ja des Öfteren, aber ich habe hier langsam Mühe damit, wenn wir in einem Bereich, wo wir wirklich vorwärtsmachen müssen, wir haben diese Netto-Null-Strategie, wir haben den klaren Auftrag der Bevölkerung hier vorwärts zu machen, hier auf solchen Nebenschauplätzen Zeit zu verschwenden. Also die Zeit, die wir hier drinnen brauchen, ist ja nicht so relevant, aber die Verwaltung, die darauf sehr viel Zeit braucht, um das zu beantworten, die soll aus unserer Sicht wirklich bei den zentralen Aspekten der Verkehrswende vorwärtsmachen und nicht hier Zeit brauchen, um Papiere zu erarbeiten, die schon zig-mal von anderen Institutionen und anderen Universitäten, usw. gemacht wurden. Ich bitte Sie, das hier abzulehnen, damit es eine effiziente Verwaltung für Netto-Null gibt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Ich habe eigentlich ganz viele Fragen nach diesem Votum. Ich kann aber nur einmal Drücken, deshalb nur eine Frage. Sie haben mir unterstellt, wir würden Werbung machen, dass durch diese E-Fuels im Flugverkehr dann CO₂ -frei geflogen werden kann. Können Sie mir die Stelle im Anzug zitieren, wo wir das geschrieben hätten?

Tonja Zürcher (GAB): Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt, das bringt einfach nur eine Viertel Reduktion der Klimawirkung und das ist einfach ziemlich wenig im Vergleich zu der massiven Auswirkung, die der Flugverkehr hat, der knapp bei einem Drittel der Klimawirkung der Schweiz ist.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): «The e-mobility has won the race». Mit diesen weisen Worten des damaligen Volkswagen-CEO Herbert Diess habe ich hier vor nicht ganz zwei Jahren mein Votum für die Zweitüberweisung der UVEK-Motion für einen raschen Ausbau der E-Ladeinfrastruktur begonnen. Und nachdem ich in den vergangenen Tagen verschiedentlich angesprochen wurde, was das nun für ein komischer E-Fuel-Vorstoss sei, habe ich mir gedacht, es ist angebracht, diese Worte heute erneut an Sie zu richten. Ich kann Sie also beruhigen, ich habe mich in dieser Frage nicht vom Paulus zum Saulus gewandelt, ganz im Gegenteil. Ich würde heute sogar noch weitergehen und Ihnen mit Brief und Siegel versichern, dass mittel- und langfristig alles, das motorisiert rollt und noch dekarbonisiert werden muss, batterie-elektrisch angetrieben werden wird. Nach Personenwagen und Nutzfahrzeuge wird es der Schwerverkehr sein, Busse, unsere BVB macht es vor, Spezialfahrzeuge, unsere Feuerwehr, unsere Stadtreinigung machen es vor, Personenzüge, Stadler Rail macht es vor, aber auch Baumaschinen werden folgen und Cargo-Züge, etc. Alles, was rollt. Der batterie-elektrische Antrieb ist bereits heute technologisch und ökonomisch allen anderen Antrieben im rollenden Verkehr, die es noch zu dekarbonisieren gilt, haushoch überlegen und wir stehen erst am Anfang der Lernkurve. Der Match ist gelaufen.

Die Frage ist deshalb berechtigt, was mein Name auf einem Vorstoss macht, der den Regierungsrat dazu auffordert, zu überprüfen, ob E-Fuels für Fahrzeuge in gewissen Fällen nicht doch die bessere Lösung sein können. Nun, auf dem Vorstoss steht eben auch noch ein zweiter Name. Und Sie wissen ja, wie es läuft, wenn man über Parteigrenzen hinweg Vorstösse erarbeitet. Man streicht sich gegenseitig Sachen raus, man lässt sich gegenseitig Sachen drin und wenn wie im Fall von Lorenz Amiet und mir nicht nur eine Parteigrenze, sondern ganze Parteiländereien dazwischen liegen, dann ist von beiden Seiten besonders viel Goodwill gefordert. Gerade weil der Match beim rollenden Verkehr längst gelaufen ist, habe ich auch absolut keine Angst, dass uns ein Anzug auf Prüfen und Berichten auf Abwege führen könnte. Gerade auch deswegen, weil ich weiss, dass das Thema bei Regierungsrat Kaspar Sutter und seinen Leuten in den gleichen kompetenten Händen liegt, welche auch den Ratschlag zur Förderung der Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkierungsanlagen verfasst haben, den Sie sicher bereits alle schon gelesen haben und von dem Sie sicher alle genauso begeistert sind wie ich.

In Bezug auf den rollenden Verkehr droht uns vom vorliegenden Anzug also keine Gefahr. Vielmehr bietet dieser Anzug die Chance, aufzuzeigen, wie wir Verkehrsbereiche dekarbonisieren können, bei denen Batterie-Elektrifizierung noch nicht unmittelbar bzw. ziemlich sicher nicht bis zu unserem Netto-Null-Zieljahr 2037 absehbar sind. Dies ist sicherlich der Flugverkehr, aber auch der Schiffverkehr. In beiden Bereichen sehe ich aktuell neben E-Fuels keine funktionierende Alternative, welche innert der geforderten Zeit und vor allem auch unter der Berücksichtigung der Lebensdauer der jeweiligen Transportmittel unmittelbar verfügbar sein wird. Gerade letzteres scheint mir noch wichtig. Bei den Passagierflugzeugen beträgt die Lebensdauer 25 Jahre und mehr, bei Schiffen ist es noch länger. Hierzu ein Beispiel von unseren Öldampfern aus der Basler Personenschiffahrt. Unser ältestes Schiff in der Flotte, das Basler Dybli, ist bereits über 40-jährig. Wenn nun unser erst im Jahr 2018 vom Stapel gelaufener Rhystärn auch mindestens so alt wird, so werden wir diesen bis weit in die 2050er oder sogar 2060er Jahre irgendwie antreiben müssen. Zumindest kurz- oder mittelfristig scheinen mir hier E-Fuels eine attraktive Lösung zu sein.

Es ist also absolut vorstellbar, dass auch E-Fuels für bestimmte Anwendungen eine Brückentechnologie sein können, und dann ist es mir schon ein Anliegen, dass wir auch bei diesem Thema unseren berechtigten Anspruch als Klimaloki gerecht werden und nicht nur auf Lösungen warten, sondern diese selber aktiv vorantreiben. Und wenn wir am Ende unseren Bedarf an E-Fuel sogar noch selber herstellen können, sofern das ökonomisch und ökologisch Sinn macht, würde mich das noch mehr freuen. In dem Sinne freue ich mich, wenn Sie heute diesen Anzug überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Lorenz Amiet das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Wir haben heute Abend schon mal gehört, es wird eine Herkulesaufgabe sein bis 2037, dekarbonisiert zu sein. Diese grosse Aufgabe, die uns vom Basler Stimmbürger gestellt wurde, verlangt den Einsatz aller Technologien an allen Fronten. Mein Vorredner und Mitautor dieses Vorstosses hat vorhin aus einem seiner früheren Voten zitiert. Ich erinnere auch an ein früheres Votum im Juni. 2022 haben wir hier drinnen Feuerwehrautos bestellen lassen, welche mit Batterien betrieben werden, für 1'000 km im Jahr zu fahren. Schon damals hatte ich mich geärgert darüber, dass E-Fuels keine Option waren, weil sie in der E-Mobilitätsstrategie des Kantons nicht vorkommen.

Was sind jetzt genau E-Fuels. E-Fuels sind synthetische Treibstoffe, welche produziert werden, indem man der Atmosphäre CO2 entzieht und mit Wasser vermischt und die Energie kommt bisher hauptsächlich aus elektrischem Strom, innovativ immer mehr aus direkt eingesetztem Sonnenlicht. Hier ist die Schweizer Industrie übrigens führend. Was sind die Vorteile? Teilweise hat sie mein Vorredner schon aufgezählt. Erstens und wichtigstes, man kann es mit herkömmlichen Motoren



verfeuern, zum Beispiel Schiffsmotoren. Zweitens, die Energiedichte ist massiv höher als bei Batterien. Das macht E-Fuels viel einfacher zu lagern und viel einfacher zu transportieren als elektrischer Strom. An das GAB gerichtet, das macht es auch viel einfacher, um das der Atmosphäre entzogene Kohlendioxid in der Tiefe zu lagern. Weiter ist es resilienter dadurch, da sind wir bei den Feuerwehrautos, und die Investitionskosten sind tiefer als bei Batterien.

Wo ist der Hauptnachteil? Die Betriebskosten sind höher. Das heisst also, die Beschaffung von E-Fuels pro Liter sind deutlich teurer als die Beschaffung von gleichwertiger Energie durch Strom. Beides wird sich in Zukunft wahrscheinlich verbessern. Der Preis von Elektroantrieben bei den Investitionskosten, aber auch der Preis bei den Betriebskosten von E-Fuels. Trotzdem teile ich die Auffassung meines Vorredners, im ganz normalen Automobilsinsatz ist die Geschichte gelaufen.

Deshalb fordert dieser Anzug auch ausdrücklich, dass man prüfen soll, ob e-Fuels eine Ergänzung sein können zum batteriebetriebenen Elektroantrieb. Basel versteht sich als Pionier im Bereich der Dekarbonisierung. Deshalb müssen wir alle verfügbaren Technologien prüfen und es geziemt sich auch Early Adopter zu sein bei revolutionären, bei innovativen neuen Technologien. Mindestens beim Einsetzen von E-Fuels, vielleicht sogar beim Produzieren von E-Fuels.

Wenn sich ein Spezialist für neue erneuerbare Energien von links und ein Ingenieur von rechts zusammenschliessen, wir haben es vorhin gehört, zum Teil jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, sicher um jede Forderung gerungen wird, bis man am Schluss den gemeinsamen Nenner gefunden hat, dann könnte man meinen, die Debatte ist eigentlich schon geführt. Aber da vorhin Jérôme Thiriet, mein Fraktionskollege, ein bisschen ans Bein, Sie wissen schon, muss ich jetzt festhalten, auch beim GAB kann man Dinge bestreiten, die eigentlich von links bis rechts nicht bestreitbar sind. Trotzdem begrüsse ich es, dass die Debatte fortgesetzt wurde und danke Ihnen dafür, danke Ihnen aber noch mehr dafür, wenn Sie unseren Anzug unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Oliver Thommen und die andere von Oliver Bolliger. Beide werden angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Können Sie mir sagen, was der Wirkungsgrad von E-Fuels sind? Und vielleicht können Sie mir noch eine zweite Frage beantworten, ob das nicht der Markt regeln soll?

Lorenz Amiet (SVP): Zur ersten Frage: der Wirkungsgrad ist tiefer als bei Elektroantrieb, aber da die Produktion dort hergestellt wird, wo Sonne im Überfluss vorhanden ist, spielt das keine Rolle, weil man es einfach transportieren kann. Zum Thema Markt: beim Einsatz in der Privatwirtschaft, völlig einverstanden, aber unser Anzug richtet sich ja an die E-Mobilitätsstrategie des Kantons und nicht an den Markt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Oliver Bolliger bitte.

Oliver Bolliger (GAB): Sie richtet sich auch an Kollege Daniel Sägesser. Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, wir müssen unseren Energieverbrauch im globalen Norden langsam ein wenig reduzieren, anstatt auf Kosten des globalen Südens diesen E-Ausbau, egal E-Fuel, E-Mobility einfach auf Kosten des Südens auszubauen?

Lorenz Amiet (SVP): In einer Demokratie ist es schwierig, den Bürgerinnen und Bürgern zu befehlen, was sie konsumieren dürfen. Aber es ist nicht so schwierig, Technologien zu fördern, die das gleiche Ziel erreichen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001378, 20.09.23 21:50:38]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 69 Ja-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

50. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige

[20.09.23 21:50:51, 23.5342.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der vorliegende Anzug für juristische Beratung und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen steht im klaren Widerspruch zum Behindertengleichstellungsgesetz. Der Antrag impliziert, dass Menschen mit schweren gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen zwangsläufig und ungewollt auf rechtliche Beratung und Unterstützung angewiesen sind, sei es im Zusammenhang mit möglichen Ansprüchen im Sozialversicherungsrecht oder in Bezug auf grundlegende Lebensbedürfnisse wie Bildung, Arbeit und Wohnen. Das Behindertengleichstellungsgesetz hingegen verfolgt das klare Ziel, Benachteiligungen zu verhindern, zu reduzieren oder zu beseitigen. Es schafft Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtert, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, insbesondere durch die eigenständige Pflege sozialer Kontakte, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit.

Es ist wichtig anzumerken, dass bereits verschiedene Organisationen kostenlose Rechtsberatung in politischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen anbieten, einschliesslich des Bereichs des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Sozialversicherungsrechts. Es ist unbestreitbar, dass der Zugang zu Leistungen der Invalidenversicherung in den letzten 15 Jahren erschwert wurde, vor allem aufgrund der verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung von Betrug. Diese Tatsache hat zu leidenschaftlichen Diskussionen über die Invalidenversicherung geführt und die Diskussionen über die Invalidenversicherung waren und sind stets von emotionalen Reaktionen geprägt.

Die Begründung für die kostenlose Rechtsberatung zur rechten Zeit, die eine deeskalierende Wirkung haben kann und letztendlich auch kostensenkend für den Kanton sein könnte, ist äusserst komplex. Dies insbesondere ist deshalb der Fall, weil sich zeigt, dass diese Wirkung offenbar nur dann eintritt, wie Sie in Ihrem Anzug schreiben, wenn hochqualifizierte Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung stehen. Wenn keine qualifizierten Anwälte verfügbar sind, führt dies zwangsläufig zu negativen Ergebnissen. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion den Vorschlag ab, und zwar nicht zuletzt um eine Gleichstellung zwischen Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung zu gewährleisten. Besten Dank für die Nichtüberweisung dieses Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat sich eingetragen und hat das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe jetzt überhaupt nicht verstanden, wie Sie das ausgeführt haben zur Gleichstellung von Menschen ohne Behinderung und Menschen mit Behinderung. Das hat mir jetzt überhaupt nicht eingeleuchtet und deshalb habe ich mich jetzt veranlasst gefühlt, kurz etwas zu sagen. Der Anzug fordert ja primär eigentlich, dass die Regierung prüft und berichtet, inwiefern durch eine Förderung von juristischen Beratungen die Situation von Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, weil sie eben Behinderungen haben, ob das zu Kostensenkungen führt, wie das funktioniert. Das ist eigentlich das Hauptanliegen des Anzugs, es ist ja keine Motion. Es geht darum, zu prüfen und zu berichten und deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GAB, diesen Anzug selbstverständlich zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.



Beda Baumgartner (SP): Ich muss jetzt hier fortsetzen bei dem, was Fleur Weibel schon gesagt hat. Ich muss Ihnen wirklich sagen, das hat mit Behindertengleichstellung gar nichts zu tun, dieser Anzug. Vielleicht müssen Sie den Anzug nochmal von A bis Z lesen und vor allem die konkreten Forderungen. Und wenn es denn so wäre, dann müsste man ihn nicht unbedingt unterstützen. Es geht hier auch nicht um den Lebensalltag, wie Sie vorhin skizziert haben, es geht da um die juristische Beratung und Unterstützung von behinderten Menschen. Sie können gerne in diesem Saal gegen diesen Anzug sein oder dafür, aber bitte stimmen Sie so ab betreffend den Inhalt und nicht einer völlig zusammenhanglosen Formulierung bezüglich einer Ablehnung.

Und einfach nochmal konkret, wir diskutieren hier in diesem Saal immer wieder Anliegen, die deutlich auf den ersten Blick vielleicht schwieriger nachvollziehbar sind, warum wir etwas fördern oder fordern. Und hier ist es ein sehr klarer Auftrag, einen Nachfrageüberhang, den es gibt, zu lösen und damit auch Existenzkosten und Gerichtslast zu reduzieren. Es ist ein unglaublich sinnvolles Anliegen, das jetzt konkret anzusehen. Und wenn Sie sich Punkt 3 nochmal, vielleicht für die Leute, die noch ein bisschen unentschlossen sind, wie radikal dieser Anzug im Gesamtkontext ist, wenn Sie sich Punkt 3 nochmals durchlesen können des Anzugs, da wird der Regierungsrat gefragt, ob er die Notwendigkeit sieht bzw. die Bereitschaft hat, solche Rechtsberatungen und Vertretungsangebote zu finanzieren. Also ich bitte Sie, ich glaube, dass man diese Frage durchaus an den Regierungsrat zum Prüfen und Berichten überweisen kann und bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001380, 20.09.23 21:58:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 29 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

51. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen

[20.09.23 21:58:25, 23.5343.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend zu überweisen.

52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

[20.09.23 21:59:09, 23.5344.01]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Luca Urgese (FDP): Dieser Anzug kommt harmlos daher, hat es aber ziemlich in sich, wenn man sich genau ansieht, was hier so alles drinsteht. Aber lassen Sie mich zuerst mit ein paar allgemeinen Bemerkungen beginnen, die für diesen Anzug und den nächsten Anzug von Pascal Pfister gelten und ebenso für die weiteren drei Vorstösse der SP, die sich ebenfalls mit der Verwendung der Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer befassen und im Oktober behandelt werden.

Erst vier Jahre ist es her, dass die Schweiz ihre Unternehmensbesteuerung auf Druck der OECD umfassend reformiert hat. In diesem Kontext ist es dem Kanton Basel-Stadt mit der Steuervorlage 17 gelungen, sich als steuerlich attraktiver Wirtschaftsstandort zu positionieren. Das war nicht, was sich die OECD und insbesondere ein paar grosse Staaten vorgestellt hatten, deshalb geht der Druck weiter. Die Mindestgewinnsteuer ist der letzte Streich des OECD-Steuerkartells. Der nächste ist mit der Marktstaatenbesteuerung bereits in der Pipeline und wäre für uns potenziell verheerend. Deshalb gibt es für uns nur eine Möglichkeit, wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um unsere Standortattraktivität zu erhalten, denn diese basiert nicht nur auf tiefen Unternehmenssteuern, sondern umfasst zahlreiche weitere Aspekte. Und es ist auch wichtig, denn mit der teilweisen Neutralisierung des Steuerwettbewerbs, den ich naturgemäss deutlich positiver beurteile als kritische Stimmen hier im Saal. ist der Standortwettbewerb bei weitem nicht abgeschafft. Er hat sich einfach auf andere Handlungsfelder verlagert und da sind wir in der Region tatsächlich nicht überall spitze. Man denke nur an die ewige Planungs- und Umsetzungsdauer von wichtigen Infrastrukturprojekten zur langfristigen Sicherstellung unserer Erreichbarkeit oder an den internationalen Vergleich der hohen Lohn- und Lohnnebenkosten. Genau deshalb ist es wichtig, dass wir die Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer, von der wir ja noch nicht genau wissen, wie viel sie letztlich in die kantonalen Kassen spülen wird, gezielt zur Stärkung der Standortattraktivität, im Interesse der Unternehmen und damit auch des ganzen Standorts einsetzen.

Und jetzt konkret zu diesem Anzug. Selbstverständlich sind Forschung und Entwicklung für die Region Basel von zentraler Bedeutung, das ist unbestritten. Aber diese Unterstellung, die hier Grundlage dieses Vorstosses ist, dass die Forschung und Produktion in der Pharmaindustrie nicht auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen schauen würde, sondern hauptsächlich auf Gewinn und Umsatz geschaut werde, ist ziemlich fragwürdig und ein Affront gegenüber jedem Unternehmen, das Produkte entwickelt, um das Leben der Menschen in unserer Region und darüber hinaus zu verbessern. Hier wird ein Gegensatz zwischen diesen beiden Dingen kreiert, der in dieser Form nicht existiert. Natürlich ist auch der Gewinn für ein Unternehmen wichtig, gerade in der Pharmaindustrie, darauf komme ich gleich zurück. Ein Unternehmen kann langfristig aber nur erfolgreich sein, wenn beides Hand in Hand geht. Ganz konkret auf die Pharmaindustrie gemünzt, auch Forschung und Entwicklung an nicht seltenen Krankheiten, zum Beispiel im Krebsbereich, bringt enormen Nutzen für Patientinnen und Patienten, ihr Umfeld und die Gesellschaft.

Es ist zynisch zu behaupten, eine solche Therapie habe keinen gesellschaftlichen Nutzen, nur weil der Hersteller für seine Investitionen in Forschung und Entwicklung entlohnt wird und die Aktionäre für das Risiko, dass sie dafür eingegangen sind. Ebenso falsch ist die Aussage, dass die Pharmaindustrie praktisch nur in finanziell gewinnversprechende Gebiete investieren würde. Es gibt mehrere Beispiele für Forschungsprogramme für Krankheiten, die vor allem unterversorgte Patienten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen betreffen. Zum Beispiel neue Therapien gegen Malaria, um Resistenzen zu bekämpfen oder eine Therapie zur Behandlung einer vernachlässigten Tropenkrankheit, die durch Sandmücken verbreitet wird und ohne Behandlung meist tödlich verläuft.

Und dann dieser Vorschlag mit der Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand. Der ist ja besonders dreist, wenn man schaut, wie Forschung in der Praxis funktioniert. Nur eines von 10 Medikamenten erreicht den Patienten, während die anderen in der Forschungsphase scheitern. Die Entwicklung eines neuen Medikaments kostet im Schnitt 2,6 Milliarden Franken. Die Unternehmen tragen bei der Entwicklung eines neuen Medikaments beziehungsweise einer neuen Therapie daher ein grosses Verlustrisiko. Auch hier ein konkretes Beispiel: zwischen 1998 und 2021 gab es 198 erfolglose Versuche, ein Alzheimer-Medikament zu entwickeln. Die Misserfolgsrate beträgt 98 Prozent. Mit dem Erfolg eines Medikaments müssen die Unternehmen auch die Erforschung nicht erfolgreicher Medikamente finanzieren können. Ohne diese Quersubventionierung fehlen die Mittel für die Erforschung neuer Medikamente, nur im erfolgreichen Fall Gewinne abzuziehen, ist also zu einfach gedacht. Wenn schon müsste man dann sagen, der Staat soll sich auch im Misserfallsfall beteiligen.

Das nur drei kritische Punkte in diesem Vorstoss, die uns dazu bewegen, den Anzug entschieden abzulehnen. Ich bitte Sie, dies aufgrund der soeben genannten Gründe ebenfalls zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich werde mich für die Überweisung dieses Anzugs einsetzen und werde Ihnen auch darlegen, wieso. Die OECD-Steuerreform, die wird Basel-Stadt viel Geld einbringen, generieren. Wir wissen nicht, wie viel, das hat Luca Urgese auch schon betont. Wir wissen effektiv noch nicht wie viel, dass das generieren wird, aber wir wissen das selber



auch, es werden schon diverse Diskussionen geführt, wie wir die Standortattraktivität mit diesem Geldsegen sinnvoll erhöhen können. Ich glaube, wir sind uns alle hier im Saal einig, dass Investitionen in die Standortförderung und die Standortattraktivität im Sinne aller ist. Die Frage, und hier gehen die Meinungen auseinander, wenn es darum geht, was nutzt dem Standort dann effektiv, was nutzt der Wirtschaft und was nutzt aber auch der Bevölkerung, der Gesellschaft, da gehen die Meinungen auseinander.

Wenn ich diesen Vorstoss von Beda Baumgartner anschau, dann ist das für mich jetzt persönlich gesehen wirklich ein Vorstoss, der die Attraktivität des Standorts fördern will und ich verstehe den Widerstand der bürgerlichen Fraktionsparteien überhaupt nicht. Der Vorstoss will ja nicht die Aktivitäten und die Forschung der Pharmaindustrie beschränken oder einschränken oder verbieten. Darum geht es ja gar nicht, sondern er will, dass der Kanton, der Regierungsrat prüft, ob er bei zwei Forschungsgebieten in der Medizin Unterstützung anbieten kann, bei den Forschungseinrichtungen, die wir hier haben in der Region. Er fordert bei zwei Forschungsgebieten, die wirklich international anerkannt werden als Probleme, also es geht da einerseits um Antibiotika, die neu entwickelt werden müssen, weil die Resistenzen auf dem Vormarsch sind, und es geht darum, dass geschlechterspezifische Medizin, das wissen die meisten hier drin wahrscheinlich, dass das wirklich ein Problem ist, dass die Medikamente primär für Männer entwickelt werden, dass diese zwei Gaps oder Lücken, dass diese angeschaut werden, ob da der reiche Standort oder der wohlhabende Standort Basel-Stadt etwas dafür machen kann. Ich denke, das wäre dann auch im Nutzen der Gesellschaft hier in Basel, aber auch weltweit gesehen, wenn wir da erfolgreich sein könnten.

Ich denke auch, es stünde dem Wirtschaftsstandort und dem Forschungsstandort Basel sehr gut an, solche Forschungsgebiete könnten eben auch Exzellenz anziehen. Da kommen Forscherinnen und Forscher, die sagen, genau in diesem Bereich wollen wir forschen, die könnten sagen, ja, wir kommen nach Basel. Das könnte Knowhow generieren, das schlussendlich dann auch unsere Pharmaunternehmen gebrauchen könnten. Wie schon gesagt, es geht ja nicht darum, dass wir den Forschungsfirmen oder Pharmafirmen vorschreiben wollen mit diesem Anzug, was sie denn überhaupt forschen sollen, sondern es könnte ein neues Gebiet sein, wo sie davon profitieren können. Und ich denke immer wieder, die Forschung bei unseren Universitäten und Hochschulen, das ist schlussendlich für den Standort immer etwas Profitables.

Kurz und gut, das Grün-Alternative Bündnis bittet Sie, den Anzug von Beda Baumgartner zu überweisen. Ich denke, es ist wirklich im Sinn von uns allen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Der Anzug, der uns hier vorliegt, kommt im ersten Blick ja interessant daher. Es werden mit Antibiotikaresistenz und gendergerechter Medizin wichtige Themen angesprochen, auch mit der Tropenmedizin. Beim genaueren Hinschauen zeigen sich aber aus unserer Sicht Probleme. Der Kanton finanzierte die Universität. Mit diesen Mitteln und weiter eingeworbenen Mitteln betreibt die Universität Forschung. Es ist fraglich, ob es zusätzlich eine direkt kantonale finanzierte und gelenkte Forschung geben soll. Forschungsprogramme werden national und international aufgelegt. Forschung wird auf Bundesebene zusätzlich bestellt und finanziert via nationale Forschungsprogramme. Kantonal und auch vom Bund bestellt wird Forschung zielgerichtet dann für die Aufgaben der Verwaltung in sogenannter Ressortforschung. Eine eigene generelle kantonale Forschungsförderung, insbesondere in der Grundlagenforschung wäre meines Wissens neu. Wir sehen nicht, warum wir jetzt dieses Neuland so betreten sollten.

Und wenn Sie ein solches Neuland betreten wollen, warum denn gerade die vorgeschlagenen Themen? Selbstverständlich sind wir nicht gegen Forschung an Antibiotikaresistenzen oder solche für eine gendergerechte Medizin. Das ist alles sehr sinnvoll, es gibt aber auch viele andere sinnvolle Forschung. Warum denn gerade seltene tropische Krankheiten, warum nicht Forschung im Bereich Klimawandel oder anderes oder eben andere sinnvolle Forschung? Die Antwort scheint irgendwie klar aus dem Anzug zwischen den Zeilen zu sprechen. Die Regierung spricht sich ja im Zusammenhang mit den möglichen vermehrten Steuereinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer von Standortförderung, auch für die Pharmaindustrie.

Offenbar passt das den Anzugsstellenden und der SP nicht so ganz. Sie wollen möglichst nichts der Pharmaindustrie zugutekommen lassen oder eben für den Standort machen. Und die SP misstraut offenbar auch notabene der eigenen Regierung, Regierungsrätin, die OECD-Mindeststeuereinnahmen sinnvoll für die Allgemeinheit einzusetzen. Sie befürchten ja, zumindest so lese ich auch den Anzug, dass das Geld in ungerechtfertigte Gewinne gestopft werde. Wenn schon Gewinne, dann sollen sie eben nur staatlich einbehalten bleiben.

Wir Grünliberalen haben ein anderes Verständnis vom Regierungsrat und auch vom Zusammenspiel zwischen staatlicher Standortförderung und der Wirtschaft. Selbstverständlich soll auch der Kanton und die Allgemeinheit von einer Standortförderung in Form von Forschungsförderung profitieren und die Wirtschaft soll auch investieren und nicht nur die hohle Hand und Gewinne machen. Das soll aber im Dialog mit der Wirtschaft ausgehandelt werden. Wir möchten Lösungen gemeinsam mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft.



Und dann gibt es ein grundsätzliches Argument gegen diesen Vorstoss. Luca Urgese hat es schon angetönt, dieses Argument spricht auch gegen den nachfolgenden Vorstoss von Pascal Pfister. Die SP will offenbar nun freizügig Geld ausgeben und den Aufwand des Kantons hochfahren in der Hoffnung auf einen Geldregen aus der OECD-Mindeststeuer. Wir sind im Grundsatz gegen solche Vorstösse. Erstens ist der Zeitpunkt falsch. Es ist noch völlig unklar, wie hoch die Mehreinnahmen Netto am Schluss sein werden. Man spricht auch schon davon, den Finanzausgleich anzupassen mit Mehrbelastungen des Kantons Basel-Stadt. Es wurde angesprochen, dass in der OECD weitere Diskussionen laufen für Steuerreformen. Wir sollten also nicht Geld verteilen wollen, dass wir noch gar nicht haben und schon gar nicht wissen, ob und in welchem Ausmass wir es haben werden.

Und zweitens, unser Kanton hat nach wie vor eine der höchsten Verschuldungen pro Kopf der Schweiz. Mit der Zinswende kommen Zinszahlungen von 30/50 oder mehr Millionen pro Jahr auf uns zu. Wir sollten die Schulden reduzieren mit den Mehreinnahmen. Und drittens, es kommen ausreichend neue Aufgaben auf uns zu, Stichwort Klimastrategie, Netto-Null 2037, Gegenvorschlag Kita-Initiative, ÖV-Initiative etc. Wir sollten jetzt nicht noch mehr obendrauf packen, dass wir dann am Schluss vielleicht eben gar nicht richtig finanzieren können. Auch aus diesen grundsätzlichen Überlegungen lehnen wir den Anzug ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): David Wüest-Rudin, zu Ihrer Kritik an der Forschung des Kantons. Ihnen ist klar, dass im Kontext der OECD-Steuerreform sehr aktiv von einer Subventionierung durch Forschung und Entwicklung durch den Kanton auch geredet wird, dass das Realität wird, dass der Kanton Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung realisieren wird?

David Wüest-Rudin (GLP): Das habe ich ja gesagt. Und Sie möchten jetzt das nicht, sondern nur kantonal ein Programm auflegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Vielleicht gerade anschliessend, weil wir es mit der Zwischenfrage hatten. David Wüest-Rudin, Sie haben einen zentralen Punkt des Anzugs nicht verstanden. Ich bin nicht gegen Forschung und Entwicklung und wenn Sie den Anzug lesen, dann sehe ich auch nicht, wie Sie auf diesen Schluss kommen wollen. Ich bin dafür, dass man, wenn man diese Möglichkeiten hat im Bereich Forschung und Entwicklung, dass man da auch Felder fördert, die noch stärker im Interesse der Allgemeinheit sein können. Das ist die Forderung des Anzugs und es ist absolut möglich, Forschungs- und Entwicklungsmassnahmen zu machen, die in der Gewinnlogik funktionieren mit diesem Anzug. Es geht nur um eine mögliche Beteiligung der öffentlichen Hand an Gewinn, es geht nicht darum, dass die Pharmaindustrie keine Gewinne mehr machen darf.

Und dann noch etwas Grundsätzliches. Es geht auch nicht darum zu sagen, die Pharmaindustrie ist böse oder die Firmen sind böse, sondern sie agieren, wie sie als Aktiengesellschaften agieren müssen. Sie machen Gewinne, sie sind ihren Aktionären und Aktionärinnen verpflichtet, Luca Urgese. Das hinterfrage ich auch gar nicht, das ist die Realität. Dieser Satz, der anscheinend so viele Emotionen ausgelöst hat, dass in erster Linie nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen geschaut wird, das ist ja die Realität. Das ist ja logisch, wir sind nicht in einer Planwirtschaft, wir sind in einer Marktwirtschaft, wo die Pharmaindustrie selber entscheiden kann, in welchem Bereich sie forscht und produziert.

Und mein Punkt ist jetzt, wenn wir vom Kanton aus im Rahmen der OECD-Steuerreform, wenn wir da Forschung und Entwicklung fördern und das auch unterstützen, dass wir dann versuchen sollen, zusätzliche Felder, die stärker im gesamtgesellschaftlichen Interesse sind, auch zu berücksichtigen. Es ist mir völlig klar, wie eine private Pharmaindustrie funktioniert.

Dann etwas zu den Antibiotikaresistenzen. Die privaten Pharmaindustrien sehen das selber als relevantes Problem. Sie haben sich zusammengeschlossen, es sind auch Player aus Basel-Stadt dabei. Die Frage ist ja nur, wenn wir schon Geld in die Hand nehmen aus der OECD-Steuerreform, investieren wir das Geld auch noch zusätzlich, damit in Basel-Stadt stärker vielleicht an dem geforscht wird und Basel-Stadt ein wichtiger Player wird.

Dann noch etwas zu den Gewinnen, die haben auch sehr grosse Emotionen ausgelöst. Das ist ja nicht einmal auf monetäre Gewinne beschränkt. Mir ist ja nur wichtig, dass wenn der Kanton Geld investiert, das kann auch ein Stiftungskonstrukt sein,



das wäre ja auch nicht völliges Neuland in diesem Kanton, wo mit Public-private-Partnership dann auch ein nicht monetärer Gewinn für die Allgemeinheit und die öffentliche Hand bleiben würde.

Mein einziger Punkt ist, und das finde ich schon, wenn wir Geld, das wir zusätzlich einnehmen, zu einem Teil wieder rückverteilen zu diesen Unternehmen, dann finde ich, kann die öffentliche Hand, kann die Allgemeinheit, kann die Politik auch darüber diskutieren, wo und an was, in welchem Umfang mitgeforscht wird. Das ist das einzige Anliegen. Wenn Sie es dann trotzdem ablehnen wollen, ist das alles gut und recht, aber ich bitte Sie wirklich, relativ nahe bei der Ablehnung am Text zu bleiben.

Und lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen zur Stellungnahme der Handelskammer beider Basel, und ich bin jetzt sehr froh, dass Luca Urgese hier schon ziemlich nahe am Anzug argumentiert hat, aber da war ich schon ein wenig enttäuscht, weil dieser Anzug, der will, dass dieses Geld hier am Standort investiert werden soll. Wir mögen unterschiedliche Auffassungen darüber haben, in welchen Bereichen oder ob wir diskutieren sollen, in welchen Bereichen wir das überhaupt machen sollen, aber es geht um das. Und da würde ich mir schon auch wünschen, wenn die Handelskammer sich die Mühe macht, uns Stellungnahmen zuzustellen zu den Grossratsitzungen, dass sie dann den Anzug auch so liest und beantwortet, dass es mit dem zu tun hat, was wirklich drinsteht.

Darum, Sie können ganz beruhigt im absoluten privatwirtschaftlichen Interesse diesen Anzug überweisen. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Raoul Furlano, die andere von Lorenz Amiet. Beide werden angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Beda Baumgartner, kennen Sie Risiken und Nebenwirkungen von sogenannter Auftragsforschung? Das ist das, was Sie ja jetzt verlangen.

Beda Baumgartner (SP): Ja, ich kenne Risiken und Nebenwirkungen von jeglicher Forschung.

Lorenz Amiet (SVP): Beda Baumgartner, fasse ich Ihr Votum richtig zusammen, es geht nur darum, dort, wo in Zukunft Forschung subventioniert wird, ein kleines bisschen Planwirtschaft einzuführen?

Beda Baumgartner (SP): Nein, das fassen Sie nicht richtig zusammen. Wir können gerne mal, Lorenz Amiet, länger darüber diskutieren, inwiefern wir wirklich in einer liberalen Marktwirtschaft leben. Aber das sprengt jetzt hier deutlich den Rahmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001384, 20.09.23 22:20:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001386, 20.09.23 22:21:35]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Abstimmung zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001388, 20.09.23 22:23:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

53. Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

[20.09.23 22:23:16, 23.5345.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Luca Urgese (FDP): Das ist jetzt der Vorstoss, wo Beda Baumgartner zufriedener ist mit dem Text, den ich geschrieben habe, mal sehen, ob er es mit dem Votum auch ist. Ich kann eigentlich auf die Einführung verweisen, auf das, was ich vorhin beim Anzug von Beda Baumgartner gesagt habe und nur das noch ergänzen, was hier ja angedeutet wird mit einem gewissen kritischen Unterton, dass das Geld nicht dort versteuert wird, wo es erarbeitet wird. Das geht ja in die Tendenz der Marktstaatenbesteuerung, die ja bei der OECD konkret auf dem Tapet ist. Und ich kann Ihnen eins sagen, wenn das Realität wird, dann ist es dann hier vorbei mit dem vollständigen Ausgeben des Geldes. Dann haben wir dann hier ganz andere Probleme, die wir zu diskutieren haben.

Ich habe vorhin ausgeführt, warum der Erhalt der Standortattraktivität von grösster Bedeutung ist für unsere Region und was hier in diesem Anzug gefordert wird, das hat mit Standortattraktivität nun definitiv nichts mehr zu tun. Es geht darum, Geld ins Ausland zu verschieben. Und diese Forderung verstösst ganz direkt gegen den Volkswillen, der in der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer zum Ausdruck gekommen ist. Woher wissen wir das? Wir wissen das aufgrund der Volksanalyse, die jeweils im Nachgang zur Abstimmung gemacht wird und wo ganz klar zum Ausdruck gekommen ist, das wichtigste Ja-Argument der Bevölkerung war, es sollen keine Gelder ins Ausland abfliessen. Und selbst bei den Nein-Stimmenden hat das Argument überwiegend Zustimmung gefunden, das Geld soll eingesetzt werden zur Verbesserung der Standortattraktivität.



Nachdem sich die SP nun bereits bei der Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer ins Abseits gestellt hat, tun wir nun wirklich gut daran, bei der Umsetzung dieser OECD-Mindeststeuer nicht der Partei zu folgen, die das Geld ja eigentlich auch gar nicht im Kanton wollte, sondern möglichst viel Geld beim Bund belassen wollte, möglichst viel Geld dem Bund gegeben hätte. Wir tun gut daran, hier denjenigen zu folgen, die das kritisch sehen und deshalb bitte ich Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Für das GAB möchte ich beliebt machen, diesen Anzug zu überweisen. Ich möchte gerade den beiden Thesen widersprechen: Standortattraktivität. Aus unserer Sicht zeichnet sich Standortattraktivität natürlich darüber aus, was wir hier vor Ort machen. Wir sind aber ein sehr internationaler Standort und wir sind darauf angewiesen, dass die Firmen, die bei uns sind, ein gutes Verhältnis haben zu den Standorten ausserhalb unseres Kantons und auch in der Zusammenarbeit mit den dort betroffenen Standorten. Darum ist die Frage, was ist Standortförderung, so einfach und plakativ nicht zu beantworten, indem man sagt, wir geben jedes Jahr eine halbe Million aus, damit bei Swiss Indoors der Schriftzug Basel im Fernsehen ersichtlich ist. Das geht, glaube ich, darüber hinaus, als was hier ganz konkret vor Ort passiert. Das ist das erste.

Das zweite, die Nachwahlbefragung habe ich mir auch zur Gemüter geführt, und zwar die ausführliche Variante. Es gab wirklich sehr interessante Feststellungen dort, zum Beispiel diese Steuergeldabwanderung ins Ausland sowohl bei den Befürworter*innen und wie auch bei den Gegner*innen. Ein wichtiges Argument war, der Mechanismus dahinter ist aber nicht der, dass man nicht Geld für das Ausland übrig hätte, sondern dass Firmen aufgrund der Rahmenbedingungen ins Ausland abwandern, dort Steuern bezahlen und dann dieser Staat über dieses Geld verfügt. Und das wäre mit diesem Anzug ja anders, dass nämlich wir hier in Kooperation mit den Firmen, die hier sind, uns überlegen, wie man Klimamassnahmen an den jeweiligen Standorten, wo die Firmen im Ausland sind, umsetzen kann. Das heisst also, wir steuern diesen Prozess und wir befinden darüber, wie dann dieses Geld eingesetzt wird.

Und was auch bei dieser Befragung spannend war, ist, dass sehr viele Leute angegeben haben, Kein Grund, kein bestimmter Grund, und dass auch eine Mehrheit sowohl bei den zustimmenden wie auch den ablehnenden Personen angegeben haben, sie würden sich eine bessere Verteilung wünschen zwischen den Vorteilen für die Unternehmen und den Vorteilen für die Gesellschaft. Und die Gesellschaft, wenn wir das ernst nehmen, die hört ja nicht an der Kantonsgrenze auf. Es ist ja sicher auch unsere Aufgabe als sehr reicher Kanton zu sorgen, dass innerhalb der Gesellschaft auf der Welt vielleicht ein bisschen mehr Fairness herrscht und vor allem, dass wir als Gesamtgesellschaft mit dem grossen Problem Klimawandel umgehen können. Darum finde ich diesen Anzug sehr sinnvoll und möchte Sie bitten, ihn zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Nach dem Votum von Luca Urgese kann ich mich relativ kurzfassen. Dieser Anzug ist gefährlich und dieser Anzug ist unehrlich. Warum er gefährlich ist, hat Luca Urgese schon lange breit ausgeführt, einfach noch in aller Kürze. Der grosse Reibach, der da versprochen wird, der ist überhaupt noch nicht da. Erstens haben wir noch keine Ahnung, wie viel es dann wirklich sein wird, zweitens wissen wir nicht, womit die OECD als nächstes kommt. Es gibt da auch noch andere Ideen in der Pipeline. Wenn die dann umgesetzt werden, haben wir keinen Franken mehr übrig, den wir irgendwo investieren können. Ganz abgesehen von dem, was gesagt wurde, was, wenn die Firmen abziehen.

Das, was jetzt gerade Raphael Fuhrer angesprochen hat. Ja, es ist möglich, dass der eine oder andere oder die eine oder die andere Nein gestimmt hat, weil man will, dass Steuersubstrat ins Ausland abwandert. Aber allein im Kanton Basel-Stadt haben über 80 Prozent Ja gesagt zur OECD-Steuerreform mit der Begründung, verkauft vor allem durch die Regierung, durch die Finanzministerin Regierungsrätin Tanja Soland, dass die Steuererträge hier bleiben und nicht im Ausland. Das waren auch unsere Argumente, um unsere Parteigenossinnen und -Genossen da bei der Stange zu halten. Das war bei der Nachwahlbefragung auch der Hauptgrund all jener, die Ja gesagt haben zu dieser Reform. Und all diese Personen, über 80 Prozent unserer Stimmbevölkerung hier im Kanton, die müssen sich betrogen vorkommen ab diesem Anzug, wenn der überwiesen wird. Und deshalb, geschätzte Damen und Herren, sagen Sie Nein dazu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Pascal Pfister das Wort.



Pascal Pfister (SP): Zu später Stunde noch eine interessante Debatte, vielen Dank dafür. Auch viele Pro-Argumente wurden schon genannt von Raphael Fuhrer. Es geht jetzt hier wieder um die OECD-Mehreinnahmen, die zu erwarten sind. Wir haben natürlich hier keinen konkreten Betrag genannt, im Wissen darum, dass wir hier zuerst die Situation anschauen müssen, dass wir schauen müssen, welche Mehreinnahmen hier überhaupt zusammenkommen und dann auch gewichten können mit verschiedenen anderen Massnahmen, die in diesem Zusammenhang ergriffen werden sollen. Wir haben jetzt gerade auch einen Anzug überwiesen, um wie hier am Standort Forschung zu fördern mit ein bisschen Leitplanken auch für Dinge, die wir finden, sind ein bisschen vernachlässigt. Und jetzt liegt ein Anzug vor, bei dem geht es ein bisschen um die internationale Rolle von Basel.

Ich lade Sie ein, auch mal den Blick über unsere knapp 37km² zu richten, weil Basel ist ja extrem vernetzt international. Wir sind eine extrem internationale Stadt. Das merkt man, weil sehr viele Leute vom Ausland hierherkommen, hier bei unseren Unternehmen arbeiten, aber natürlich in einer Vernetzung arbeiten. Wir haben Marketing-Leute für Südamerika, für Indien, für Asien, usw. Das zeigt, dass Basel wirtschaftlich sehr vernetzt ist und unsere Unternehmen haben auch Standorte auf der ganzen Welt. Das heisst, wir stehen nicht alleine und wir haben auch gleiche Probleme wie die anderen Staaten. Das Klima, die Klimaherausforderung, die betrifft uns global und die können wir nur zusammen lösen.

Wir sind sehr stark vernetzt, das bedeutet, dass ein Grossteil dieser Gewinne, die hier versteuert werden, gar nicht bei uns im Land erwirtschaftet werden und es gibt dieses Damoklesschwert, die Marktstaatenbesteuerung, die die OECD gemacht hat. Und uns schien es dann sinnvoll zu sagen, okay, wir gehen diese Frage auch ein bisschen proaktiv an und wir zeigen, dass wir nicht ignorieren, dass wir auch zusammen mit diesen anderen Ländern leben, dass wir gemeinsame Herausforderungen haben, die wir gemeinsam angehen wollen und denken, dass ein Teil dieser Mittel eben genau dafür verwendet werden könnte.

Und David Wüest-Rudin, es gilt hier eben zusammen mit den Unternehmen das zu machen. Wir haben gedacht, wir versuchen hier einen Anzug, der gewisse Kompromissmöglichkeiten beinhaltet, nämlich dass wir sagen, wir machen das gemeinsam mit den Unternehmen. Es ist auch eine Investition, wir unterstützen sie dabei, solche Massnahmen in ihren ausländischen Standorten zu machen.

Noch zu den Abstimmungen. Ich weiss, dass das die Parole des Wirtschaftskomitees war. Ob das dann am Ende wirklich das entscheidende Argument war für die Leute, das muss immer auch ein bisschen offen bleiben. Was aber auch eine Realität ist, ist, dass die Menschen hier in diesem Kanton sowohl der Konzernverantwortungsinitiative wie auch den Klima-Initiativen zugestimmt haben und wenn man das anschaut, das spricht dann für eine Überweisung dieses Anzugs.

Es ist ein Anzug, prüfen und berichten, wie verwenden wir die Mehreinnahmen. Ein Teil davon würden wir gerne für globale, solidarische Massnahmen im Klimabereich einsetzen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Der Präsident beschliesst

Die Abstimmung abbrechen und zu wiederholen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001392, 20.09.23 22:36:48]

Der Grosse Rat beschliesst



Die Abstimmung zu wiederholen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001394, 20.09.23 22:39:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 45 Ja-Stimmen bei 44 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

Ich schliesse hiermit die Sitzung.

Schluss der 29. Sitzung

22:39 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:15:43

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ent	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	7	4	7	6	6	4	4	0	0
Nein	48	20	13	4	4	2	3	1	1	0
Ent	10	1	1	4	1	1	0	2	0	0
Abgestimmt	96	28	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:16:50

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ent	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Miozzari Claudio (SP)	Ent
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ent	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	13	7	3	1	0	1	0	1	0	0
Nein	66	15	11	11	10	6	7	6	0	0
Ent	16	6	4	3	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	18	15	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5404

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:22:16

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	28	18	14	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5404

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:23:37

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	18	14	9	9	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	15	10	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5404

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:24:30

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	28	18	14	10	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	18	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.5405

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:25:54

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Jeremy Stephenson, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	28	18	14	10	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.5391

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:27:16

Geschäft

Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	27	18	15	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
23.0712

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:45:50

Geschäft

Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	27	18	15	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
23.0712

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:46:47

Geschäft

Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	27	18	14	11	9	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
23.0712

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:47:44

Geschäft

Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	18	14	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
23.0692

Abstimmungsdatum

13. September 2023 09:58:17

Geschäft

Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2022;
Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	18	14	11	9	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	18	14	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
22.1133

Abstimmungsdatum

13. September 2023 10:53:49

Geschäft

Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	17	0	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	77	28	0	15	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	15	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
22.1133

Abstimmungsdatum

13. September 2023 10:54:51

Geschäft

Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ent	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ent	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	27	5	15	11	8	7	7	0	0
Nein	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	11	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
22.1133

Abstimmungsdatum

13. September 2023 10:55:47

Geschäft

Ratschlag Verlängerung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für die Jahre 2023-2026 sowie Nachtragskredit Erhöhung des Marketing-Engagements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der Swiss Indoors Basel für das Jahr 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ent	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	28	5	15	10	9	7	7	0	0
Nein	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	15	10	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	2	0	1	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
22.1729

Abstimmungsdatum

13. September 2023 11:28:41

Geschäft

Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	27	18	14	0	7	7	6	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	18	14	11	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	0	2	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
22.1729

Abstimmungsdatum

13. September 2023 11:29:36

Geschäft

Bericht betreffend «Konzept Förderung Jugendkultur»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	28	18	14	0	8	7	6	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	18	14	11	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	1	0	1
Stimmberechtigt	97	29	18	15	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
23.0536

Abstimmungsdatum

13. September 2023 15:50:33

Geschäft

Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	27	18	14	11	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	0	1	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10.1
23.0542

Abstimmungsdatum

13. September 2023 15:51:25

Geschäft

Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	18	13	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10.2
23.0594

Abstimmungsdatum

13. September 2023 15:52:16

Geschäft

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	18	13	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10.3
23.0620

Abstimmungsdatum

13. September 2023 15:53:07

Geschäft

Universitäre Altersmedizin FELIX PLATTER (UAFP), Felix Platter Spital; Genehmigung der Jahresrechnung 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	26	17	13	11	9	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	0	1	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	91	26	18	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	3	0	2	0	0	0	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0857

Abstimmungsdatum

20. September 2023 09:46:42

Geschäft

Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG);
Gewährung eines Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten von Kindertagesstätten mit
Betreuungsbeiträgen und Nachtragskredit zum «Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend
Tagesbetreuung von Kindern Tagesbetreuungsgesetz, TBG»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	30	17	14	0	8	7	7	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	30	17	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0857

Abstimmungsdatum

20. September 2023 09:47:36

Geschäft

Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG);
Gewährung eines Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten von Kindertagesstätten mit
Betreuungsbeiträgen und Nachtragskredit zum «Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend
Tagesbetreuung von Kindern Tagesbetreuungsgesetz, TBG»

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	29	16	14	0	8	7	7	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	16	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	1	0	0	0	1
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.0744

Abstimmungsdatum

20. September 2023 10:07:59

Geschäft

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsauftragsperiode 2022

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	16	15	10	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	16	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	30	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
23.5095

Abstimmungsdatum

20. September 2023 10:42:46

Geschäft

Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	15	11	8	6	7	0	0
Nein	48	30	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	30	18	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	99	30	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
23.5129

Abstimmungsdatum

20. September 2023 11:02:54

Geschäft

Petition P462 "Tramerneuerung Linie 15 Bruderholz - Keine Aufhebung (Airolostrasse), keine Verschiebung (Tramhaltestellen Bruderholz und Lerchenstrasse)"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Nicht abgestimmt	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	28	16	14	9	7	6	1	0	0
Nein	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	16	14	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	1	2	1	1	2	1	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
23.5263

Abstimmungsdatum

20. September 2023 11:16:14

Geschäft

Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Nicht abgestimmt	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	28	17	15	7	6	3	1	0	0
Nein	12	0	0	0	4	2	2	4	0	0
Ent	4	0	0	0	0	1	1	1	1	0
Abgestimmt	93	28	17	15	11	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	0	1	1	0	1
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
23.5271

Abstimmungsdatum

20. September 2023 11:46:45

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	29	16	0	0	9	7	0	0	0
Nein	32	0	0	14	11	0	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	16	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	95	29	17	14	11	9	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
23.5297

Abstimmungsdatum

20. September 2023 15:34:34

Geschäft

Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	28	18	0	9	2	7	0	1	0
Nein	32	0	0	15	2	8	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
23.5347

Abstimmungsdatum

20. September 2023 16:05:46

Geschäft

Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	28	17	1	1	4	7	4	0	0
Nein	33	0	0	14	10	6	0	3	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
23.5348

Abstimmungsdatum

20. September 2023 16:40:43

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ent
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	1	0	15	11	8	7	7	0	0
Nein	44	27	15	0	0	2	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41
23.5243

Abstimmungsdatum

20. September 2023 17:01:38

Geschäft

Anzug Amina Trevisan und Consorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	26	18	0	0	8	6	0	0	0
Nein	33	0	0	15	10	1	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	15	11	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	0	1	1
Stimmberechtigt	97	28	18	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 33
23.5267

Abstimmungsdatum

20. September 2023 17:25:14

Geschäft

Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	28	18	0	0	7	3	0	0	0
Nein	40	0	0	15	11	3	4	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
23.5273

Abstimmungsdatum

20. September 2023 17:45:28

Geschäft

Anzug Eric Weber betreffend Straftaten verhindern

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	77	23	13	12	10	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	23	13	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	17	4	4	3	0	3	1	1	0	1
Stimmberechtigt	95	27	17	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36
23.5274

Abstimmungsdatum

20. September 2023 17:51:20

Geschäft

Anzug Eric Weber betreffend Nachtsitzungen gehören abgeschafft

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Thüning Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Nein	78	24	13	13	8	8	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	80	24	13	13	9	8	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	13	3	3	2	0	2	1	1	0	1
Stimmberechtigt	93	27	16	15	9	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 37
23.5275

Abstimmungsdatum

20. September 2023 17:57:15

Geschäft

Anzug Eric Weber betreffend Besucher-Badge für Grossrats-Besucher

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	77	23	13	13	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	23	13	13	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	3	2	1	0	2	0	1	0	1
Stimmberechtigt	88	26	15	14	9	9	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38
23.5276

Abstimmungsdatum

20. September 2023 18:03:07

Geschäft

Anzug Eric Weber betreffend feste Sprechzeiten für den Parlamentsdienst

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend		
Karger Philip (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	68	19	12	12	7	7	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	68	19	12	12	7	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	13	4	1	2	1	2	0	1	1	1
Stimmberechtigt	81	23	13	14	8	9	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39
23.5277

Abstimmungsdatum

20. September 2023 20:05:34

Geschäft

Anzug Eric Weber betreffend Claramatte in einen Riebliacker umformen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	78	19	15	12	11	9	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	19	15	12	11	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	5	2	0	0	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	89	24	17	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
23.5293

Abstimmungsdatum

20. September 2023 20:21:55

Geschäft

Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Nicht abgestimmt	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	26	18	1	1	5	5	6	0	0
Nein	28	0	0	13	10	3	0	1	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	14	11	9	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	2	0	0	1
Stimmberechtigt	96	27	18	14	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 30
23.5298

Abstimmungsdatum

20. September 2023 20:41:46

Geschäft

Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Stipendien für Lernende und Studierende

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	27	18	0	0	9	6	0	0	0
Nein	33	0	0	14	10	1	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	95	27	18	14	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 42
23.5299

Abstimmungsdatum

20. September 2023 20:52:39

Geschäft

Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Raffaella Hanauer betreffend CO2-Abscheidung bei der Kehrlichtverwertungsanlage der IWB in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (LDP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	25	18	0	0	9	6	7	0	0
Nein	22	0	0	13	9	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	18	13	9	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	1	1	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	27	18	14	10	10	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
23.5326

Abstimmungsdatum

20. September 2023 21:02:55

Geschäft

Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	27	17	14	0	10	6	5	0	0
Nein	11	0	0	0	10	0	0	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	27	18	14	10	10	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
23.5327

Abstimmungsdatum

20. September 2023 21:25:17

Geschäft

Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Pfister Pascal (SP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Sägesser Daniel (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ent		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	0	0	14	9	7	0	7	0	0
Nein	47	23	18	0	0	1	5	0	0	0
Ent	7	4	0	0	0	2	1	0	0	0
Abgestimmt	91	27	18	14	9	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	27	18	14	10	10	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 45
23.5328

Abstimmungsdatum

20. September 2023 21:33:06

Geschäft

Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ent	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ent	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	26	10	10	0	9	6	2	0	0
Nein	20	0	2	3	10	0	0	5	0	0
Ent	7	0	6	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	18	13	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	94	27	18	14	10	10	7	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 49
23.5341

Abstimmungsdatum

20. September 2023 21:50:15

Geschäft

Anzug Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Messerli Pascal (SVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Thüring Joël (SVP)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Nein	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Wirz Lea (GAB)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	25	0	14	10	9	5	6	0	0
Nein	16	0	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	17	14	10	9	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	0	0	1	1	1	0	1
Stimmberechtigt	93	27	18	14	10	10	6	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5342

Abstimmungsdatum

20. September 2023 21:57:56

Geschäft

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	27	18	0	0	10	5	0	0	0
Nein	29	0	0	12	10	0	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	18	12	10	10	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Stimmberechtigt	91	27	18	12	10	10	6	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
23.5344

Abstimmungsdatum

20. September 2023 22:22:39

Geschäft

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	27	18	0	0	1	0	0	0	0
Nein	43	0	0	13	10	8	6	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	18	13	10	10	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	91	27	18	13	10	10	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.5345

Abstimmungsdatum

20. September 2023 22:38:57

Geschäft

Anzug Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein	Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend	Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Ja	Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja	Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Messerli Pascal (SVP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Miozzari Claudio (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein	Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein	Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Pfister Pascal (SP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Sägesser Daniel (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein	Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Thommen Oliver (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Thüring Joël (SVP)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Ja	Trevisan Amina (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein	Vergeat Jo (GAB)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	von Wartburg Christian (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Wirz Lea (GAB)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein	Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja		
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	26	18	0	0	1	0	0	0	0
Nein	44	0	0	13	10	9	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	18	13	10	10	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Stimmberechtigt	90	26	18	13	10	10	6	6	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse / Zuweisungen / Kenntnisnahme

Überweisung an Kommissionen

1.	Rücktritt von Beat Rudin als Datenschutzbeauftragter des Kantons Basel-Stadt per 30. April 2024	WVKo		23.5410.01
2.	Ratschlag III zur Umsetzung des Bundesgesetzes zur Behinderten-gleichstellung (BehiG) auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt	UVEK	BVD	23.0740.01
3.	Ratschlag Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9)	UVEK	BVD	23.0813.01
4.	Ratschlag zur Förderung der Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkierungsanlagen (Mit Teilrevisionen des Umweltschutzgesetzes Basel-Stadt und des Energiegesetzes) sowie Bericht zur Motion der Umwelt, Verkehrs- und Energiekommission betreffend einem raschen Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos in Basel-Stadt	UVEK	WSU	23.0896.01 21.5234.03
5.	Ratschlag Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafeneisenbahn Variante "Südquai"	WAK / Mitbericht UVEK	BVD	23.0812.01
6.	Ratschlag "Stärkung der Innovationsförderung Basel-Stadt 2023/24 bis 2030" sowie Bericht zu fünf Anzügen	WAK	WSU	23.0719.01 20.5111.02 19.5581.03 20.5159.02 20.5215.03 21.5302.02
7.	Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt"	BKK	PD	22.0980.02
8.	Ratschlag betreffend Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137	BRK	BVD	23.0840.01
9.	Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" und Gesetzesentwurf für eine Änderung des Bau- und Planungsgesetzes sowie des Gesetzes über die Wohnraumförderung und Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne	BRK	PD	20.1006.04 21.5511.03
10.	Ratschlag «Areal Zur Eiche»; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan, Änderung Wohnanteilplan sowie neue Bau- und Strassenlinien und neue Baugrenzen im Bereich Innerer Egliseeweg, Riehenstrasse, Säckerstrasse, Laufenerstrasse	BRK	BVD	23.0506.01
11.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian	BRK / Mitbericht BKK	BVD	23.0450.01
12.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung)	BRK	BVD	23.1067.01
13.	Ratschlag betreffend Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023	BRK	FD	23.1094.01
14.	Ratschlag betreffend Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern	JSSK	JSD	23.1074.01
15.	Ratschlag Soziales Wohnen Basel-Stadt und Berichte zum Pilotprojekt Koordinationsstelle prekäre Wohnverhältnisse und zum Pilotprojekt Housing First sowie zu drei Anzügen und einer Motion	GSK	WSU	23.0672.01 16.5270.04 16.5272.04 21.5422.03 21.5513.02

16.	Ausgabenbericht betreffend Erhöhung des Staatsbeitrags für die BAS Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel für die Jahre 2024 bis 2026	GSK	WSU	23.1116.01
17.	Petition P466 "Boulevard Tellplatz"	PetKo		23.5417.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100)		JSD	23.5216.02
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus		PD	21.5495.02
20.	Motionen:			
1.	Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler			23.5383.01
2.	Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten			23.5421.01
21.	Anzüge:			
1.	Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern			23.5373.01
2.	Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels			23.5379.01
3.	Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend "Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren"			23.5380.01
4.	Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB			23.5381.01
5.	Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen			23.5382.01
6.	Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB			23.5388.01
7.	Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»			23.5389.01
8.	Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix»			23.5392.01
9.	Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz			23.5398.01
10.	Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen			23.5414.01
11.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel			23.5422.01
12.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen			23.5423.01
13.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen			23.5424.01
14.	Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen			23.5425.01

Kenntnisnahme

22.	Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2022		23.5355.01
23.	Wiederbesetzung eines Grossratssitzes (Gabriel Nigon anstelle von Jeremy Stephenson, LDP)		23.5270.02
24.	Rücktritt von Silvia Rietschi Jenny als Mitglied des Erziehungsrates per 30. Juni 2023		23.5391.01
25.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Basler Verkehrs-Betriebe (BVB): Genehmigung der Rechnung 2022	BVD	23.0844.01
26.	Schreiben der Finanzkommission betreffend Dringliche Ausgabenbewilligung «Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt (NMB & StABS), Ausführungsplanung der zusätzlichen Erdbebenertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke»	FKom	23.5368.01
27.	Gebäudeversicherung Basel-Stadt: Lagebericht und Jahresrechnung 2022; Genehmigung	FD	23.0811.01
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung sowie zum Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend Bio-Klappen (stehen lassen)	WSU	12.5246.07 14.5134.06
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTIQ-feindlichen Aggressionen (stehen lassen)	PD	21.5476.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Lisa Mathys betreffend Rückbaupflicht Osttangente nach Inbetriebnahme des Rheintunnels	BVD	23.5118.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christoph Hochuli betreffend provisorische Verschiebung der Tramhaltestelle Spalenter, um das Befahren der Spalenvorstadt für Velofahrende stadteinwärts zu ermöglichen	BVD	23.5120.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Wohnmobil-Stellplätze in Basel	BVD	23.5150.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Basel als Verkehrsknotenpunkt in Gefahr für zehn oder noch mehr Jahre	BVD	23.5161.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kindergräber und Muslimisches Grabfeld	BVD	23.5166.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum ist Swiss Pass nicht mit BVB Karte kompatibel	BVD	23.5168.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Raoul I. Furlano betreffend Weiterbestand der Lehrverhältnisse der Credit Suisse	ED	23.5132.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wieviel Trage-Taschen liess die Polizei Basel produzieren?	JSD	23.5152.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend offene Türen zwischen Schweizer Seite und Französischer Seite im Airport Basel	WSU	23.5171.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend beschlagnahmte Flugzeuge in Basel und Tankstopps von Kriegsflugzeugen	WSU	23.5180.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Felix Wehrli betreffend KESB-Interventionen und häusliche Gewalt durch Ausländerinnen und Ausländer	WSU	23.5141.02
41.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Daniela Stumpf betreffend Situation von Personen mit Schutzstatus S im Kanton Basel-Stadt	WSU	23.5142.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Bestattungen im Rhein - Wie ist das genau?	WSU	23.5179.02

43.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend staatliche Subventionen für Bau-Renovationen oder Dämmung	WSU	23.5288.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend Rauchmelder und Sicherheit in den Schulhäusern	ED	23.5128.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ivo Balmer betreffend Entwicklung des Wohnungsbestands und der Miete nach Eigentumsart	PD	23.5191.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend abmontierte Mistkübel - wohin gingen diese?	BVD	23.5290.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Unklarheit bei den Schriftlichen Anfragen an die Regierung	STK	23.5148.02
48.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wer waren die Gäste der Basler Regierung zur Fasnacht 2023	STK	23.5149.02
49.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Plauder-Kasse bei Coop könnte doch auch Vorbild bei der Regierung sein	STK	23.5162.02
50.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Renovierung im Rathaus Basel	STK	23.5163.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Wahlforum zur Nationalratswahl	STK	23.5165.02
52.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Liste 1, wann ist diese frei?	STK	23.5174.02
53.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend öffentliche WC bei der Fasnacht	STK	23.5176.02
54.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Pauschalfrankatur oder welcher Tarif bezahlt der Kanton	STK	23.5177.02
55.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beda Baumgartner betreffend Häufigkeit und Anwendung des § 16 des Steuergesetzes	FD	23.5115.02
56.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend geschlechtsspezifische Prävention gegen physische Gewalt	JSD	23.5197.02
57.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Trachsel betreffend die Auswirkungen des indirekten Gegenentwurfs zur Gletscher-Initiative auf den Kanton	WSU	23.5133.02
58.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Basler Rheinschiffe	WSU	23.5167.02
59.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Amina Trevisan betreffend Information, Wissensvermittlung und Sensibilisierung für pensionierte Nichtbeziehenden von Ergänzungsleistungen	WSU	23.5246.02
60.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Raphael Fuhrer betreffend Entwicklungsareale am Chemiestandort Basel: Schwammstadt versus mit Gift belastete Böden - bevor entsiegelt und begrünt werden kann, müssen die Böden richtig saniert sein	WSU	23.5259.02
61.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend Wohnraumförderung durch Ausbau der Unterstützung bei Planung und Umsetzung der persönlichen altersgerechten Wohnform	PD	23.5266.02
62.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend Entwicklung der kantonalen Filmförderung aufgrund Strukturwandel der Filmbranche	PD	23.5240.02
63.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jenny Schweizer betreffend Gesundheitsförderung in den Tagesstrukturen/Tagesbetreuungen	ED	23.5227.02

64.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sandra Bothe betreffend langfristigen und koordinierten Massnahmen bezüglich des Lehrpersonenmangels	ED	23.5209.02
65.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend Schaffung eines Musikschulgesetzes	ED	23.5239.02
66.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Sozialleistungen und Steuern	FD	23.5241.02
67.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Johannes Sieber betreffend Einführen eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) aus Einnahmen der OECD-Mindeststeuer	FD	23.5247.02
68.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Jenny betreffend möglichst rasche Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Möglichkeit, Zivilprozesse auf Englisch zu führen	JSD	23.5208.02
69.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Anouk Feurer betreffend Meldetool und Sensibilisierung sexuelle Belästigung	JSD	23.5242.02
70.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Stadtleben in Basel besser gestalten	BVD	23.5292.02
71.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bewachung des Rathausinnenhofes (stehen lassen)	PD	17.5357.04
72.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Verbesserung der Parkiermöglichkeiten beim und auf dem Friedhof Hörnli (stehen lassen)	BVD	21.5489.02
73.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Interview von Lukas Ott in der Zeitschrift gout.ch	PD	23.5325.02
74.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wann darf man den Baum fällen?	BVD	23.5281.02
75.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend was zahlt 20 Minuten für die Zeitungsboxen?	BVD	23.5289.02
76.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum bekommt Basel kein Geld aus Deutschland?	BVD	23.5291.02
77.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wieviel bezahlt Basel-Stadt an Stellenbüros?	FD	23.5280.02
78.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudia Baumgartner betreffend Qualität der Beschäftigung von Kantonsangestellten	FD	23.5337.02
79.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Selbstmorde gab es in Basel?	GD	23.5283.02
80.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Georg Mattmüller zu den Tarifen in der Vergütung der ambulanten Pflege (Spitex)	GD	23.5295.02
81.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Auseinandersetzungen mit FC Basel-Fans	JSD	23.5282.02
82.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend E-Bikes bei der Basler Polizei	JSD	23.5284.02
83.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Personen mit drittem Geschlecht	JSD	23.5285.02
84.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Basler Polizei auf Social Media	JSD	23.5302.02
85.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Steuern der Flusskreuzfahrt-Industrie in Basel	WSU	23.5279.02
86.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Reisen des Regierungsrates	PD	23.5278.02
87.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum wurde die Rathaus-Sitzbank entfernt?	PD	23.5286.02

88.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Geschenk-Buch von der Basler Regierung	PD	23.5287.02
89.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Franziska Roth betreffend Teilnahme von Kindern mit Wohnsitz Riehen und Bettingen in den Tagesferienangeboten der Stadt Basel	ED	23.5312.02
90.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Ferienbetreuung an Schulen	ED	23.5314.02